

PERIPHERIE

Macht und Prognose

Wolfgang Hein Zeit und Raum. Prognosen des globalen Wandels und der Überwindung des Kapitalismus

Georg Simonis Klimaprognose und politische Macht. Annäherung an ein komplexes Verhältnis

Christoph Scherrer Überzählige Arbeitskräfte. Die Herausforderung für das Nachhaltigkeitsziel „menschenswürdige Arbeit“

Diskussion

Reinhart Kößler Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung

PERIPHERIE-Stichwort

Erich Pawlik Big Data

Rezensionen

PERIPHERIE 152

Macht und Prognose

Zu diesem Heft	371
Wolfgang Hein	Zeit und Raum. Prognosen des globalen Wandels und der Überwindung des Kapitalismus	378
Georg Simonis	Klimaprognose und politische Macht. Annäherung an ein komplexes Verhältnis	416
Christoph Scherrer	Überzählige Arbeitskräfte. Die Herausforderung für das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige Arbeit“	450

Diskussion

Reinhart Kößler	Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung.....	472
-----------------	--	-----

PERIPHERIE-Stichwort

Erich Pawlik	Big Data	483
--------------	----------------	-----

Rezensionen

Eckart Conze: <i>Geschichte der Sicherheit.</i> <i>Entwicklung – Themen – Perspektiven</i> (Reinhart Kößler).....	488
Heinrich Geiselberger (Hg.): <i>Die große Regression.</i> <i>Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit</i> (Felix Anderl, Laura Gorriahn & Johannes Haaf).....	490
Bettina Engels & Kristina Dietz (Hg.): <i>Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land</i> (Anne Hennings)	492
Werner Ruf: <i>Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror</i> (Elke Grawert).....	494

Ulrich van der Heyden: <i>Der Dakar-Prozess. Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika</i> (Claudia Berger)	496
Leena Vastapuu: <i>Liberia's Women Veterans. War, Roles and Reintegration</i> (Rita Schäfer)	499
Lila Chouli: <i>Le contre-pouvoir étudiant au Burkina Faso</i> (Bettina Engels)	501
Gabriele Beckmann: <i>Blinde Flecken der Entwicklungszusammenarbeit. Zur Kooperationspraxis lokaler Non-Profit-Organisationen in Bolivien</i> (Antje Daniel).....	503
Efe Can Gürcan & Efe Peker: <i>Challenging Neoliberalism at Turkey's Gezi Park. From Private Discontent to Collective Class Action</i> (Corinna Eleonore Trogisch)	505
Eingegangene Bücher	507
Summaries.....	509
Zu den Autorinnen und Autoren	511
Jahresregister.....	512

Zu diesem Heft

Macht und Prognose

Unsicherheit über die Zukunft spielt auch in den Regionen des Globalen Nordens eine zunehmende Rolle, in denen sich die meisten Bewohner*innen lange Zeit relativ sicher fühlen konnten. Den Hintergrund bildeten Prozesse sozio-ökonomischen und ökologischen Wandels, die uns schon seit einigen Jahrzehnten begleiten – wie Globalisierung, Umweltkrise und Klimawandel, Altersversorgung und, sofern wir über unseren Tellerrand hinausschauen, auch Kriege, Hunger und Katastrophen im Globalen Süden. Dem Anschein nach stabile Demokratien im Globalen Norden und ein Multilateralismus, der sich der bedrohlichsten Krisen annahm (Klimapolitik und das Paris-Abkommen, die *Sustainable Development Goals* und – das vielleicht noch am wenigsten – internationale Verhandlungen zu regionalen *trouble spots*), erzeugten allerdings ein gewisses Vertrauen in die Fähigkeit, globale Konflikte kurz- und mittelfristig einigermaßen „managen“ zu können, ja möglicherweise durch zukunftsorientierte politische Kräfte und eine globale Zivilgesellschaft mit wachsendem Einfluss Transformationsprozesse in Richtung auf eine „bessere Welt“ durchzusetzen. Nach der Konfrontationspolitik, die in den 1970er Jahren zur Durchsetzung neoliberaler Globalisierung geführt hatte, setzte sich eine Form neoliberaler Gouvernamentalität durch, die bemüht war, den Akkumulationsprozess des globalen Kapitals durch einen kompromissorientierten Diskurs zu fördern. Viele Prognosen beschäftigten sich mit der Entwicklung von *Global Governance*, den Perspektiven der Bekämpfung von Ungleichheit und der Inklusion bzw. den zu erwartenden Konflikten in diesen Politikfeldern.

Seit den 2010er Jahren aber werden derartige Ziele zunehmend von politischen Akteuren zugunsten von „nationaler Größe“ und „nationaler Identität“ in Frage gestellt: In einer Reihe europäischer Länder befinden sich überkommene Parteistrukturen, die zumindest bürgerlich demokratische Werte absicherten, in einem Prozess der Auflösung; neopopulistische Kräfte mit teilweise faschistischen Parolen treten selbstbewusster auf. Im Namen der europäischen Grenzsicherung ertrinken zahllose Menschen im Mittelmeer. Der menschengemachte Klimawandel wird wieder häufiger gezeugnet. Schließlich wird ein Protektionismus, der keinen „gerechten Handel“ anstrebt, sondern Handelskriege und nationalen Egoismus provoziert,

zum Hauptthema der Handelspolitik. Angesichts aller dieser Entwicklungen müssen die Grundlagen früherer Prognosen, wie sich die globalisierte Welt entwickeln werde, in Frage gestellt werden – erst recht, weil hier Strategien verfolgt werden, die längst überwunden geglaubte Zielsetzungen verfolgen. Müssen wir uns, nach gut 70 Jahren einer relativ ruhigen Entwicklung im kapitalistischen Teil des Globalen Nordens, auf eine neue „turbulente“ Epoche einstellen? Welche Perspektiven gesellschaftlichen Wandels gibt es? Wie steht es heute fast 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion um die Prognosen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktionsweise und um Utopien einer kommunistischen Gesellschaft?

Entwürfe alternativer Gesellschaftsformen, Utopien oder Dystopien (negative Zukunftsbeschreibungen), haben eine lange Geschichte, die im Westen bis auf Platon zurückreicht, in der Neuzeit durch Thomas Morus' *Utopia* und schließlich durch viele andere Autoren, auch im Umfeld von Marxismus und Feminismus (z.B. Marge Piercy), weitergeführt wurde. Zumeist ging es dabei um das Ausbuchstabieren normativer Zielvorstellungen im Modus der Utopie, nicht um die Erkundung realistischer Zukunftsoptionen.

Allerdings waren es vor allem die Erfahrungen des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs, die in den 1950er und 1960er zum Entstehen eines differenzierten wissenschaftlichen Feldes der „Futurologie“ führten. Die zuletzt erfahrenen und vielfach miteinander verflochtenen Krisen (Wirtschaftskrisen, Weltkriege, russische Revolution und das Entstehen eines „sozialistischen Weltsystems“, Umweltkrise, zerfallende Staaten und Terrorismus, damals die Erfahrung der Staatenlosigkeit und jüngst die Krise des Flüchtlingsschutzes) sowie vielfältige politische Konflikte ließen es nicht nur aus der Perspektive der Herrschenden bedeutsam erscheinen, zukünftige Entwicklungen zu antizipieren. Vor diesem Hintergrund ist das Entstehen einer eigenen Forschungsrichtung, der Zukunftsforschung, zu verstehen. Während Ossip K. Flechtheim, dem die Einführung des Begriffs „Futurologie“ (1943) zugeschrieben wird, auch in seiner Zeit an der FU Berlin eine „humanistisch-demokratische“ Zukunftsforschung verfolgte, haben viele andere Projekte vor allem das Ziel, Wege der Stabilisierung bestehender Strukturen „im Wandel“ zu erforschen und Prognosen zu entwickeln, die Transformationen gestaltbar machen würden.

Prognosen beschäftigen sich in verschiedener Weise mit der Macht, Ziele, Normen und den Rahmen für Planungen zu setzen bzw. Widerstand zu mobilisieren. Sie weisen aber auch auf die Macht des „Denkbaren“ hin, die sowohl durch die soziale Konstruktion der jeweiligen Wirklichkeiten vorgegeben ist, als auch durch die Fähigkeit, andere Zukünfte zu projizieren, wie aufgrund teleologischer/religiöser Vorstellungen oder einer

Analyse der Widersprüche und Krisenphänomene in liberal/kapitalistischen Gesellschaften. Michel Foucault erkannte, dass bestimmte historisch entstandene Sinn- und Erfahrungsmuster die Grundlage dessen bilden, was in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten als Wahrheit angesehen wird. Damit erscheinen auch Vorstellungen über mögliche (und in normativen Zusammenhängen: anzustrebende) Zukünfte wie „Technischer Fortschritt“ und Wirtschaftswachstum in bürgerlichen Diskursen als selbstverständliche Ziele. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die seit dem 19. Jahrhundert erheblich gewachsene Komplexität und gestiegene Investitionsvolumina im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich zunehmend langfristige Planungen und damit Prognosen zu den Auswirkungen von Handlungsstrategien ebenso wie zu den wahrscheinlichen Veränderungen des gesellschaftlichen Umfelds erfordern.

Ähnliches gilt für Strategien zur Verhinderung zukünftiger Katastrophen. Das betrifft etwa die Verhinderung von Krieg, vor allem eines Atomkriegs, und die Vermeidung von Umweltkatastrophen. Voraussagen haben die Umweltdiskussion seit Beginn geprägt, etwa die Voraussagen eines Mangels an Nahrungsmitteln für eine wachsende Bevölkerung, Studien zu den Grenzen des Wachstums, nachhaltige Entwicklung, Klimapolitik und die Prognosen zum Klimawandel. Entgegengestellt werden ihnen komplexe Szenarien einer „grünen Ökonomie“ und einer Entkopplung von Wachstum und CO₂-Ausstoß, sowie biopolitische Modelle, die z.B. die Steigerung gesellschaftlicher Resilienz vorsehen, um damit ganze Bevölkerungen wirksam auf Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Prognosen gewinnen damit auch in der Entwicklungspolitik im praktischen Kontext der Klimafolgenanpassungsprojekte (Resilienzstärkung) und des präventiven Katastrophenschutzes an Bedeutung. Mit der Vermeidung von Katastrophen ist ein Ziel bezeichnet, das sich grundsätzlich kaum zurückweisen lässt. Unter diesem Banner gehen allerdings vielfältige Prämissen mehr oder weniger stillschweigend in vorgeblich objektive Analysen ein, die sich näher besehen als Ausdruck einer stark interessen geprägten Wahrnehmung von gesellschaftlichen Zusammenhängen erweisen.

In diesem Heft der *PERIPHERIE* behandeln zwei längere Artikel zentrale Themen im aktuellen Krisenzusammenhang: Prognosen zur Überwindung des Kapitalismus und Prognosen zum Klimawandel.

Zunächst gibt *Wolfgang Hein* einen Überblick über die Ansätze zur Prognose gesellschaftlicher Entwicklungen, diskutiert dann die Rolle der Futurologie als Wissenschaft und ihre methodologischen Probleme sowie andere Formen des Redens über Zukunft. Am Beispiel von *Global 2000*, einer umfassenden Studie zu den Grenzen der globalen Umweltressourcen,

untersucht er die Grenzen systemimmanenter Transformationsstrategien. Dies verweist auf marxistische Ansätze zu den Widersprüchen des Kapitalismus und dessen Überwindung. Hein stellt allerdings fest, dass diese zwar erstaunlich korrekte langfristige Prognosen der globalen Expansion kapitalistischer Akkumulation geliefert, gleichzeitig aber die Adaptationsfähigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse unterschätzt haben. Zudem zeigt er, dass diese Vorhersagen die Veränderungen des Raum-Zeit-Gefüges nicht im Blick hatten. In den vergangenen Jahrzehnten stand diese erstaunliche Adaptationsfähigkeit stärker im Vordergrund als Prognosen der Systemüberwindung. Ungleiche Entwicklung verbunden mit Strukturen von Global Governance haben eine relative Stabilität der politischen Systeme des Globalen Nordens erzeugt und deren globale Dominanz zunächst stabilisiert (u.a. auch durch den Zusammenbruch des „sozialistischen Weltsystems“). Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und des atomaren Patts ließen die Vorstellungen einer gewaltsamen sozialistischen/kommunistischen Revolution kaum mehr als eine wünschenswerte Option erscheinen. Diese Situation erscheint heute als gefährdet: Einerseits destabilisiert das Erstarken autoritärer Regime (Russland, China) die globalen Hegemoniestrukturen, wobei allerdings die Politik der gegenwärtigen US-Administration ebenfalls ihren Beitrag dazu liefert. Andererseits untergraben systemgefährdende Formen des Widerstands aus dem Globalen Süden nationale Souveränität bzw. deren regelkonforme Begrenzung in Strukturen von Global Governance (militanter Islamismus; Drogenhandel, fehlende Regeln der Migration etc.). Diese Entwicklungen stellen die Austragung von Konflikten über globale Normen und zukunftsfähige soziale und ökonomische Strukturen in einer regelgesteuerten globalen politischen Arena in Frage. Angesichts der Unsicherheit über den Ausgang globaler Konflikte wäre es wichtig, so argumentiert Hein, eine Utopie des Aufbaus einer „Weltgesellschaft von unten“ der Dystopie einer Welt regressiver nationaler Egoismen entgegenzustellen.

Im Rahmen eines derartigen Diskurses sind konkurrierende Prognosen sozial-ökologischer und sozio-kultureller Entwicklungen ebenso wie Prognosen ungleicher Entwicklung/sozialer Ungleichheit auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen (lokal, regional, national, global) und der Dynamik sozialer/politischer Konflikte von großer Bedeutung.

Dieses Heft soll dazu beitragen, Rahmenbedingungen für Veränderungen diskursiver Hegemoniestrukturen in Richtung auf eine emanzipatorische Überwindung aktueller Widersprüche zu diskutieren. Dies betrifft in besonderem Maße auch die Diskurse über „Entwicklung“ im Globalen Süden: Einerseits wird das Erreichen eines materiellen Wohlstands als zentrales Ziel angesehen. Dabei dienen die Gesellschaften des Globalen Nordens als

Vorbild. Andererseits wird aus postkolonialer Sicht genau dies abgelehnt. So imaginierten afrofuturistische Perspektiven in Kunst und Literatur andere Zukünfte (und Geschichte) und grenzten sich kulturkritisch von eurozentrischen Formen der Prognose, der „Entwicklung“ oder der künstlerisch-ästhetischen Avantgarde ab. Auch wenn dies in den Beiträgen dieses Heftes nicht thematisiert wird, liegt hier doch ein wichtiger Ansatzpunkt für weitere Diskussionen.

Im zweiten Artikel des Heftschwerpunktes analysiert *Georg Simonis* das komplexe Verhältnis zwischen Klimaprognose und politischer Macht. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die grundlegenden Zusammenhänge des Klimawandels nicht unmittelbar erfahrbar sind, sondern wissenschaftlich vermittelt werden. Klimagovernance als Form der institutionalisierten Koordination politischer Akteure zur Vermeidung und Bewältigung des anthropogenen Klimawandels hängt von geowissenschaftlichen Erkenntnissen und der kontinuierlichen Aktualisierung von Forschungsergebnissen ab, insbesondere von Prognosen darüber, wie sich das Wettergeschehen in der Zukunft (in 30, 50 oder 100 Jahren und mehr) global, regional und lokal (durchschnittlich) gestalten wird. Angesichts unterschiedlicher gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten sind Prognosen allerdings nur in der Form von wissenschaftlich begründeten Szenarien möglich, die unterschiedliche Entwicklungspfade der vom Menschen geprägten sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse modellieren.

Damit wissenschaftliche Prognosen oder Szenarien politische Bedeutung erlangen, müssen sie von politischen Akteuren anerkannt und in das politische Handeln relevanter Akteure einfließen. Klimagovernance impliziert so eine zunehmende gesellschaftliche und politische Bedeutung der geowissenschaftlichen Forschung und zugleich einen Machtgewinn politischer Akteure, die die Forschungsergebnisse für die Politik interpretieren. Sie geht mit einer Verwissenschaftlichung der Politik und einer Aufwertung der Zukunftsdimension sowie mit der Institutionalisierung von prognosefähigen Planungsapparaten einher. Die Machtentfaltung des Klimaregimes hängt neben zahlreichen Faktoren auf den nationalen Handlungsebenen ganz entscheidend von der Leistungsfähigkeit eines transnationalen politisch-ökologischen Komplexes (TPÖK) ab, der durch seine politischen Aktivitäten (etwa durch die Desinvestmentkampagne) zur praktischen Delegitimierung und Schwächung des fossilistischen Sektors beiträgt und einen Verlust an ökonomischer und ökonomisch basierter politischer Macht der Unternehmen des fossilistischen Lagers impliziert. Allerdings lässt sich überhaupt nicht voraussehen, wie effektiv sich die Transformation vollziehen wird und mit welchen politischen Kämpfen sie verbunden sein wird. Was sich

aber mit einiger Gewissheit bereits heute empirisch untermauern lässt, ist die Herausbildung eines TPÖK in Wechselwirkung mit einem polyzentrischen internationalen Klimaregime. Beide modifizieren – jeweils in sehr unterschiedlicher Art und Weise – die nationalen politischen Verhältnisse, vorrangig die politisch-administrativen Systeme, aber auch die parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Machtkonstellationen.

„Markt“ und „Plan“ stehen für alternative Konzepte gesellschaftlicher Koordination. Kommunistische Gegenentwürfe zum Kapitalismus gehen von der Vorstellung einer Planmäßigkeit auf der Grundlage der weitgehenden Ausschaltung der Marktmechanismen aus. Damit sind sowohl theoretisch als auch nach der Russischen Revolution ganz praktisch eine Reihe von Schwierigkeiten und Widersprüchen verbunden. In einem Diskussionsbeitrag, dessen auf Bertolt Brecht zurückgehendes Motto auf die Schwierigkeiten des adäquaten Erfassens hochkomplexer Zusammenhänge verweist, diskutiert *Reinhart Kößler* die Herausbildung und die Widersprüche umfassender Planung in der Sowjetunion. Dies betrifft sowohl die Begünstigung despotischer Verhältnisse als auch materielle Dysfunktionalitäten. Wie eine Analyse der klassischen Texte zeigt, waren diese Probleme bereits in den Überlegungen zur „unmittelbaren Vergesellschaftung“ in einem „Verein freier Menschen“ enthalten, wie Karl Marx sie als Gegenentwurf zur kapitalistischen Warenproduktion skizziert hat. Kößler schlägt vor, in Anknüpfung an Diane Elson mehr über institutionelle Voraussetzungen einer egalitären Beteiligung am Markt nachzudenken.

Mit seinem kritischen Überblick über die Hintergründe, vor allem aber die vielfältigen Risiken, die sich mit *Big Data* verbinden, rundet *Erich Pawlik* das Schwerpunktthema weiter ab. Daten sind die Grundlage jeder Planung und Prognose. Die Verfügung über sie konstituiert eine Macht, über deren Dimensionen sich die wenigsten klar sind, während sie oft, ohne es recht zu wissen, in ihrem Alltag in die Realität von *Big Data* verstrickt sind.

Außerhalb des Schwerpunkts untersucht *Christoph Scherrer* an den Beispielen Ghanas und Indiens ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung als Aspekte der Transformation des Kapitalismus. Dabei rückt er die Frage „überflüssiger“ Arbeitskräfte ins Zentrum und fragt nach den Möglichkeiten, das achte der UN-Nachhaltigkeitsziele: menschenwürdige Arbeit, umzusetzen. Unter den Bedingungen nachholender Entwicklung besteht kaum eine Chance für kleine und informelle Unternehmen in armen Ländern, gegenüber der Konkurrenz technologisch hochentwickelter Konzerne zu bestehen – vor allem nicht unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung und einem hohen Produktivitätsgefälle zum Globalen Norden. Das Ergebnis ist in Verbindung mit anderen Faktoren (hohes Bevölkerungswachstum, *brain*

drain usw.) die Unfähigkeit, Arbeitskräfte in ausreichender Zahl in formale Arbeitsmärkte zu integrieren. Einige Länder konnten zwar auf der Grundlage einer stärkeren Staatsintervention von der Verlagerung industrieller Wertschöpfung profitieren, doch beschränken diese Erfolge gleichzeitig die Industrialisierungsmöglichkeiten anderer Länder des Global Südens. Die Regeln der Weltwirtschaft stärken jedoch fast immer die Macht der Konzerne aus dem Globalen Norden.

Die Hefte des Jahrgangs 2019 werden sich den Themen „Erinnerung, Abgrenzung und Gemeinschaftsbildung“, „Vertreibung durch Entwicklungsprojekte“ sowie „Abschiebungen global“ widmen. Darüber hinaus bereiten wir Schwerpunkte zu „Bio-Ökonomie“ und „Protest und Reform in der globalen Ökonomie“ vor. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Zum Abschluss des aktuellen Jahrgangs möchten wir uns wieder herzlich bei den Gutachter*innen bedanken, die einmal mehr durch ihre gründliche, engagierte und kritische Arbeit zum Gelingen der Hefte maßgeblich beigetragen haben. Ihre Namen sind in alphabetischer Reihenfolge im Jahresregister aufgeführt. Ferner gilt unser Dank Sarah Becklake, die als englische Muttersprachlerin die *Summaries* korrigiert hat.

Schließlich bedanken wir uns bei allen Leser*innen, Abonnent*innen sowie bei den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe Leser*innen, im Impressum. Wir wünschen Ihnen und Euch eine anregende Lektüre und einen guten Start ins Jahr 2019.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.

Wolfgang Hein

Zeit und Raum Prognosen des globalen Wandels und der Überwindung des Kapitalismus*

Keywords: forecasts, productive forces and relations of production, time-space relations, overcoming of capitalism, transformations of capitalism, globalization, resilience of the nation state

Schlagwörter: Prognose, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Wechselbeziehungen zwischen Zeit und Raum, Überwindung des Kapitalismus, Transformationen des Kapitalismus, Globalisierung, Resilienz des Nationalstaats

1 Einleitung

Individuelle und kollektive Annahmen über die nahe wie die fernere Zukunft orientieren ständig unser Handeln im Alltagsleben, in der Politik wie auch in der Wissenschaft. Prognosen beziehen sich im Allgemeinen auf *Veränderungen in der Zeit*, d.h. wahrscheinliche Entwicklungen in der Zukunft, die von Handlungsstrategien in der Gegenwart abhängen. Weiterhin gehen Entwicklungen in der Vergangenheit in unterschiedlicher Form in unsere Vorstellungen von Zukunft ein – von der Annahme grundlegender Kontinuitäten über Konzepte von sozialem Wandel und die Brüche, die wir uns vorstellen können, bis hin zu den Kategorien, in denen wir Zukunft denken. Dabei wird allerdings häufig übersehen, dass sich im Laufe der Zeit auch die räumlichen Strukturen verändern, die auf die zu prognostizierenden Entwicklungen Einfluss nehmen. Dies gilt etwa für die Prognosen urbanen Wachstums, wenn dieser Wachstumsprozess zu Veränderungen von Wirtschaftsbeziehungen beiträgt, die wiederum die Determinanten des Wachstums verändern. Dieser Prozess kontinuierlicher Wechselbeziehungen zwischen zeitlicher und räumlicher Dynamik hat angesichts der Globalisierung und des Wandels

* Für hilfreiche Kommentare zu diesem Manuskript danke ich Theo Mutter, Reinhart Köbller, Helen Schwenken und den zwei anonymen GutachterInnen.

politischer Arenen zu einer gewissen Ratlosigkeit geführt, die beispielsweise in einem Kommentar aus der *Frankfurter Rundschau* zur zentralen Begleitveranstaltung des Hamburger G20-Gipfels zum Ausdruck kommt:

„Bemerkenswert war, worin sich die Sprecher/innen auf dem Abschlusspodium einig waren: Der Kapitalismus ist am Ende, aber noch gibt es kein neues System, das die Lücke füllen könnte. Dadurch entstehen ein ‘Vakuum’ und viele Unsicherheiten. Es fehlen Utopien und klare Strategien für eine bessere Welt – und das auf allen Seiten, nicht nur bei der Linken!“ (Treu 2017).

Mein Artikel stellt einen Versuch dar, die Ursachen des Fehlens von „Utopien und klaren Strategien“ im Rahmen des angesprochenen Raum-Zeit-Problems und ihrer Komplexität zu analysieren. Schon allein des Umfangs wegen muss ich dabei allerdings an vielen Stellen auf wissenschaftliche Belege verzichten.

Ausgangspunkt ist das *Manifest der Kommunistischen Partei* (kurz: *Kommunistisches Manifest* [KM]; Marx & Engels (1977 [1848])), das heute wieder verbreitet auch in nicht-marxistischen Texten zur Globalisierung zitiert wird:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ (Marx & Engels 1977 [1848]: 465f; vgl. ebd.: 459-493).

Bereits 1848 erwarteten Karl Marx und Friedrich Engels eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch des gesellschaftlichen Reichtums im Kapitalismus, der allerdings aufgrund der Produktionsverhältnisse zur Aneignung des von den ArbeiterInnen produzierten Mehrwerts durch die Eigentümer der Produktionsmittel zu einem sich zuspitzenden Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse¹ und zu wachsenden Krisen des Akkumulationsprozesses führen würde. Ihre Prognose der revolutionären Überwindung der Widersprüche kapitalistischer Entwicklung durch eine sozialistische Revolution, die die Voraussetzungen für eine kommunistische Gesellschaftsordnung schafft, beruhte auf einem dialektischen Verständnis der historischen Entwicklung von Gesellschaften, das auf diesem Niveau von Transformationen innerhalb einer Gesellschaftsordnung abstrahierte. In ihren vielfältigen Schriften haben Marx und Engels zwar differenziert

1 Hier und in den weiteren Fällen verwende ich diesen wie auch den Ausdruck „Arbeiterbewegung“ entsprechend der allgemeinen Gepflogenheit in der marxistischen Literatur.

die spezifischen Situationen in einzelnen Gesellschaften reflektiert, doch erwarteten sie grundsätzlich, dass die „allseitige Abhängigkeit der Nationen“ zu einer fortschreitenden Annäherung aller Länder an die Strukturen der fortgeschritteneren Gesellschaften führen würde und dass Revolutionen, zwar international miteinander verknüpft, aber doch auf der Ebene von Nationalstaaten stattfänden.

Der Kapitalismus hat sich jedoch im Verlaufe des 20. Jahrhunderts als erheblich anpassungsfähiger erwiesen, als Marx und Engels annahmen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich die neomarxistische Diskussion im Westen verstärkt mit dem Wandel und den Bedingungen der Resilienz kapitalistischer Strukturen beschäftigt (etwa mit der Zukunft der Arbeit und der ArbeiterInnenklasse, Informations-/Netzwerkgesellschaft, Reaktion auf ökologische Grenzen usw.). Während diese Diskurse wichtige Beiträge zu den Rahmenbedingungen von post-kapitalistischer Transformation liefern, stehen *Prognosen* über zukünftige Entwicklungen meist eher im Hintergrund. Damit gerät auch die Bedeutung der Tatsache aus dem Blick, dass sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur die Widersprüche in ihrer konkreten Ausprägung modifizieren, *sondern sich auch die politische Arena verändert*, auf der Konflikte um die Transformation von Produktionsverhältnissen ausgetragen werden. *Machtstrukturen, die die Chancen und Gefahren zukünftigen Wandels erheblich beeinflussen, wandeln sich, und die Wechselbeziehungen zwischen Zeit und Raum erhalten eine zentrale Bedeutung für Prognosen gesellschaftlicher Transformation.*

Für Prognosen post-kapitalistischer Transformation sind vor allem drei Elemente räumlichen Wandels zentral:

- (1) Die Transformation formal gleicher Beziehungen zwischen Nationalstaaten in ein *Feld ungleicher Entwicklung* (vereinfacht: Nord-Süd-Beziehungen);
- (2) Prozesse der *Zeit-Raum-Kompression*, die die Globalisierung beschleunigen und
- (3) das Entstehen von *Strukturen globaler Politik* mit einer wachsenden Vielfalt unterschiedlicher Akteure² und Formen globaler Normbildung.

In diesem Zusammenhang verändern sich die räumlichen Dimensionen der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ebenso wie die jeweils beteiligten AkteurInnen und deren Beziehungen zueinander.

Um die *Möglichkeiten differenzierterer Prognosen* zu einem solchen Transformationsprozess auf einer breiteren Grundlage diskutieren zu können,

2 Wo es sich um Institutionen bzw. Staaten handelt, ergibt eine gegenderte Schreibweise keinen Sinn. In solchen Fällen verwende ich das grammatische Maskulinum.

skizziere ich im Abschnitt 2 zunächst unterschiedliche Herangehensweisen an die Entwicklung von Prognosen. Auch wenn es vor allem im Bereich der Futurologie primär um die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft geht, thematisiere ich damit zugleich die Frage nach der Rolle der Interaktion von Zeit und Raum, – angesichts politisch-gesellschaftlicher Katastrophen wie des Zweiten Weltkriegs und der globalen Umweltproblematik sowie anderer einschneidender Probleme des globalen Wandels (Nord-Süd-Beziehungen, Urbanisierung, Migration). Im Abschnitt 3 stelle ich zentrale Aspekte dieses Zusammenhangs am Beispiel von *Global 2000*, einer umfangreichen Prognose der voraussichtlichen Auswirkungen des globalen Ressourcenverbrauchs, und anderer Prognosen zur globalen Umweltentwicklung dar. Abschnitt 4 führt zurück auf die Ausgangsfrage post-kapitalistischer Transformation, skizziert die Marx'sche Analyse der Grundstrukturen des Kapitalismus und stellt detaillierter dar, dass auch in der weiteren Diskussion über Perspektiven der Überwindung des Kapitalismus die räumliche Dimension unzureichend berücksichtigt wird. Abschnitt 5 diskutiert die zentralen Tendenzen räumlichen Wandels und Abschnitt 6 die Bedeutung der Migration als einem inhärent räumlichen Phänomen und mit einem engen Bezug zur Transnationalisierung von Gesellschaften. Schlussfolgerungen für die Prognose weltgesellschaftlicher Transformationsprozesse vor dem Hintergrund der räumlichen Transformation vor allem in Bezug auf die Rolle von Territorialstaatlichkeit und die Perspektiven globaler Politik formuliert schließlich Abschnitt 7.

2 Zukünfte

Prognosen, in einem breiten Verständnis „Aussagen über Zukünfte“, stellen zwar zunächst die zeitliche Komponente in den Vordergrund, müssen aber das komplexe Verhältnis von Zeit und Raum in Prozessen gesellschaftlichen Wandels berücksichtigen. Schlaglichtartig wird dies im Phänomen der „ungleichzeitigen Entwicklung“ deutlich: Ähnliche Aspekte gesellschaftlichen Wandels (etwa: Entwicklung bestimmter gesellschaftlicher Institutionen) vollziehen sich in unterschiedlichen globalen Räumen in verschiedenen historischen Zeiten und damit auch unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen und mit unterschiedlichen Konsequenzen. Hier gibt es Anklänge an die Aussagen der speziellen Relativitätstheorie von Albert Einstein zur „Relativität der Gleichzeitigkeit“³. Die Feststellung der „Ungleichzeitigkeit“ hängt allerdings von sozio-kulturell geprägten Wahrnehmungsweisen bzw.

3 Als eine (relativ) allgemeinverständliche Einführung s. Norton 2014.

theoretischen Konzepten ab (Institutionen, Identitäten, Fortschritt) und ist nicht in naturwissenschaftlichen Zeitkonzepten messbar.

Das betrifft auch die Interaktionen zwischen unterschiedlichen Maßstabebenen sowohl der Dimension „Zeit“ (einzelne Ereignisse, Tages- und Jahresplanung, Lebenszeit, historische Epochen bis hin zur Erdgeschichte) als auch der Dimension „Raum“ (Nachbarschaft, Gemeinden, Regionen, nationale Territorien, Weltregionen, Welt, Weltraum). Die Beschleunigung vieler Entwicklungen seit der industriellen Revolution (Kompression von Zeit und Raum) – und besonders in den letzten Jahrzehnten (Verkehr, Kommunikation) – hat die Beziehungen zwischen Zeit und Raum grundlegend verändert. Dazu gibt es umfangreiche Diskussionen (s.u., 5.3; als Überblick Rosa 2017).

In der Beschäftigung mit der Zukunft werden verschiedene Perspektiven unterschieden. Jede Aussage über die Zukunft erfolgt notwendigerweise vom gegenwärtigen Standpunkt aus, sodass sich prinzipiell zwei Modalitäten ergeben: einerseits Prognosen, die die voraussichtliche Weiterentwicklung gegenwärtiger Situationen analysieren, und andererseits Utopien/Zukunftsentwürfe, die mögliche zukünftige Situationen entwerfen. In der Literatur wird verbreitet zwischen „gegenwärtiger Zukunft“ und „zukünftigen Gegenwarten“ unterschieden.⁴ Im Falle der „gegenwärtigen Zukunft“ wird eine pragmatische Perspektive eingenommen; der künftige Verlauf wird aufgrund vorliegender Daten erfahrungswissenschaftlich vorausberechnet bzw. extrapoliert und bildet oft die Grundlage für die Entwicklung von Handlungsstrategien (Planung). Dabei zeigt sich, dass man bestimmte Ereignisse sehr genau vorausberechnen kann, zum Beispiel die Flugbahnen von Himmelskörpern (zumindest für einige Tausend Jahre, vgl. Wikipedia „Bahnbestimmung“) oder das Schwingen eines Pendels, während andere Bereiche, wie das Wetter, ein chaotisches Verhalten zeigen.

Häufig verwenden Prognosen mathematisch-statistische Verfahren zur Extrapolation empirisch beobachteter Reihen in die Zukunft aufgrund von Regelmäßigkeiten, die aus den Vergangenheitswerten ermittelt wurden, auf der Basis spezifischer Funktionen (lineare, exponentielle Trends). Dies geschieht etwa zur Prognose von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch, Industrieproduktion etc. Schwieriger wird die Anwendung mathematischer Verfahren, wenn die Zusammenhänge zwischen Variablen aufgrund strukturverändernder Innovationen bzw. Katastrophen nicht einer stetigen Funktion folgen. Die Idee der Bifurkation, also Alternativen zukünftiger Entwicklung als Folge solcher Einschnitte, lässt sich durch mögliche

4 Zur Begrifflichkeit „gegenwärtige Zukunft“/„zukünftige Gegenwart“ vgl. Picht 1971; Luhmann 1976; 2009; Popp & Schüll 2009, darin vor allem Grunwald 2009.

alternative Reaktionen auf eine entsprechende Krise darstellen. Auf der Basis einer solchen Antizipation wahrscheinlicher Alternativen können Szenarien entwickelt werden, d.h. Beschreibungen alternativer zukünftiger Situationen sowie Wege, die zu diesen zukünftigen Situationen führen. Der Antizipation sind allerdings Grenzen gesetzt, wenn man in einem konstruktivistischen Verständnis berücksichtigt, dass in jeder historischen Situation die „Ordnung der Dinge“ dem Denkbaren Grenzen setzt (Foucault 1971 [1966]; s. auch Lemke 1997).

Gesetzmäßigkeiten im positivistischen Sinne (in einem jeweils definierten Rahmen historisch invariante Ursachen-Folgen-Hypothesen) implizieren per definitionem Prognosen, weil sie auf der Grundlage von empirischen Analysen einer geringeren oder größeren Zahl von Fällen postulieren, dass unter bestimmten Bedingungen vorhersehbare Folgen zu erwarten sind. Als Beispiele sei auf viele Arbeiten zu den Bedingungen und Krisen von Demokratie verwiesen oder auf die These der Wahrscheinlichkeit von Aufständen und Umstürzen unter den Bedingungen der „relativen Deprivation“ (s. Gurr 1970).

Diese Ansätze, bei denen es um die Konstruktion (häufig: Berechnung) zukünftiger Entwicklungen auf der Grundlage gegenwärtiger Entwicklungstendenzen geht, wurden meist im Hinblick auf spezifische Variablen und Planungen mit dem Ziel entwickelt, Interessen von bestimmten sozialen AkteurInnen zu befördern. Sie unterscheiden sich nicht grundsätzlich von Analysen, auf deren Grundlage (verbindliche oder indikative) staatliche Pläne entwickelt werden. Dabei wird als Ziel ideologisch das „Wohl der Gesellschaft“ behauptet; meist lässt sich aber die Verfolgung dominanter Interessen identifizieren. Auch eine kapitalismuskritische Analyse wird sich zur Prognose einzelner Entwicklungstendenzen dieses Handwerkszeugs bedienen.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich im Falle des Entwurfs „zukünftiger Gegenwart“. Hier wird bewusst ein Gegenentwurf zur jeweils vorherrschenden Realität angestrebt. Utopien sind „Nicht-Orte“. Der Begriff beruht auf dem altgriechischen *οὐ* (*ou*) „nicht-“ und *τόπος* (*tópos*) „Ort“. Die mit Utopie beschriebene fiktive Gesellschaftsordnung ist meist positiv; so bezeichnet eine „Konkrete Utopie“ (Ernst Bloch) einen „Zustand nach einer real möglichen Gesellschaftsveränderung“. Max Horkheimer versteht Utopie als „die Kritik dessen, was ist, und die Darstellung dessen, was sein soll“ (Horkheimer 1986: 186). Eine pessimistische Beschreibung einer zukünftigen Gegenwart wird als Dystopie bezeichnet (etwa Georgs Orwells *1984* und Aldous Huxleys *Brave New World*, häufig auch im Bereich von

Science Fiction). Meist werden Dystopien in der normativen Perspektive geschrieben, derartige Zustände zu verhindern.

Nach der russischen Revolution entwickelte eine Reihe utopischer Entwürfe Vorstellungen nach-revolutionärer Gesellschaften; Themen sind beispielsweise die Idee des „neuen Menschen“ (Groys & Hagemeyer 2005) oder die sozialistische Stadt der Zukunft, aber auch die Idealisierung einer egalitären ländlichen Gesellschaft, verbunden mit einer Darstellung zukünftiger großer Städte als Dystopien (Stites 1989). Konzepte des „Dritten Weges“ sind im Feld zwischen Gesellschaftstheorie und Utopie anzusiedeln (Šik 1972; 1985). Andere Konzepte liegen häufig im Schnittfeld zwischen Utopien (oder auch Visionen) und politischen Strategien (wie etwa Panafrikanismus und *self-reliance*, eng verbunden mit Julius Nyereres *ujama*).

Im Rahmen der Zukunftsforschung wurden Versuche unternommen, Entwürfe zu entwickeln, die auf gesellschaftswissenschaftlicher Forschung beruhen, aber dennoch nicht einfach dem Konzept der „gegenwärtigen Zukunft“ folgen. Robert Jungk, Zukunftsdenker und Erfinder von Zukunftswerkstätten, schrieb 1952:

„Das Morgen ist schon im Heute vorhanden, aber es maskiert sich noch als harmlos, es tarnt und entlarvt sich hinter dem Gewohnten. Die Zukunft ist keine sauber von der jeweiligen Gegenwart abgelöste Utopie: die Zukunft hat schon begonnen. Aber noch kann sie, wenn rechtzeitig erkannt, verändert werden.“ (Jungk 1952: 17)⁵.

Die Disziplin der Zukunftsforschung entstand seit den 1940er Jahren. Ossip K. Flechtheim wird die Einführung des Begriffs „Futurologie“ (im Jahr 1943) zugeschrieben; er verfolgte auch in seiner Zeit an der FU Berlin eine „humanistisch-demokratische“ Zukunftsforschung (s. Flechtheim 1970). Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde die Zukunftsforschung durch das Buch *The Year 2000* von Herman Kahn (einem Physiker, der an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt war und sich später, u.a. im Rahmen der *Rand Corporation*, mit Zukunftsforschung beschäftigte) und Anthony K. Wiener (1967). Die *ZEIT* (1/1999) macht sich über die teilweise absurd klingenden Vorhersagen lustig, z.B. dass künstliche Monde die Nachtseite der Erde beleuchten würden. Allerdings entwickelte sich Zukunftsforschung in dieser Zeit zu einer wissenschaftlichen Disziplin, mit der sich viele Institute beschäftigen und in der man akademische Abschlüsse erwerben kann. Rolf Kreibich (1968 als wissenschaftlicher Assistent zum FU-Präsidenten gewählt), definiert Zukunftsforschung als „die wissenschaftliche Befassung mit möglichen, wünschbaren und wahrscheinlichen Zukunftsentwicklungen

5 S. auch <http://www.zwnetz.de/jungk>, letzter Aufruf: 25.10.2018.

und Gestaltungsoptionen sowie deren Voraussetzungen in Vergangenheit und Gegenwart“ (Kreibich 2006: 3).

Futurologie orientiert sich im Allgemeinen auf Zukünfte in einem weitergedachten Kapitalismus, meist in der Verbindung neuerer Tendenzen sozialen Wandels (Verkehr, Transformation der Reproduktionsarbeit, Globalisierung) mit spezifischen normativen Vorstellungen (häufig im Zusammenhang mit Demokratie). Im Hinblick auf eine Diskussion über die Zukunft gesellschaftlicher Entwicklung in einer kapitalismuskritischen Perspektive erscheinen zumindest drei Themenbereiche wichtig, die hier nur stichwortartig angesprochen werden können:

- (1) *Perspektiven des sozialer Wandels*: Die Diskussion zum „sozialen Wandel“ erlaubt eine umfassendere gesellschaftliche Perspektive, basierend auf der Analyse der Veränderung in der jeweiligen sozialen Einheit in der Vergangenheit und entsprechender Tendenzen in der Gegenwart. Hiervon ausgehend erlaubt eine solche Analyse Prognosen – im Sinne des Konzeptes der „gegenwärtigen Zukunft“ – und Szenarien von Prozessen der Konstitution zukünftiger Strukturen aus vielfältigen aktuellen und erwartbaren Konflikten primär in Bezug auf kurz- bis mittelfristige Entwicklungen. In diesem Rahmen ist ein differenzierterer Umgang mit verschiedenen Möglichkeiten gesellschaftlicher/politischer Reaktionen auf Krisen/Katastrophen möglich als im Falle der Anwendung mathematischer Modelle.
- (2) *Gesellschaftliche Evolutionstheorien*: In längerfristiger Perspektive verlangt die Diskussion zukünftigen sozialen Wandels einen höheren Grad an Abstraktion und die Entwicklung historischer Modelle von „Entwicklung“. Dies kann in Form zyklischer (etwa: Spengler 1918 & 1922), evolutiver (etwa: Elias 1939), und dialektischer Konzepte (Hegel 1997 [1837]; Marxismus) geschehen.
- (3) *Normativität und Prognosen*: Bei der Analyse zukünftiger Entwicklungen geht es nicht nur um eine sich wertneutral präsentierende Prognose, sondern oft auch direkt um Werte, d.h. um die Entwicklung strategischer Handlungskonzepte und die Analyse der Durchsetzungschancen von normativ orientierten Zielen. „Normativ“ bezieht sich primär auf gesellschaftsbezogene Normen (etwa: Verringerung sozialer Ungleichheit; Menschenrechte), aber unter futurologischen Gesichtspunkten fällt die Orientierung an Akteursinteressen (etwa: Profitmaximierung, Verbesserung der städtischen Infrastruktur) in dieselbe Kategorie. Im Mittelpunkt stehen die zukünftig zu erwartenden Bedingungen für die Realisierung eines Ziels einschließlich der Reaktionen anderer AkteurInnen auf die

verfolgten Strategien sowie wiederum möglicher Reaktionen darauf im Sinne der Zielerreichung.

Was bedeutet aber all das für Perspektiven post-kapitalistischer Transformation? Vieles spricht dafür, dass das (weitgehende) Ende des „real existierenden Sozialismus“ einschließlich fast aller sozialistischen Experimente im Globalen Süden eine gewisse Ratlosigkeit im Hinblick auf Prognosen der Transformation in eine post-kapitalistische Gesellschaftsordnung sowie Utopien zu deren Strukturen erzeugt hat. Zweifellos sind in den letzten drei Jahrzehnten eine beträchtliche Zahl von profunden, vor marxistischem Hintergrund geschriebenen kapitalismuskritischen Arbeiten vorgelegt worden, doch sie bieten wenig Ansatzpunkt zu den genannten Fragen.

Schließlich: Wo bleibt bei all diesen Ansätzen die Dimension des *Raumes*? Natürlich gibt es, vor allem bezogen auf den Mesoraum, eine Vielzahl von Arbeiten, die die Perspektiven räumlicher Entwicklung als primären Fokus haben, wie etwa in den Bereichen der Raumplanung, Stadtentwicklung, der Land-Stadt-Migration, Raumwirtschaftstheorien usw. Diese Arbeiten aber sind meist auf spezifische Räume bezogen (Entwicklung nationaler Gesellschaften, Förderung weniger entwickelter Räume einer Gesellschaft, Wandel urbaner Raumstrukturen usw.). Zwar ist per definitionem die Zeitperspektive bei allen solchen Arbeiten wichtig, aber meist werden gesellschaftliche Veränderungen lediglich als Rahmenbedingungen berücksichtigt, nicht aber als Element einer integrierten Analyse raum-zeitlichen Wandels. Andererseits spielen bei Arbeiten, die sich durchaus zentral mit raum-zeitlichem Wandel beschäftigen (und auf die weiter unten noch einzugehen sein wird), Prognosen post-kapitalistischer Transformation praktisch keine Rolle.⁶

3 Globale Umweltpolitik: Prognosen und Transformation

Seit den 1970er Jahren stellen die globale Umweltkrise, die absehbare Ressourcenknappheit und (etwas später) vor allem der Klimawandel zentrale Krisenbereiche gesellschaftlicher Entwicklung dar. Natur in ihren unterschiedlichen räumlichen Ausprägungen, Konsequenzen der Umweltkrise sowie Prognosen sind hier untrennbar miteinander verbunden. Prognosen sind vor allem deshalb zentral, da viele akute Krisenerscheinungen nur in einzelnen Regionen auftreten, aber katastrophale globale Konsequenzen aus den Entwicklungen der vorangegangenen Jahrzehnte extrapolierbar sind. Die Krisenhaftigkeit moderner Entwicklung im Hinblick auf ihre natürlichen Grundlagen und damit auch die Frage nach unterschiedlichen Strategien

6 S. etwa Giddens 1981; Harvey 1973; 1989a; Altvater 1992; Altvater & Mahnkopf 1999.

der Transformation gesellschaftlicher Entwicklung – einschließlich Utopien eines zukünftigen Verhältnisses von Natur und Gesellschaft – stehen hier im Mittelpunkt. Prognosen zu diesem Themenbereich erlauben es somit, die ganze Bandbreite der Vorhersagen gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Rahmenbedingungen zu untersuchen.

3.1 *Global 2000*: Eine frühe Prognose globaler Ressourcenknappheit und die Berücksichtigung weltweiter Ungleichheit

Im Jahre 1972 erregte die im Auftrag des *Club of Rome* am *Massachusetts Institute of Technology* erstellte Studie zu den *Grenzen des Wachstums* (Meadows u.a. 1972) große Aufmerksamkeit: Auf der Grundlage einer Computersimulationen verschiedener Szenarien stellt sie fest, dass gegenwärtige Trends (Bevölkerungsentwicklung, Industrialisierung und Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ausbeutung natürlicher Rohstoffe) zum Erreichen der absoluten Wachstumsgrenzen der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre führen würden.

Der Bericht *Global 2000* (Council on Environmental Quality 1980) wurde von US-Präsident Jimmy Carter 1977 in Auftrag gegeben. Er basiert auf Prognosen verschiedener US-Bundesbehörden zu den in den *Grenzen des Wachstums* genannten Trends. Sie schildern „... Verhältnisse, die sich wahrscheinlich einstellen würden, wenn es nicht zu politischen, institutionellen oder entscheidenden technischen Wandlungen kommt und wenn es keine Kriege oder andere tiefgreifenden Störungen gibt“ (ebd.: 25). Auf der Basis dieser Einzelprognosen wurde das sog. „Weltmodell der US-Regierung zur Prognose voraussichtlicher Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts“ entwickelt (ebd.: 908), das als Grundlage für längerfristige Planung dienen sollte. In Bezug auf die angenommenen Trends und erwarteten politischen Interventionen differenziert der Bericht grob zwischen „Industrieländern“ und unterentwickelten Ländern (ebd.: 936-941). Dieser Bericht (in der deutschen Version knapp 1500 Seiten) und der Zusatzband *Global Future. Time to Act* (Council on Environmental Quality 1981) erlauben aufgrund ihres thematisch umfassenden Charakters, der zusammenfassenden Darstellung anderer Weltmodelle sowie der zeitgenössischen Kritiken eine Reflexion der Zeit- und Raumperspektiven globaler gesellschaftlicher Prognosen und Strategien. Trends des Verbrauchs und der Verknappung von wichtigen Ressourcen für die globale Reproduktion sowie die erwarteten politischen Maßnahmen zur Lösung der prognostizierten Probleme werden mit den

Methoden der Analyse „gegenwärtiger Zukunft“ aus der Sicht der späten 1970er Jahre prognostiziert.

Der Anhang A des Hauptberichts diskutiert auch (a) die wahrscheinlichen Reaktionen von AkteurInnen, die ihre Interessen durch entsprechende Maßnahmen gefährdet sehen (ebd.: 1297-1351) und (b) eine möglicherweise verstärkte politische Instabilität in armen Regionen im Rahmen der ökologischen Krisen. Anhang B verweist auf Bedenken einer Gruppe von „Beratern“, die die mangelnde Berücksichtigung plötzlicher Erschütterungen und Diskontinuitäten kritisieren, etwa Naturkatastrophen, den Zusammenbruch von Gesellschaftssystemen sowie weitere Nord-Süd-Konflikte (ebd.: 1357-1361). Beanstandet wird, dass „die Prognosen der Studie weitgehend auf der Extrapolation von Trends und Beziehungen basierten, die nur für die letzten zwei oder drei Jahrzehnte charakteristisch waren“ sowie, „... daß die Studie dazu neige, nur jene Charakteristika... zu verwenden, für die 'harte' quantitative Daten direkt erhältlich waren“ (ebd.: 1354).

Wichtig ist schließlich die Frage nach den Interessen, die diese Diskussion über die Ressourcenknappheit und ihre Folgen angestoßen haben. Globale Ungleichheit und der Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung diskutiert der Band *Global Future* (ebd.: xii-xiv). Dabei geht es hier nicht primär um Solidarität und ethische Motivationen:

„Die US-Regierung hat seit langem erkannt, daß der weltweite ökonomische Fortschritt und der Schutz der globalen Umwelt für die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten von großer Bedeutung ist (sic!). Eine Zunahme von Armut und Elend in großen Teilen der Welt erhöht das Potential für politische Instabilität, beeinträchtigt den Handel (...) und steigert den Drang zu massenhaften Wanderungsbewegungen.“ (ebd.: xxxiii)

3.2 Globale Umwelt, Ungleichheit und Prognosen

Diesem Bezug auf die Sicherheit im Globalen Norden stehen kritische Positionen aus dem Globalen Süden gegenüber: Ressourcenschutz verhindere Entwicklung im Süden; die Länder des Südens könnten nicht verpflichtet werden, auf die Nutzung von Ressourcen zu verzichten, um Schäden zu kompensieren, die durch einen jahrhundertelangen Raubbau zugunsten des Nordens entstanden sind. (Herrera u.a. 1977: lateinamerikanische Perspektive.). Ein umfassenderer Bezug auf die Rolle ungleicher Entwicklung und die Notwendigkeit von (selektivem) Wachstum zur Überwindung von Armut sowie das Recht auf nachholende Entwicklung findet sich allerdings erst ein paar Jahre später im Brundtland-Bericht (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987), der eine wichtige Grundlage der *Rio-Konferenz für*

Umwelt und Entwicklung von 1992 und damit eine breite Diskussion über eine globale Zukunftsperspektive bildete: „Nachhaltige Entwicklung“, d.h. die Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart, „ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“, ist seither zentrales Thema nicht nur der globalen Umweltdiskussion. Seit Rio 1992 wurden schließlich die „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ (Art. 3, Abs. 1, UNFCCC) für den Klimawandel und seine Bekämpfung international anerkannt. Das bezieht sich einerseits auf Konzessionen gegenüber der Gruppe der Entwicklungsländer in Bezug auf die Forderung nach Minderung der Emission von klimarelevanten Gasen, vor allem aber auf die Verpflichtung der Industrieländer, die Anpassung der Ersteren an die nicht mehr zu vermeidenden Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen (Hein u.a. 2017: 401).

In den letzten Jahrzehnten haben sich verschiedene Weltkommissionen und Weltkonferenzen mit den Problemen und Zielen nachhaltiger Entwicklung beschäftigt und vielfältige Strategien vorgeschlagen, im allgemeinen aber in dem Bewusstsein, dass deren Umsetzung aufgrund der Komplexität weltweiter Interessen, politischer und ökonomischer Strukturen schwer vorherzusehen ist (zu diesem Komplex s. den Beitrag von Georg Simonis in diesem Heft, S. 416ff). Isoliert (*ceteris paribus*: „unter sonst gleichbleibenden Bedingungen“) sind vielfältige Aussagen über spezifische Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge möglich (etwa: CO₂-Emissionen tragen zur Klimaerwärmung bei; Umweltbedingungen führen zur Reduktion der Artenvielfalt), ohne die Bedingungen einer nachhaltigen Transformation zu analysieren. Auch das Pariser Klimaabkommen von 2015 versucht primär, die weltweite Emission von Klimagasen zu reduzieren. Es geht – wie in einem Abkommen zwischen Regierungen nicht anders zu erwarten – davon aus, dass innerhalb bestehender Produktionsverhältnisse klimapolitisch wirksame Rahmenbedingungen verändert werden. Allerdings haben nicht-staatliche Akteure, die in vielerlei Form untereinander, mit wissenschaftlichen Institutionen und mit umweltbezogenen öffentlichen Institutionen vernetzt sind, einen wesentlichen Einfluss auf staatliche Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene. Simonis spricht von einem transnationalen politisch-ökologischen Komplex.

Eine konsequente Umweltpolitik mit entsprechendem Einfluss auf Lebensformen und Veränderungen im Globalisierungsprozess würde auch die Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften verändern (etwa: Machtverlust von Großproduzenten umweltschädlicher Produkte, Förderung von Dezentralisierung, Regulierung von emissionsintensiven wirtschaftlichen Aktivitäten durch Abgaben bzw.

Emissionszertifikate), wodurch weitergehende Transformationsprozesse möglich werden. Eine wichtige Frage betrifft die Interaktion von Prozessen auf verschiedenen Ebenen in Raum und Zeit. Ansätze auf der Mikro- und Mesoebene erfassen meist zunächst Nischenmärkte wie die biologische Landwirtschaft oder begrenzte Regionen oder Sektoren. Das gilt selbst für Utopien wie den Roman *Ökotoxia* (Callenbach 1978 [1975]), der sich auf einen abgespaltenen fiktiven Staat im Nordwesten der USA bezieht, sowie eine Vielzahl von Utopien zur ökologischen Stadtentwicklung. Auf der Makroebene sind grundsätzlich drei Typen von Prozessen zu beobachten: Die *Resilienz bestehender Strukturen* (hier einschließlich rückwärtsge wandter Perspektiven und Aktivitäten), *Ansätze transformativen Handelns* in begrenzten spezifischen Sektoren (Energie, Mikroelektronik) und *Prozesse struktureller Transformation*, d.h. von Institutionen und Normen, die die relative Machtposition von konservativ und transformativ orientierten AkteurInnen verändern.

Aktuell lässt sich vor allem beobachten, dass mächtige Akteure begrenzte Anpassungen anstreben, die grundlegende Transformationsprozesse verhindern, d.h. eine Kombination der ersten beiden der genannten Typen. Die kapitalismuskritische Literatur nimmt die Prognosen zur globalen Umwelt-/ Klimaentwicklung auf, diskutiert politische Konzepte wie *green growth* kritisch und stellt die globale Umweltkrise in den Zusammenhang des Verhältnisses Kapitalismus-Natur und damit auch der Wachstumszwänge des Kapitalismus. Räumliche Transformation wird meist in einem komplexeren Verständnis ungleicher Entwicklung diskutiert, und die Implikationen der Kompression von Zeit und Raum spielen eine zentrale Rolle, gerade auch im Zusammenhang der wachsenden CO₂-Emissionen durch Verkehr und Transport (Altvater & Mahnkopf 1999). Allerdings finden sich auch hier kaum weitergehende Transformationsszenarien. Radikale klimapolitische Szenarien (Solargesellschaft) werden kaum mit Szenarien post-kapitalistischer Transformation verbunden. Am weitesten gehen in dieser Hinsicht noch Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (ebd.), die mit der Diskussion zu *global governance* die räumliche Transformation der politischen Arena einbeziehen (s.u., 5.4).

4 Grundstrukturen des Kapitalismus und die sich wandelnden Vorstellungen von dessen Überwindung

Um die Fragen nach den Ursachen des „Verlustes“ von Prognosen zur Überwindung des Kapitalismus und nach Ansätzen neuer Visionen weiter zu verfolgen, werde ich in diesem und im folgenden Abschnitt auf den

Ausgangspunkt der Marx'schen Kapitalismusanalyse und die unerwarteten Adaptationen des Kapitalismus an die Entwicklung der Produktivkräfte eingehen. Dabei spielt die stabilisierende Wirkung ungleicher räumlicher Strukturen eine wichtige Rolle.

4.1 Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Die zentrale These von Marx und Engels ist einfach und kann, selbstverständlich verkürzt, wie folgt zusammengefasst werden: Die umfassende, fortwährend revolutionierte Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse schafft einerseits die Voraussetzung für eine weiterhin rasante Entwicklung der Produktivkräfte, führt andererseits aber zu einer Zuspitzung der Widersprüche zwischen beiden. Kurz: bürgerliche Revolutionen führen zur Durchsetzung des bürgerlichen Staates und damit zu entsprechenden „Produktions- und Verkehrsverhältnisse(n)“ (Marx & Engels (1977 [1848]: 467) auch in bisher zurückgebliebenen Gesellschaften; das Privateigentum an Produktionsmitteln wird abgesichert „und die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ (ebd.: 464). Die „Feudalbande“ und andere Formen persönlicher „Knechtschaft“ werden zerrissen, wodurch ein „freies“ Proletariat entsteht, das seine Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen muss, um zu überleben. Die Entwicklung der Produktivkräfte erzeugt einen enorm wachsenden gesellschaftlichen Reichtum, der aber durch die Aneignung des von den LohnarbeiterInnen produzierten Mehrwerts im Wesentlichen den Eigentümern von Kapital und Boden zugutekam. Die extrem ungleiche Aneignung von Reichtum, Überproduktionskrisen, Kriege zwischen Nationen und die Erschöpfung natürlicher Ressourcen⁷ verschärfen die Widersprüche und den Klassenkampf und führen schließlich zu einer revolutionären Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Das KM prognostizierte eine grenzenlose Ausdehnung des Kapitals. Dies hat sich weitestgehend bestätigt und ist in vielerlei Hinsicht über das hinausgegangen, was damals vorhersehbar war. Bei Marx überwog jedoch

7 Marx Einschätzung zur Rolle der Natur im Kapitalismus wurde häufig missverstanden. Bereits im „Kapital“ wurde mehrfach auf den Widerspruch zwischen grenzenlosem Profitstreben und Natur verwiesen: Erschöpfung der Bodenfruchtbarkeit (Marx 1962 [1867]: 528), Rohstoffe (Marx 1969 [1894]: 270). Im Zusammenhang mit Differentialrente und Grundeigentum formulierte Marx: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als gute Eltern den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Marx 1969 [1894]: 784); s. dazu Schmidt 2016 [1962]; Saito 2016.

zunächst die Annahme einer Homogenisierung des globalen Raumes als einer fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung in allen nationalen Gesellschaften, einschließlich zukünftiger postkolonialer Gesellschaften (s. Schriften über Indien) an die Strukturen der entwickelteren Gesellschaften: „Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft.“ (Marx 1962 [1867]: 12)

So blieben auch in der gesamten frühen Zeit der marxistischen Diskussion die Nationalstaaten der Ausgangspunkt revolutionärer Transformation der Produktionsverhältnisse. Im 19. Jahrhundert wurde weitgehend die Prognose als selbstverständlich angenommen, dass die Revolution von den Ländern mit entwickelter Ökonomie ausgeht – der theoretischen Annahme entsprechend, dass die Zuspitzung der Widersprüche zunächst dort zum Entstehen einer starken Arbeiterklasse führen werde. Im KM heißt es weiter:

„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ (Marx & Engels 1977 [1848]: 473)

„Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.“ (ebd.: 493)

Die weitere historische Entwicklung revolutionärer und restaurativer Prozesse im Kapitalismus führte zwar zu erheblichen Modifikationen der Vorstellungen über die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus (s. den folgenden Abschnitt), doch blieb bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine marxistische Diskussion über eine Transformation der Produktionsverhältnisse *innerhalb* des Kapitalismus weitgehend aus. Reformistische Strategien, die sich primär auf die Vertretung von Positionen der Arbeiterklasse im bürgerlichen Staat konzentrierten, entstanden bereits im 19. Jahrhundert (etwa Ferdinand Lassalle) und führten schließlich zur Spaltung der Arbeiterbewegung und ebenso zu einer Spaltung der marxistischen Diskussion über Arbeiterklasse und die Transformation der Produktionsverhältnisse.

Entscheidend, oder besser gesagt, lähmend für die weitere Diskussion über Prognosen post-kapitalistischer Transformation waren aber – neben dem Zusammenbruch des „real-existierenden Sozialismus“ und dem Ende von Entwürfen zu dessen Transformation – inner-kapitalistische Veränderungen der Produktionsverhältnisse. Das betraf primär (aber nicht nur, s.u.) die räumliche Dimension. Zum einen geht es dabei um globale ungleiche Entwicklung und das Entstehen verschiedener Formen des „peripheren Kapitalismus“: Dadurch wurde das „Entstehen einer starken Arbeiterklasse“ in

großen Teilen der Welt verhindert oder zumindest erschwert. Zum anderen führte die Globalisierung zum Entstehen von Formen globaler Staatlichkeit und zur Begrenzung nationaler Souveränität. Die Komplexität der realen Entwicklung impliziert eine Resilienz der kapitalistischen Produktionsweise, die Mitte der 19. Jahrhunderts so nicht vorhersehbar war. Die abstrakte Kategorie ungleicher räumlicher Entwicklung spielte daher in der marxistischen Diskussion lange Zeit keine zentrale Rolle und wurde erst seit Ende der 1970er Jahre vor allem von französischen und englischen Autoren intensiver reflektiert (Henri Lefebvre, David Harvey, Doreen Massey).

4.2 Ungleichheit zwischen Nationen und der Wandel der Revolutionstheorie

Nach den Marx'schen Vorstellungen war es sehr unwahrscheinlich, dass die erste sozialistische Revolution in einem relativ wenig entwickelten Land wie Russland stattfinden würde. Die katastrophale Situation des Landes zu Beginn des Jahres 1917 – der Krieg schien verloren, die russische Ökonomie war nicht mehr in der Lage, weitere militärische Anstrengungen zu finanzieren, der Widerstand gegen das zaristische Regime wuchs und führte in der Februarrevolution zu dessen Sturz – hatte jedoch eine revolutionäre Situation entstehen lassen. Tatsächlich konnten die Bolschewiki um Lenin mit der Oktoberrevolution die Führung des revolutionären Prozesses übernehmen. In diesem Kontext entwickelte Lenin die These von der Revolution im schwächsten Glied der Kette. Dieses schwächste Glied musste nicht zwingend das am wenigsten entwickelte Land sein, die These verwies aber darauf, dass der relativ niedrige Stand der industriellen Entwicklung bei einer situationsbedingten Schwächung der herrschenden Ordnung kein Hindernis für eine sozialistische Revolution darstellte. Nachdem die zunächst erwartete Kettenreaktion in westeuropäischen Ländern (vor allem in Deutschland) ausblieb, erklärte Stalin 1924 nach dem Tode Lenins das Ziel der „Entwicklung des Sozialismus in einem Land“, veröffentlicht 1926 in der Schrift *Zu den Fragen des Leninismus*.

Die chinesische Revolution schien die These vom „schwächsten Glied“ zu bestätigen. Mao Zedong verschob mit dem Fokus auf die Dritte Welt als Ausgangspunkt zukünftiger Revolutionen (Theorie der Dörfer und Städte) den räumlichen Schwerpunkt der Revolutionstheorie noch weiter in Richtung auf den Zusammenhang „Unterentwicklung-Krise“. Marxistisch orientierte Autoren des lateinamerikanischen Dependenzansatzes (vor allem Andre G. Frank) knüpften an dieser Perspektive an. Die Ausbeutung der Dritten Welt erlaube in den Metropolen Kompromisse mit der Arbeiterklasse und

verhindere dort revolutionäre Prozesse. Auch wenn der Sieg der Arbeiterbewegung aufgrund der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen langfristig weiterhin als unausweichlich angesehen wurde, wird die konkrete Entwicklung dahin zunehmend als nicht prognostizierbar angesehen. Eine Reihe der ehemals ärmsten Länder sind inzwischen zu Regionalmächten innerhalb des kapitalistischen Weltsystems aufgestiegen, allen voran China.

Aus der Position eines Landes in der Hierarchie globaler Ungleichheit lassen sich offenbar keine generellen Prognosen über die Wahrscheinlichkeit revolutionärer Prozesse ableiten. Globale Krisen bringen meist vielfältige lokale Konflikte hervor, globale Strategien von Systemerhaltung bzw. zur Systemüberwindung interagieren mit komplexen Konfliktstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen. David Harvey interpretiert die Konflikte in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen sowie zwischen diesen und der Gesamtheit kapitalistischer Beziehungen

„...entsprechend ihrer Funktionsweise, diese zu erhalten und zu reproduzieren... Diese Beziehungen sind jedoch nicht notwendigerweise in Einklang miteinander. Sie sind häufig widersprüchlich und aus diesem Widerspruch ergeben sich Konflikte. Transformationen entstehen durch die Lösung dieser Konflikte, und mit jeder Transformation wird die Gesamtheit der Beziehungen (*the totality*) restrukturiert. Diese Restrukturierung wiederum verändert die Definition, Bedeutung und Funktion der Elemente und der Beziehungen innerhalb des Ganzen.“ (Harvey 1973: 289, Übersetzung W.H.)

Politische Auseinandersetzungen beziehen sich auf spezifische räumliche, kulturelle, ökonomische und politische Bedingungen, die zum einen im Detail analysiert, zum anderen aber auch im Zusammenhang mit den kapitalistischen Grundstrukturen gesehen werden müssen, um Prognosen zur Restrukturierung gesellschaftlicher Beziehungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen machen zu können.

Die Rede von „einzelnen Elementen“ verlangt eine detailliertere Positionierung dieser Elemente in der Totalität der Zusammenhänge kapitalistischer Reproduktion. Die Entwicklungen der vergangenen hundert Jahre bestätigen einerseits die Erwartung des KM im Hinblick auf die „kosmopolitische“ Expansion des Kapitalismus, verweisen aber andererseits auf die fundamentale Bedeutung von Ungleichheit, weltweit ebenso wie in Bezug auf die nationalen Entwicklungspfade der Dynamik von Klassenkämpfen und Kompromissen in nationalen Transformationsprozessen im Globalen Norden. Aber auch die Prognosen der Überwindung des Kapitalismus durch „die Revolution im schwächsten Glied der Kette“ bzw. in den „Dörfern der Welt“ haben mittelfristig angesichts der globalen Dominanz kapitalistischer

Akkumulation keinen Bestand gehabt: Der „real existierende Sozialismus“ in der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten brach zusammen; in China und Vietnam kam es schließlich zu einer (weitgehend erfolgreichen) Re-Integration in das kapitalistische Weltsystem. Letztlich beruhen die Erfolge sozialistischer Revolutionen in einzelnen weniger entwickelten Ländern eben mehr auf spezifischen historischen Konstellationen, die nicht die im KM prognostizierte „Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder“ (Marx & Engels (1977 [1848]: 493) hervorbrachten. Auch wenn sich Lenin und Mao auf Marx beriefen, hat die spätere Entwicklung in beiden Ländern *eine* Marx'sche Prognose bestätigt:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind.“ (Marx 1971 [1859]: 9)

Für den Zusammenhang zwischen Entwicklung der Produktivkräfte, ungleicher Entwicklung und Prognosen zur Transformation und zum Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsformation von großer Bedeutung ist Rosa Luxemburgs These von der „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation“ (Luxemburg 1970 [1913]), d.h. der fortgesetzten „Enteignung der Arbeitsmittel von den eigentlichen Produzenten“ als Voraussetzung für die erweiterte Reproduktion des Kapitals. Das betrifft die Aneignung von Rohstoffquellen ebenso wie die Aneignung der Arbeitskraft von Menschen unter ihrem Wert, da die Reproduktionskosten nicht oder nur teilweise durch Arbeitslohn finanziert werden müssen. Sobald die ganze Welt kapitalistisch ist, „erreicht der Kapitalismus seine objektive historische Schranke.“ (ebd.: 478). Doch bevor diese ökonomische Schranke erreicht sei, werde der Militarismus die „Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen“ (ebd.: 379f). Auch Luxemburg unterschätzte die Fähigkeit des Kapitalismus zu einer immanenten Transformation der Produktionsverhältnisse.⁸ Der Versuch, diese Fähigkeit zu verstehen, führte in der westlichen marxistischen Diskussion dazu, dass die Analyse der Transformationen des Kapitalismus zwischenzeitlich eine größere Rolle spielte als Prognosen seiner Überwindung.

8 Für eine detailliertere kritische Auseinandersetzung mit dem Ansatz der „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation“ fehlt hier der Platz.

5 Der Wandel des globalen Raumes: Globalisierung, ungleiche Entwicklung und der Nationalstaat

Die politische Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien führte zunächst dazu, dass auch deren Führer meist in den industriell entwickelteren Ländern „das Bild der eigenen Zukunft“ sahen. Die Schwächung der ökonomischen Abhängigkeit von den Kolonialmächten erleichterte einerseits den Marktzugang anderer Industrieländer, stärkte andererseits aber die Bemühungen um die eigene „Entwicklung“. Die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation bot die Möglichkeit, mit billigen Rohstoffen und niedrigen Löhnen wettbewerbsfähig zu sein, und so mit der Eingliederung der neuen Staaten in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung den Akkumulationsprozess zu fördern. Die fragmentierte Staatlichkeit wiederum verhinderte eine Infragestellung nationaler Identitäten und politischer Kompromisse im Globalen Norden.

5.1 Historische Phasen kapitalistischer Entwicklung

Die Regulationstheorie (s. etwa Jessop 2001) betont seit den 1970er Jahren den Zusammenhang zwischen der Lösung von Konfliktkonstellationen und spezifischen historischen Phasen in der Entwicklung des Kapitalismus. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg betonte die Sozialimperialismusthese (John Hobson, Rudolf Hilferding, vgl. dazu Wehler 1969) die Möglichkeit, im Kampf zwischen Kapital und Arbeit in den imperialistischen Ländern durch Zugeständnisse in der Sozialpolitik Kompromisse zu erzeugen – basierend auf Ressourcen, die durch Ausbeutung der Kolonien und ungleiche Handelsbeziehungen gewonnen und durch nationalistische Ideologien politisch abgesichert wurden. Es gibt also Brüche innerhalb der kapitalistischen Entwicklung und eine sukzessive Dominanz unterschiedlicher Akkumulationsmodelle. Der Fordismus wurde als das „Goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Marglin & Schor 1990; Hobsbawm 1995: 20, 285ff) bezeichnet, was allerdings bestenfalls für Nordamerika und Westeuropa (und evtl. Japan) gelten kann. Wir sehen hier die komplexe Wirkungsweise der ungleichen Entwicklung: Während in den Industrieländern die Ausweitung der Sozialpolitik ein auf billigen, weitgehend importierten fossilen Rohstoffen und industrieller Massenproduktion basiertes Wachstum ermöglichte, förderte eben diese Entwicklung Marginalisierungsprozesse in den Ländern des Globalen Südens.

Die Grenzen der fordistischen Expansion zeigten sich in den 1970er Jahren mit der wachsenden Verschuldung als Folge einer zunehmend kreditfinanzierten Expansion sowohl international und national. Die globale

Umweltkrise machte die Grenzen einer auf fossilen Rohstoffen beruhenden Wegwerfgesellschaft deutlich. Neoliberalismus und fortschreitende Globalisierung wurden zur Grundlage eines neuen postfordistischen Akkumulationsmodells. Eine erhöhte Mobilität des Kapitals, globale Produktionsverlagerung auf der Basis einer flexiblen Strategie des *global sourcing* (s. Fröbel u.a. 1977), die Verstärkung transnationaler Wertschöpfungsketten und ungleiche Inklusion und Exklusion erlaubten eine Beschleunigung kapitalistischer Akkumulation. Sie schufen aber auch neue Formen der Ungleichheit, die einerseits den markanten Nord-Süd-Gegensatz zugunsten einer differenzierteren Struktur ungleicher Entwicklung in Frage stellen, andererseits zunehmend aber wieder Tendenzen sozialer Desintegration im Globalen Norden stärken (s. etwa Altvater & Mahnkopf 2002).

Auch wenn eine generelle Übereinstimmung in der Charakterisierung des Fordismus und dessen Krise besteht, werden (a) kaum Vorstellungen zu einer post-kapitalistischen Transformation entwickelt und gehen (b) die Überlegungen zum Postfordismus weit auseinander: Vorgeschlagene Konzepte sind u.a. Toyotismus (flexible Spezialisierung, *just-in-time*), Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes (Aglietta 2000 [1997/98]), (*Postnational*) *workfare-state* (Jessop) oder neoliberale Globalisierung. Eine normativ orientierte Strategie mit prognostischen und utopischen Elementen einer inner-kapitalistischen Transformation mit Fokus auf nachhaltiger Entwicklung und die Überwindung fossilistischer Strukturen stellt die Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* (BUND u.a. 2008) dar.

5.2 Aspekte der Veränderung des globalen Raumes – ungleiche Entwicklung

Verschiedene historische Phasen des Kapitalismus sind offenbar mit einschneidenden Veränderungen räumlicher Strukturen verbunden. Dies weist auf die Notwendigkeit einer systematischen Analyse ungleicher Entwicklung und damit des Verhältnisses zwischen Kernstrukturen und konkreten Erscheinungsformen in der Gesellschaftsanalyse hin. Es gibt viele theoretische Ansätze zum Verständnis und zur politischen Reaktion auf ungleiche Entwicklung in unterschiedlichen Disziplinen (Ökonomie, Geographie, Soziologie, Raumplanung). Diese Konzepte beziehen sich auf ganz unterschiedliche Aspekte wie Standortfaktoren, Regionalpolitik, räumliche Dynamik von Investitionen, Umweltentwicklung (s. etwa Kappel 1995). Bestehende Machtstrukturen fördern Analysen, die der Perspektive der „gegenwärtigen Zukunft“ entsprechen und die Konzipierung „zukünftiger Gegenwarten“ ins Reich der „Phantasie“ verweisen. Spezifische Krisen

und Umbrüche sind bestenfalls sehr kurzfristig prognostizierbar oder aber in ihren Ursachen retrospektiv rekonstruierbar. Die Strukturen kapitalistischer Akkumulation lassen allerdings eine Tendenz zu einer langfristigen Reproduktion von ungleicher Entwicklung erwarten.

Viele Ansätze zur Raumforschung weisen eine funktionalistische Perspektive auf. Strategien zur Förderung regionaler Entwicklung implizieren meist verschiedene Formen von Staatsintervention, wobei deren Grenzen selten klar definiert sind. Häufig werden weder Interessen und Macht der beteiligten AkteurInnen noch systembedingte Mechanismen berücksichtigt. Zudem wird die Verbesserung der Standortbedingungen oft als ein technisches Problem aufgefasst. Selbst im „real existierenden“ Sozialismus mit dem Anspruch einer weitgehenden zentralen Planung und politischer Steuerung hat sich die Marktlogik des kapitalistischen Weltsystems als begrenzende Bedingung erwiesen – und entweder zum Zusammenbruch der Systeme oder zu einer erheblichen Anpassung an kapitalistische Regelungsmechanismen geführt (China, Vietnam).

Interessant sind eine Reihe von Arbeiten zur Entwicklung spezifischer Raumstrukturen im Postfordismus wie etwa die sog. Archipel-/Netzwerkökonomie, gekennzeichnet durch Netzwerke von *global cities* und zunehmend marginalisierten Netzwerkzwischenräumen.⁹

Die im Kolonialismus etablierte, ungleiche internationale Arbeitsteilung und ihre Rolle für die fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation in der post-kolonialen Welt haben eine nachholende Entwicklung und das Entstehen der Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution, wie sie von Marx zunächst angenommen wurden, weitgehend verhindert. Strukturen entstanden, die eine eigenständige nationale Entwicklung der Produktivkräfte kaum zuließen und Klassenstrukturen hervorbrachten, welche sich von denen des Globalen Nordens erheblich unterschieden (Stichworte: Kompradorenbourgeoisie, meist relativ kleine ArbeiterInnenklasse, großer Subsistenzsektor, teilweise große Gruppen indigener Bevölkerung).¹⁰

Unterschiedliche Strukturen der lokalen Bevölkerung, aber auch der Integration in das kapitalistische Weltsystem mit differenzierten Formen der Artikulation zwischen lokalen Lebens- und Produktionsformen und den Strukturen kolonialer und post-kolonialer Ausbeutung sowie unterschiedliche politische Entwicklungen (assoziative Politiken oder eher dissoziative Regime mit starker staatlicher Lenkung, z.T. unterstützt durch das

9 Zu Netzwerkgesellschaft s. Castells 2001-2003 [1996-1998]; zu *Global Cities* s. Sassen 2001; zu Archipelisierung s. Hein 2002.

10 Zur Dependenzdiskussion und zur fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation s. verschiedene Beiträge in Backhouse u.a. 2013.

sozialistische Lager, revolutionäre Staaten) haben allerdings auch innerhalb des Globalen Südens zu sehr ungleichen Entwicklungen geführt.

Der Prozess der neoliberalen Globalisierung, weitgehend vermittelt über die Verschuldungskrise und die Strukturanpassungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen, erzwang in den meisten Ländern des Globalen Südens eine wirtschaftliche Öffnung gegenüber einem zunehmend international operierenden Kapital (im Sinne des oben genannten *global sourcing* nach optimalen Produktionsstandorten im Rahmen von transnationalen Wertschöpfungsketten und der Suche nach neuen Rohstoffen). Er brachte eine weitere Differenzierung und Heterogenisierung innerhalb des Globalen Südens mit sich, so dass schließlich verbreitet vom „Ende der Dritten Welt“ gesprochen wurde, und zwar in doppeltem Sinne: Zum einen verschwand die Perspektive national-revolutionärer Umbrüche in Form eines Aufstands der „globalen Dörfer“. Zum anderen ist globale ungleiche Entwicklung zunehmend durch weltweit ungleich verteilte Zentren internationaler Dienstleistungen und industrieller Produktion sowie durch die Exklusion von verarmten Zwischenräumen auf praktisch allen geographischen Ebenen gekennzeichnet („Archipelisierung“).

5.3 Aspekte der Veränderung des globalen Raumes: Zeit-Raum-Kompression

Marx sprach bereits im Zusammenhang mit dem Ziel, die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals zu erhöhen, von der „Vernichtung des Raums durch die Zeit“ (Marx 1983 [1857/1858]: 430). Er meint damit, das Kapital strebe danach, „die Zeit, die die Bewegung von einem Ort zum anderen kostet, auf ein Minimum zu reduzieren“ (ebd.: 445). Die Entwicklung der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt, die eine erhebliche Beschleunigung des Transports mit sich brachten, geht auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die Beschleunigung (und Verbilligung) von Transport (Containerschiffahrt, Luftverkehr) und Kommunikation (Telegraphie, Telefon, Internet) und deren ökonomische, soziale und kulturelle Auswirkungen führten zu umfassenden Veränderungen gesellschaftlicher Beziehungen und zu einer Beschleunigung des Globalisierungsprozesses vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Unter dem Begriff der *time-space-compression* hat sich vor allem David Harvey (1989a) in seinem Buch *The Condition of Postmodernity* intensiv damit auseinandergesetzt. Die Beschleunigung gesellschaftlicher Bezie-

hungen ist ein zentraler Aspekt der Diskussion über die Postmoderne.¹¹ Sie schafft wesentliche Voraussetzungen für die Globalisierung, nämlich eine Verdichtung ökonomischer, aber auch anderer gesellschaftlicher Beziehungen im transnationalen Raum, ermöglicht transnationale Netzwerkstrukturen und eine zunehmende Standortkonkurrenz. Das impliziert auch Veränderungen der Arena politischer Auseinandersetzungen. Die Frage nach den Auswirkungen der Zeit-Raum-Kompression auf Klassenstrukturen und politische Allianzen ist eines der zentralen Themen der Diskussion über die Postmoderne. In einem Artikel zur Zeit-Raum-Analyse von Harvey heißt es:

„Im Rahmen dieser Form von lokalem Unternehmertum, in dem zunehmend Standorte weltweit in direkten gegenseitigen Wettbewerb versetzt wurden, gewannen ortsbezogene klassenübergreifende Allianzen im Vergleich zum Klassenkampf an Bedeutung – und verdeutlichten damit, wie räumliche Beziehungen die gängigen Marx’schen Prinzipien verkomplizierten.“
(Harvey 1989b, zit. in: Sheppard 2006: 129, Übersetzung W.H.)

Wenn Harvey recht hat, dann hat die Zeit-Raum-Kompression die „kosmopolitische Gestaltung von Produktion und Konsumtion aller Länder“ in einer Weise intensiviert, dass der räumliche Bezugspunkt politischer Allianzen eben nur noch bedingt die „Länder“ (d.h. Nationalstaaten) sind, sondern die Beziehungen zwischen Produktionsstandorten mit den Konflikten im transnationalen Raum. Kapitalistische Entwicklung produziert weiterhin extreme Ungleichheit, aber die Bedeutung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse tritt in der sich verändernden politischen Arena in den Hintergrund. Dabei stellt sich die Frage, was die „kosmopolitische Gestaltung“ mit der nationalstaatlichen politischen Organisation tut. Diskussionen über die Transnationalisierung gesellschaftlicher Strukturen entstehen in den 1990er Jahren. In Bezug auf eine globale Wissensgesellschaft führt Robert Reich (1993 [1991]) die Kategorie der Symbolanalytiker (Verfügung über Spezialwissen zur Identifizierung und Lösung von Problemen in einer vernetzten Weltwirtschaft: Topforscher, -manager etc.) als privilegierter Schicht in der Weltgesellschaft ein. Kees van der Pijl (1998) und Leslie Sklair (2001) diskutieren die Bildung transnationaler Klassen, vor allem das Entstehen einer transnationalen Klasse von KapitalistInnen. Können Akkumulationskrisen bewältigt werden, indem Strategien zu ihrer Bekämpfung in einem globalisierten Herrschaftssystem ausgehandelt werden? Haben fragmentierte Staatlichkeit und damit auch die Priorisierung des Ziels nationaler Entwicklung im Süden einerseits, die Aufrechterhaltung

11 S. auch Giddens 1981: „time-space distanciation“; Castells 2001-2003 [1996-1998], vor allem Bd. 1.

nationaler Kompromisse im Norden andererseits angesichts der Ansätze neuer globaler Klassenbildung eine Zukunft? Dies sind zentrale Fragen, mit denen sich Prognosen über die zukünftige Transformation des Kapitalismus und deren Grenzen auseinandersetzen müssen.

5.4 Globalisierung und Nationalstaat

Die neue Stufe des Globalisierungsprozesses, „entfesselt“ durch die neoliberale Zurückdrängung des fordistischen Interventionsstaats und die genannten Entwicklungen von Transport und Kommunikation, impliziert eine wachsende Bedeutung internationaler Beziehungen und Institutionen, aber auch eine Stärkung der globalen Zivilgesellschaft. Internationale Abkommen zur Liberalisierung der Weltwirtschaft (Welthandelsorganisation, multilaterale Handelsabkommen) werden vereinbart, ergänzt durch vielfältige Regelungen in einzelnen Bereichen, die die globalen Wirtschaftsströme vereinfachen bzw. gegen Krisen absichern sollen.

Beschleunigte Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern die transnationalen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen und *epistemic communities* in vielen Bereichen (Menschenrechte, Umwelt, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung, Katastrophenhilfe usw.). Diese Gruppen reagierten vor allem auf die teilweise katastrophalen sozialen Folgen der neoliberalen Strukturanpassungspolitik und übten einen erheblichen Druck auf die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) aus, die seit Mitte der 1990er Jahre ihren Fokus von einer rein neoliberalen Strukturanpassung auf Armutsbekämpfung verlegten. Die internationalen Finanzorganisationen folgen damit der älteren Logik der Bekämpfung von Gefahren „aus dem Süden“ – vor allem einer verstärkten Unsicherheit durch militante Konflikte (s. Hein & Mutter 2011) – für die Interessen der Metropolen. Im Bereich der Umweltpolitik führten die Prognosen einer globalen Umweltkrise zu politischen Strategien, die im Globalen Süden zunächst als Gefahr für die eigene Entwicklung gesehen wurden (s.o., 3.2), die aber seit Rio 1992 eine im Anspruch kooperative Politik der nachhaltigen Entwicklung anstreben. Prognosen sehen in einer solchen Politik eine letzte Chance in Bezug auf den Klimaschutz, weisen gleichzeitig aber auch auf ihre Konflikthaftigkeit hin (s. Georg Simonis in diesem Heft, S. 416ff). Das Konzept der neoliberalen Gouvernamentalität kennzeichnet eine solche Struktur, die AkteurInnen, welche eine Politik der Inklusion fordern und ökologische Folgen anprangern, Raum und Legitimität gibt, aber die tatsächlich die Krisen produzierende Dynamik perpetuieren (s. Lemke 1997; Timpf 2003). Trotz dieser global vereinbarten Ziele dominiert letztlich die

Logik der Kapitalverwertung, häufig verwoben mit korrupten politischen Systemen, ethnisierten Konflikten zwischen Warlords und opportunistischen Strategien von Unternehmen zur Rohstoffsicherung und zur Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch den fortschreitenden Einbezug billiger Arbeitskräfte in kapitalistische Verwertungsketten. Aber: Bedeutet dieser Prozess nicht, dass wir uns dem „historischen Ende“ kapitalistischer Akkumulation nähern, wie Luxemburg es prognostiziert hat? Tatsächlich bringen arbeitssparende Innovationen eine erneute Freisetzung von Arbeitskräften mit sich und schaffen damit wiederum – auch in Verbindung mit dem Bevölkerungswachstum – neue Quellen der Integration marginalisierter Arbeitskräfte und damit der Fortsetzung ursprünglicher Akkumulation. Neoliberale Globalisierung hat zwar den weltweiten Akkumulationsprozess beschleunigt, aber letztlich auch zu einer Globalisierung der Unsicherheit geführt (Einkommen, Finanzkrisen, Gesundheit, militante Konflikte, s. etwa Altvater & Mahnkopf 2002), einschließlich der Tendenzen zur Annäherung der Situation in den alten Industrieländern an den Globalen Süden: Bröckeln der Sozialstaats, Privatisierung, zunehmende Exklusion sind die Stichworte.

Was ist von Prognosen zu halten, die eine Transformation eines primär von Nationalstaaten geprägten internationalen Systems in ein System globaler Politik für wahrscheinlich halten? Die Ebene zentraler gesellschaftlicher Konflikte und Kompromisse verschiebe sich von den Nationalstaaten hin zur Ebene globaler Politik (s. Held u.a. 1999). „Globale Politik“ impliziert einen gewissen Machtverlust der Nationalstaaten und eine verstärkte Rolle der globalen politischen Arena. Die Diskussion darüber verbindet die Analysen von Kräfteverhältnissen zwischen Nationalstaaten und von transnationalisierten gesellschaftlicher Strukturen in den Bereichen des Krisenmanagements und der globaler Normbildung, die sowohl ökonomische als auch politische und soziale Normen umfasst und damit einen institutionellen Rahmen für transnationale *governance* bildet. Einen wichtigen Bereich im Hinblick auf Normbildung stellen die Menschenrechte dar.

Die Menschenrechtsverträge kodifizieren Normen, die teilweise der Dynamik des globalen Kapitalismus diametral widersprechen. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der UN-Charta, der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und in verschiedenen verbindlichen Menschenrechtskonventionen allgemeine Bestimmungen für alle Unterzeichnerstaaten (und das sind auch bei den Sozialrechten die meisten UN-Mitglieder) formuliert, doch setzt dies vor allem im Bereich der Sozialrechte (Internationaler Pakt über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte von 1966) das Vorhandensein entsprechender Ressourcen voraus. Jeder Unterzeichnerstaat ist verpflichtet, diese Rechte („im Rahmen

seiner Möglichkeiten“) zu gewährleisten. Zwar fordern Art. 55 und 56 der UN-Charta die Mitgliedsstaaten dazu auf, zur „Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und verwandter Art“, „gemeinsam und jeder für sich“ mit den UN zu kooperieren, doch hat dies bekannterweise extreme Armut und Ungleichheit nicht beseitigt. Aufgrund der Souveränität der Mitgliedsstaaten – ein Prinzip, das nur in Bezug auf das Verbot von Angriffskriegen eingeschränkt wurde – konnte kein Nationalstaat *gezwungen* werden, einen effektiven Beitrag zur Lösung der genannten Probleme zu leisten, trotz aller, seit der Jahrtausendwende häufiger diskutierten sog. extritorialen Verpflichtungen (s. Steiner & Alston 2000: 1327-1334).

Daher stehen Vorhersagen einer globalen Steuerung sozialpolitischer Maßnahmen, die eine effektive international kontrollierte und globale Ungleichheit signifikant reduzierende Umverteilung beinhalten, auf schwachem Fuß. Dies hängt im Wesentlichen mit der zentralen Rolle der Nationalstaaten des Globalen Nordens für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsstrukturen (einschließlich der damit verbundenen gesellschaftlichen Kompromisse) zusammen, wobei vor allem fünf Zusammenhänge zu nennen sind:

- (1) Ungleiche Entwicklung ist auch innerhalb des Nordens eine zentrale Ursache ökonomischer und politischer Instabilität (Immobilienblase in den USA und internationale Finanz- und Bankenkrise, Krise des Euro, Migration und Ungleichheit innerhalb der EU als Triebkräfte des *Brexits*). Der Nationalstaat ist hier von großer Bedeutung für das Vertrauen in die Stabilität sozialer Kompromisse und gleichzeitig für die Verteidigung einer dominanten Position in der globalen Ökonomie, die wiederum für die Erhaltung eines als legitim betrachteten Lebensstandards zentral ist – daher auch die geringe Bereitschaft zu Politiken, die die materielle Grundlage dieser Kompromisse in Frage stellen.
- (2) Der gesellschaftliche Zusammenhalt basiert auf der Konstruktion von Nationen als „imagined communities“, bestärkt durch eine Geschichte sozialer Kompromisse und die Entwicklung einigermaßen funktionierender Sozialsysteme. Der formellen Zugehörigkeit zu einer nationalen Gesellschaft wird somit ein konstruiertes historisches Bewusstsein unterlegt, was auch den Hintergrund für ein rassistisches Verhalten gegenüber MigrantInnen bildet.
- (3) Die Nationalstaaten des Globalen Nordens hatten eine wichtige Vorbildfunktion für die postkoloniale Staatsentwicklung im Globalen Süden und konnten durch ihre strukturbildende Rolle im internationalen System postkoloniale Staaten zur Übernahme entsprechender Strukturen als

Voraussetzung für deren Anerkennung als (formal) gleichberechtigte Akteure nötigen.

- (4) Die global operierenden Konzerne nutzen die Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, um ihre Verwertungsbedingungen zu optimieren und so ihre Profite zu maximieren.
- (5) Transnationale *governance* kann als ein Streben nach einer globalen Anpassung der Produktionsverhältnisse gesehen werden (einschließlich der Sicherung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch Vereinbarungen zur Sicherheit von Investitionen). Dies impliziert auch gewisse Kompromisse zwischen den beteiligten AkteurInnen, aber führt im Wesentlichen zu einer Stabilisierung der Hegemonie und der wirtschaftlichen Privilegien des Globalen Nordens.

Transnationale *governance* ist verbunden mit Diskussionen über „globale Staatlichkeit“ und die Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit eines Weltstaats. An normativen Utopien zu Letzterem ist bereits seit Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* kein Mangel. Ist aber – ausgehend von den aktuellen Strukturen der Kapitalakkumulation und der globalen Politik – eine neue Phase kapitalistischer Akkumulation denkbar, in der globale ökonomische Ungleichheit nicht mehr der Dynamik der Akkumulation unterliegt, sondern innerhalb autoritativer politischer, also weltstaatlicher Strukturen verhandelbar (und damit auch abbaubar) ist?

Otfried Höffe (1999) sieht die „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“ als eine Weltföderation auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips, die aber die Souveränität im Hinblick auf die Garantie der grundlegenden materiellen Voraussetzungen für menschliches Handeln auf eine „Weltrepublik“ überträgt. Diese Forderung impliziert viele Probleme, aber sie verweist auf die grundlegende Bedeutung einer politischen Garantie von Grundrechten, wie sie in recht umfassender Form auch 2015 in den *Sustainable Development Goals* (SDGs) formuliert wurden.

Eine Umsetzung dieser Ziele durch eine *international akzeptierte, souveräne globale Instanz* liegt aber offenbar in weiter Ferne. Die Bereitschaft, umfassende souveränitätsbegrenzende Kompetenzen an multilaterale Institutionen abzutreten, ist seit der Jahrtausendwende eher gesunken. Inwieweit soziale Bewegungen, eine kritische globale Zivilgesellschaft, eine solidarische Ökonomie und eine „solare Gesellschaft“ (Altwater 2005) tatsächlich zu einer effektiven Überwindung derjenigen kapitalistischen Strukturen und Dynamiken führen, die immer wieder Politiken der Lösung globaler Probleme, die Überwindung sozialer Ausgrenzung und die Kontrolle des Klimawandels bei universeller „Befriedigung der Bedürfnisse

der Gegenwart“ behindern, muss bezweifelt werden. Nötig wäre eine Entwicklung der Produktivkräfte in einer Weise, die nicht mehr darauf beruht, dass die einigermaßen gesicherte Bedürfnisbefriedigung eines Teiles der Weltbevölkerung auf ungleichen Beziehungen bzw. der Ausgrenzung des anderen Teiles beruht.

Eine (wie auch immer) politisch erzwungene globale Umverteilung im entsprechenden Ausmaß würde soziale Kompromisse auf nationaler Ebene im Globalen Norden, damit auch politische Stabilität in Frage stellen. So wird Inklusion im Sinne der SDGs zwar grundsätzlich unterstützt, aber ökonomisch lediglich in homöopathischen Dosen gefördert. Wer im „falschen“ Teil der Welt geboren wird (und dort nicht in einer der wenigen wohlhabenden Familien), hat wenig Chancen, die Befriedigung seiner Bedürfnisse zu verbessern. Migration allerdings kann eine *individuelle* Strategie darstellen, Menschenrechte in Anspruch zu nehmen – und in den letzten zwei Jahrhunderten ist es Vielen geglückt, sich in anderen Weltregionen eine bessere Existenz aufzubauen. Damit stellt sich jedoch auch das Problem des Rechts auf Migration und umgekehrt des Rechts von Staaten auf die Zurückweisung von MigrantInnen. Die Annahme einer weltweiten Freizügigkeit von Arbeitskräften könnte ein zentrales Element kapitalistischer Herrschaft in Frage stellen, nämlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den mächtigsten Staaten des Globalen Nordens.

6 Migration/Mobilität von Arbeitskräften und die Transformation des Raumes

Wenn im Folgenden von Migration bzw. der Mobilität von Arbeitskraft die Rede ist, dann geht es um die strukturelle Bedeutung von Migration für globale Ungleichheitsverhältnisse und damit um die Grundstrukturen kapitalistischer Akkumulation. Die konkrete Analyse von Prognosen über zukünftiges Migrationsgeschehen (z.B. über die wahrscheinliche Zahl und Herkunft von MigrantInnen in den kommenden zehn Jahren; Auseinandersetzungen über die Effektivität von *Frontex*) soll hier nicht Thema sein. Vielmehr interessieren mich hier Szenarien der Transformation von räumlichen Strukturen kapitalistischer Entwicklung – bzw. der Mangel an solchen.

Als Migration wird üblicherweise der „dauerhafte Wohnortwechsel von Menschen“ bezeichnet. Damit handelt es sich um ein inhärent räumliches Phänomen. Die Migration großer Zahlen von Menschen ist im Allgemeinen mit einem tiefgreifenden Strukturwandel verbunden (z.B. Land-Stadt-Migration im Zusammenhang mit der Industrialisierung; Migration in außereuropäische Regionen im 19. Jahrhundert als Element politischer

oder sozioökonomischer Kolonisation). Zwar gibt es eine umfangreiche Forschung auch in Bezug auf Migrationsprognosen, aber in den großen Zukunftsentwürfen gesellschaftlicher Entwicklung wurde „Migration“ meist als ein Randphänomen behandelt – selbst in vielen Prognosen zur demographischen Entwicklung wird ihre Rolle eher heruntergespielt.

Internationale Migration im Allgemeinen und auch umfangreichere Migrationsbewegungen aus ärmeren Weltregionen in Länder des Globalen Nordens sind ein bekanntes Phänomen; Millionen von Menschen migrierten nach der Unabhängigkeit aus den ehemaligen Kolonien in die Kolonialmächte, Arbeitskräfte aus Südeuropa wurden in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern angeworben, was zunächst ein erwünschtes Reservoir an billigen Arbeitskräften darstellte. Die Krise des Fordismus ging seit Ende der 1960er Jahre jedoch mit Problemen der Arbeitslosigkeit, Ansätzen einer Krise der Sozialsysteme und sozio-kulturellen Konflikten einher. Das Vertrauen in die Erhaltung des fordistischen sozialen Kompromisses nahm ab.

Damit trat ein grundsätzliches Strukturelement der kapitalistischen Weltgesellschaft, das einen der zentralen Aspekte der Ungleichheit des globalen Raumes bildet, stärker in den Vordergrund politischer Auseinandersetzungen: die Souveränität von Nationalstaaten, verbunden mit einer weitgehenden Kontrolle der Mobilität von Menschen entsprechend ihrer Staatsangehörigkeit. Das betrifft ihren Aufenthaltsstatus und damit ihre Rechte, von den Resultaten des jeweils erreichten sozialen Kompromisses zu profitieren. Prinzipiell gilt das sowohl für die BesitzerInnen von Arbeitskraft als auch die KapitaleigentümerInnen, wobei der Verkauf von Arbeitskraft jedoch von deren physischer Präsenz abhängt, während die Mobilität des Kapitals grundsätzlich nicht an die „Leiblichkeit“ (Marx 1962 [1867]: 181) der KapitaleigentümerInnen gebunden ist. Die Zugehörigkeit von Menschen als StaatsbürgerInnen ist konstitutiv für die Existenz von Nationalstaaten und deren institutioneller Ordnung. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und die sozialen Rechte bekommen mit dem Ausbau des Sozialstaats eine zunehmende Bedeutung (s. Hein 2005; 2016). Der Staat ist der institutionelle Ort für verbindliche Entscheidungen und deren Implementierung (und damit auch für Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit). Nationale Grenzen stellen in diesem Sinne einen zentralen Faktor gesellschaftlicher Integration dar, denn die sozialstaatlichen Funktionen und die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs sind zentrale Elemente einer durch staatsbürgerliche Zugehörigkeit bestimmten territorialen Fragmentierung der Weltgesellschaft (s. Hein 2005; 2016). Unkontrollierte Migration wird so als potenzielle Gefährdung der „national community“ angesehen. Die Rede von der „Einwanderung in die Sozialsysteme“, die als ureigenste Errungenschaft

der nationalen Gesellschaften des Nordens angesehen werden, gewinnt so ihre Bedeutung.

Die Freizügigkeit von Arbeitskräften innerhalb der EU stellte den bisher umfassendsten Versuch dar, nationalstaatliche Kompetenzen auf eine supranationale Institution zu übertragen. Bei einer weiterbestehenden Verantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre Sozialpolitik, deren Niveau die ökonomischen Ungleichheiten reflektiert, führte dies jedoch zu erheblichen Spannungen (s.o., *Brexit*-Referendum). Die Diskurse über eine vertiefte EU-Integration sind eher durch regressive Tendenzen als durch progressive Lösungen, etwa mögliche Schritte zu einer effektiven Sozialpolitik auf EU-Ebene und institutionelle Entwicklungen zur Stärkung der europäischen Identität, gekennzeichnet.

Ungleichheit der Entwicklung, verbunden mit einer wachsenden Kluft zwischen reichen und sehr armen Ländern, politische Krisen und Kriege, die nach dem Zweiten Weltkrieg primär im Globalen Süden stattfanden, eine mangelnde Gesundheitsversorgung und die Auswirkungen des Klimawandels in Verbindung mit wachsenden Informationsmöglichkeiten über die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen sowie verbesserte Transportmöglichkeiten haben Migration bzw. Flucht für viele Menschen als einzige Möglichkeit des Überlebens zunehmend als eine Option erscheinen lassen. Allerdings haben die Immigrationsländer (EU, USA, Australien) seit den 1990er Jahren wachsende Barrieren aufgebaut, die bis vor wenigen Jahren die Zahl von MigrantInnen und Flüchtlingen aber nicht haben reduzieren können. Der Prozentsatz der MigrantInnen an der Weltbevölkerung ist von 2,3 % im Jahre 1985 auf 3,3 % im Jahre 2015 gestiegen, wobei die Länder mit hohem Einkommen 1990 49,3 %, 2017 56,3 % der MigrantInnen aufgenommen haben – in absoluten Zahlen ein Anstieg von 75,2 auf 164,8 Mio. (IOM 2017: 15; UN DESA 2017: Table 1).

Vor allem die Flüchtlingspolitik ist durch Spannungen zwischen einer Reihe von Normen gekennzeichnet: Menschenrechte, Recht auf politisches Asyl und Rechte des Familiennachzugs einerseits, andererseits aber auch die Infragestellung der Souveränität in Bezug auf die Kontrolle der Grenzen, die staatliche Kontrolle über sozialpolitische Ressourcen sowie staatliche Aufgaben der sozialen Integration und des sozialen Friedens im nationalen Raum. Dabei ist zu berücksichtigen, dass trotz der hohen Flüchtlingszahlen in den vergangenen Jahren der soziale Kompromiss in den reichen Ländern bisher keineswegs *materiell* in Frage stand.

Der liberale Mainstream versucht mit der Widersprüchlichkeit zwischen globaler Akkumulation und nationalen Institutionen zu leben, meist mit Positionen, die die Dynamik globaler räumlicher Strukturen ignoriert, wie die

Forderung nach „Fortschritt“ in den Emigrationsländern, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Strategien und Prognosen zur Zukunft der Migration beschäftigen sich im Allgemeinen mit kurz- bis mittelfristigen, meist unidimensionalen Perspektiven: Migration und Integration, Migration und Arbeitsmarkt, Migration und Bevölkerungsstruktur, wie etwa: „Wie können und wie wollen wir in Zukunft in diesem Land zusammenleben?“ (Hanewinkel & Oltmer 2017) Migration und Flucht als Ausdruck der Transformation globaler Räume wird ignoriert zugunsten einer Konzentration auf das Problem der Gefährdung sozialer Kompromisse in den Einwanderungsländern des Nordens – wobei allerdings die Prognose im Vordergrund steht, dass das Problem zu bewältigen ist („Wir schaffen das“).

Dazu gehört allerdings weiterhin die Erwartung, dass die Kontrolle der Mobilität an den Grenzen des Schengen-Raumes im Prinzip weiterhin gesichert werden kann, wenn nötig eben durch weitere repressive Maßnahmen. Dies verweist darauf, dass auch die „liberale“ Position der Sicherung nationaler Souveränität im Konflikt mit effektiv *universellen* Menschenrechten steht, um territoriale Strukturen zur Garantie von sozialen Rechten *in einigen Teilen der Welt* zu verteidigen. Im Jahre 2017 sind von weltweit 6.163 auf der Flucht ums Leben gekommenen MigrantInnen/Geflüchteten gut die Hälfte (3.139) auf das Konto der EU-Abschottungspolitik im Mittelmeer gegangen (<https://migrationdataportal.org/themes/migrant-deaths-and-disappearances>; letzter Aufruf: 18.9.2018).

Neue Formen des Rechtspopulismus (teils unter Inkorporation von Teilen traditioneller Sektoren der Arbeiterklasse, deren nationale Organisationsstrukturen erheblich an Macht verloren haben) sind als sich radikalisierende Strategien der Verteidigung nationaler Strukturen entstanden. Dahinter steht die Dystopie des Verlustes nationaler Identität und der Aufgabe der sozialen Sicherung derjenigen, die angeblich im nationalen Raum (der „Heimat“) allein ein Recht darauf haben. Rechtspopulistische Strömungen kämpfen gegen diese Dystopie, indem sie diese den gewachsenen Restriktionen durch internationale Verpflichtungen (auf regulativer wie auch auf unmittelbar finanzieller Ebene) anlasten, ohne die Vorteile inter- und transnationaler Kooperation sowie die Rolle von Menschenrechten zu berücksichtigen. Sie sind aber Ausdruck einer allgemeineren Tendenz, mit der die konfliktiven Elemente zwischen Globalisierung und der Resilienz von Nationalstaaten wieder stärker in den Mittelpunkt treten und internationale Umverteilungsansprüche abgelehnt werden.

Internationale Migration verdeutlicht in besonderem Maße die widersprüchlichen Tendenzen der räumlichen Entwicklung: Die Globalisierung der Produktivkräfte brachte eine extrem ungleiche Entwicklung mit sich;

insbesondere verhinderte sie eine eigendynamische Entfaltung kapitalistischer Strukturen in einer wachsenden Zahl von neuen Nationalstaaten, in denen ein neues „Proletariat“ mit einer „eigenen Bourgeoisie“ hätte fertig werden können. Trotz des Entstehens einer globalen politischen Arena erweisen sich die Nationalstaaten als resilient, da sie für die Verteidigung der Privilegien des Globalen Nordens weiterhin von zentraler Bedeutung sind. Es fehlen Ansätze einer radikalen Futurologie: eine Verbindung der vielfältigen analytischen Möglichkeiten der Prognose mit Utopien einer politischen Transformation auf globaler Ebene. Nationale Machtstrukturen in einer globalisierten Welt schaffen hier offenbar Grenzen des politischen Denkens.

7 Schlussfolgerungen: Prognosen und Utopien

Handlungsstrategien beruhen auf Annahmen über zukünftige Entwicklungen und die Möglichkeiten, diese zu beeinflussen. In diesem Artikel habe ich auf die enorme Komplexität vor allem längerfristiger Prognosen verwiesen, die ohne Abstraktion von Prozessen auf niedrigeren Maßstabebenen nicht möglich sind. Andererseits trägt, wie David Harvey betonte (s.o., 4.2), die Vielfalt dieser Prozesse sowohl zur Reproduktion von Strukturen als auch zur Veränderung dieser Strukturen bei. In diesem Artikel habe ich gezeigt, dass Prognosen und Strategien gesellschaftlicher Entwicklung folgende Elemente verlangen:

- (1) eine kritische Analyse der aktuellen Situation als vorläufigem Endpunkt ihrer historischen Konstitution: die soziale Konstruktion der Wirklichkeit begrenzt den Möglichkeitsrahmen von Prognosen und Utopien.
- (2) die Analyse jeweils eigener Interessen im aktuellen Kontext und die Bereitschaft zu Kompromissen zur Herrschaftssicherung bzw. der Verbesserung der Lebensbedingungen, die zumindest kurz- oder mittelfristig Stabilität ermöglichen.
- (3) die Untersuchung von Macht- und Hegemoniestrukturen, die die Fähigkeit zur Durchsetzung von Eigeninteressen, ggf. durch strategische Kompromisse beeinflussen. Das hängt mit Fragen der Gouvernementalität zusammen (s.o., 5.4), wobei sich Prognosen allerdings auch mit der Entwicklung von Widerstandspotenzial auf der nationalen wie auf der globalen Ebene beschäftigen müssen.
- (4) eine Verknüpfung der Analyse der historischen Konstitution der Gegenwart mit theoretisch fundierten Annahmen über Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung (Szenarien zukünftiger Gegenwart). Die gesellschaftliche Akzeptanz von Szenarien hängt von der Definitionsmacht

der AkteurInnen ab. Die aktuellen Arenen von Konflikten um globale Transformation sind von dem Verhältnis zwischen Staaten und globaler Politik im Rahmen ungleicher Entwicklung geprägt: Hier gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen, Interessen und Handlungsoptionen.

Die Globalisierung kapitalistischer Akkumulation wurde in ihren Grundzügen bereits vor 170 Jahren im KM prognostiziert. Im 19. Jahrhundert waren jedoch die Dynamik räumlicher Ungleichheit und deren Auswirkungen auf die politische Entwicklung in Europa kaum vorhersehbar. Die Produktivitätsgewinne der Globalisierung und deren ungleiche Verteilung haben es den Bourgeoisien im Globalen Norden ermöglicht, sozialpolitische Kompromisse einzugehen, die dort die prognostizierte Zuspitzung des Klassenkampfes verhinderten. Verheerende Kriege haben zwar zu Revolutionen in einigen der „schwächsten Glieder“ geführt, in den fortgeschrittensten kapitalistischen Gesellschaften aber die Integrationskraft der Nationalstaaten gefestigt. Nach 1945 wurden diese zwar durch ein zunächst gestärktes sozialistisches Lager herausgefordert, die globale Kapitalakkumulation profitierte allerdings durch eine angepasste Entwicklung der Produktivkräfte von der räumlichen Ungleichheit und deren erweiterter Reproduktion (durch einzelne erfolgreiche Akkumulationspole). Die globalen Machtverhältnisse haben auch sozialistischen Ansätzen im Globalen Süden keine Chance gelassen. Das Ergebnis war nicht eine Zuspitzung des Klassenkampfes, sondern es entstanden lediglich weitgehend isolierte lokale bzw. regionale militante Konflikte.

Was bedeutet dies nun für Prognosen mittel- bis langfristiger globaler Entwicklung? Die Spannung zwischen Globalisierung, ungleicher Entwicklung und der Resilienz der Nationalstaaten wird sich in absehbarer Zeit nicht in Wohlgefallen auflösen. Kurzfristige Strategien der Armutsbekämpfung und der Bekämpfung von Exklusion im globalen Rahmen sind aus den genannten Gründen weitgehend wirkungslos. Die Realisierung einer verbindlichen globalen Sozialpolitik, die globale Ungleichheit effektiv abbaut, müsste eine Begrenzung nationaler Souveränität im Sinne einer einklagbaren Verpflichtung zu Nord-Süd-Transferleistungen und eine weitgehende Veränderung der internationale Arbeitsteilung mit sich bringen.

Eine konkrete Utopie ist vonnöten, die in einer von hoher Kapitalmobilität und Resilienz nationalstaatlicher Strukturen geprägten Welt Vorstellungen über starke globale Institutionen zur Steuerung nachhaltiger Entwicklung, d.h. globaler sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, durchsetzen kann, also letztlich die Souveränität der Nationalstaaten politisch einschränkt (s.o., 5.4; Höffe 1999). Ansätze existieren in der Tat, stellen aber auch sehr umkämpfte Prozesse dar: Entwicklungen in einzelnen Politikbereichen

(globale Sozial- und Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Stärkung nationaler *governance*-Strukturen, Umwelt- und Klimapolitik, kurz: hartnäckige Forderungen nach einer Umsetzung der SDGs) könnten bei einer weiteren Stärkung der globalen Zivilgesellschaft zu einer radikaleren Infragestellung neoliberaler Dogmen und zur weiteren Delegitimierung ungleicher Entwicklung führen. Die einzelnen ProtagonistInnen und ihre Interessen sind identifizierbar, ebenso wie kurz- bis mittelfristige Konfliktlinien, die gewisse Szenarien zukünftiger Entwicklungen in diesen Bereichen ermöglichen.

Eine Chance auf einen entsprechenden Wandel globaler Institutionen besteht aber nur, wenn dessen Vorteile nicht nur im politischen Diskurs thematisiert werden, sondern auch im Bereich der Lebensführung und -perspektiven der großen Mehrheit der Menschen erfahrbar werden. Eine „Weltgesellschaft von unten“ könnte Tendenzen der Auflösung nationaler-partikulärer Gesellschaften und auf diese bezogene Identitäten verstärken. Dies setzt einen Transformationsprozess von Konsumformen und Werten voraus, von dem Ansätze erkennbar sind (Entschleunigung, bewussterer Umgang mit Ressourcen etc.), deren Generalisierung aber noch recht weit entfernt scheint. Migration und die Infragestellung nationaler Abgrenzung im Rahmen eines zunehmend integrierten Weltzusammenhangs könnte durchaus den Ausgangspunkt für eine Transformation grundlegender weltgesellschaftlicher Strukturen, möglicherweise jenseits des Kapitalismus, bilden.

Die Ergebnisse dieser Konflikte im Hinblick auf Systemerhaltung, Kompromisse und strukturverändernde Transformationen oder aber resultierende Katastrophen (wie etwa Weltkriege, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels) sind im Hinblick auf die Entstehung einer neuen *totality* im Sinne Harveys jedoch nicht prognostizierbar. Die historische Erfahrung lässt erwarten, dass dies nicht ohne Krisen passieren wird; eine entsprechende Utopie sollte allerdings eine Perspektive der Transformation ohne globale Katastrophen beinhalten.

Elmar Altvater stellt am Ende seines Gesprächs mit Raul Zelik über „Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft“ fest:

„Umso notwendiger ist die Utopie des Ausbruchs aus dem Käfig der [Internet] Community. Aber eine konkrete Utopie muss es sein. Sie muss von den gegebenen Verhältnissen ausgehen, den Weg aus den ‘Systemzwängen’ weisen und das anpeilen, was schon heute imaginierbar und mehr noch, was heute bereits machbar ist. Das Utopische... ist politisch, weil es in unserer Hand liegt, was wir daraus – kollektiv – machen.“ (Zelik & Altvater 2016: 232)

Wer sind „wir“? Und was genau liegt „in unserer Hand“? Wohin „brechen wir aus“? Wofür sind die materiellen Existenzbedingungen „im Schoß der

alten Gesellschaft ausgebrütet“? Die Produktivkräfte erlauben grundsätzlich eine Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen, aber sie sind gefesselt in einem System, das es auch seinen KritikerInnen leichter macht, neue Phasen kapitalistischer Entwicklung zu imaginieren, als eine neue Form der Organisation kollektiver Produktion und kollektiven Lebens.

Literatur

- Aglietta, Michel (2000 [1997/98]): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Altvater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster.
- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster.
- Altvater, Elmar, & Birgit Mahnkopf (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. 4. Aufl., Münster.
- Altvater, Elmar, & Birgit Mahnkopf (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*. Münster.
- Backhouse, Maria; Olaf Gerlach; Stefan Kalmring & Andreas Novak (2013): *Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus*. Münster.
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Brot für die Welt & Evangelischer Entwicklungsdienst (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt a.M.
- Callenbach, Ernest (1978 [1975]): *Ökoptopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999*. Berlin.
- Castells, Manuel (2001-2003 [1996-1998]): *Das Informationszeitalter*. 3 Bde., Opladen (englisches Original: Oxford).
- Council on Environmental Quality (1980) (Hg.): *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Herausgegeben vom Council on Environmental Quality und dem US-Außenministerium*. Frankfurt a.M.
- Council on Environmental Quality (1981) (Hg.): *Global Future. Time To Act – Die Zeit zum Handeln*. Zusatzband zu Global 2000, Frankfurt a.M.
- Elias, Norbert (1939): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. 2 Bde., Basel.
- Flechtheim, Ossip K. (1970): *Futurologie. Der Kampf um die Zukunft*. Köln.
- Fröbel, Folker; Jürgen Heinrichs & Otto Kreye (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung*. Reinbek.
- Foucault, Michel (1971 [1966]): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony (1981): *A Contemporary Critique of Historical Materialism. Power, Property, and the State*. Berkeley, US-CA.
- Groys, Boris, & Michael Hagemester (2005) (Hg.): *Die Neue Menschheit: Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.
- Grunwald, Armin (2009): „Wovon ist die Zukunftsforschung eine Wissenschaft?“ In: Popp & Schüll 2009, S. 25-35.
- Gurr, Ted (1970): *Why Men Rebel*. Princeton, US-NJ.
- Hanewinkel, Vera, & Jochen Oltmer (2017): *Migration nach Deutschland. Aktuelle Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen*. Bundeszentrale für politische Bildung, 20.9.2017,

- <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/256375/herausforderungen-und-entwicklungen>, letzter Aufruf: 23.10.2018.
- Harvey, David (1973): *Social Justice and the City*. London.
- Harvey, David (1989a). *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Oxford.
- Harvey, David (1989b): „From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism“. In: *Geografiska Annaler. Series B*, Bd. 71, Nr. 1, S. 3-17 (<https://doi.org/10.1080/04353684.1989.11879583>).
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1997 [1837]): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Stuttgart.
- Hein, Wolfgang (2002): „Globalisierung und Regionalentwicklung. Neue theoretische Ansätze und die Chance des Empowerment durch Global Governance“. In: *Nord-Süd aktuell*, Bd. 16, Nr. 2, S. 214-234.
- Hein, Wolfgang (2005): „Eine Welt, Weltgesellschaft und die Kämpfe um globale Ordnung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 100, S. 458-464.
- Hein, Wolfgang (2016): „State and Society in the Transnational Space“. In: González Sánchez, Victor (Hg.), *Economy, Politics and Governance Challenges for the 21st Century*. New York, US-NY, S. 17-34.
- Hein, Wolfgang; Joachim Betz; Dennis Eicker; Jonas Hein; Lars Holstenkamp & Babette Never (2017): „Klimapolitik und Entwicklung“. In: Simonis, Georg (Hg.): *Handbuch Globale Klimapolitik*. Paderborn, S. 397-448.
- Hein, Wolfgang, & Theo Mutter (2011): „Die Kontrolle nicht-beherrschter Räume: Widersprüche neoliberaler Globalisierung und die Rolle der Entwicklungspolitik“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 122/123, S. 318-345.
- Held, David; Anthony McGrew; David Goldblatt & Jonathan Perraton (1999): *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*. Cambridge.
- Herrera, Amílcar O.; Hugo D. Scolnik & 8 weitere Autoren (1977): *Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell: So kann die Menschheit überleben*. Frankfurt a.M.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Zeitalter der Extreme*. München.
- Höffe, Otfried (1999): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München.
- Horkheimer, Max (1986 [1968]): „Die Utopie“. In: Neusüss, Arnhelm (Hg.): *Utopie: Begriff und Phänomen des Utopischen*. Berlin & Neuwied, 3. Aufl., S. 178-192.
- IOM – International Organization for Migration (2017): *International Migration Report 2018*. Genf.
- Jessop, Bob (2001): *Regulation Theory and the Crisis of Capitalism*. Cheltenham.
- Jungk, Robert (1952): *Die Zukunft hat schon begonnen*. Stuttgart.
- Kahn, Herman, & Anthony Wiener (1967): *The Year 2000. A Framework for Speculation on the Next Thirty-Three Years*. New York, US-NY.
- Kappel, Robert (1995): „Kern und Rand in der globalen Ordnung. Globalisierung, Tripolarität, Territorium und Peripherisierung“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 59/60: 79-117.
- Kreibich, Rolf (2006): *Zukunftsforschung*. Arbeitsbericht Nr. 23/2006, Berlin.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin & Hamburg.
- Luhmann, Niklas (1976): „The Future Cannot Begin: Temporal Structures in Modern Society“. In: *Social Research*, Bd. 43, Nr. 1, S. 130-152.
- Luhmann, Niklas (2009): „Weltzeit und Systemgeschichte“. In Luhmann, Niklas: *Soziologische Aufklärung*, Bd. 2: *Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Berlin & Heidelberg, 6. Aufl., S. 128-166.
- Luxemburg, Rosa (1970 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals*. Bd. 1, Frankfurt a.M.

- Marglin, Stephen, & Juliet Schor (1990) (Hg.): *The Golden Age of Capitalism: Reinterpreting the Postwar Experience*. Oxford.
- Marx, Karl (1971 [1859]): „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“. In: *Marx-Engels-Werke* (MEW), Bd. 13, S. 7-160.
- Marx, Karl (1962 [1867]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 1 (=MEW, Bd. 23), Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1969 [1894]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 3 (= MEW, Bd. 25), Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1983 [1857/1858]): „Einleitung zu den ‘Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie‘“. In: *MEW*, Bd. 42, Berlin (DDR), S. 15-768
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1977 [1848]): „Manifest der Kommunistischen Partei“. In: *MEW*, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Meadows, Donella; Dennis Meadows; Jorgen Randers & William W. Behrens III (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Reinbek (US-amerikanisches Original: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. Washington, D.C.).
- Norton, John D. (2014): „Einstein's Special Theory of Relativity and the Problems in the Electrodynamics of Moving Bodies that Led him to it“. In: Janssen, Michel, & Christoph Lehner (Hg.): *Cambridge Companion to Einstein*. Cambridge, S. 72-102 (<https://doi.org/10.1017/CCO9781139024525.004>).
- Picht, Georg (1971): *Prognose Utopie Planung*. Stuttgart.
- Popp, Reinhold, & Elmar Schüll (2009) (Hg.): *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Berlin & Heidelberg (<https://doi.org/10.1007/978-3-540-78564-4>).
- Reich, Robert (1993 [1991]): *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*. Frankfurt a.M.
- Rosa, Hartmut (2017): *Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a.M.
- Saito, Kohei (2016): *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Frankfurt a.M.
- Sassen, Saskia (2001): „Global City – Einführung in ein Konzept und seine Geschichte“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 81/82. S. 10-31.
- Schmidt, Alfred (2016 [1962]): *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*. Hamburg.
- Sheppard, Eric (2006): „David Harvey and Dialectical Space-Time“. In: Castree, Noel, & Derek Gregory (Hg.): *David Harvey – A Critical Reader*. Oxford, S. 121-141, https://www.researchgate.net/publication/229456954_David_Harvey_and_Dialectical_Space-Time, letzter Aufruf: 22.8.2018.
- Sklair, Leslie (2001): *The Transnational Capitalist Class*. Oxford.
- Spengler, Oswald (1918 & 1922): *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*. Bd. 1: Wien, Bd. 2: München.
- Steiner, Henry J., & Philip Alston (2000): *International Human Rights in Context. Law – Politics – Morals*. 3. Aufl., Oxford.
- Šik, Ota (1972): *Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft*. Hamburg.
- Šik, Ota (1985): *Ein Wirtschaftssystem der Zukunft*. Berlin (<https://doi.org/10.1007/978-3-642-70246-4>).
- Stütes, Richard (1989): *Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution*. Oxford.
- Timpf, Siegfried (2003): „Im Fadenkreuz. Dispositiv und Gouvernementalität der Nachhaltigkeit“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 92, S. 430-451.

- Treu, Nina (2017): „Der Kapitalismus ist am Ende“. In: *Frankfurter Rundschau*, 19.7.2017, <http://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/global-politik-der-kapitalismus-ist-am-ende-a-1315872>, letzter Aufruf 18.9.2018.
- Van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*. London & New York, US-NY.
- UN DESA – United Nations, Department of Economic and Social Affairs. Population Division (2017): *International Migrant Stock. The 2017 Revision*. Total International Migrant Stock, <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimates17.shtml>, letzter Aufruf: 31.10.2018.
- Wehler, Hans-Ulrich (1969): *Bismarck und der Imperialismus*. Köln & Berlin.
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven.
- Zelik, Raul, & Elmar Altvater (2016): *Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft*. Berlin.

Anschrift des Autors:

Wolfgang Hein

Wolfgang.Hein@giga-hamburg.de

Georg Simonis

Klimaprognose und politische Macht Annäherung an ein komplexes Verhältnis*

Keywords: climate prediction, climate research as political actor, science-policy interface, climate governance, political power relations, technocracy
Schlagwörter: Klimaprognose, Klimaforschung als politischer Akteur, Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik, Klimagovernance, Machtverhältnisse, Technokratie

Klimagovernance zur Vermeidung und Bewältigung des anthropogenen Klimawandels ist von erdwissenschaftlichen Erkenntnissen und der kontinuierlichen Aktualisierung von Forschungsergebnissen abhängig, insbesondere von Prognosen über das zukünftige erwartbare Wettergeschehen. Im Zeitalter des Anthropozän sind Prognosen allerdings nur in der Form von Szenarien möglich, die Entwicklungspfade modellieren. Damit wissenschaftliche Prognosen, also Szenarien, politische Bedeutung erlangen, müssen sie von politischen Akteuren¹ anerkannt werden und in politisches Handeln einfließen.

Mit einem Blick auf die Geschichte der internationalen Klimaverhandlungen lassen sich die zu bewältigenden Hürden erkennen, damit die wissenschaftlichen Grundlagen, Prognosen und Szenarien des Klimawandels von den politischen Akteuren zu politischen Konsequenzen und zu multilateral vereinbarten Gegenmaßnahmen, sei es im Bereich der Mitigation oder der Anpassung, führen. Die Etappen dieses Weges – über die Konferenzen von Toronto, Rio, Berlin, Kyoto, Bali und Kopenhagen bis nach Lima und Paris – werden hier nicht weiter thematisiert (Victor & Heller 2011; Aykut & Dahan 2015). Das Übereinkommen von Paris (PA) von 2015 (UNFCCC 2015) bildet den vorläufigen Kulminationspunkt

* Bei den beiden anonymen Gutachter*innen möchte ich mich für die vielen hilfreichen Anregungen, bei Helen Schwenken und Wolfgang Hein für die redaktionelle Bearbeitung des Textes herzlich bedanken.

1 Wo es sich um Institutionen bzw. Staaten handelt, ergibt eine gegenderte Schreibweise keinen Sinn. In diesen Fällen verwende ich das grammatische Maskulinum.

der internationalen Bemühungen um die Etablierung eines multilateralen Regimes zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf weniger als $+2^{\circ}\text{C}$. Über das Regelwerk zur Implementation des Abkommens ab 2020 wird noch kontrovers und mit unsicherem Ausgang verhandelt, da es konkrete Mitigations(selbst)verpflichtungen für alle Mitgliedstaaten des Regimes vorsieht. In den folgenden Ausführungen frage ich danach, welche Veränderungen die sich mit dem PA erweiterte und vertiefte Institutionalisierung des globalen Klimaregimes in der Sphäre der Politik angestoßen hat und inwieweit dabei bestehende Machtverhältnisse modifiziert werden können.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die strukturbildende Bedeutung wissenschaftlicher Prognosen zur Abschätzung der Folgen des Klimawandels einschließlich der Beurteilung von Gegenmaßnahmen. Klimagovernance beruht auf Verwissenschaftlichung. Die für Klimagovernance unverzichtbaren Wissensressourcen der Erdwissenschaften führen – so die Hypothese – einerseits zu einer steigenden gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der sie generierenden Forschung und andererseits zu einem Machtgewinn der politischen Akteure, die die Ergebnisse der Forschung für die Politik interpretieren, bewerten, aufbereiten und zu Handlungsstrategien verdichten.

Der Aufsatz gliedert sich in drei Abschnitte. Er beginnt mit der Wissensmacht der Klimaforschung und deren privilegierter Fähigkeit, auf der Basis modelltheoretisch gestützter Prognosen die politische Öffentlichkeit, insbesondere die handlungsfähigen Regierungen, über drohende Folgen des Klimawandels zu informieren. Die Klimaforschung ist zu einem Akteur mit zwei Rollen mutiert, mit einem Bein in der Wissenschaft, mit dem anderen in der Sphäre der Politik. Als politischer Akteur gewinnt die Klimaforschung, wie ich im dritten Abschnitt zeigen werde, stetig an politischem Einfluss. Damit sie diese Machtposition behaupten kann, muss sie politisch legitimationsfähige Ergebnisse liefern. In Reaktion auf den im politischen Raum bestehenden Legitimationsdruck hat die Klimaforschung mit drei Strategien reagiert, die einerseits ihr Machtpotenzial steigern, die aber andererseits mit der Nachfrage der politischen Entscheider*innen kompatibel sind: erstens Forschung zur Beseitigung von Wissenslücken, zweitens die Ausarbeitung von immer präziseren und differenzierteren, aber entpolitisierten Szenarien und drittens die Erweiterung des Angebots an möglichen Handlungsoptionen. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Organisation der Vermittlungsarbeit zwischen den Zukunftsanalysen der Klimaforschung und der auf sie reagierenden, dabei zugleich ihre Ergebnisse immer wieder negierenden, staatlichen Politik. Die Vermittlungsfunktion – so die These – wird von einem *transnationalen politisch-ökologischen Komplex* (TPÖK) wahrgenommen, der in Resonanz mit der Klimaforschung unverzichtbare Leistungen – wie

Situationsdeutung, Homogenisierung unterschiedlicher Lager, Entwicklung und Legitimation von Handlungsprogrammen für die internationale Staatengemeinschaft und für das System der Klimagovernance – erbringt. Klimagovernance bedarf eines sozio-politischen Lagers, in das sie eingebettet ist und das über eine glaubwürdige Deutungsmacht verfügt. Schließlich werde ich im dritten Abschnitt an drei empirischen Beispielen, nämlich der Fähigkeit zur Situationsdefinition, dem internationalen Assessment nationaler Klimaprogramme und der Institutionalisierung von Planungsgovernance auf der EU-Ebene, plausibilisieren, wie die Prognosemacht der Klimaforschung, vermittelt durch den TPÖK, die politisch-administrative Form des Klimaregimes beeinflusst.

Klimagovernance ist mit einer Verwissenschaftlichung der Politik und mit einer Aufwertung der Zukunftsdimension wie mit der Institutionalisierung von prognosefähigen Planungsapparaten verbunden. Mit dieser Beobachtung gelange ich zu der Schlussfolgerung, dass das Prognosemonopol der Klimaforschung zusammen mit dem national sehr unterschiedlich ausgeprägten sozio-politischen Lager des TPÖK und den neuen Planungsapparaten bestimmende Momente des globalen Klimaregimes bilden. Nationale Transformationsprozesse erhalten dadurch einen wissenschaftlich-technokratischen Charakter. Für die breite politische Unterstützung der Klimagovernance auf der nationalen und lokalen Handlungsebene könnte sich der technokratisch-elitäre Handlungsmodus der Klimagovernance als ein unerwartetes Hindernis erweisen.

1 Klimaforschung als politischer Akteur

Der anthropogen verursachte Klimawandel ist eine Konstruktion der Wissenschaft, die spätestens seit dem fünften Assessment-Bericht des *Weltklimarats IPCC* in den Jahren 2014/15 als modelltheoretisch gesichert und als durch empirische Messreihen nachgewiesen gelten kann (IPCC 2014; Allen 2015). In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden vor allem zwei theoretische Ansätze zur Deutung des Verhältnisses zwischen der naturwissenschaftlichen Klimaforschung und deren Rezeption und Resonanz in der Gesellschaft vertreten: ein lineares (Haas 2004; Haas & Stevens 2016) sowie ein hybrides Modell (Beck 2016). Während der lineare Erklärungsansatz davon ausgeht, dass die naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, von subjektiven und gesellschaftlichen Einflüssen bereinigt, gesellschaftlich neutral sind, basiert das hybride Modell auf der Annahme, dass die Klimaforschung in soziale und politische Kontexte eingebettet erfolgt und ein soziales Konstrukt darstellt, in das Normen und Interessen der Gesellschaft einfließen.

Unabhängig davon, welchem dieser beiden Modelle man folgt, lassen sich unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse über die Resultate, Methoden, Modelle, Szenarien und Prognosen der Klimaforschung beobachten – vom alarmistischen Diskurs bis zur Klimaskepsis.²

Für das komplizierte Verhältnis zwischen Klimaforschung und Politik scheint konstitutiv zu sein, dass die Erdwissenschaften auf anthropogen verursachte klimatische Veränderungen aufmerksam machen, die, bezogen auf die ökologischen Lebensbedingungen der Menschen, mit hoher Wahrscheinlichkeit Gefährdungslagen zur Folge haben, deren Vermeidung traditionell die Aufgabe der Politik ist. Die Klimaforschung verfügt über Prognosekapazität, d.h. die Fähigkeit des wissenschaftlich abgesicherten Blicks in die Zukunft. Die Politik besitzt diese Fähigkeit nicht und ist für Klimaprognosen, wie unsicher und vorläufig diese auch sein mögen, auf die Wissenschaft angewiesen. Formal entscheidet natürlich immer noch die Politik über Gegenmaßnahmen zur Bewältigung einer drohenden Gefährdung des Gemeinwesens; aber es liegt bei den Erdwissenschaften, die Gefährdung in ihrem Ausmaß zu erkennen, die Öffentlichkeit zu warnen und mögliche Abwehrstrategien auf ihre Tauglichkeit zu prüfen.

Mit diesen Aufgaben nehmen die Klima- und Erdwissenschaften teil an der politischen Willensbildung und mutieren zu einem politischen Akteur. Dieser politische Status ist humanzentrierten Erdwissenschaften, die nach den ökologischen Rahmenbedingungen der Menschheitsentwicklung fragen, tief eingeschrieben. Für ihre gesellschaftlich relevante Tätigkeit (Erforschung der anthropogen zuträglichen Umweltbedingungen, Ermittlung und Prognose von Gefährdungslagen, Erkundung und Bewertung von abwehrenden Maßnahmen) werden sie mit Ressourcen ausgestattet. Sie beraten die Politik und können mit einer hohen gesellschaftlichen Reputation rechnen. Ausstattung mit Ressourcen, Definitionsmacht, Bewertung von politischen Maßnahmen, Zugang und Nähe zur Politik sind Attribute politischer Macht. Die (manchmal unfreiwillige³) Mutation vom Naturforscher zum politischen Akteur hat ihren Preis: Die Forschungsergebnisse und Leistungen der Wissenschaft werden politisch beobachtet und stehen unter politischem Legitimationsdruck.

Zur Sicherung der politischen Legitimität und zur Förderung der Akzeptanz ihrer Forschungsergebnisse hat die Klimaforschung Verhaltensmuster entwickelt, die ihrerseits an politischen Bedarfen und Erwartungen anknüpfen, wie der hybride Erklärungsansatz aufgezeigt hat (Miller & Edwards 2001; Pearce u.a. 2017). Durch die Betonung ihrer naturwissenschaftlichen Basierung und

2 Reusswig 2010; Edwards 2010; Hulme 2011; Brulle & Dunlap 2015; Dunlap & McCright 2015.

3 S. bspw. Mann 2012; Hulme 2011; von Storch 2017; Schellnhuber 2015.

wissenschaftlichen Unparteilichkeit versucht sie, ihre Rolle als politischer Akteur auszublenden. Dagegen wird im politischen Raum auf die Fähigkeiten abgestellt, erstens bestehende Wissenslücken zu schließen, zweitens das Angebot an Prognosen und Szenarien zu erweitern und drittens durch die Ausdifferenzierung von Handlungsmöglichkeiten neue Handlungsoptionen zu finden.

1.1 Akzeptanzstrategie I: Schließen von Wissenslücken

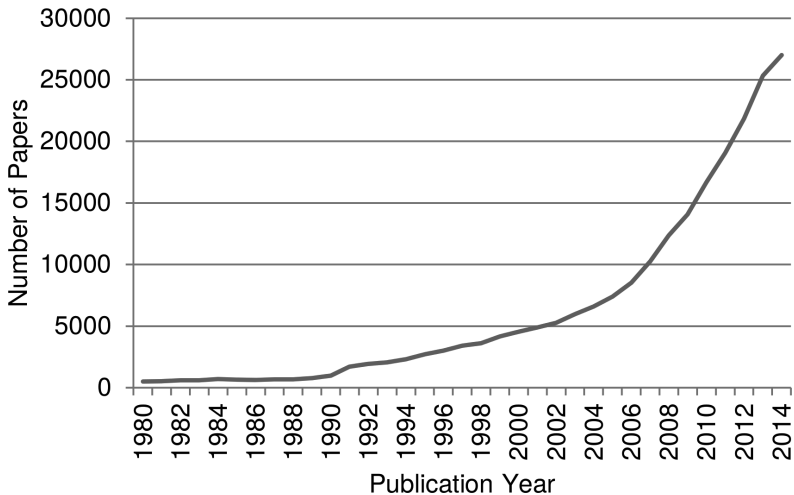
Das Verhältnis zwischen Klimawissenschaft und Politik wird von der prinzipiellen Unsicherheit prognostischer Aussagen über zukünftige Zustände des dynamischen Erdsystems insofern beeinflusst, als in der Sphäre der Politik Nichthandeln mit dem Verweis auf einen noch nicht ausreichenden Wissensstand zur Rechtfertigung kostspieliger Mitigations- und Anpassungsstrategien begründet wird. Auf dieses Argument, das letztlich eine politische Konstruktion über die Wahrscheinlichkeit von Risiken darstellt, reagiert die Klimaforschung mit einer steten Verbesserung des Forschungsstandes über das Klimageschehen. Forschung erzeugt aber zwangsläufig auch neue Wissenslücken, zumal sich der Forschungsgegenstand durch anthropogene Effekte ständig verändert. Zwar wurden von der weltweiten Gemeinschaft der Erdwissenschaftler*innen seit dem ersten Bericht des IPCC im Jahre 1990 viele Wissenslücken geschlossen, aber nach wie vor ist der Grad der Genauigkeit vieler Prognosen („Business-as-Usual“, BaU) in vielen Bereichen der Klimaforschung (u.a. Responseverhalten der Ökosysteme) strittig. Ein Blick in den AR5 (*Assessment Report 5*) des IPCC von 2014/2015 gibt einen guten Überblick über die Konsens- und Dissenszonen.

Der Ausbau der internationalen Klimaforschung erfolgt seit 1980 im Rahmen des *World Climate Research Programme* (WCRP) unter dem Dach der *World Meteorological Organisation* (WMO) und unter Beratung durch den *International Council for Science* (ICSU) sowie der *Intergovernmental Oceanographic Commission* der UNESCO. Die vom WCRP, das über keine eigenen Forschungsmittel verfügt, initiierten und koordinierten Großforschungsprojekte sollen, so bis heute die Zielsetzung, die Vorhersehbarkeit des Klimageschehens verbessern und die Einwirkung des Menschen auf das Klima ermitteln. Mit drei großen Arbeitsfeldern werden diese Ziele verfolgt: (1) mit Hilfe globaler Klimabeobachtung (u.a. durch über 10.000 Wetterstationen, Tausende Messschiffe, Bojen und Flugzeuge sowie 16 meteorologische und 50 Forschungssatelliten), der Dokumentation der Messdaten und deren Analyse, (2) durch Grundlagenforschung über Klima- und Erdsystemprozesse sowie (3) durch die Entwicklung, Evaluation und Nutzung

von Klima- und Erdsystemmodellen (WMO 2005: 10f). Peter Lemke, beim 25-jährigen Bestehen des WCRP Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses, stellt heraus:

„Als Ergebnis der Bemühungen des WCRP ist es jetzt möglich, dass die Klimaforschung das globale Klima mit bisher unerreichter Genauigkeit überwachen, simulieren und projizieren kann, so dass Klimainformationen für die Steuerung, Entscheidungsfindung und Unterstützung einer breiten Palette produktiver Anwendungen genutzt werden können.“ (WMO 2005: 3)⁴

Abb. 1: Zeitliche Entwicklung der Publikation von Papieren (Aufsätze und Reviews) aus dem Bereich der Klimaforschung



Quelle: Haunschild u.a. 2016: Figure 1

Die Abb. 1 zeigt einen Graph zur Illustration der dynamischen Entwicklung von wissenschaftlichen Publikationen der Klimaforschung. Wegen ihres hohen technischen und finanziellen Aufwands konzentriert sich die Klimaforschung in den entwickelten Industrieländern (vor allem in den USA sowie in Großbritannien, Schweden, Deutschland und Japan). Das WCRP vermutet, dass die von ihm organisierte „science community“ mehrere tausend Angehörige umfasst. Dem harten Kern von leitenden organisierenden und für das Programm aktiven Mitgliedern werden etwa 600 Personen zugerechnet (WCRP 2017: 11). Zu der erweiterten „community“ gehören

4 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von GS.

auch Wissenschaftler*innen, die für andere *global-change*-Programme arbeiten, wie das *Internationale Geosphären-Biosphären-Programm* (IGBP, 1986-2015), *Diversitas* (1991-2014) und das *International Human Dimensions Programme on Global Environment* (1996-2014), die sich seit 2013 in der Forschungsinitiative *Future Earth* zusammengeschlossen haben⁵. Einen informativen Überblick über die Vielfalt und Ausdifferenzierung der Klimaforschung bietet eine spezielle Seite des Internet-Portals der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die auf aktuelle Wissensressourcen hinweist⁶.

Die bisher in einem Abstand von 5-7 Jahren vorgelegten Assessment-Berichte⁷ des IPCC beziehen sich allein auf publizierte und von Expert*innen blind begutachtete Forschungsbeiträge. Am AR5 haben über 2.000 Autor*innen mitgearbeitet, deren Beiträge wiederum von Lead-Autor*innen zusammengefasst werden. Die internationale Quasi-Organisation des IPCC hat den UN-Auftrag, bereits publizierte und dabei hinsichtlich ihrer methodischen Qualität überprüfte Forschungsergebnisse auf ihre politische Relevanz hin zu sichten, jedoch die angesprochenen Regierungen nicht präskriptiv zu bevormunden (IPCC 2010: 1). Von einer internationalen UN-Organisation im Format des IPCC (Beck 2009) sind diese Kriterien nicht leicht zu erfüllen, zumal der Output an Forschungsergebnissen die Niveaudifferenzen zwischen den Industrieländern und dem Globalen Süden deutlich widerspiegelt (Blicharska u.a. 2017). Die Studie von Malgorzata Blicharska u.a. (ebd.) fand heraus, dass zwischen 2000 und 2014 von 93.584 Publikationen zum Problembereich des Klimawandels etwa 85 % aus Ländern der OECD stammten. Weitere 10 % entfielen auf Länder mit einem hohen Bruttonettoprodukt und nur 1,1 % auf Länder des Globalen Südens mit niedrigem Einkommen (ebd.: 22-24). Diese Verteilung der Forscher*innen hat tendenziell negative Auswirkungen auf die Akzeptanz der Forschungsergebnisse in den weniger entwickelten Ländern.

1.2 Akzeptanzstrategie II: Differenzierung und Entpolitisierung

Die Prognosefähigkeit der Klimaforschung ist allerdings begrenzt: erstens wegen des Einflusses unkalkulierbarer Faktoren (wie chaotischer Strömungsverhältnisse in der Atmosphäre, Vulkanausbrüche, Variabilität des solaren Energieflusses), zweitens wegen zahlreicher Wissenslücken (ungeklärter Rückkopplungseffekte) und technischer Begrenzungen (u.a. der Rechnerkapazitäten) sowie drittens wegen der Unvorhersehbarkeit

5 S. <http://www.futureearth.org/>

6 http://unfccc.int/science/knowledge_resources/items/7530.php.

7 Der letzte Bericht AR5 wurde 2014/2015 publiziert.

der gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf den drohenden Klimawandel in den Handlungsfeldern von Mitigation und Anpassung (Richardson u.a. 2011). Mit der von der Klimaforschung entwickelten und kultivierten Szenario-Methode⁸ wurde es möglich, unterschiedliche klimatische Zustände in Abhängigkeit unterschiedlicher Entwicklungspfade von Treibhausgasemissionen zu modellieren. Die Politik interessiert sich bei diesen Zukunftskonstruktionen (BaU) für die Projektion möglicher Gefahren und Risiken, mit denen sie es zu tun bekäme, sofern sie die Regeln, die das gesellschaftliche Emissionshandeln steuern, nicht ändert. BaU-Szenarien stellen die Politik auf Kontinuität und gehen von der Annahme aus, dass Änderungen der politischen Governance mit politischen Kosten verbunden sind. Je mächtiger sich ein Staat wahrnimmt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er den BaU-Pfad verlässt⁹.

Über den Grad der Differenzierung von Szenarien entscheiden die Entwickler*innen und die Auftraggeber*innen. Ein umfassendes Angebot möglicher Entwicklungspfade erweckt bei politischen Entscheidungsträger*innen den Eindruck, dass es viele Handlungsoptionen gibt und kein allzu großer Handlungsdruck besteht, obwohl bei näherer Analyse die Umsetzung der meisten Szenarien höchst unwahrscheinlich erscheint, da mit großen Widerständen in Wirtschaft und Gesellschaft gerechnet werden müsste. Anstatt die Politik mit den Handlungszwängen eines +2°C-Szenarios (RCP2.6) zu konfrontieren, bei dessen Implementierung mit großem politischen Widerstand zu rechnen ist, werden Szenarien offeriert, aus denen sich die Politik gemäß ihrer eigenen Kriterien bedienen kann. Zugleich zollt damit die Politik der *community* der Szenarientwickler*innen Anerkennung.

Die Ausdifferenzierung von Räumen möglicher Entwicklung hat der IPCC mit der Entwicklung der „Großfamilie“ der RCP-Szenarien systematisch erweitert. Nach längerer Vorbereitung beschloss dessen Plenum anlässlich seines 25. Treffens im Jahr 2006 die Emissionsszenarien (SRES) in seinen Klimaberichten durch Konzentrationsszenarien zu ersetzen (Moss 2008; Moss u.a. 2010). Die neuen Szenarien erlauben, arbeitsteilig vorzugehen und die bisherige sequenzielle Erstellung von Emissions- und Klimaszenarien mit nachfolgender Impact-Analyse durch parallele Bearbeitungsprozesse auszutauschen. Außerdem wurden mit der Ausarbeitung der sog. *Representative Concentration Pathways* (RCP) vom IPCC unabhängige Forscher*innen-Gruppen beauftragt, die sich zum *Integrated Assessment*

8 IPCC 2000; Metz u.a. 2001; van Vuuren u.a. 2012a; van Vuuren u.a. 2014.

9 Schon Karl W. Deutsch (1969 [1963]: 329) formulierte: „Wenn ‘Wille’ als Wunsch verstanden wurde, nicht zu lernen, so ist ‘Macht’ die Fähigkeit, nicht lernen zu müssen.“

Modeling Consortium zusammenschlossen. Für den AR5 wurden im ersten Arbeitsschritt vier „pathways“ (RCP8.5, RCP6, RCP4.5, RCP2.6)¹⁰, die keine ausformulierten Emissionsszenarien erfordern, als intern konsistente Projektionen der verschiedenen Komponenten des Strahlungsantriebs im Jahr 2100 konzipiert. Auf der Grundlage und parallel zu den *pathways* wurden dann die neuen Emissionsszenarien für den Zeitraum bis 2100 – und darüber hinaus – sowie die Klima- und Impactszenarien für die Mitigations- und Anpassungsforschung ausgearbeitet.

Von ihren Konstrukteur*innen wurden die RCP-Szenarien mit einer mehrdimensionalen Struktur ausgestattet.¹¹ Das Rückgrat bilden die RCPs mit der Annahme bestimmter, im Jahr 2100 stabilisierter Treibhausgas-Konzentrationen (Treibhausgas = THG), die auf der Grundlage integrierter Klimamodelle (CMIP-5) berechnet und auf der Basis neuester Erkenntnisse der Klimaforschung weiterentwickelt werden. Um die vorgegebenen *pathways* zu Szenarien des gesellschaftlich determinierten Klimawandels auszubauen, werden ihnen „Dimensionen“ der gesellschaftlichen, der politischen und bei Bedarf auch der historischen und regionalisierten Klimavariabilität angefügt. Nach der Fixierung des Rückgrats wurden im gegenwärtig wichtigsten Arbeitsschritt zur Bildung und Ausformulierung der RCP-Klimaszenarien sog. „shared socio-economic development pathways“ (SSPs) formuliert, die THG-Emissionspfade, welche zu den vorgegebenen THG-Konzentrationen führen, abbilden und zu modellieren erlauben.¹² Die vorgegebenen Konzentrationsniveaus werden – zumindest im Prinzip – von unterschiedlichen SSPs erreicht.

Die Szenario-*community* hat sich in einem ersten Arbeitspaket hinsichtlich der Ausarbeitung von SSPs auf die Ausformulierung von fünf sozio-ökonomischen *pathways* geeinigt, die unterschiedliche globale Mitigations- und Adaptationssituationen bis zum Jahr 2100 modellieren (O’Neill u.a. 2014; O’Neill u.a. 2017; van Vuuren u.a. 2017). Die knapp formulierten „sketches“ (*storylines*) der Szenarien werden von vertiefenden Informationen begleitet, die Auskünfte über die für relevant erachteten Emissionstreiber (wirtschaftliche Entwicklung, Demographie, Nachhaltigkeit, Technologie, menschliche Entwicklung) geben. In dieser Faktorenliste werden auch die „policies, institutions and social conditions“ als ein Moment der „motivating forces“ der Emissionspfade angeführt. Doch werden bei der quantitativen Modellierung der SSPs (O’Neill u.a. 2017), wie schon bei den RCPs, die

10 Die jeweiligen Zahlenangaben beziehen sich auf die Höhe des Strahlungsantriebs gemessen in Watt pro qm; s. van Vuuren u.a. 2011:12; van Vuuren u.a.; 2012b; van Vuuren u.a. 2014.

11 van Vuuren u.a. 2011; van Vuuren u.a. 2014; Ebi u.a. 2014; O’Neill u.a. 2014.

12 Nakicenovic u.a. 2014; van Vuuren u.a. 2014; van Vuuren u.a. 2017; O’Neill u.a. 2017.

politischen Variablen exogenisiert, um sie in Gestalt einer dritten Dimension (Matrix) als „shared climate policy assumptions“ (SPA) in der Ausformulierung zukünftiger RCP-Szenarien zu berücksichtigen (Kriegler u.a. 2014). In keinem der fünf SSPs wird eine *degrowth*-Perspektive als realistische Möglichkeit modelliert (Kuhnhehn 2017).

Die Konstruktionsprinzipien der RCPs schließen klar formulierte politische Rahmenbedingungen und Programme der Klimagovernance aus. Wiederum geht es darum, dass der Staatengemeinschaft einerseits die bestehenden Handlungsmöglichkeiten und andererseits die wahrscheinlichen Folgen und Risiken der Handlungsoptionen, insbesondere von Nicht-Handeln, vor Augen geführt werden. Allerdings gelangt die Klimapolitik durch die Hintertür in den Kranz der Annahmen, die für die Ausprägung der *pathways* Bedeutung haben. Bereits die Grundannahme von vier möglichen Varianten von THG-Konzentrationen, die im Jahr 2100 stabilisierte Konzentrationen von THG in der Atmosphäre für möglich hält, setzt Mitigationsmaßnahmen voraus (Nakicenovic u.a. 2014: 353), wie auch immer diese begründet werden. Das heutige Emissionsniveau beruht auf politischen Entscheidungen bzw. Nicht-Entscheidungen, also von institutionalisierten Regelungen und Handlungsprogrammen der Vergangenheit.

Ihre politische Signatur erhalten die RCP-Szenarien erst im Zusammenhang mit weiteren Aussagen im AR5: Gemäß dem „Baseline“-Szenario, das ein Verhalten „business-as-usual“, also ohne zusätzliche Mitigationsmaßnahmen, annimmt, würde bis 2100 die globale Erwärmung gegenüber dem Zeitraum 1850-1900 zwischen +3,7°C und +4,8°C betragen und damit große Nähe zum RCP8.5 aufweisen. Um eine Erwärmung unter dem seit dem *Accord* von Kopenhagen (2009) anerkannten Leitziel des Klimaregimes von +2°C zu halten, bestehen laut IPCC-Bericht noch mehrere Mitigationspfade, aber: „Diese Pfade würden erhebliche Emissionsreduktionen in den nächsten Jahrzehnten und nahezu Null Emissionen von CO₂ und anderen langlebigen Treibhausgasen bis zum Ende des Jahrhunderts erfordern.“ (Allen 2015: 20). Im Übereinkommen von Paris hat sich die Staatengemeinschaft zwar dieser Einschätzung angeschlossen, aber auf der Grundlage des Prinzips freiwilliger Selbstverpflichtung offen gelassen, wie die erforderlichen Mitigationsmaßnahmen erreicht werden können.

An einer erkennbaren politischen Zielsetzung orientiert sich allerdings die Grundannahme des RCP2.6-*pathway* mit einer für das Jahr 2100 vorgegebenen THG-Konzentration von 450 ppm CO₂eq. Das Szenario soll/kann der Erkundung von Handlungsmöglichkeiten dienen, die wenigstens mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit eine +2°C-Welt noch erreichbar erscheinen lassen. Im Kontrast zu den vom IPCC im AR5 berücksichtigten Baseline-Szenarien

(BaU) untersucht RCP2.6 klimatische Verhältnisse auf dem Globus, bei denen (vermutlich) noch vielen Orts zuträgliche Lebensbedingungen herrschen. Die Ziele, Normen und Verfahren des Übereinkommens von Paris sollen es ermöglichen, diesen maximal +2°C-Pathway (Szenario) nicht auch noch¹³ zu verfehlen, der damit zum wichtigsten Maßstab wird, an dem sich politische Erfolge und Misserfolge der internationalen Klimagovernance messen lassen.

Mit der Konstruktion der RCP-Szenarien werden politischen Auseinandersetzungen über legitimes politisches Handeln (*politics*) sowie die rechtlichen und politisch-administrativen Regime der Techniksteuerung, die den sozio-ökonomischen Entwicklungspfaden politische Legitimität und Stabilität verleihen, in einen scheinbar politikfreien, sachlich determinierten, also depolitisierten Hintergrund abgeschoben. Die Szenarien werden dem Anschein nach versachlicht, um sie anschließend dem fast beliebigen politischen Zugriff zu öffnen. Die Politik kann in dieser Konzeption zwar nicht alles richten, aber durch die Wahl der Technik Vieles bewerkstelligen. Die Exogenisierung der Politik befreit die Szenario-*community* von dem möglichen Vorwurf der unzulässigen Einmischung in die politischen Verhältnisse.

1.3 Akzeptanzstrategie III: Optionserweiterung

Für den Weltklimarat wie auch für die Gemeinschaft der Szenarienmodellierer*innen vermindert die Strategie der Optionalisierung die Gefahr von Legitimationskonflikten. Je vielfältiger das Angebot möglicher Handlungsoptionen, desto niedriger werden einerseits für die Politik der Zwang, sich für eine bestimmte Option entscheiden, und andererseits für die beratende Wissenschaft, jede einzelne Option begründen zu müssen. Optionserweiterung vermindert den Legitimationsdruck, der auf der Gemeinschaft der Szenarienentwickler lastet. Im Falle einer umfangreichen Palette können sich die nachfragenden und vom IPCC beratenen Staaten Passendes herauspicken, ohne mit eindeutigen Forderungen hinsichtlich der Ausgestaltung des nationalen Klimaregimes konfrontiert zu werden.

Aus der Perspektive der beratenden Wissenschaftler*innen sichert das Angebot von Optionen auch die Nachfrage. Weitere RCP-Szenarien gelangen in den Blick interessierter Gruppierungen der Staatengemeinschaft, z.B. aktuell nach einem +1,5°C-Szenario oder nach Zwischenwelten mit einer Erwärmung von +2,5°C. Bei jedem dieser Szenarien erfährt die Staatengemeinschaft, welche klimapolitischen Handlungsoptionen sich anbieten.

13 In den Rahmenentscheidungen der COP 21 von Paris wurde der IPCC beauftragt, ein Sondergutachten zur möglichen Erreichbarkeit einer max. Erwärmung von +1,5°C zu erstellen.

Bei entsprechender Auslegung der Simulationsmodelle können sie für das gesamte Spektrum möglicher Mitigations- und Adaptationsstrategien mitgeliefert werden. *Anything goes*: von negativen Emissionen bis zur neofossilistischen CCS-Welt; und notfalls rettet *climate engineering*.

Spätestens mit dem wachsenden Angebot von modell- und szenarienbasierten Handlungsoptionen stellt sich praktisch ebenso wie aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive ein Entscheidungsproblem: „Optionen“ müssen ausgewählt, in zustimmungsfähige Gesetze gegossen, politisch durchgesetzt und von der Gesellschaft akzeptiert werden. Zwar lassen sich institutionelle, rechtliche und parteipolitische Hindernisse in Simulationsmodellen berücksichtigen. Doch sind die Ergebnisse gesellschaftlicher Technologie-, regionaler Anpassungs- oder gar längerfristig angelegter Transformationskonflikte kaum oder nur mit einer niedrigen Wahrscheinlichkeit zu prognostizieren. Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse folgen einer politischen Logik, bei der es um den Erwerb oder die Sicherung politischer und gesellschaftlicher Machtpositionen geht. In der Welt der Szenarientwickler*innen gibt es nur mehr oder weniger effiziente Optionen. Die politische Bewertung von Optionen und die Berücksichtigung der Ergebnisse von Technisierungskonflikten gehören nicht zu ihrem Metier.

Dagegen könnten in demokratischen Gesellschaften Sinn und Zweck der Entwicklung Szenarien gestützter technischer Handlungsoptionen weniger in der Projektion von Transformationspfaden für die Entscheidungsfindung von Regierungen als in der Formulierung eines Angebots für politische und gesellschaftliche Debatten bestehen. Damit in der Sphäre der Politik über Handlungsmöglichkeiten bezüglich technologischer Entwicklungspfade, die mit einer – aus der Gegenwart ermittelten – Wahrscheinlichkeit zur Bewältigung der Klimaproblematik beitragen können, entschieden werden kann, sollten diese Entscheidungsalternativen bekannt und ausgearbeitet sein. Zur Anleitung dieser Diskussion, die sich aus vielen Quellen, z.B. aus den fiktionalen Leitbildern der Konstruktionsabteilungen (Beckert 2017) oder der Literatur (Nikoleris u.a. 2017), speist, könnte das Angebot von Klimaszenarien, die mit einem kostengünstigen Technologiemark die globalen Grenzen einzuhalten versprechen, einen wichtigen Beitrag leisten. Die „shared climate policy assumptions“ (SPA) der RCP-*community* wären in dieser Lesart ein Angebot der Klimaforschung für die politische Willensbildung und nicht ein Optionspaket, das ein rationaler Akteur, im Sinne einer vernunftgeleiteten Regierung, auswählt und nach den Vorgaben der Klimawissenschaft implementiert (Pearce u.a. 2017).

Zwischenfazit

Damit die düsteren bis katastrophalen Prognosen bzw. Szenarien der Klimaforschung von der Politik aufgegriffen und als handlungsrelevant eingestuft werden (Bosby 2018), müssen sie der politischen Öffentlichkeit als zutreffendes und wissenschaftlich gesichertes Wissen präsentiert werden. Die bestehenden und an die Politik übermittelten Wissenslücken lassen sich im vorherrschenden Diskurs durch mehr Forschung schließen. Entsprechend wachsen die Ausgaben und der Forschungsoutput exponentiell. Die Ergebnisse (Szenarien) der Klimaforschung werden in der Sphäre der Politik nur akzeptiert, sofern sie der Politik als objektiv (ohne subjektiven Bias) und neutral (ohne politischen Bias) erscheinen. Durch systematische Entpolitisierung ihrer Methoden und Forschungsergebnisse versucht die Klimaforschung diesen Erwartungen gerecht zu werden. Sie errechnet daher beliebig viele durch Szenarien gestützte Handlungsoptionen, jeweils in entpolitisierter Form, aus denen sich die Politik gemäß eigener Kriterien bedienen kann. So wird die Politik in der Illusion bestärkt, sie verfüge noch über eine Vielzahl von Optionen, obwohl der Handlungsspielraum immer enger wird¹⁴. Mit anderen Worten: der nationale Souverän verliert an Handlungsmöglichkeiten – also an Macht – gegenüber den wissenschaftlich vermittelten globalen Handlungszwängen zur Vermeidung katastrophaler Prognosen.

2 Herausbildung eines transnationalen politisch-ökologischen Komplexes (TPÖK)

Düstere Prognosen, wie sie von der Klimaforschung der Politik übermittelt werden, müssen in der Öffentlichkeit auf Resonanz stoßen, damit sie abwehrendes politisches Handeln auslösen. Allerdings reichen für eine abgestimmte Reaktion weder vielstimmige Resonanz (Dissonanz) noch geopolitisch und ökonomisch beschränkte Konsenszonen aus, wie sich an der Entwicklung des UN-Klimaregimes ablesen lässt. Erst nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen im Herbst 2009 konnte im Rahmen des multilateralen Klimaregimes ein Minimalkonsens für eine alle Staaten verpflichtende globale Klimagovernance gefunden werden (Bodansky 2010; Bodansky & Diringer 2014). Ursächlich für die Kompromissfähigkeit der Diplomaten*innen und staatlichen Repräsentant*innen ist die Entstehung einer mächtigen Unterstützungscoalition, die sich als *transnationaler politisch-ökologischer*

14 S. den erst in der Rohfassung bekannten Bericht des IPCC zur Erreichbarkeit des 1,5°C-Ziels (<http://www.climatechangenews.com/2018/06/27/new-leaked-draft-of-un-1-5c-climate-report-in-full-and-annotated/>).

Komplex begreifen lässt – so meine Hypothese, die hier plausibilisiert, aber nicht im engeren Sinne empirisch überprüft werden kann.

Der TPÖK wird als ein ideelles Bündnis heterogener Kräfte konzipiert, das die soziale Basis des Klimaregimes – und das nicht allein auf der internationalen Bühne – bildet. Auch auf der nationalen und regionalen Ebene ist er präsent, besitzt dort aber, je nach sozial-ökologischen und politischen Verhältnissen, sehr unterschiedliche Ausprägungen. Wegen seines expertokratischen Charakters kann er nicht als Nukleus einer sich formierenden Weltbürgerbewegung begriffen werden.¹⁵ Der erfolgreiche Abschluss des Übereinkommens von Paris lässt sich allerdings als Ergebnis der Intervention des TPÖK rekonstruieren, der sich nach den enttäuschten Erwartungen hinsichtlich der auf der Klimakonferenz von Kopenhagen gefassten Beschlüsse neu formierte und an Umfang, Ansehen und Deutungsmacht gewann (Chan u.a. 2015; Hale 2016; Jacobs 2016).

2.1 Merkmale

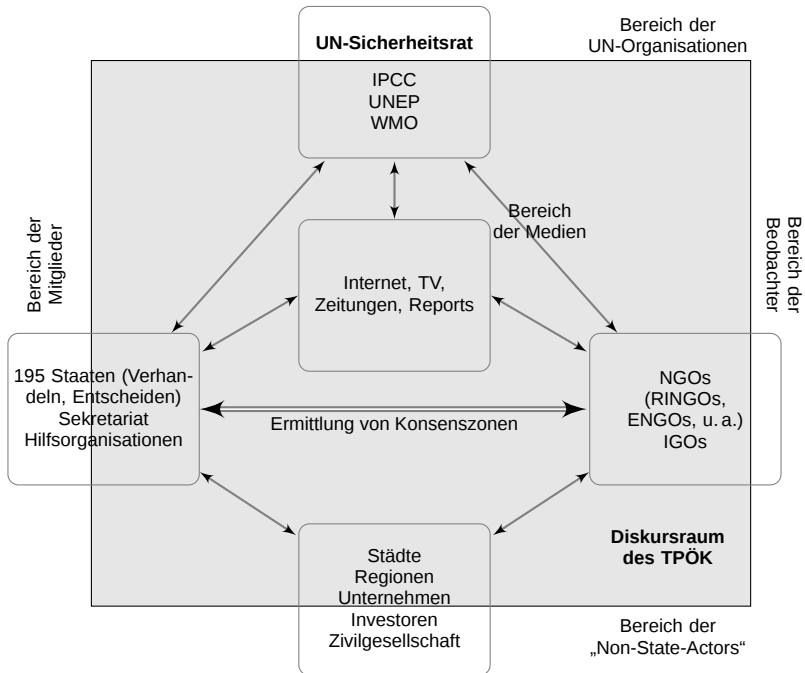
Der TPÖK besitzt folgende Grundmerkmale: Er ist (a) ein netzwerkförmiger Verbund funktional differenzierter, sozial-ökologischer Organisationen, die (b) eine transnationale (globale) oder multilaterale politische Handlungsorientierung besitzen und die (c) das Kernziel der Klimarahmenkonvention eint, „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems“ zu verhindern (Artikel 2.1 der UNFCCC). Er beruht (d) auf einem (ideellen) problemorientierten Aktionsbündnis zwischen engagierten Personen aus den *scientific communities* der Klimaforschung, aus der Umweltbewegung sowie aus nationalen politisch-administrativen Apparaten und internationalen Organisationen. Er setzt sich also zusammen aus dem informellen und ideellen Bündnis von Repräsentant*innen der Mitgliedstaaten des Klimaregimes sowie der NGO-Szene (insbesondere RINGOs und ENGOS)¹⁶, die sich aus dem Umfeld der jahrzehntelangen Verhandlungen kennen; hinzu kommen einige Vertreter*innen aus Wirtschaft und Industrie (BINGOs).

Eine schematische Darstellung des TPÖK zeigt die Abb. 2 (S. 430). Der TPÖK stellt sich als ideelles Bündnis individueller Akteur*innen heterogener, funktional differenzierter Organisationen dar, das sich diskursiv, in jahrelangen Verhandlungen, entwickelt hat (Oberthür & Ott 2000: 58-61; Kuhn 2010). Die Konsenszone des TPÖK ist brüchig. Zusammengehalten wird das Bündnis von den düsteren Szenarien eines sich erwärmenden

15 WBGU 2014; Leggewie u.a. 2015; Dietz & Garrelts 2013; Brunnengräber 2014; Bauriedel 2015.

16 BINGO = Wirtschaft und Industrie (*business*); ENGO = Umwelt (*environment*); RINGO = Forschung (*research*).

Abb. 2: Der transnationale politisch-ökologischen Komplex



Quelle: Eigene Darstellung, inspiriert von (Kuhn 2010) und (Schübler u.a. 2016: 196)

Globus und der politischen Erkenntnis, dass alleine multilateral abgestimmtes Handeln im Rahmen der UN-Klimakonvention einen rettenden Handlungspfad verspricht.

Dass sich der TPÖK in erster Linie aus Repräsentant*innen staatlicher und internationaler Organisationen sowie aus der NGO-Szene zusammensetzt, lässt sich an der Zahl der Konferenzteilnehmenden ablesen: Bei der Vertragsstaatenkonferenz COP 3 (*Conference of the Parties*, Kyoto 1997) wurden 9.850 Teilnehmende registriert, davon entfielen auf die staatlichen Mitglieder des Regimes 2.273, auf die Observer-Organisationen (NGOs) 3.865 und auf die Medien 3.712. Bei der COP 15 (Kopenhagen 1999) stieg die Zahl der teilnehmenden Personen auf 27.294, mit 10.591 staatlichen und offiziellen Mitgliedern sowie mit 13.482 Beobachter*innen. In Paris (COP 21, 2015) erhielten 28.187 Teilnehmer*innen eine Akkreditierung, darunter 17.157 Personen staatlicher Verhandlungsdelegationen. Wegen des sicherheitspolitisch

begründeten begrenzten Raumangebots des Konferenzortes wurde die Gruppe der Beobachter*innen auf 8.273 Personen beschränkt.¹⁷

Die steigende Zahl an Beobachter*innen aus der Zivilgesellschaft kann als Indikator für die Größenordnung des auf der internationalen Ebene politisch aktiven zivilgesellschaftlichen Kerns des TPÖKs gelten, der aus dem ideellen Bündnis aus Klimaforschung, Umweltgruppen¹⁸ und anderen *non-state-actors*¹⁹ besteht. Neben den Konsenszonen innerhalb des NGO-Lagers existieren – ähnlich wie zwischen den verhandelnden Staaten – Konflikte und Diskursfronten (Dietz & Garrelts 2013). Erst nach Kopenhagen und im Vorfeld der Verhandlungen von Paris hat sich seit 2014 unter dem Eindruck des fünften IPCC-Reports (IPCC 2014) das ideelle Bündnis verfestigt, das die Ausarbeitung des Pariser Kompromisses ermöglichte (Jacobs 2016).

Um Hinweise zu erhalten, in welcher Weise und welcher Intensität die akkreditierten Beobachter (NGOs und IGOs) an der Ausgestaltung des Klimaregimes mitwirken, lohnt eine Auswertung der auf den jährlichen Klimakonferenzen durchgeführten *side events* und der von Akteur*innen des TPÖK eingebrachten Vorschläge für Verhandlungsgegenstände (*submissions*). In dem für diesen Artikel erfassten Zeitraum von 2014 bis 2016 wurden von den Umwelt-NGOs 380, den Vertreter*innen wissenschaftlicher Organisationen 319 und von den NGOs aus dem Bereich der Wirtschaft 90 *side events* angeboten. Bei den *submissions* der *stakeholder* entfielen im Zeitraum 2015-2017 auf die akkreditierten NGOs 49, auf die UN-Organisationen 23, auf die akkreditierten IGOs 7 sowie auf den Rest der *non-party*-Organisationen 21.²⁰

Ein weiterer Indikator für die Ausprägung des TPÖK ist die Aufnahme von Expert*innen aus dem Kreis der *non-state-actors* in die offiziellen staatlichen Verhandlungsdelegationen. Leider gibt es zu dieser Frage keine Längsschnittanalysen, sondern nur punktuelle Untersuchungen. Für die COP 17 im Jahr 2011 in Durban gelangten Tobias Böhmelt, Vally Koubi

17 S. <https://unfccc.int/process-and-meetings/parties-non-party-stakeholders/non-party-stakeholders/statistics-on-non-party-stakeholders/statistics-on-participation-and-in-session-engagement>.

18 Von den zugelassenen Beobachterorganisationen kommen aus Westeuropa und Nordamerika 66,8%, aus Asien 14,0%, aus Lateinamerika 8,5%, aus Afrika 9,3% und aus Osteuropa 1,3% (s. <https://unfccc.int/process-and-meetings/parties-non-party-stakeholders/non-party-stakeholders/statistics-on-non-party-stakeholders/statistics-on-admission>).

19 Zu den *non-state-actors* werden im Rahmen des UNFCCC-Klimaregimes insbesondere die Städte, Regionen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Unternehmen, Banken, Versicherungen und Investoren sowie Bündnisse dieser Akteure mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gerechnet.

20 Daten des UNFCCC-Sekretariats. Die Klärung des inhaltlichen Gewichts und der Prägung der *submissions* des TPÖK steht noch aus; s. aber Kuhn 2010.

und Thomas Bernauer (2014: 19) zu dem Ergebnis, dass bei 70 % der Delegationen mindestens ein*e Vertreter*in aus der Gruppe der *non-state-actors* an den Verhandlungen beteiligt war und insgesamt 18 % der staatlichen Konferenzdelegierten aus dem Kreis der *non-state-actors* stammten. Sofern sich die zuletzt genannte Zahl weiter bestätigt, wäre dies ein starker Hinweis auf den Einfluss der *non-state-actors* und auf die Integration des TPÖK in das Klimaregime.

Schließlich muss zur Erklärung der Entstehung eines ideellen Bündnisses als sozialer Basis des Klimaregimes auf die Rolle der Medien und die Kommunikation zwischen den Akteur*innen des TPÖK hingewiesen werden. Vor allem während der jährlichen Klimakonferenzen und den vorbereitenden Verhandlungen findet eine verdichtete Kommunikation zwischen Forschungsinstituten, Beratungseinrichtungen, Umwelt-NGOs, den zuständigen Abteilungen in den internationalen Umweltorganisationen und den nationalen Klimabeauftragten und Behörden statt. Vertreter*innen unterschiedlicher Diskursstränge kämpfen um die Meinungsführerschaft. Doch, bezogen auf die Verhandlungssituation 2014/2015 vor Paris, war den Akteur*innen aus den verschiedenen Bereichen des TPÖK klar, dass sie unter einem enormen Konsensdruck standen. Die Medien sahen sich vor das Problem gestellt, einerseits den wissenschaftlichen Konsens über die Ursachen und Folgen des Klimawandels in der Öffentlichkeit zu vertreten, andererseits über die Konflikte und Dissense zu berichten.²¹

2.2 Reichweite

Dem netzwerkförmig organisierten sozialen Kern des Klimaregimes schlossen sich seit den Vorbereitungsaktivitäten für die Klimakonferenz von Lima (COP20, 2014) immer mehr Akteur*innen aus dem Unternehmerlager, von sub-staatlichen Einrichtungen und aus der Zivilgesellschaft an (Schaefer Caniglia u.a. 2015; Chan u.a. 2015). Auf der Klimakonferenz von Lima (2014) wurde der sog. NAZCA-Prozess (*None-State Actor Zone for Climate Action*) zur Unterstützung des Pariser Abkommens initiiert. Der NAZCA-Prozess fand seine Berücksichtigung im Pariser Abkommen und wird seitdem auf der Homepage des Klimaregimes in einem speziellen Portal, dem NAZCA-Portal, dokumentiert (Bäckstrand u.a. 2017; Kuyper u.a. 2018). Die Angaben der Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die sich zur öffentlichen Unterstützung des Klimaregimes und zu Selbstverpflichtungen bekennen, werden von Auditor*innen überprüft, die mit dieser Aufgabe vom UNFCCC-Sekretariat betraut werden. Im Mai 2018

²¹ Brüggemann 2015; Pearce u.a. 2015; Lück u.a. 2015; Boykoff & Luedecke 2016.

berichtet das NAZCA-Portal²² über Selbstverpflichtungen in den Bereichen Mitigation und Anpassung von 2.508 Städten, 209 Regionen, 2.138 Unternehmen, 479 Investoren, 238 Organisationen der Zivilgesellschaft und 77 kooperativen Initiativen.

Dieses das Pariser Regime unterstützende, breite und diffuse Lager aus Wirtschaft und Gesellschaft kann in diesem Artikel nicht näher beleuchtet werden.²³ Ein Hinweis auf die Verflechtung mit der nationalen Handlungsebene am Beispiel der USA muss genügen. Nachdem Donald Trump am 1.6.2017 den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Übereinkommen offiziell im Rosengarten des Weißen Hauses verkündet hatte, formierte sich die Bewegung *We are still in* mit dem erklärten Ziel, die US-amerikanischen Mitigationsverpflichtungen des Abkommens dennoch zu erfüllen. Mit Unterstützung von Michael Bloomberg bildeten sich weitere Netzwerke wie *The U.S. Climate Alliance* (14 Bundesstaaten mit 36 % der Bevölkerung) und *U.S. Climate Mayors* (383 Städte mit 23 % der US-Bevölkerung) (*America's Pledge 2017*: 30). Um die Effekte der Anti-Trump-Klimakoalition zu belegen, haben Michael Bloomberg und der kalifornische Gouverneur Edmund G. Brown die „America's Pledge“-Initiative gegründet (*America's Pledge 2018*; Bloomberg & Pope 2017). Mehr als die Hälfte der 2011 in den USA produzierenden Kohlekraftwerke (268 von 523) wurde bis zum Mai 2018 vom Netz genommen.

Die beiden skizzierten Beispiele NAZCA-Portal und die „We are still In“-Bewegung können als Indikatoren gelesen werden, dass der TPÖK über den engeren Kreis der an den Klimaverhandlungen beteiligten Akteur*innen hinaus Verbündete in den westlich-kapitalistischen Eliten (Führungskräfte aus der Wirtschaft, den Städten und Universitäten) gefunden hat, die mehr und mehr begreifen, was sie bei dem Basisszenario des ungebremsten Klimawandels verlieren und was sie bei einem ökologischen Modernisierungs- und Wachstumsprojekt gewinnen könnten (Jacobs 2016). Für dieses Projekt sind sie allerdings auf das Wissen und die Durchsetzungsfähigkeit des TPÖKs angewiesen. Die hybride Erweiterung des Klimaregimes (Kuyper u.a. 2018) hat zu einer Stärkung seiner sozialen Basis geführt (Hickmann 2017).

2.3 Machtpotenziale

Internationale Regime besitzen per se nur eine schwach ausgebildete Handlungsfähigkeit, *authority* (Zürn 2018), da ihre Entscheidungen mit wenigen Ausnahmen – vor allem hinsichtlich der an die Regimesekretariate

22 S. <http://climateaction.unfccc.int/>.

23 Vgl. Hale 2016; Hickmann 2017; Bäckstrand u.a. 2017; Kuyper u.a. 2018.

delegierten Aufgaben – im Konsens getroffen werden. Allerdings können Regime an Handlungsfähigkeit durch die Herausbildung einer eigenen soziopolitischen Basis gewinnen, die im Diskurs Konsensentscheidungen vorbereitet. Der TPÖK besitzt wichtige Fähigkeiten zur Ermöglichung von Kollektiventscheidungen eines internationalen (multilateralen) Regimes, das vom Wohlwollen staatlicher Exekutiven abhängt. Sein Machtpotenzial, in das die globale Klimagovernance eingebettet agiert, setzt sich aus unterschiedlichen politischen Fähigkeiten zusammen, die alle dem Bereich der „soft power“ (Nye) zugerechnet werden können:

- *Generierung eines kollektiv geteilten Problembewusstseins*: Auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen wird im TPÖK des Klimaregimes ein Konsens über die Risiken der Verletzung globaler Grenzen (Steffen u.a. 2015) durch anthropogen erzeugte, für die Reproduktion der Menschheit gefährliche, Veränderungen des Atmosphärensystems ausgearbeitet. Nur in wissenschaftlichen Diskursen kann sich diese Steuerungsressource, ein kollektives Gefährdungsbewusstsein, herausbilden.
- *Situationsdefinition und Ermittlung von Handlungsoptionen*: In den vielfältigen Debatten innerhalb des TPÖK entstehen Vorstellungen über „nachhaltige“, „wirksame“, „effiziente“, „konsensfähige“ oder auch „vordringliche“ Handlungsmöglichkeiten. Bevor das Pariser Übereinkommen ausgehandelt werden konnte, musste der TPÖK lernen, dass im Politikfeld der Klimagovernance für ein hierarchisch strukturiertes multilaterales Regime kein Konsens zu erreichen ist. Und in Paris wurde trotz wissenschaftlich unterstützter Vorarbeiten lediglich der Grundstein für ein hybrides und polyzentrisches Regime aus hierarchischen und *bottom-up*-Strukturelementen gelegt (Kuyper u.a. 2018).
- *Homogenisierung von Handlungsoptionen*: Um Handlungsfähigkeit zu gewinnen, müssen die ausgearbeiteten Handlungsoptionen verdichtet, d.h. homogenisiert werden²⁴. Unter dieser Leistung ist die Entwicklung eines kollektiven Rahmens zu verstehen, der politische Konsensbildung ermöglicht. Aus den Debatten innerhalb des TPÖK ging bis zum Herbst 2015 eine breit geteilte Konzeption hervor, die sich zu einem Governancesystem, welches nun auf seinen weiteren Ausbau, auf die Verabschiedung des sog. „rule books“, wartet, institutionell verfestigen ließ. Diese Konsens- und Homogenisierungsleistung, die am Ende der Pariser Klimaverhandlungen breit gefeiert wurde, ist Voraussetzung dafür, dass ein möglicherweise effektives globales Regime etabliert werden kann.

²⁴ Zum Konzept der Homogenisierung s. Fach & Simonis 1987: 23f. Dort bezieht sich die Homogenisierungsleistung auf Parteien.

Allerdings ist noch unklar, ob die Homogenisierungsfähigkeit des TPÖKs ausreicht und anhält.

- *Legitimation politischer Maßnahmen*: Ein weiteres Handlungspotenzial des TPÖK besteht in seiner Fähigkeit die Maßnahmenprogramme hinsichtlich ihres Impacts zu analysieren, zu bewerten und zu legitimieren. Die Reichweite seines Legitimationspotenzials bezieht sich primär auf die internationale Ebene. Sofern aber zwischen dem TPÖK und der jeweiligen nationalen Politikebene ein verdichteter Kommunikationsraum durch NGOs, Klimaforschung und Medien besteht, werden sich delegitimierende Prozesse der internationalen Ebene auch auf der nationalen Ebene Gehör verschaffen.

Zwischenfazit

Das internationale Klimaregime entwickelt sich eingebettet und in Abhängigkeit von seiner sozialen Basis zu einem transnationalen politisch-ökologischen Komplex, der seinerseits von der Art und Weise der Institutionalisierung des Klimaregimes strukturell geprägt ist. Die Machtentfaltung des Klimaregimes hängt neben zahlreichen Faktoren auf den nationalen Handlungsebenen der Mitgliedstaaten ganz entscheidend von der Leistungsfähigkeit des TPÖK ab. Wissenschaftlich basiertes globales Problembewusstsein, Ermittlung von konsensfähigen Handlungsoptionen auf der internationalen Ebene und deren politische Homogenisierung sowie deren Legitimation, einschließlich der Legitimation der nationalen Klimagovernance, bilden elementare Bestandteile einer effektiven globalen Klimagovernance. Der TPÖK trägt als soziale Basis des Klimaregimes zu dessen Etablierung und durch seine politischen Aktivitäten zur Delegitimierung und Schwächung des fossilistischen Sektors bei.

3 Leistungen der Klimaforschung als Machtressource der Klimagovernance

Die Politik – und damit ist hier das politische System *in toto* gemeint – ist auf die Leistungen der Klimaforschung angewiesen, den anthropogen verursachten Klimawandel als politisches Steuerungsproblem zu erkennen.²⁵ Der oben skizzierte Aufstieg dieser Forschung hängt mit dieser Konstellation zusammen, in der die Politik von deren Erkenntnissen abhängig geworden ist. Die Klimaforschung erzeugt prognostisches sowie diagnostisches Wissen mit politischer Signatur. In Reaktion auf die bedrohlichen Forschungsergebnisse

25 Miller 2001; Jasanoff 2004; Morisse-Schilbach 2012a; Allan 2017.

begann sich seit den späten 1980er und frühen 1990er Jahren das neue Politikfeld der Klimagovernance zu etablieren (Simonis 2017). Nachfolgend skizziere ich drei Beispiele dieses Institutionalisierungsprozesses. Sie geben Hinweise auf die für die Klimagovernance erforderlichen Leistungen der Klimaforschung in Form der Herausbildung einer Expertokratie.

3.1 Situationsdefinition

Für die konstruktivistische Analyse internationaler Politik ist seit den 1970er Jahren die Definition der politischen Situation durch die beteiligten Akteur*innen zu einem Schlüsselkonzept (Jervis 1989 [1970] & 1976) geworden. In einer wachsenden Anzahl politischer Handlungsfelder ist in Wissensgesellschaften die Kompetenz von Berater*innen aus dem Bereich der Wissenschaft für die Zustandsanalyse sowie für die Ausformulierung „rationaler“ Handlungsoptionen gefragt.²⁶

Ein unverzichtbares Element einer politischen Situationsdeutung stellt die Einschätzung der Diskrepanz zwischen den erwarteten Ergebnissen politischer Handlungsprogramme und dem Problem dar, was politisch bearbeitet und dadurch „gelöst“ werden soll. Da die internationale Staatengemeinschaft beschlossen hat, dass für sie das Problem des Klimawandels als angemessen bewältigt gilt, wenn der erwartete Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts unter maximal +2°C bleibt, hängt die politische Situationsdefinition davon abhängig, ob dieses Ziel erreichbar erscheint. Seit 2010 lässt das *Umweltprogramm der UNO (United Nations Environment Programme, UNEP)* auf Antrag der Mitgliedsländer abschätzen, in welchem Umfang die von den Mitgliedsländern der Klimarahmenkonvention seit der Konferenz von Kopenhagen 2009 eingegangenen Selbstverpflichtungen zur Verminderung der nationalen Emissionen einhalten werden und den zu erwartenden Temperaturanstieg innerhalb bestimmter Wahrscheinlichkeitsmargen abbremsen. Der jeweils im Herbst zu den jährlichen Konferenzen des UN-Klimaregimes erscheinende *Emissions Gap Report* (UNEP 2016) wird unter der Leitung des UNEP von der internationalen Klimaforschung erarbeitet und enthält Angaben, inwieweit die von der Staatengemeinschaft versprochenen Mitigationsprogramme greifen. Der siebte Bericht von 2016 erfasst nun auch die im Rahmen des Übereinkommens von Paris getätigten Selbstverpflichtungen und untersucht deren Auswirkungen auf das globale Klima der Zukunft.

²⁶ Beck 2012; Beck & Mahony 2017; von Storch 2017; von Storch & Krauß 2013; Weingart u.a. 2015; Edenhofer & Kowarsch 2015; Sarewitz 2015.

Auf der internationalen Ebene besitzen ausschließlich die Regimemitglieder, also die Staaten, die mit teilweise stark besetzten Delegationen, bestückt mit wissenschaftlichen Expert*innen, antreten, formale Entscheidungsrechte. In die Verhandlungen zur Vorbereitung von Entscheidungen sind jedoch neben vielen internationalen Organisationen auch die Beobachter*innen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sowie *non-state-actors* aus der Wirtschaft, den Städten und Regionen einbezogen. Im Rahmen der Vorbereitungstreffen sowie der jährlichen Mitgliederkonferenzen der Klimarahmenkonvention, des Kyoto-Protokolls und zukünftig des Übereinkommens von Paris findet ein internationaler Diskurs zur Situationsbestimmung der Klimaverhandlungen statt (Kuhn 2010; Dietz & Garrelts 2013; Schaefer Caniglia u.a. 2015). Die Aussagen des UNEP-Berichts, der seinerseits den aktuellen Forschungsstand über die Implementation der freiwilligen Verpflichtungen zur Mitigation und jüngst auch zur Anpassung zusammenfasst, bilden in diesen Debatten einen Referenzpunkt. Die zentrale Aussage des *Emission Gap Reports* von 2016 (UNEP 2016) besteht in der Feststellung, dass sich trotz der im Rahmen des Pariser Übereinkommens eingegangenen Selbstverpflichtungen der Staaten die Schere (*gap*) zwischen der prognostizierten Entwicklung der globalen THG-Emissionen (selbst bei vollständiger Implementation der konditionierten Selbstverpflichtungen) und dem Median des $+2^{\circ}\text{C}$ -*pathways* von gut 6 GtCO₂e (2025) auf 12 GtCO₂e (2030) erweitert (ebd.: 15). Die entsprechenden Werte des Reports 2017 betragen 4,5 GtCO₂e (2025) und 11 GtCO₂e (2030) (UNEP 2017: 13f). Das *gap* ist weiterhin riesig, scheint sich aber doch etwas verringert zu haben. Ein positives Signal hinsichtlich der politischen Erreichbarkeit des $+2^{\circ}\text{C}$ -Ziels? In Anbetracht der Größe des *gap* ist es nicht überraschend, dass sich die Stimmen aus der Wissenschaft mehren, dass das 2°C -Ziel politisch-praktisch nicht mehr erreichbar sei (Geden 2010; Nordhaus 2018). Zu dieser Schlussfolgerung sind die Vertreter*innen der internationalen Klimapolitik gegenwärtig jedoch noch nicht bereit.

Die Diagnosebefunde der *Emissions-Gap*-Berichte von UNEP lassen sich als das jährliche kollektive Resümee der international organisierten Klimaforschung hinsichtlich der politischen Handlungsbedarfe und Optionen begreifen. Von der internationalen Zivilgesellschaft (u.a. dem *Climate Action Network*, CAN), die ihrerseits mit der Klimaforschung eng verzahnt ist, wird die kritische Lageanalyse der Berichte übernommen. Einwendungen gegen die Ergebnisse und Aussagen der Reports können sich nur wenige Staaten leisten; dazu müssten sie die international akzeptierte und legitimierte Forschungspraxis in Frage stellen, also auf konkurrierende

Forschungsergebnisse verweisen können. Die Wissensangebote der Klimaskepsis²⁷ sind für Länder, die auf Mitigationserfolge und transformative Technologien setzen und drohende Anpassungskrisen zu vermeiden hoffen, wenig attraktiv²⁸. So hat die auf die IPCC-Berichte gestützte Situationsdefinition des UNEP einen hegemonialen Status erlangt, an dem sich das UN-Klimaregime, die Staatenwelt, die Zivilgesellschaft und wachsende Segmente der Weltwirtschaft (z.B. der Versicherungen und des Finanzkapitals) politisch orientieren (müssen).

3.2 Assessment auf der Grundlage von „best available science“

Wissenschaft und Forschung bilden einen integralen Bestandteil des Klimaregimes. Dabei besitzt die Klimaforschung keinen Akteursstatus mit Handlungsfähigkeit. So werden die Leistungen der Klimaforschung von sehr unterschiedlichen Akteur*innen (Organisationen der wissenschaftlichen Politikberatung, internationalen politischen Organisationen wie dem IPCC, Forschungsnetzwerken, Instituten, Projekten, Einzelpersonen) erbracht, die aber im Konsens über die Ziel-Norm der Rahmenkonvention (1992) zur Vermeidung gefährlicher, anthropogen erzeugter Klimarisiken verbunden sind. Das als internationale Governanceinstitution mit globaler Reichweite etablierte Klimaregime wird aus Eigeninteresse seiner Mitglieder wie auch des Sekretariats seine Tätigkeit auf die „best available science“ stützen. Nur mit dieser strategischen Ausrichtung kann es sich der Anerkennung und Legitimation der Akteur*innen der Klimaforschung versichern. Bei der Implementation des Übereinkommens von Paris spielt die Klimaforschung eine tragende Rolle. In Artikel 14 ist festgelegt, dass all fünf Jahre, beginnend mit dem Jahr 2023, von der jährlichen Mitgliederkonferenz (CMA, offizieller Name: *Conference of the Parties serving as the Meeting of the Parties to the Paris Agreement*) Bilanz über das bisher Erreichte (Mitigation, Anpassung, Implementation, Support) und die von jedem Mitglied des Abkommens angekündigten Maßnahmen (*Nationally Determined Contributions*) gezogen wird. Dabei soll das fünfjährige *stocktaking* „im Lichte der Gerechtigkeit und der besten verfügbaren Wissenschaft“ erfolgen (Art. 14,1). Gemäß Art 4,1 sollen die THG-Emissionen so schnell wie möglich ihren Höhepunkt erreichen, um danach „in accordance with best available science“ möglichst schnell vermindert zu werden. Auch die von

27 Boykoff 2011; Oreskes & Conway 2011; Mann 2012; Dunlap & McCright 2015.

28 Australien, eng eingebunden in den US-amerikanischen Diskussionskontext, ist neben den USA ein weiteres Beispiel mit einer politisch einflussreichen Skeptiker*innen-Szene; s. Moran 2015.

jedem Mitgliedsstaat eigenverantwortlich durchgeführten Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sollen laut Art. 7,5 von der „best available science“ angeleitet (*guided by*) werden.

Außer diesen besonderen Hervorhebungen von Einsatzfeldern der „best available science“ existieren im Vertrag weitere Verweise auf Aktivitäten und Instrumente, bei deren Implementation und Nutzung wissenschaftlich-technische Unterstützung erforderlich ist. Hierzu gehören z.B. das Transparenzregime für die Erfassung nationaler Mitigations- und Anpassungsmaßnahmen (Artikel 13), die Bewertung der nationalen Mitigationsmaßnahmen im Lichte der Entwicklung des globalen Klimaregimes und der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* (SDGs) sowie der Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern (Artikel 11).

Die wissenschaftlichen Architekt*innen (u.a. Bodansky & Diringer 2014) des Übereinkommens von Paris hoffen auf einen durch nationale Konkurrenz erzeugten Überbietungswettbewerb hinsichtlich der Bereitschaft, nationale Mitigationsverpflichtungen einzugehen. Ob dieser Governancemechanismus des nationalen Wettbewerbs greifen wird, ist derzeit noch unklar.

3.3 Das Beispiel der EU-Planungsgovernance

Mit der Implementierung globaler Klimagovernance steigt der politisch-administrative Druck, den traditionell kurzfristigen Zeithorizont der Politik zu erweitern. Schon im Jahr 2009 hatte sich die EU in Vorbereitung auf die Konferenz von Kopenhagen öffentlich festgelegt, ihre THG-Emissionen bis 2050 um 80-95 % gegenüber 1990 zu vermindern. 2011 legte sie eine *roadmap* vor, in der Maßnahmen für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, CO₂-armen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 skizziert werden (EU Commission 2011a & b). Obwohl Polen dem Klimafahrplan nicht zustimmte, wurde er von 26 EU-Mitgliedsländern angenommen und bildet seitdem die Grundlage für die „Langfristplanung“ im Politikfeld der Klimagovernance: Gegenüber 1990 sollen die THG-Emissionen bis 2020 um 20 %, bis 2030 um 40 %, bis 2040 um 60 % und bis 2050 um mindestens (bezogen auf die EU-internen Emissionen) um 80 % vermindert werden.

Nach dem EU-Referenz-Szenario 2016, das alleine die zum Zeitpunkt seiner Erstellung rechtsverbindlichen Mitigationsmaßnahmen zur Erreichung des -40 %-Ziels bis 2030 berücksichtigt, wird die Union ihre THG-Emissionen zwar bis 2020 gegenüber 1990 um 26 %, jedoch bis 2030 nur um 35 % vermindern, um dann bis 2050 -46 % zu erreichen (EU Commission 2016a). Es entsteht eine sich gegenüber dem aktuellen Politikpfad bis zum Jahr 2050 stetig erweiternde Emissionslücke (European Environment Agency 2017).

Im März 2018 hat der Europäische Rat daher beschlossen, dass die Kommission einen aktualisierten Vorschlag für eine langfristige Klimastrategie auszuarbeiten habe, deren Emissionsreduktionen sich in Übereinstimmung mit den Zielen des Übereinkommens von Paris (Erwärmung um höchstens 2°C, möglichst nur um 1,5°C; Karbonneutralität in der 2. Hälfte des 21. Jh.) befinden sollen (Marcu & Zachmann 2018). Mit dieser Entscheidung erkennt der Rat den erheblichen Nachbesserungsbedarf an (ebd.). Für die Umsetzung ihrer Klimastrategie vertraut die EU allerdings den etablierten und kürzlich aktualisierten Steuerungsinstrumenten des *Europäischen Emissionshandels* (ETS) sowie dem erweiterten *Effort Sharing Programm* (EU Council 2018; European Parliament 2018).

Orientiert an dem Langfristziel der Dekarbonisierung, hat sie begonnen, ein System der Planungsgovernance aufzubauen. Die klimabezogene Planungsgovernance benötigt für diese Aufgabe kompetente wissenschaftliche Dienstleistungen aus allen Bereichen der Klima- und Energieforschung (u.a. Modell- und Szenarientwicklung, Prognose und Wirkungsanalyse von Mitigationstechnologien). Analytisch lässt sich die Planungsgovernance der EU im Bereich der THG-Mitigation in vier teilweise überlappende und synchron ablaufende Phasen unterteilen:

- *Zielplanung (vision)*: Formulierung und kontinuierliche Weiterentwicklung einer langfristigen Vision der Dekarbonisierung mit Zielvorgaben, dabei Ausarbeitung von „Fahrplänen“ für die Annäherung an das Leitbild. In Ausarbeitung der Zielplanung Ermittlung langfristiger Impacts und Risiken (PESETA Project I und II), Konsensbildung über weitere Verpflichtungen auf der internationalen Ebene, Zielkontrolle (EU Commission 2016a).
- *Mittelfristige Sektoralplanung*: Konkretisierung der Fahrpläne durch sektorale Grün- und Weißbücher (EU Commission 2014) sowie die Rahmenplanung und Vorgaben für die Energieunion (EU Commission 2015).
- *Mittelfristige Planung der nationalen Umsetzung*: aktuell die Festlegung verbindlicher nationaler Ziele und Instrumente bis 2030 (EU Commission 2016b) sowie Anerkennung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (EU Commission 2016c)
- *Kurz- bis mittelfristige Feinsteuerung*: Überprüfung der laufenden Programme, insbesondere auch Nachsteuerung bei den Instrumenten (EU Commission 2016b).

Zwischen den vier Strukturelementen der EU-Planungsgovernance bestehen vielfältige Interdependenzen. Langfristig steuernde Komponenten dieser

Governance haben für die zeitlich nachgeordneten Elemente prägende Bedeutung, wie umgekehrt die Monitoringberichte auf die mittelfristigen Ziele und Instrumente zurückwirken. Der gesamte Prozess der Planungsgovernance hängt von mit wissenschaftlichen Methoden erhobenen Realdaten und deren Auswertung mit Hilfe von rechnergestützten Modellen ab, die ihrerseits kontinuierlich von der Forschung überprüft und verbessert werden. Die EU-Planungsgovernance erfolgt eingebettet in die globalisierte (internationale) Klimaforschung sowie in Abhängigkeit von den Vorgaben und der im Rahmen des multilateralen Klimaregimes eingegangenen Selbstverpflichtungen der Gemeinschaft sowie den mit ihr abgestimmten Maßnahmen der nationalen Klima- und Energieregime mit höchst unterschiedlichen nationalen Ambitionen und Ergebnissen der Dekarbonisierung.

Die Strukturierung und Phasen der klimabezogenen Planungsgovernance orientieren sich an einer politisch-administrativen Logik, die mit der Dekarbonisierung und gesellschaftlichen Transformation der Mitgliedstaaten in einem Spannungsverhältnis steht. Die verschiedenen Elemente und Schritte dieses Planungssystems sind gehalten, es auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, an vorrangige internationale Normen und Entscheidungen zu binden, dabei die EU-Kompetenzen einzuhalten und die Zuständigkeiten sowie energiepolitischen Unterschiede der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Ohne die Beteiligung von Expert*innen der Klimaforschung und des TPÖK kann die EU-Administration die Planungsprozesse zum effektiven Umgang mit dem verfügbaren CO₂-Budget nicht organisieren.

Zwischenfazit

In die Klimagovernance auf der Handlungsebene der EU ist eine Reihe von prognostischen Elementen eingebaut, deren Bedienung eine enge Kooperation mit der Klimaforschung und entsprechenden Beratungseinrichtungen erforderlich macht. Innerhalb des Mehrebenenregimes der Klimagovernance konzentrieren sich Funktionen, die für die Mitgliedstaaten wissenschaftliche Koordinationsleistungen erbringen und die Regulierungsmacht der Länderebene entsprechend reduzieren. Die EU übernimmt, gestützt auf den TPÖK, die klimapolitische Situationsdefinition der internationalen Ebene und passt diese für den EU-Raum und die Mitgliedstaaten an. Sie überprüft deren nationale Klimagovernance im Lichte eingegangener Selbst- und EU-Verpflichtungen (Assessmentfunktion) und betreibt für den Staatenverbund ein Planungssystem, das die Zielverpflichtungen des Klimaregimes abarbeitet und mit den nationalen Mitigations- und Anpassungsplänen abstimmt. Die *bottom-up*-Steuerung des Klimaregimes verhindert nicht, dass den Staaten

wissensbasierte und prognosegestützte Zielvorgaben gemacht werden, die deren Souveränität und Handlungsfreiheit einschränken.

4 Fazit: Strittige Machtverhältnisse

Die Etablierung eines komplexen, polyzentrischen und hybriden Systems der globalen Klimagovernance zielt auf die Transformation der fossilistischen Gesellschaftsformation, was einen Verlust an ökonomischer und ökonomisch basierter politischer Macht der Unternehmen des fossilistischen Lagers impliziert. Der Aufsatz beschäftigt sich mit politisch vorgängigen Machtverschiebungen, die eine Folge sind erstens der zunehmenden Prognose-, Assessment- und Planungsmacht der in das Klimaregime integrierten Klimaforschung und zweitens der Formierung eines TPÖK, der als soziale Basis und ideelle Unterstützungscoalition des multilateralen Klimaregimes fungiert. Der Zugewinn an Gestaltungsmacht des mit dem Pariser Übereinkommen modifizierten Klimaregimes wird auf das ideelle Bündnis zurückgeführt, das sich in den Jahren vor Paris zwischen Akteur*innen der Klimaforschung, wissenschaftlicher Beratungseinrichtungen, der advokatorischen Zivilgesellschaft, aus internationalen Organisationen und von Expert*innen der Mitgliedstaaten gebildet hat, sowie dem zunehmenden politischen Druck der *non-state-actors*.

Effektive Klimagovernance hängt jedoch nicht alleine von der Institutionalisierung eines leistungsfähigen, mit wissenschaftlichen (Szenarien, Prognosen, Datenanalyse usw.) und politischen (Zielformulierung, Optionenentwicklung, Politikbewertung) Kompetenzen ausgestatteten, multilateralen Klimaregimes ab, das, eingebettet in einen TPÖK, von diesem gestützt, homogenisiert und legitimiert wird. Sie ist auch dadurch bestimmt, dass die Steuerungsimpulse der internationalen Ebene von den Nationalstaaten wie auch von den lokalen Akteur*innen der Zivilgesellschaft und insbesondere von den Marktakteuren akzeptiert und umgesetzt werden, um die erforderlichen Transformationsprozesse einzuleiten. Dass sich mit diesen Transformationsprozessen weg von der fossilistischen Gesellschaftsformation bei zunehmender Berücksichtigung neuer klimatischer und sozial-ökologischer Verhältnisse (Anpassung) auch neue gesellschaftliche sowie politische Machtkonstellationen einstellen werden, ist evident. Allerdings lässt sich auch nicht voraussehen, wie effektiv und verbunden mit welchen politischen Kämpfen sich die große Transformation in den bald 200 Staaten des internationalen Systems vollziehen wird. Was sich aber mit einiger Gewissheit untermauern lässt, ist die Herausbildung eines TPÖKs in Wechselwirkung mit einem polyzentrischen internationalen Klimaregime.

Beide modifizieren – jeweils in sehr unterschiedlicher Art und Weise – die nationalen politischen Verhältnisse, vorrangig die politisch-administrativen Systeme, aber auch die parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Machtkonstellationen.

Die Nationalstaaten haben sich in langwierigen Diskursen und politischen Verhandlungen – von Rio 1992 bis Paris 2015 – einen sozio-politischen wie politisch-institutionellen „Überbau“ zugelegt, in dem mit Zielvorgaben, Prinzipien, Normen und prozeduralen Regeln gesteuert wird und wissenschaftlich ausgebildete Expertokrat*innen den Ton angeben. Da das Pariser Klimaregime die Souveränität seiner Mitglieder achtet, ergeben sich – je nach der nationalen Ressourcenausstattung, den ökologischen Bedingungen, den sozio-ökonomischen und politischen Verhältnissen – unterschiedliche Transformationspfade. Dabei dürfte tendenziell gelten, dass Staaten mit einem gewichtigen Kohlenstoffsektor, z.B. die Golfstaaten, die USA oder Russland, konfliktreichere Transformationsprozesse durchlaufen als Staaten mit einem hohen Potenzial an erneuerbaren Energien und einem schwach ausgeprägten fossilen Sektor (Dänemark, Schweden und auf der regionalen Ebene Baden-Württemberg und Kalifornien). Von den vielen *in-betweens* (China, Indien, Deutschland) wird es abhängen, in welchem Zeitrahmen sich die globale Transformation vollziehen und welche energietechnologische Konfiguration in der Weltwirtschaft der Zukunft eine dominante Stellung beanspruchen können wird.²⁹

Ob die hybride Macht dieses neuen Governancesystems ausreicht, die Beharrungskräfte der fossilistischen Wirtschaftsformation zur sozial-ökologischen Modernisierung zu bewegen, und welche Machtkämpfe hier zukünftig ausgetragen werden, lässt sich nicht prognostizieren. Viele Konstellationen von Governanceversagen (Simonis 2017) sind vorstellbar: nationale, sektorale und regionale parteipolitische Blockaden in unterschiedlichen Konstellationen, jeweils verbunden mit variablen Formen politischer *capture* durch Wirtschaftsverbände, Industriegruppen und einzelne Unternehmen. Die voranstehende Analyse verweist auf die machtpolitische Bedeutung regionaler und lokaler transformativer Bewegungen, die ein Gegengewicht zur Technokratie des Klimaregimes bilden und die für die Innovation und Legitimation lokaler Anpassungsprozesse unverzichtbar sind.

29 Viele Indikatoren sprechen für den hegemonialen Aufstieg des ostasiatischen Wirtschaftsraums, da das bisherige hegemoniale Zentrum nicht von der fossilistischen Wirtschaftsformation lassen kann und sich in populistischen Abwehrkämpfen spaltet.

Literatur

- Allan, Bentley B. (2017): „Producing the Climate. States, Scientists, and the Constitution of Global Governance Objects“. In: *International Organization*, Bd. 71, Nr. 1, S. 131-162.
- Allen, Myles R. (2015): *Climate change 2014. Synthesis report*. Genf.
- America's Pledge (2017): *States, Cities, and Businesses in the United States Are Stepping Up on Climate Action. Phase 1 Report*. New York, US-NY, <https://www.bbhub.io/dotorg/sites/28/2017/11/AmericasPledgePhaseOneReportWeb.pdf>, letzter Aufruf: 4.6.2018.
- America's Pledge (2018): *One Year Later. American Climate Leadership Forges Ahead*. <https://www.americaspledgeonclimate.com/news/one-year-later-american-climate-leadership-forges-ahead/>, letzter Aufruf: 4.6.2018.
- Aykut, Stefan C., & Amy Dahan (2015): *Gouverner le climat? 20 ans de négociations internationales*. Paris.
- Bäckstrand, Karin; Jonathan W. Kuypers; Björn-Ola Linnér & Eva Lövbrand (2017): „Non-State Actors in Global Climate Governance. From Copenhagen to Paris and Beyond“. In: *Environmental Politics*, Bd. 26, Nr. 4, S. 561-579 (<https://doi.org/10.1080/09644016.2017.1327485>).
- Bauriedel, Sybille (2015): „Eurozentrische Weltbürgerbewegung“. In: *GAIA*, Bd. 24, Nr. 1, S. 13-16.
- Beck, Silke (2009): *Das Klimaexperiment und der IPCC. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik in den internationalen Beziehungen*. Marburg.
- Beck, Silke (2012): „Der Weltklimarat (IPCC): Das Modell für Politikberatung auf internationaler Ebene?“ In: *Morisse-Schilbach 2012*, S. 153-177.
- Beck, Silke (2016): „Hybride Organisationen als Schnittstellen – Der Fall IPCC“. In: *Besio & Romano 2016*, S. 151-185 (<https://doi.org/10.5771/9783845255224-149>).
- Beck, Silke, & Martin Mahony (2017): „The IPCC and the Politics of Anticipation“. In: *Nature Climate Change*, Bd. 7, Nr. 5, S. 311-313 (<https://doi.org/10.1038/nclimate3264>).
- Beckert, Jens (2017): *Die Historizität fiktionaler Erwartungen*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln.
- Blicharska, Malgorzata; Richard J Smithers & 12 weitere Autor*innen (2017): „Steps to Overcome the North-South Divide in Research Relevant to Climate Change Policy and Practice“. In: *Nature Climate Change*, Bd. 7, Nr. 1, S. 21-27 (<https://doi.org/10.1038/nclimate3163>).
- Bloomberg, Michael, & Carl Pope (2017): *Climate of Hope. How Cities, Businesses, and Citizens can save the Planet*. New York, US-NY.
- Besio, Cristina, & Gaetano Romano (2016) (Hg.): *Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel. Kooperationen und Kollisionen*. Baden-Baden (<https://doi.org/10.5771/9783845255224>).
- Bodansky, Daniel M. (2010): „The Copenhagen Climate Change Conference. A Post-Mortem“. In: *American Journal of International Law*, Bd. 104, Nr. 2, S. 230-240 (<https://doi.org/10.5305/amerjintelaw.104.2.0230>).
- Bodansky, Daniel M., & Elliot Diringer (2014): *Building Flexibility and Ambition into a 2015 Climate Agreement*. Arlington, US-VA.
- Böhmelt, Tobias; Vally Koubi & Thomas Bernauer (2014): „Civil Society Participation in Global Governance. Insights from Climate Politics“. In: *European Journal of Political Research*, Bd. 53, Nr. 1, S. 18-36.
- Bosby, Joshua (2018): „Warming World. Why Climate Change Matters More Than Anything Else“. In: *Foreign Affairs*, Bd. 97, Nr. 4, S. 49-55.
- Boykoff, Maxwell T. (2011): *Who Speaks for the Climate? Making Sense of Media Reporting on Climate Change*. Cambridge (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511978586>).

- Boykoff, Maxwell T., & Gesa Luedecke (2016): „Elite News Coverage of Climate Change“. In: *Oxford Research Encyclopedia of Climate Science*, https://sciencepolicy.colorado.edu/admin/publication_files/2016.23.pdf, letzter Aufruf: 7.11.2018 (<https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228620.013.357>).
- Brüggemann, Michael (2015) (Hg.): *Media Representations of Climate Change Politics at COP21. The End of the Beginning*. <http://www.climate matters.hamburg/wp-content/uploads/2016/01/Watchblog.pdf>, letzter Aufruf: 10.7.2018.
- Brulle, Robert J., & Dunlap, Riley E. (2015): „Sociology and Global Climate Change. Introduction“. In: Dunlap & Brulle 2015, S. 1-31 (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199356102.003.0001>).
- Brunnengräber, Achim (2014): „Eine Weltbürgerbewegung ohne Realitätsbezug. Zum WBGU-Gutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“. In: *GAIA*, Bd. 23, Nr. 4, S. 306-308 (<https://doi.org/10.14512/gaia.23.4.4>).
- Chan, Sander; Robert Falkner; Harro van Asselt & Matthew Goldberg (2015): *Strengthening Non-State Climate Action. A Progress Assessment of Commitments Launched at the 2014 UN Climate Summit*. Brüssel.
- Deutsch, Karl W. (1969 [1963]): *Politische Kybernetik. Modell und Perspektiven*. Freiburg i.Br.
- Dietz, Matthias, & Heiko Garrelts (2013) (Hg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Dordrecht (<https://doi.org/10.1007/978-3-658-01970-9>).
- Dunlap, Riley E., & Aaron M. McCright (2015): „Strengthening Non-State Climate Action. A Progress Assessment of Commitments Launched at the 2014 UN Climate Summit Challenging Climate Change. The Denial Countermovement“. In: Dunlap & Brulle 2015, S. 300-332.
- Dunlap, Riley E., & Robert J. Brulle (2015) (Hg.): *Climate Change and Society. Sociological Perspectives*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199356102.001.0001>).
- Ebi, Kristie L., Stephane Hallegatte & 11 weitere Autor*innen (2014): „A New Scenario Framework for Climate Change Research. Background, Process, and Future Directions“. In: *Climate Change*, Bd. 122, Nr. 3, S. 363-372 (<https://doi.org/10.1007/s10584-013-0912-3>).
- Edenhofer, Ottmar, & Martin Kowarsch (2015): „Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit. Ein neues Modell der wissenschaftlichen Politikberatung“. In: Weingart & Wagner 2015, S. 83-105.
- Edwards, Paul N. (2010): *A Vast Machine. Computer Models, Climate Data, and the Politics of Global Warming*. Cambridge, US-MA.
- EU Commission (2011a): *The Roadmap for Transforming the EU into a Competitive, Low-Carbon Economy by 2050*. Brüssel, http://ec.europa/clima/policies/roadmap/index_en.htm, letzter Aufruf: 11.09.2017.
- EU Commission (2011b): *Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa. Mitteilung*. Brüssel.
- EU Commission (2014): *Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030*. Brüssel.
- EU Commission (2015): *Framework Strategy for a Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy*. Brüssel.
- EU Commission (2016a): *EU Reference Scenario 2016. Energy, Transport and GHG Emissions – Trends to 2050. Main Results*. Brüssel, https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/analysis_en, letzter Aufruf: 11.09.2017.
- EU Commission (2016b): *Climate Action Progress Report 2016*. Brüssel.
- EU Commission (2016c): *Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geschlossenen Übereinkommens von Paris im Namen der Europäischen Union*. Brüssel.
- EU Council (2018): *EU Emissions Trading System Reform*. Brüssel, Press Release, 92/18.

- European Environment Agency (2017): *Trends and Projections in Europe 2017. Tracking Progress towards Europe's Climate and Energy Targets*. Kopenhagen, <https://www.eea.europa.eu/themes/climate/trends-and-projections-in-europe/trends-and-projections-in-europe-2017/progress-of-the-eu-towards>, letzter Aufruf: 3.3.18.
- European Parliament (2018): *Effort Sharing Regulation, 2021-2030. Limiting Member States' Carbon Emissions*. Straßburg.
- Fach, Wolfgang, & Georg Simonis (1987): *Die Stärke des Staates im Atomkonflikt. Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich*. Frankfurt a.M.
- Geden, Oliver (2010): *Abkehr vom 2-Grad-Ziel. Skizze einer klimapolitischen Akzentverschiebung*. SWP Arbeitspapier. Berlin.
- Haas, Peter (2004): „When does Power Listen to Truth? A Constructivist Approach to the Policy Process“. In: *Journal of European Public Policy*, Bd. 11, Nr. 4, S. 569-592.
- Haas, Peter M., & Casey Stevens (2016): „Organized Science, Usable Knowledge, and Multilateral Environmental Governance“. In: Haas, Peter M. (Hg.): *Epistemic Communities, Constructivism, and International Environmental Politics*. London & New York, US-NY, S. 339-367 (<https://doi.org/10.1080/1350176042000248034>).
- Hale, Thomas (2016): „‘All Hands on Deck’. The Paris Agreement and Nonstate Climate Action“. In: *Global Environmental Politics*, Bd. 16, Nr. 3, S. 12-22 (https://doi.org/10.1162/GLEP_a_00362).
- Hauschild, Robin; Lutz Bornmann & Werner Marx (2016): „Climate Change Research in View of Bibliometrics“. In: *PLoS one*, <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0160393>, letzter Aufruf: 26.9.2017 (<https://doi.org/10.1371/journal.pone.0160393>).
- Hickmann, Thomas (2017): „The Reconfiguration of Authority in Global Climate Governance“. In: *International Studies Review*, Bd. 19, Nr. 3, S. 430-451 (<https://doi.org/10.1093/isr/vix037>).
- Hulme, Mike (2011): *Why we Disagree about Climate Change. Understanding Controversy, Inaction and Opportunity*. Cambridge.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2000): *Emissions Scenarios. Summary for Policymakers. A Special Report of IPCC Working Group III*. Genf.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2010): *Understanding Climate Change. 22 Years of IPCC Assessment*. Genf.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): *Concluding Instalment of the Fifth Assessment Report. Climate Change Threatens irreversible and Dangerous Impacts, but Options Exist to Limit its Effects*. Genf & Kopenhagen, http://www.ipcc.ch/pdf/ar5/prpc_syr/11022014_syr_copenhagen.pdf, letzter Aufruf: 22.3.2018.
- Jacobs, Michael (2016): „High Pressure for Low Emissions. How Civil Society Created the Paris Climate Agreement“. In: *Juncture*, Bd. 22, Nr. 4, S. 314-323.
- Jasanoff, Sheila (2004): *States of Knowledge*. Abingdon (<https://doi.org/10.4324/9780203413845>).
- Jervis, Robert (1976): *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton, US-NJ.
- Jervis, Robert (1989 [1970]): *The Logic of Images in International Relations*. New York, US-NY.
- Kriegler, Elmar; Jae Edmonds; Stéphane Hallegatte; Kristie L. Ebi; Tom Kram; Keywan Riahi; Harald Winkler & Detlef P. van Vuuren (2014): „A New Scenario Framework for Climate Change Research. The Concept of Shared Climate Policy Assumptions“. In: *Climatic Change*, Bd. 122, Nr. 3, S. 401-414 (<https://doi.org/10.1007/s10584-013-0971-5>).
- Kuhn, Judith (2010): *Zivilgesellschaftliche Akteure in Global-Governance-Prozessen. Handlungsmöglichkeiten und Problemlösungskonzeptionen von Advocacy NGOs im Klimaregime der UN nach Inkrafttreten des Kyotoprotokolls*. Dissertation, FernUniversität Hagen. Institut für Politikwissenschaft.
- Kuhnhenh, Kai (2017): *Wachstumsrücknahme in Klimaschutzszenarien*. <https://www.degrowth.info/wp-content/uploads/2017/06/ModWac3.pdf>, letzter Aufruf: 6.7.2018.

- Kuyper, Jonathan W.; Björn-Ola Linnér & Heike Schroeder (2018): „Non-State Actors in Hybrid Global Climate Governance. Justice, Legitimacy, and Effectiveness in a Post-Paris Era“. In: *WIREs Climate Change*, Bd. 9, Nr. 1, e497 (<https://doi.org/10.1002/wcc.497>).
- Leggewie, Claus; Dirk Messner & Sabine Schlacke (2015): „Und doch: Klimaschutz als Weltbürgerbewegung“. In: *GAI A*, Bd. 24, Nr. 1, S. 10-12 (<https://doi.org/10.14512/gaia.24.1.3>).
- Lück, Julia; Antal Wozniak & Hartmut Wessler (2015): „Networks of Coproduction“. In: *The International Journal of Press/Politics*, Bd. 21, Nr. 1, S. 25-47 (<https://doi.org/10.1177/1940161215612204>).
- Mann, Michael E. (2012): *The Hockey Stick and the Climate Wars. Dispatches from the Front Lines*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.7312/mann15254>).
- Marcu, Andrei, & Georg Zachmann (2018): *Developing the EU Long Term Climate Strategy*. Brüssel, http://bruegel.org/wp-content/uploads/2018/04/Developing-LTCS_Policy-Paper_final.pdf, letzter Aufruf: 13.5.2018.
- Metz, Bert; O. Davidson; Rob Swart & J. Pan, (2001): *Climate Change 2001. Mitigation. Contribution of Working Group III to the Third Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge.
- Miller, Clark A. (2001): „Challenges in the Application of Science to Global Affairs: Contingency, Trust, and Moral Order“. In: Miller & Edwards 2001, S. 247-285.
- Miller, Clark, & Paul N. Edwards (2001) (Hg.): *Changing the Atmosphere. Expert Knowledge and Environmental Governance*. Cambridge, US-MA.
- Moran, Alan J. (2015) (Hg.): *Climate Change. The Facts*. Woodsville, US-NH.
- Morisse-Schilbach, Melanie (2012) (Hg.): *Wissen, Wissenschaft und Global Commons*. Baden-Baden.
- Morisse-Schilbach, Melanie (2012a): „Science, Knowledge, and Global Commons. Beyond Epistemic Communities“. In: Morisse-Schillbach 2012, S. 59-95 (<https://doi.org/10.5771/9783845239323-59>).
- Moss, Richard (2008): *Towards New Scenarios for Analysis of Emissions, Climate Change, Impacts, and Response Strategies*. IPCC Expert Meeting report, 19-21 September 2007, Noordwijkerhout, Niederlande. Genf.
- Moss, Richard H.; Jae A Edmonds & 17 weitere Autor*innen (2010): „The Next Generation of Scenarios for Climate Change Research and Assessment“. In: *Nature*, Bd. 463, Nr. 7282, S. 747-756 (<https://doi.org/10.1038/nature08823>).
- Nakicenovic, Nebojsa; Robert J. Lempert & Anthony C. Janetos (2014): „A Framework for the Development of New Socio-economic Scenarios for Climate Change Research. Introductory Essay“. In: *Climate Change*, Bd. 122, Nr. 3, S. 351-361 (<https://doi.org/10.1007/s10584-013-0982-2>).
- Nikoleris, Alexandra; Johannes Strippel & Paul Tenngart (2017): „Narrating Climate Futures. Shared Socioeconomic Pathways and Literary Fiction“. In: *Climatic Change*, Bd. 143, Nr. 3-4, S. 307-319 (<https://doi.org/10.1007/s10584-017-2020-2>).
- Nordhaus, Ted (2018): „The Two-Degree Delusion. The Dangers of an Unrealistic Climate Change Target“. In: *Foreign Affairs*. Snapshot February 8, 2018, <https://www.foreignaffairs.com/articles/world/2018-02-08/two-degree-delusion>, letzter Aufruf: 7.11.2018.
- Oberthür, Sebastian, & Hermann E. Ott (2000): *Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert*. Opladen (<https://doi.org/10.1007/978-3-663-01434-8>).
- O'Neill, Brian C.; Elmar Kriegler; Keywan Riahi; Kristie L. Ebi; Stephane Hallegatte; Timothy R. Carter; Ritu Mathur & Detlef P. van Vuuren (2014): „A New Scenario Framework for Climate Change Research. The Concept of Shared Socioeconomic Pathways“. In: *Climatic Change*, Bd. 122, Nr. 3, S. 387-400 (<https://doi.org/10.1007/s10584-013-0905-2>).

- O'Neill, Brian C.; Elmar Kriegler & 10 weitere Autor*innen (2017): „The Roads Ahead. Narratives for Shared Socioeconomic Pathways Describing World Futures in the 21st Century“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 42, S. 169-180 (<https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2015.01.004>).
- Oreskes, Naomi, & Erik M. Conway (2011): *Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. New York, US-NY.
- Pearce, Warren; Brian Brown; Brigitte Nerlich & Nelya Kotevko (2015): „Communicating Climate Change: Conduits, Content, and Consensus“. In: *WIREs Climate Change*, Bd. 6, Nr. 6, S. 613-626 (<https://doi.org/10.1002/wcc.366>).
- Pearce, Warren; Reiner Grundmann; Mike Hulme; Sujatha Raman; Eleanor Hadley Kershaw; & Judith Tsouvalis (2017): „Beyond Counting Climate Consensus“. In: *Environmental Communication*, Bd. 11, Nr. 6, S. 723-730 (<https://doi.org/10.1080/17524032.2017.1333965>).
- Reusswig, Fritz (2010): „Klimawandel und Gesellschaft. Vom Katastrophen- zum Gestaltungsdiskurs im Horizont der postkarbonen Gesellschaft“. In: Voss, Martin (Hg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden, S. 75-97 (https://doi.org/10.1007/978-3-531-92258-4_5).
- Richardson, Katherine; Diana M. Liverman & William L. Steffen (2011) (Hg.): *Climate Change. Global Risks, Challenges and Decisions*. Cambridge.
- Sarewitz, Daniel (2015): „When All Scientists are Activists“. In: Weingart & Wagner 2015, S. 67-82.
- Schaefer Caniglia, Beth; Robert J. Brulle & Andrew Szasz (2015): „Civil Society, Social Movements, and Climate Change“. In: *Dunlap 2015*, S. 235-268 (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199356102.003.0008>).
- Schellnhuber, Hans-Joachim (2015): *Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff*. München.
- Schüller, Elke; Bettina Wittneben & Charles-Clemens Rüling (2016): „Klimakonferenzen“. In: Besio & Romano 2016, S. 187-217 (<https://doi.org/10.5771/9783845255224-187>).
- Simonis, Georg (2017): „Komplexe Governance – Governanceversagen?“ In: Simonis, Georg (Hg.): *Handbuch globale Klimapolitik*. Paderborn, S. 497-526.
- Steffen, Will; Katherine Richardson & 16 weitere Autor*innen (2015): „Planetary Boundaries. Guiding Human Development on a Changing Planet“. In: *Science*, Bd. 347, Nr. 6223 (<https://doi.org/10.1126/science.1259855>).
- von Storch, Hans (2017): „Demokratische Willensbildung – die Rolle der (Klima)forschung“. In: *IABLIS Jahrbuch für europäische Prozesse*, Bd. 1, <https://www.iablis.de/iablis/themen/2017-die-leidgepruefte-demokratie/thema-2017/367-demokratische-willensbildung-die-rolle-der-klima-forschung>, letzter Aufruf: 7.11.2018.
- von Storch, Hans, & Werner Krauß (2013): *Die Klimafalle*. München.
- UNEP – United Nations Environment Programme (2016): *The Emissions Gap Report 2016*. Nairobi.
- UNEP – United Nations Environment Programme (2017): *The Emissions Gap Report 2017*. Nairobi.
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (2015): *Paris Agreement*. <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement>, letzter Aufruf: 28.10.2018.
- van Vuuren, Detlef P.; Jae Edmonds & 13 weitere Autor*innen (2011): „The Representative Concentration Pathways. An Overview“. In: *Climatic Change*, Bd. 109, Nr. 1-2, S. 5-31 (<https://doi.org/10.1007/s10584-011-0148-z>).
- van Vuuren, Detlef P.; Marcel T.J. Kok; Bastien Girod; Paul L. Lucas & Bert de Vries (2012a): „Scenarios in Global Environmental Assessments. Key Characteristics and Lessons for

- Future Use“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 22, Nr. 4, S. 884-895 (<https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2012.06.001>).
- van Vuuren, Detlef P.; Keywan Riahi & 10 weitere Autor*innen (2012b): „A Proposal for a New Scenario Framework to Support Research and Assessment in Different Climate Research Communities“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 22, Nr. 1, S. 21-35 (<https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.08.002>).
- van Vuuren, Detlef P.; Elmar Kriegler & 9 weitere Autor*innen (2014): „A New Scenario Framework for Climate Change Research. Scenario Matrix Architecture“. In: *Climatic Change*, Bd. 122, Nr. 3, S. 373-386 (<https://doi.org/10.1007/s10584-013-0906-1>).
- van Vuuren, Detlef P.; Keywan Riahi; Katherine Calvin; Rob Dellink; Johannes Emmerling; Shinichiro Fujimori; Samir KC; Elmar Kriegler & Brian O'Neill (2017): „The Shared Socio-Economic Pathways. Trajectories for Human Development and Global Environmental Change“. In: *Global Environmental Change*, Bd. 42, Nr. 1, S. 148-152 (<https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2016.10.009>).
- Victor, David G., & Thomas C. Heller (2011): *Global Warming Gridlock. Creating More Effective Strategies for Protecting the Planet*. Cambridge (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511975714>).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2014): *Klimaschutz als Weltbürgerbewegung*. Sondergutachten. Berlin.
- WCRP – World Climate Research Programme (2017): *Communication Strategy 2017-2020*. Genf. <https://www.wcrp-climate.org/jsc38-documents>, letzter Aufruf: 7.11.2018.
- Weingart, Peter, & Gert G. Wagner (2015) (Hg.): *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*. Weilerswist.
- Weingart, Peter; Justus Lentsch & Mitchell G. Ash (2015): *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist.
- WMO – World Meteorological Organization (2005): *World Climate Research Programme. 25 Years of Science Serving Society*. Genf, <https://www.wcrp-climate.org/about/WCRP-25-years-of-science-serving-society.pdf>, letzter Aufruf: 28.10.2018.
- Zürn, Michael (2018): *A Theory of Global Governance. Authority, Legitimacy, and Contestation*. Oxford (<https://doi.org/10.1093/oso/9780198819974.001.0001>).

Anschrift des Autors:

Georg Simonis

georg.simonis@fernuni-hagen.de

Christoph Scherrer

Überzählige Arbeitskräfte Die Herausforderung für das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige Arbeit“

Keywords: under-employment, late industrializers, Global South

Schlagwörter: Unterbeschäftigung, nachholende Industrialisierung, Globaler Süden

Im Jahre 2015 kamen die Vereinten Nationen überein, viele Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*, SDG) anzustreben. Das Ziel Nummer 8 lautet: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, *produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle* fördern“ (Hervorhebung durch ChS). Die Agenda *Decent Work* ist die strategische Antwort der Internationalen Arbeitsorganisation auf die Globalisierung (ILO 1999). Sie wird meist als „menschenwürdige Arbeit“ oder „gute Arbeit“ übersetzt. Diese Agenda betont zentrale Dimensionen einer fairen Globalisierung in der Welt der Arbeit, indem sie fast 200 internationale Arbeitsnormen unter den folgenden vier Überschriften zusammenfasst: (1) Vollbeschäftigung (einschließlich Unternehmensgründungen); (2) Respekt für grundlegende Rechte der Beschäftigten; (3) soziale Absicherung; (4) sozialer Dialog. Die *Gute-Arbeit-Agenda* wurde auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im Jahre 2005 in die Millenniumsentwicklungsziele integriert. Damit haben die Regierungen zum ersten Mal formal die Erreichung von produktiver Vollbeschäftigung als ein zentrales Instrument zur Bekämpfung von Armut anerkannt.

Dieser internationalen Anerkennung von Arbeitsbeschaffung zur Armutsbekämpfung blieb bisher die Zielerreichung versagt. Das Defizit an „menschwürdiger Arbeit“ wuchs seitdem sogar noch. Nicht nur nahm die Arbeitslosigkeit global zu, sondern das Ausmaß an informeller Arbeit und die Einkommensschere öffnete sich weiter (ILO 2017).

Da der Mangel an „guter Arbeit“ im Globalen Süden ausgeprägter als im Globalen Norden ist (s. Abb. 1, S. 454), nehme ich im Folgenden jene Faktoren in den Fokus, die zu diesem Defizit unter den Ländern der

nachholenden Industrialisierung beitragen. Meine These ist, dass das Defizit vornehmlich Resultat eines strukturellen Überangebots von Arbeitskräften ist. Die Überzahl von Arbeitskraft anbietenden Personen im Verhältnis zu der begrenzten Nachfrage nach Arbeitskräften ist vornehmlich Folge des Langzeittrends von „Bauernlegen“, der (unvollständigen) Proletarisierung von bäuerlichen Familien.

Die Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise (aber auch ihres ehemaligen Widersachers, des real existierenden Sozialismus) führt zu einer Verdrängung bäuerlicher Landwirtschaft. In der Sprache der bürgerlichen Ökonomie lässt sich dieser durchaus gewaltsam verlaufende Prozess neutral so ausdrücken: Angesichts der geringen Einkommenselastizität der Nachfrage für landwirtschaftliche Güter, erfordert die Zunahme von materiellem Wohlstand die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft (Hotz-Hart u.a. 2006: 389f). Dieser Prozess hat in den landwirtschaftlich sehr exportstarken Vereinigten Staaten von Amerika (USA) einen solchen Grad erreicht, dass nur noch 2,1 % der männlichen und 0,8 % der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Jahre 2016 tätig waren. Dies vergleicht sich mit ungefähr 40,1 % männlichen und 60,6 % weiblichen Arbeitskräften in Indien und 46,6 % und 39,2 % in Ghana (World Bank 2018). Es ist kaum vorstellbar, wie viele Menschen die Landwirtschaft in diesen beiden Ländern verlassen müssen, falls diese das Produktivitätsniveau der USA erreichen sollten. Zum Glück wird es noch eine Weile dauern, da die Investitionen pro Person in der Landwirtschaft um den Faktor 164 erhöht werden müsste (Chen 2016: 9).

Bereits derzeit gelingt es nur Wenigen, in den Ländern des Globalen Südens eine adäquate Beschäftigung zu finden. In der Tat, manche dieser spät industrialisierenden Länder befinden sich bereits in der Deindustrialisierungsphase. Deshalb landen viele der Landflüchtenden im personennahen Dienstleistungssektor von geringer Produktivität und Wertschöpfung wie der Kleinhandel in der informellen Ökonomie (Dasgupta & Singh 2006; Breman 2013: 5). Die schlechten Arbeitsmarktaussichten außerhalb der Landwirtschaft lassen aber auch viele Menschen in ländlichen Gebieten verbleiben, wo sie Teil des großen Reservoirs an unterbeschäftigten Arbeitskräften sind (McCullough 2015a). Dort wo ein staatliches Sicherheitsnetz fehlt, besteht kaum registrierte Arbeitslosigkeit, da eine Registrierung als arbeitslose Person keine Transferleistungen auslöst. Stattdessen herrscht Unterbeschäftigung vor. Diese ist zumeist nicht offen, sprich, der Wunsch mehr Stunden zu arbeiten, wird ebenfalls nicht amtlich festgehalten. Vielmehr ist sie „unsichtbar“, d.h. sie kann nur durch andere Merkmale identifiziert werden. Die *International Labor Organization* (ILO) nennt Merkmale wie

geringes Einkommen („versteckte Unterbeschäftigung“) und geringe Produktivität („potenzielle Unterbeschäftigung“) (ILO 1982: 52f). Das Merkmal Arbeitszeit eignet sich aufgrund der langen Arbeitszeiten in der informellen Ökonomie weniger (Roubaud & Torelli 2013).

Die Erklärungen zu der geringen Absorptionskraft vom verarbeitenden Gewerbe und produktiven Dienstleistungen reichen von überregulierten Arbeitsmärkten¹ bis hin zur Globalisierung². Erklärungen finden sich bereits bei der Dependenztheorie und der späteren Weltsystemtheorie, die auf die Abhängigkeit des Kapitals in der „Peripherie“ vom Kapital in den „Metropolen“ verweisen. Obgleich Dependenz und Globalisierung durchaus wichtige Faktoren darstellen, möchte ich die Herausforderung des renommierten Forschers informeller Arbeitsmärkte Jan Breman annehmen:

„Die Forschung zum informellen Sektor der Entwicklungsländer leidet seit den frühen 1970er Jahren unter dem Fehlen eines Vergleichs mit den tiefgreifenden Restrukturierungen einer agrarisch-ländlichen zu einer industriellen-städtischen Arbeiterschaft, die in den westlichen Teilen der Welt zu einem früheren Zeitpunkt stattgefunden haben.“ (Breman 2013: 27)³

Entsprechend vergleiche ich im Folgenden die Bedingungen, die unter den frühen Industrialisierern vorherrschten, mit denen der heutigen Länder der nachholenden Industrialisierung. Mein Argument fügt der weiter unten dargestellten Arbeit von Gavin N. Kitching (2001) Einsichten der kritischen Entwicklungsstudien hinzu. Insbesondere werde ich die Beschränkungen für das verarbeitende Gewerbe vor allem in Afrika südlich der Sahara und in Südasien hervorheben. Aufgrund ihres vermeintlichen größeren wirtschaftlichen Erfolges innerhalb ihrer jeweiligen Region werde ich Ghana und Indien etwas mehr in den Vordergrund rücken, und zwar in der Annahme, dass die Arbeitsmarktprobleme manch ihrer Nachbarn noch ausgeprägter sind.

Mein Beitrag beginnt mit der Unterbeschäftigung und den prekären Beschäftigungsverhältnissen im Globalen Süden. Es folgt die Entwicklung eines Erklärungsansatzes. Darauf aufbauend werde ich zunächst den demographischen Druck auf die Arbeitsmärkte herausarbeiten, um dann die Faktoren zu diskutieren, die die Möglichkeiten der spätindustrialisierten Länder beschränken, die Nachfrage nach Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft zu befriedigen: Beschränkung der Auswanderung, das Produktivitätsgefälle zum Globalen Norden und zu den erfolgreichen, in ihrer Zahl begrenzten Spätindustrialisierer sowie die Zwänge der neoliberalen

1 World Bank 2012; de Soto 1989; für eine Kritik s. Breman 2003: 194-220.

2 Rodrik 2016; sein Argument wird im Weiteren näher ausgeführt.

3 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von ChS.

Globalisierung. Zum Abschluss thematisiere ich eine bisher wenig beachtete Dimension des kolonialen Erbes, nämlich die Folgen der Sklaverei auf die staatliche industriepolitische Handlungsfähigkeit der Ursprungsländer der Sklaven und Sklavinnen.

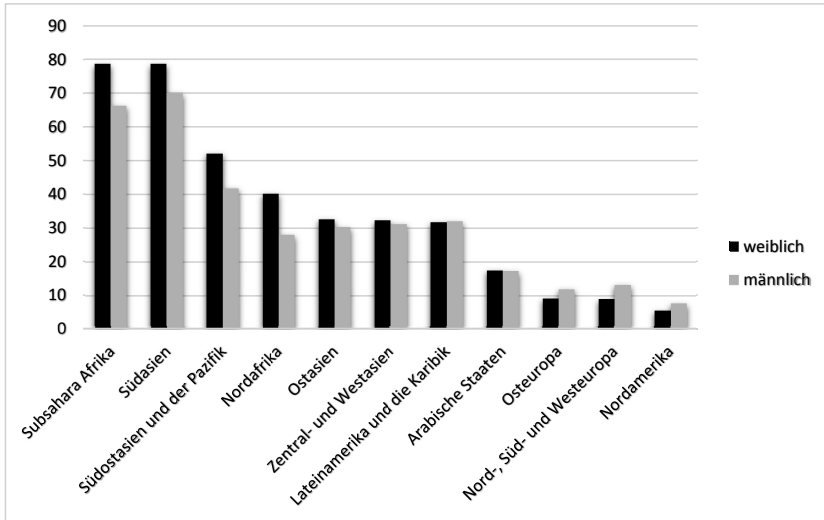
Weit verbreitete prekäre Beschäftigungsverhältnisse

In den meisten „Entwicklungsländern“ finden die vom Land verdrängten Arbeitskräfte zumeist keine formale Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe oder im produktiven Dienstleistungssektor. Stattdessen leisten die meisten Menschen Dienstleistungen ohne Arbeitsvertrag und soziale Absicherung (Newman u.a. 2016: 13). Nur ungefähr jede fünfte die Landwirtschaft verlassende Person fand in Afrika einen Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe (McMillan & Harttgen 2014: 2). Insgesamt beschäftigte die formale Industrie nur ungefähr 3 % der Erwerbstätigen in Afrika südlich der Sahara (Losch 2016: 15). Und die vielen, die in den ländlichen Gebieten zurückbleiben, fristen zumeist unter harten Bedingungen ihr Leben (FAO 2016: 14) und sind größtenteils unterbeschäftigt (McCullough 2015a)⁴. Das Resultat ist ein hoher Anteil an unsicherer Beschäftigung (auch „schutzbedürftige“ oder „gefährdete“ [vulnerable] Beschäftigung von der ILO genannt), insbesondere in Südasien und Subsahara-Afrika (s. Abb. 1, S. 454).

Diese traurige Arbeitsmarktentwicklung trifft selbst auf Länder zu, die in der ersten Dekade des dritten Jahrtausends beschleunigtes ökonomisches Wachstum erlebten. Die lateinamerikanischen Wachstumsspitzenreiter deindustrialisierten vorzeitig und ihre afrikanischen Pendanten vermochten lediglich ihr geringes Niveau an industriellen Aktivitäten zu halten. Dass diese Länder dennoch ein hohes Wirtschaftswachstum verzeichneten, erklärt das von Dani Rodrik geführte Team wie folgt. Die starke Nachfrage nach Rohstoffen trieb zwar das Wachstum in Lateinamerika an, doch damit ging eine Überbewertung der heimischen Währung einher, die im Zusammenspiel mit Produktivitätszuwachsen zum Beschäftigungsabbau im verarbeitenden Gewerbe führte. Eine signifikante Zahl an Arbeitskräften wurde aus Sektoren mit hoher Produktivität in Sektoren mit niedrigerer Produktivität gedrängt. Die wachstumsstarken afrikanischen Länder profitierten gleichermaßen von der Rohstoffnachfrage und zusätzlich von migrantischen

4 Eine Umfrage unter Haushalten in vier afrikanischen Staaten ergab, dass landwirtschaftliche Arbeitskräfte nur ca. 40 % der Jahresarbeitsstunden von Arbeitskräften außerhalb der Landwirtschaft ableisten (McCullough 2015b). Laut einer Umfrage unter indischen Haushalten im ländlichen Raum arbeiteten 2015 nur knapp 53 % ganzjährig (<https://www.statista.com/statistics/654451/underemployment-in-rural-urban-areas-india/>).

Abb. 1: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nach Geschlecht und Regionen, 2016 (in Prozent)



Quelle: ILO 2017: 26

Rücküberweisungen und Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft. Die aus der Landwirtschaft verdrängten Arbeitskräfte wurden jedoch nicht in einem dynamischen „modernen“ Sektor, sprich mit einem global vergleichbaren Produktivitätsniveau, absorbiert. In der Folge sank die Arbeitsproduktivität in den Sektoren außerhalb der Landwirtschaft (Diao u.a. 2017). Bergbau und Ölförderung schuf in Ghana beispielsweise nur wenig neue Beschäftigung (Baah-Boateng 2015).

Das Wirtschaftswachstum dieser Länder Lateinamerikas und Afrikas unterscheidet sich von der exportorientierten Industrialisierung der ostasiatischen Länder wie Südkorea, Taiwan und China. Es wird deshalb für weniger nachhaltig angesehen. Wenn in den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren keine Produktivitätszuwächse zu verzeichnen sind, dann bleibt das allgemeine Wirtschaftswachstum begrenzt (Diao u.a. 2017). Da die Beschäftigung im Dienstleistungssektor Afrikas rascher zunahm als dessen Umsatz, nahm der relative Produktivitätsvorsprung gegenüber den anderen Sektoren ab (Newman u.a. 2016: 11). In nachholenden Ökonomien scheint das verarbeitende Gewerbe besser als der Dienstleistungssektor geeignet zu sein, Produktivitätszuwächse zu erzeugen. Das formale verarbeitende Gewerbe kann eine größere Zahl an relativ ungelerten Arbeitskräften (sprich solche

aus der Landwirtschaft) absorbieren, ermöglicht den schrittweisen Erwerb von Fähigkeiten und strahlt in die restliche Ökonomie aus (Rodrik 2013).

Doch selbst in den erfolgreich nachholenden Ländern wie China erreichte der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung seinen Höhepunkt bei einem deutlich niedrigeren Niveau an Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als die frühen Industrieländer. Laut Berechnungen von Rodrik erreichte in Deutschland der Anteil der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe 1970 seinen höchsten Anteil an der Gesamtbeschäftigung bei einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 11.000 US\$, während sich in Indien der höchste Anteil bei bereits 2.000 US\$ im Jahre 2007 einstellte.⁵ Der damals erreichte Anteil von 17,4 % fiel 2016 auf 15 % zurück.⁶

Hinzu kommt, dass der Anteil von gering qualifizierten Arbeitskräften im verarbeitenden Gewerbe seit den späten 1990er Jahren in allen Ländern der Welt abgenommen hat (Rodrik 2016: 19). Eine kürzlich erschienene Studie zu den Auswirkungen des neuen Automatisierungsschubs in der Industrie unterstreicht die Beschäftigungsgefahren im verarbeitenden Gewerbe der Entwicklungsländer (Oxford Martin School & Citi 2016). Deshalb scheint die Fähigkeit des verarbeitenden Gewerbes begrenzt, den Überhang an Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu absorbieren. Warum ist dies der Fall?

Die unterschiedlichen Kontexte der frühen und späten Industrialisierung

Zur Erklärung der heutigen Schwierigkeiten der Länder in Subsahara-Afrika und Südasien, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in einen modernen Sektor zu überführen, verglich Kitching (2001: 150-152) die heutigen Bedingungen mit denen zu Beginn des Industriezeitalters. Auf der Basis dieses Vergleichs führt er einige Faktoren an, die die früheren Erfahrungen von denen von heute unterscheiden. Sein erster Faktor ist Größe. Chinas und Indiens ländliche Bevölkerung ist viel zahlreicher als selbst die der Sowjetunion der Zwanzigerjahre: „Indien und China stehen vor der Herausforderung des Bauernlegens, die 7-8 Mal so groß ist, wie sie je in der menschlichen Geschichte erreicht wurde.“ (ebd.: 150) Mir scheint der Fokus auf absolute Zahlen nicht besonders überzeugend, die absoluten Zahlen müssen hinsichtlich der territorialen Größe des Landes relativiert werden. Allerdings könnte aus einer ökologischen Perspektive die absolute Größe der Bevölkerung einen begrenzenden Faktor darstellen. Der ökologische

5 Rodrik 2016: 25; internationaler inflationsbereinigter US\$ von 1990.

6 Marlow & Beniwal 2018; für eine Analyse der Probleme der indischen Industrie, s. Jha 2018.

Fußabdruck von Arbeitskräften in produktiver Beschäftigung ist deutlich größer als der von Personen, die in der kleinen bäuerlichen Landwirtschaft oder im informellen Sektor beschäftigt sind (<http://www.footprintnetwork.org/>). Der von Kitching weiter genannte Faktor, nämlich die Wachstumsrate der Bevölkerung, überzeugt schon mehr. Im Industrialisierungszeitalter wuchs die Bevölkerung Europas und Japans langsamer als heute, insbesondere im heutigen Subsahara-Afrika. Somit hatten die frühen Industrialisierer „proportional weniger Leute zu absorbieren“ (Kitching 2001: 151).

Kitchings nächster Faktor bezieht sich auf die Differenz der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie. Die frühen Industrien waren sehr viel arbeitsintensiver als die heutigen. Mit wenigen Ausnahmen wie der Bekleidungsindustrie bedarf die heutige Industrie deutlich höherer Kapitalinvestitionen pro Arbeitsplatz als früher. Mithin konnte damals die Industrie deutlich mehr Arbeitskräfte im Verhältnis zum investierten Kapital beschäftigen als heute (ebd.: 152). Das preisliche Austauschverhältnis zwischen Agrar- und Industrieprodukten, die *Terms of Trade*, erwähnt Kitchings als weiteren Faktor. Zu Beginn der Industrialisierung verteuerten sich Agrargüter im Verhältnis zu Industriegütern. Dieses günstigere Austauschverhältnis verlangsamte den Prozess des „Bauernlegens“ da „die auf dem Land Zurückgebliebenen aufgrund der besseren Preise einigermaßen ihren Lebensunterhalt verdienen konnten“ (ebd.). In der Nachkriegsperiode jedoch fielen zumeist die Preise für Agrarprodukte im Verhältnis zu denen des verarbeitenden Gewerbes, sodass es schwieriger wurde, in kleinbäuerlichen Verhältnissen den Lebensunterhalt zu sichern. Dies führt zu erhöhter Landflucht und somit zu einer stärkeren Belastung des nicht-agrarischen Arbeitsmarktes (ebd.).

Kitching fasst sein Argument folgendermaßen zusammen: „weder sind die derzeitigen industriellen Techniken, die Bevölkerungsdynamiken noch die *Terms of Trade* nur annähernd so günstig, um die durch das ‘Bauernlegen’ freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren, wie zu Zeiten der europäischen Transformation.“ (ebd.)

Während der Fokus bei Kitching hauptsächlich auf der Angebotsseite liegt, analysiert Rodrik (2016) die Bedingungen für die Nachfrage nach Arbeitskräften, d.h. die Beschränkungen für das Beschäftigungswachstum in der Industrie und in den Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung insbesondere in Lateinamerika und Afrika. Auf der Basis umfangreicher Regressionsanalysen kommt er zu dem Ergebnis, dass Beschäftigung und Ausstoß im verarbeitenden Gewerbe in dem Moment stagnierten oder sogar zurückgingen als diese Länder ihre Handelspolitik liberalisierten. Diejenigen Länder, die über keinen starken komparativen Vorteil im verarbeitenden

Gewerbe verfügten, begannen mehr Industrieprodukte einzuführen als auszuführen, womit ein langanhaltender Prozess der Importsubstitution umgekehrt wurde. Darüber hinaus wurden diese Länder dem Rückgang der relativen Preise für Industrieprodukte ausgesetzt, und zwar bedingt durch den technischen Fortschritt und das Aufkommen der asiatischen Exporteure. Der Erfolg der Letzteren ging auf Kosten der anderen Länder nachholender Industrialisierung. Davon waren insbesondere die gering qualifizierten Arbeitskräfte betroffen, also jene die aus ländlichen Regionen stammen (Rodrik 2016: 4-19).

Rodrik spekuliert auch über die politischen Auswirkungen vorzeitiger Deindustrialisierung. Ohne industrielle Massenproduktion ist die Arbeiterschaft fragmentiert und entsprechend kaum in der Lage, den Eliten des jeweiligen Landes politische Mitsprache und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen abzutrotzen (ebd.: 25; Breman 2013: 7).

Mein eigener Ansatz baut auf den Einsichten von Kitching und Rodrik auf. Ich liefere weitere empirische Unterstützung für die These des Bevölkerungsdruks und des Produktivitätsdifferenzial. Darüber hinaus betone ich, inspiriert von kritischen Entwicklungsstudien, die Folgen der derzeitigen weltwirtschaftlichen Regeln für das verarbeitende Gewerbe insbesondere in Subsahara-Afrika und der Versklavung afrikanischer Menschen sowie der Kolonialzeit.

Bevölkerungsdruck

Wie bereits argumentiert, ist die absolute Größe der ländlichen Bevölkerung weniger bedeutsam. Wichtiger ist die Wachstumsrate. Ein höheres Bevölkerungswachstum erfordert eine schnellere Absorptionskapazität der Industrie und der Dienstleistungen mit einem hohen Wertschöpfungsanteil.

Einige entwicklungsökonomische Autoren haben dies allerdings anders bewertet. Für diese sind hohe Wachstumsraten für die betreffenden Länder von Vorteil, weil sie eine „demographische Dividende“ bedeuten. Die Dividende entstünde aus dem günstigen Verhältnis der erwerbsfähigen Bevölkerung zu Kindern und Personen im Ruhestand, da die Ersparnisse von einer geringeren Zahl von abhängigen Personen höhere Kapitalinvestitionen erlauben würden (z.B. Lee & Mason 2006). Entscheidender dürfte m.E. sein, dass ein starkes Anwachsen der erwerbstätigen Bevölkerung im Verhältnis zum Rest der Bevölkerung geringere Reproduktionskosten der Arbeitskraft bedeutet, was unter spezifischen Umständen die Arbeitskosten für den Aufbau moderner Infrastruktur und für die Unterbietung der internationalen Konkurrenz senkt. Dass es dafür jedoch spezifischer gesellschaftlicher,

wirtschaftlicher und politischer Institutionen bedarf, haben die Autoren, die den Begriff der „demographischen Dividende“ geprägt haben, unter Verweis auf die ostasiatischen Ökonomien selbst betont (Bloom & Williamson 1998; Bloom u.a. 2003). Zu den Umständen gehören einerseits eine effektive Industriepolitik und andererseits, was David E. Bloom, David Canning und Jaypee Sevilla weniger hervorheben, dass nicht alle Länder gleichzeitig den hohen Anteil an Erwerbsbevölkerung für eine Exportoffensive einsetzen. Wie noch weiter unten ausgeführt wird, fehlen in vielen Ländern die von Bloom u.a. genannten Voraussetzungen und der Erfolg derer, bei denen diese Voraussetzungen gegeben sind, erschweren den anderen die Nachahmung. Hier soll zunächst eine andere beschränkende Voraussetzung behandelt werden, nämlich dass zugleich die Fertilitätsrate zurückgeht, damit der Anteil der Erwerbsbevölkerung nicht durch eine zu große Kinderschar geschmälert wird (Turner 2017).

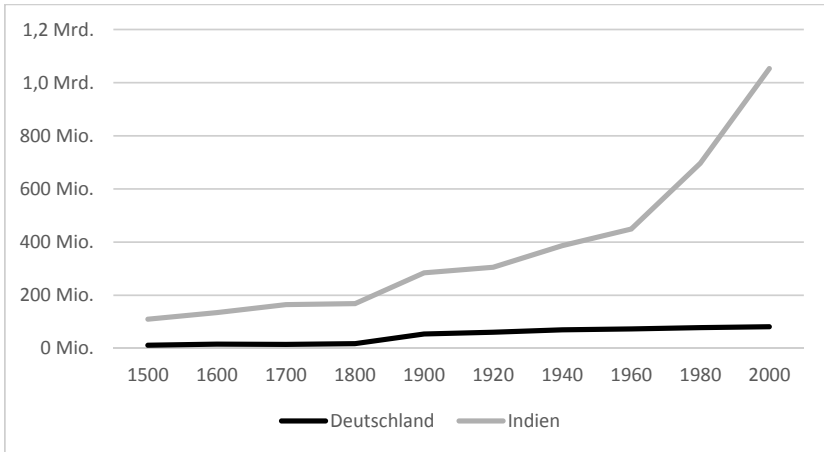
Unglücklicherweise geht in Afrika das hohe Bevölkerungswachstum nicht einher mit einer signifikanten Absenkung der Kinderzahl pro Frau. Die ländlichen Fertilitätsraten sind kontrolliert für die Bevölkerungsdichte im Durchschnitt zwei Kinder höher als in anderen Ländern des Globalen Südens. Diese Differenz ist weniger das Resultat einer gewünschten Anzahl von Kindern sondern mehr Folge „nicht befriedigter Verhütungsbedürfnisse“ von Frauen (Headey & Jayne 2014: 29). In den 1980er und 1990er Jahren profitierte China vom Verhältnis von zwei erwerbstätigen Personen zu einer nicht erwerbstätigen Person während Subsahara-Afrika ein Verhältnis von eins zu eins hatte. Angesichts der höheren Fertilitätsrate und einer zwar im Vergleich zu Asien langsamer alternden Bevölkerung aber letztlich doch alternden Bevölkerung ist Bruno Losch skeptisch, ob Subsahara-Afrika überhaupt nahe an das bisherige chinesische Verhältnis kommen wird (Losch 2016: 18).

Trotz der Ein-Kind-Politik bleibt selbst in China das Bevölkerungswachstum eine Herausforderung für den Arbeitsmarkt (Chen & Hamori 2014). Wie vergleicht sich dies mit den Erfahrungen der früh industrialisierten Länder? Kitching geht für Europa und Japan während der Industrialisierung auf eine Bevölkerungswachstumsrate von 1,5-2 % pro Jahr auf dem Höhepunkt aus, während Entwicklungsländer in den 1990er Jahren eine Wachstumsrate von 2,5 oder 3 % und sogar darüber verzeichneten (Kitching 2001: 151). Das Abb. 2 (S. 459) vergleicht die Bevölkerungsdynamik in Deutschlands Industrialisierungsphase (ca. 1850-1900) mit der des heutigen Indiens.

Zwischen 1850 und 1900 lag die Geburtenrate in Deutschland im Durchschnitt bei 38 pro 1000 Personen. Indien erreichte eine ähnliche Rate 1971, doch danach senkte sich die Geburtenrate auf ungefähr 22 pro

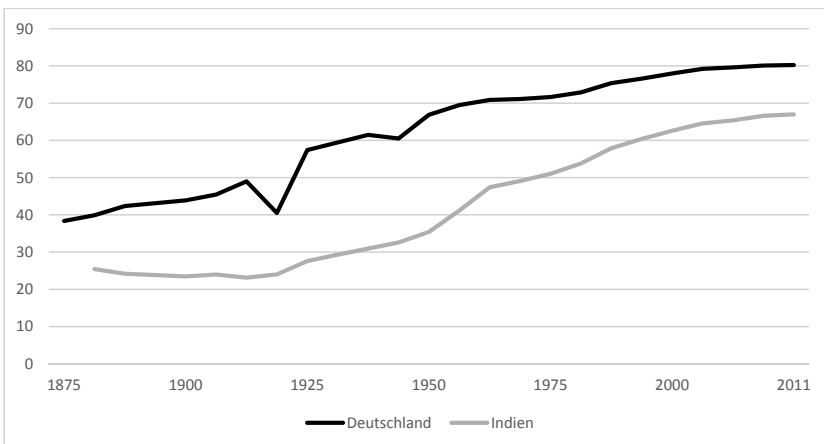
1000 im Jahr 2010. Aufgrund der höheren Kindersterblichkeit zu Beginn der Industrialisierung (Roser 2016) blieb trotz höherer Geburtenrate das Bevölkerungswachstum im industrialisierenden Deutschland niedriger als im unabhängigen Indien.

Abb. 2: Bevölkerungswachstum in Deutschland und Indien, 1500-2000



Quelle: Roser & Ortiz-Ospina 2017

Abb. 3: Lebenserwartung bei der Geburt, Vergleich Deutschland und Indien, 1875-2011



Quelle: Roser 2017

Das Bevölkerungswachstum wird nicht nur von der Geburtenrate, sondern auch von der Lebenserwartung bestimmt. Bessere Ernährungsstandards und medizinischer Fortschritt haben im Vergleich zum 19. Jahrhundert zu einem deutlich schnelleren Ansteigen der Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten geführt (Das & Pathak 2012: 3). Von 1820-1900 stieg die Lebenserwartung in Deutschland von 41 auf 47 Jahre. Zwischen 1950 und 1990 erhöhte sich diese in Indien von 32 auf 60 Jahre (Maddison 2001: 30; s. Abb. 3, S. 459) und für Afrika von 36 auf 53 Jahre (Riley 2005: 538).

Die hohe Fertilitätsrate ist auch Folge von der geringen Beschäftigung von Frauen im verarbeitenden Gewerbe. Wie die Erfahrungen in Bangladesch und Lesotho zeigen, führt die Beschäftigung junger Frauen in der Bekleidungsindustrie dazu, dass diese eher die Schule besuchen, für länger in der Schule bleiben, und das Heiraten und Kinderkriegen zeitlich herauschieben (Newman u.a. 2016: 19f). Das unzureichende Beschäftigungswachstum im verarbeitenden Gewerbe verschärft somit die Arbeitsmarktlage.

Das Nadelöhr der Migration

In der Frühphase der Industrialisierung wurden die Arbeitsmärkte zum Teil vom Bevölkerungsdruck durch Auswanderungswellen in weniger bevölkerte, gemäßigte Klimazonen entlastet. Nach 1815 wanderten ungefähr 70 Millionen Personen aus Europa in diese Gebiete unter dem Schutz des Militärs der Kolonialmächte bzw. der jungen unabhängigen weißen Siedlerrepubliken. Auf den Britischen Inseln und in Norwegen wanderten mehr als 30 % der Bevölkerung aus (Stalker 1994: 16). Laut Paul Hirst, Grahame Thompson und Simon Bromley hätte die Migration in den 1990er Jahren dreimal so hoch ausfallen müssen, um im Verhältnis zur Bevölkerung auf das Niveau von 1900 zu kommen (Hirst u.a. 2009: 24)⁷. Selbst wenn diese Autoren die interne Migration in solch großen Ländern wie Brasilien, China und Indien unberücksichtigt gelassen haben, zeigen die Zahlen für die Länder der späten Industrialisierung, dass das Auswanderungsventil enger war und noch ist. Ein weiterer Unterschied ist, dass die heutigen MigrantInnen von der Aufnahmebereitschaft der Zielländer abhängig sind oder dort ein Leben an den Rändern der Gesellschaft führen müssen und zwar als Personen, die

7 Insgesamt sind 3,3 % der Weltbevölkerung derzeit internationale MigrantInnen. Im Vergleich zur europäischen Industrialisierungsphase ist die Zahl der EmigrantInnen aus den heutigen bevölkerungsreichsten Ländern minimal: 0,7 % mit Herkunft aus China, 1,3 % aus Indien, 4,6 % aus Bangladesch (2017). Das einzige afrikanische Land unter den zwanzig Ländern mit der größten Diaspora war 2017 Ägypten auf Rang 18 (eigene Berechnung basierend auf <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimatesgraphs.shtml?0g0>).

gegen die Aufenthaltsgesetze verstoßen haben. Sie können nicht wie ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert ihren Weg in andere Gebiete erzwingen.

Aufgrund der Selektivität der aufnehmenden Länder in heutigen Zeiten ist der Anteil qualifizierter Personen höher als früher. 60 % der Immigrierenden aus Ägypten, Ghana und dem südlichen Afrika in den USA verfügten 1990 über einen Universitätsabschluss (Carrington & Detragiache 1998: 14). Dies bedeutet für viele Länder des Globalen Südens einen Verlust an ausgebildeten Personen. Für die 1990er Jahre wird geschätzt, dass etwa ein Drittel afrikanischer Personen mit einem höheren Bildungsabschluss ausgewandert sind (Tanner 2005: 3). Während Auswanderung einerseits den Druck auf den Arbeitsmarkt mindert, begrenzt andererseits der Verlust von so vielen qualifizierten Personen die Möglichkeiten zum Aufbau einer modernen Ökonomie. Diese Art der Auswanderung ist eine Ausbildungssubvention für die Unternehmen der reichen Länder.

Produktivitätsdifferenziale

Die Arbeitsmärkte der späten Industrialisierer stehen vor Herausforderungen, die drei Produktivitätsgefällen geschuldet sind: zwischen kleinbäuerlichen Höfen und dem modernen verarbeitenden Gewerbe, zwischen kleinbäuerlichen Höfen und der modernen kapitalintensiven Landwirtschaft, und zwischen dem informellen und dem formellen Sektor des verarbeitenden Gewerbes.

In der Frühphase der Industrialisierung schritt die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe mehr oder weniger im Gleichschritt mit der Landwirtschaft voran. Die frühe Industrie war deutlich arbeitsintensiver als heute, sodass ein großer Bedarf an Arbeitskräften bestand. Selbst in vielen Ländern Asiens und Lateinamerikas folgten den Produktivitätsfortschritten in der Landwirtschaft Beschäftigungszuwächse in der Industrie und zwar bis zu dem Punkt, als der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung seinen Höhepunkt erreichte (Diao u.a. 2018: 29). Da aber die relative Bedeutung der Industrie in diesen Ländern viel früher ihren Höhepunkt erreichte als in der Frühphase der Industrialisierung (s.o.), erschöpfte sich die Aufnahmefähigkeit der Industrie bevor der Prozess des „Bauernlegens“ ein Ende fand.

In Afrika ist die Produktivitätslücke noch ausgeprägter (ebd.). Während Brasilien und China die Land- und Arbeitsproduktivität erhöhen konnten, stieg die Totale Faktorproduktivität in Subsahara-Afrika um weniger als ein Prozent pro Jahr (McMillan & Harttgen 2014: 14). Dazu trugen unter anderem folgende Faktoren bei: die abnehmende Wirkung der Düngemittel

aufgrund Übernutzung des Landes, der geringere Einsatz von Düngemittel, die weniger günstigen Bedingungen für Bewässerung (im Vergleich zu Asien), die größere Diversität der Nutzpflanzen und die Vernachlässigung der Nutzpflanzenforschung (Headey & Jayne 2014: 20). Gerade letzteres war auch Ergebnis der Vernachlässigung der Landwirtschaft durch Regierungen und Geberorganisationen seit den 1980er Jahren (Addison 2017: 133).

Das große Produktivitätsgefälle zwischen kleinbäuerlichen Höfen in Afrika und dem modernen verarbeitenden Gewerbe führt nicht nur zu einem massiven Überangebot an Arbeitskräften, sondern bedingt zudem das geringe Einkommensniveau im ländlichen Raum. Die geringen Einkommen bedeuten eine geringe Kaufkraft für Industrieprodukte, die wiederum die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes bremst. Während der Industrialisierung des Globalen Nordens übersetzte sich die geringere Produktivitätslücke zwischen Landwirtschaft und Industrie in ein besseres Austauschverhältnis für Agrarprodukte. Die relativ höheren Agrarpreise erlaubte der ländlichen Bevölkerung Industriegüter zu erwerben, womit die industrielle Entwicklung begünstigt wurde. Dadurch dass die Landwirtschaft relativ lukrativ war und die Industrie sich dynamisch entwickelte, vollzog sich das „Bauernlegen“ in einem vergleichsweise „gemächlicheren Tempo“ (Kitching 2001: 151).

Zwischen den Regionen der Welt bestehen heute erhebliche Differenzen in der Land- und Arbeitsproduktivität. Die weitgehend noch von mehr oder weniger selbstversorgenden bäuerlichen Familien geprägte afrikanische Landwirtschaft hinkt weit abgeschlagen dem Rest der Welt hinsichtlich landwirtschaftlichen Ausstoßes pro Hektar und Arbeitskraft her. Während die Landproduktivität etwas zunahm, stieg die Arbeitsproduktivität zwischen 1961 und 2009 nur unmerklich an (Population Council 2013: 363). Diese Produktivitätslücke lässt die afrikanische bäuerliche Landwirtschaft in einer schwachen Wettbewerbsposition und macht sie zu einem attraktiven Übernahmeziel von Agrarinvestoren, die großräumlich Landwirtschaft betreiben wollen. Das geringe Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft treibt zudem die Jugend in die Städte (Losch 2016: 46).

Soweit die überschüssigen Arbeitskräfte vom verarbeitenden Gewerbe absorbiert werden, landen sie zumeist im informellen Sektor. Einer der Gründe dafür ist die Tendenz, dass während die Produktivitätsdifferenziale zwischen den Ländern in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor groß bleiben, sich das Produktivitätsniveau im formalen verarbeitenden Gewerbe weltweit angleicht und zwar unabhängig von „geographischen Nachteilen, schlechten Institutionen oder falschen Politiken“ (Rodrik 2018: 17). Mit anderen Worten, Landwirtschaft und formale Industrie verzeichnen unterschiedliche Geschwindigkeiten bei

Produktivitätszuwachsen. Die höhere Geschwindigkeit der Industrie bedeutet eine deutlich geringere Absorption der ländlichen Überschussbevölkerung als in den Zeiten der frühen Industrialisierung, als die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe deutlich geringer und eher der Produktivität in der Landwirtschaft in ihren jeweiligen Ländern entsprach.

Zwischen den unterkapitalisierten kleinen, informellen Unternehmen und den modernen weltmarktorientierten Betrieben des verarbeitenden Gewerbes klafft ebenfalls eine starke Produktivitätslücke. Selbst in den Boomjahren konnte das afrikanische verarbeitende Gewerbe die Produktivitätslücke zur USA nicht schließen (ebd.: 21-23). Obgleich die geringe Produktivität der kleinen, informellen Unternehmen viel Beschäftigung bindet, bleibt das Beschäftigungsniveau unbefriedigend, da diese Unternehmen nicht in der Lage sind, sich zu vergrößern. Aufgrund des hohen Produktivitätsniveaus der formalen Industrie müsste der industrielle Ausstoß rasch gesteigert werden, um die Beschäftigungsverluste zu kompensieren. Mit anderen Worten, ein Mehr an Beschäftigung ist derzeit nur auf Kosten von „guter“ Arbeit erreichbar.

Beschränkungen durch die neoliberale Globalisierung

Die Krise des Fordismus im Globalen Norden führte seit den 1970er Jahren zu einer zunehmenden Auslagerung von einfachen Produktionsschritten in den Globalen Süden. Die Empfängerländer dieser Auslagerung von Industriearbeitsplätzen sind ungleich verteilt. Zwar sind im Laufe der Zeit viele Länder in globale Produktionssysteme eingegliedert worden, doch den meisten gelang es bisher nicht, sich einen größeren Anteil an der sogenannten Wertschöpfung innerhalb der Produktionssysteme zu sichern. Die geringen Margen der für den Weltmarkt produzierenden Fabriken sowie die meist geringen Steuereinnahmen an ihren jeweiligen Standorten wirken sich zudem negativ auf das Binnenmarktwachstum aus. Bisher konnten nur wenige Staaten ihren Anteil an der Wertschöpfung dieser globalen Zulieferketten erhöhen. Diese erfolgreichen Ökonomien zeichnen sich durch eine Gemeinsamkeit aus: die Fähigkeit des jeweiligen Staates und der führenden Industrieelementen eine Industrialisierungsstrategie zu verfolgen, die sich ausländische finanzielle Ressourcen und industrielles Know-How mehr oder weniger gemäß den eigenen Bedingungen zu Nutzen macht (Azarhoushang u.a. 2015).

Die große Masse der Länder vermochte es jedoch nicht, den nördlichen Regierungen und transnationalen Konzernen Bedingungen zu stellen. Unter dem Diktat der strukturellen Anpassungsmaßnahmen öffneten sie ihre Märkte

nicht nur gegenüber der nördlichen Konkurrenz sondern im Laufe der Zeit auch gegenüber ihren erfolgreicherer süd-östlichen Nachbarn.

Der Fall Ghana verdeutlicht dies. Die sich dort in den 1970er Jahren entwickelnde Bekleidungsindustrie schrumpfte auf 4 größere Firmen, die im Jahr 2005 weniger als 3000 Personen beschäftigten. Altkleider aus dem Norden und neue billige Kleiderstücke aus Asien verdrängten die Bekleidungsindustrie Ghanas (Ackah u.a. 2016: 63). Während einige wenige erfolgreiche Länder zunehmend komplexere Produkte herstellen konnten, blieben viele andere Länder, insbesondere in Afrika, bei der Produktion von einfachen Produkten, die sogar noch an Komplexität verloren haben (Newman u.a. 2016: 23-25). Laut Adrian Wood und Jörg Mayer führten die chinesischen Exporte dazu, dass sich der Anteil der arbeitsintensiven Produkte im Verhältnis zu Ausfuhren des Primärsektors am Gesamtexport dieser anderen Länder ungefähr um 7-10 % und deren Exportquote um 10-15 % minderte (Wood & Mayer 2009). Nur Chinas nahe Nachbarn wurden in ihre Zuliefererketten integriert. Dank des chinesischen Erfolges auf dem Weltmarkt können diese Nachbarn ihre Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe erhöhen (Jenkins 2016). Während viele Länder des globalen Südens ihre Grenzen gegenüber Produkten aus dem Norden öffneten, zögerten die Länder des Nordens die Subventionen für ihre Landwirtschaft zu kürzen. Laut Schätzungen sollen US-amerikanische Subventionen Westafrikas jährlichen Exportumsatz mit Baumwolle um 250 Mio. US\$ mindern (Fairtrade Foundation 2015).

Während die meisten Länder ihre Zölle für industrielle und landwirtschaftliche Produkte senkten, erhöhte sich der Schutz für Unternehmen der früh industrialisierten Länder. Dies gilt insbesondere für den zunehmenden Schutz des geistigen Eigentums. Rechte an geistigem Eigentum, d.h. Patente, Warenzeichen und Urheberrecht, sind vor allem Eigentum von Unternehmen mit Sitz im Globalen Norden (OECD 2008). Müssen Lizenzgebühren bezahlt werden, wird das wirtschaftliche Aufholen nicht einfacher. Warenzeichenpolitik (*branding*) erlaubt Unternehmen, die globalen Produktionsnetzwerke zu dominieren. Ohne eine große Verbraucherbasis im Globalen Norden und den notwendigen finanziellen Ressourcen für die Werbung, müssen die meisten Industriebetriebe des Südens die niedrigeren Gewinnspannen für Zulieferbetriebe akzeptieren. Die Markenfirmen nutzen ihre Kontrolle über den Zugang zu den Konsumenten dazu, ihren Zulieferern Jahr für Jahr niedrigere Preise zu diktieren (Anner 2015).

Neben der Liberalisierung des internationalen Handels begrenzt die Liberalisierung der Kapitalflüsse die politischen Möglichkeiten, die für ein industrielles Aufholen notwendig sind. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs

machte viele Länder gegenüber Währungskrisen und Kapitalflucht verwundbar (Herr & Priewe 2005).

Unzureichende staatliche Handlungskapazitäten

Der Schatten des Kolonialismus ist ein weiterer Grund, warum viele Länder nicht über die notwendigen Eigenschaften verfügen, um von der neoliberalen Globalisierung wirtschaftlich zu profitieren. Während sich der Kolonialismus unterschiedlich auf die ehemaligen Kolonien auswirkte, teilen diese das Schicksal, dass sie mit Gewalt in die sogenannte alte Arbeitsteilung gezwungen wurden, d.h. in die Produktion von Rohstoffen und nicht von verarbeiteten Produkten. Zur Durchsetzung dieser Arbeitsteilung zwischen Kolonialmacht und Kolonien gehörte nicht zuletzt die Vernachlässigung von Bildung und beruflicher Qualifikationen in den Kolonien. Dies beschränkte die Möglichkeiten der einheimischen Eliten, am modernen Geschäftsleben teilzuhaben. Zudem bedeutete das Erbe des Kolonialismus für die meisten unabhängig gewordenen Länder, soweit sie nicht eine Zeitlang von einer kommunistischen Partei regiert wurden oder eine bedeutende Rolle im Kalten Krieg einnahmen, eine unzureichende staatliche Handlungskapazität zur Umsetzung industriepolitischer Maßnahmen (Breman 2013: 117ff.). Hier ist allerdings nicht der Raum, um die Auswirkungen des Kolonialismus auf wirtschaftliches Nachholen ausführlich zu thematisieren. Dieses Thema hat bereits umfangreiche Aufmerksamkeit genossen (z.B. seitens der Weltsystemliteratur aber auch ökonomischer Neoinstitutionalisten, s. Nunn 2009). Ein verwandter Aspekt von großer Bedeutung für Subsahara-Afrika ist allerdings erst kürzlich untersucht worden, d.h. die Auswirkungen der Sklaverei auf die Ursprungsländer der Sklaven und Sklavinnen.

Mit methodisch aufwendigen ökonomischen Berechnungen konnte Nathan Nunn (2008) nachweisen, dass diejenigen Länder, die durch die Sklaverei einen besonders hohen Bevölkerungsverlust zwischen dem 15. und dem 19. Jahrhundert erlitten, geringere Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes im 20. Jahrhundert aufwiesen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der afrikanischen Staaten mit einem geringen Ausmaß an Sklavenextraktion lag im Jahre 2000 im Durchschnitt bei ungefähr 2.500 US\$, während es bei den Staaten, die einen großen Bevölkerungsverlust aufgrund der Sklaverei erlitten hatten, weniger als 1.000 US\$ betrug (ebd.: 167). Eine vorläufige Erklärung deutet unter anderen Faktoren auf den durch die Sklaverei verursachten Vertrauensverlust zwischen und innerhalb von ländlichen Siedlungen. Im Unterschied zum früheren Sklavenhandel (z.B. der römischen Sklaverei) zeichnete sich die afrikanische Sklaverei durch die Versklavung

von Individuen durch die eigene Ethnie oder verwandte Ethnien aus. Kriege und Überfälle zwischen den konkurrierenden Dörfern zersplitterte größere gesellschaftliche Gruppierungen in kleinere ethnisch und linguistisch differenzierte Gruppen. Innerhalb dieser Gruppen verrieten selbst Familienmitglieder sich untereinander und zwar aus Angst, dass sie selbst durch Verrat in die Sklaverei geraten könnten (Inikori 2003). Eine nachfolgende Studie korrelierte moderne Vertrauensindices in den Herkunftsregionen der Versklavten mit deren Versklavungsrate. Sie bestätigte die Vermutung, dass die höheren Versklavungsraten mit einem geringeren Vertrauen zwischen Familienmitgliedern und gegenüber Mitgliedern anderer Stämme korrelieren (Nunn & Wantchekon 2011). Der Mangel an gegenseitigem Vertrauen ist der Herausbildung einer nationalen Entwicklungsstrategie abträglich. Zahlreiche Studien belegen, dass ethnische Fraktionierung mit einer geringeren Bereitstellung öffentlicher Güter einhergeht (z.B. Easterly u.a. 2006).

Ein größeres Ausmaß an Versklavung ist auch mit geringerer Alphabetisierung korreliert (Obikili 2016). Eine weitere Studie, die den Zugang zu Finanzdienstleistungen in Subsahara-Afrika untersuchte, bestätigt ebenfalls, dass das Niveau an Vertrauen in jenen Ländern geringer ist, die stärker unter der Sklaverei zu leiden hatten. In diesen Ländern nutzen Unternehmen formale Kreditquellen in geringerem Ausmaße und sie haben auch weniger Zugang zu informellen Krediten seitens Zulieferern oder Verbrauchern (Pierce & Snyder 2018). Somit ist nicht nur die staatliche Handlungskapazität betroffen, sondern auch die privatwirtschaftlichen Potenziale.

Immense Herausforderungen für das Nachhaltigkeitsziel „menschenswürdige Arbeit“

Das Ausmaß an prekärer Beschäftigung im Globalen Süden ist beunruhigend. Noch beunruhigender ist, dass die Aussichten einer Änderung ohne einen drastischen Wechsel in der Regulierung der Weltwirtschaft, der Produktionsformen und des Verbraucherverhaltens gering sind. Der Grund dafür ist, dass die Arbeitsmarktdynamiken der Vorreiter der Industrialisierung und ihrer wenigen heutigen erfolgreichen Nachahmer nicht einfach von allen Ländern erzielt werden können. Bevor ich hier die begrenzenden Faktoren für die industrielle Beschäftigung derjenigen, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr finden, zusammen fasse, möchte ich auf einen recht offensichtlichen Fakt hinweisen, der jedoch selten in der Entwicklungsliteratur benannt wird. Die industrielle Entwicklung in den heutigen Zentren des Kapitalismus beruht nicht nur auf kolonialer Gewalt, sondern führte auch zu einem grausamen Klassenkampf und zu noch verheerenderen

Kriegen zwischen den führenden Industriemächten. Sprich, der Übergang ins Industriezeitalter ist nicht friedlich vollzogen worden. Entsprechend sollte auch nicht erwartet werden, dass die nachholende Industrialisierung ein gewaltfreier Akt ist.

Die Analyse der heutigen Arbeitsmarktherausforderungen für die Länder der nachholenden Industrialisierung zeigt, dass deren Industrialisierungsprozesse unter anderen Umständen stattfinden. Im Vergleich zu den früh industrialisierten Ländern, ist heute der demographische Druck deutlich ausgeprägter, da die rasche Zunahme an Lebenserwartung nicht durch die fallenden Fertilitätsraten ausreichend kompensiert wird. Die hohen Produktivitätszuwächse im formalen verarbeitenden Gewerbe begrenzen dessen Aufnahmekapazität. Selbst in erfolgreich spätindustrialisierten Ländern erreicht der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung seinen Gipfel viel früher als bei den Pionieren der Industrialisierung. Das diesen Pionieren offen stehende Arbeitsmarktventil, d.h. die Auswanderung in weniger dicht besiedelte Gegenden, kann nicht mehr genutzt werden. Heutzutage können MigrantInnen keine indigene Bevölkerung mithilfe kolonialer Militärmacht überrennen. Sie müssen vielmehr um Aufenthaltserlaubnis im Gastland bitten, und falls diese ihnen nicht gewährt wird, müssen sie hoffen, dass ihr nicht-genehmigter Aufenthalt zumindest toleriert wird.

Einige Länder insbesondere in Südostasien konnten teilweise diese Hürden überwinden. Ihr Erfolg beschränkt jedoch die Industrialisierungsmöglichkeiten für die meisten anderen Länder des Globalen Südens. Deren Erfolg beruht auf gewaltigen Exportüberschüssen von Industriegütern. Doch zugleich begrenzen die Regeln der Weltwirtschaft die Möglichkeit dieser erfolgreichen Länder, ihren Anteil an der Wertschöpfung signifikant zu erhöhen. Indem sie den Schutz des geistigen Eigentums ausdehnen und den grenzüberschreitenden Kapitalfluss liberalisieren, stärken diese Regeln die Macht der hauptsächlich im Globalen Norden ansässigen Konzerne. In der Konkurrenz untereinander und im Schatten der überspannten Gewinnerwartungen der Finanzmärkte diktieren diese Unternehmen ihren Zulieferern die Preise.

Während die erfolgreicherer Länder der nachholenden Industrialisierung in der Lage waren, den transnationalen Konzernen einige Bedingungen zu stellen, fehlt vielen anderen Ländern diese Fähigkeit aufgrund des kolonialen Erbes und im Falle einiger afrikanischer Länder auch aufgrund der negativen Auswirkungen der jahrhundertelangen Versklavung eines Teils ihrer Bevölkerung auf das Ausmaß gesellschaftlichen Vertrauens.

Was sind nun die Folgen des „Bauernlegens“ ohne kompensierende moderne Beschäftigungsmöglichkeiten für die Agenda der „menschenwürdigen Arbeit“? Das Überangebot an Arbeitskräften beschränkt massiv die

Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen für einen großen Teil der heutigen Bevölkerungen zu verbessern. Um nicht ganz pessimistisch zu enden, könnte einerseits die produktive Beschäftigung in ländlichen Regionen durch Landreform, Infrastrukturmaßnahmen und arbeitsintensives ökologisches Wirtschaften erhöht werden. Andererseits könnte das Arbeitsangebot durch Verkürzung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeiten verknappt werden. Allerdings müssen solche Lösungen auf vielen gesellschaftlichen Ebenen abgesichert werden. Ein Thema für weitere Forschung.

Literatur

- Addison, Tony (2017): „30 years in Africa’s Development: From Structural Adjustment to Structural Transformation?“ In: Van Bergeijk, Peter A.G. & Rolph Van der Hoeven (Hg.): *Sustainable Development Goals and Income Inequality*. Cheltenham, S. 121-140.
- Ackah, Charles; Charles Adjasi & Festus Turkson (2016): „Industrial Policy in Ghana. Its Evolution and Impact“. In: Newman, Carol; John Page; John Rand; Abebe Shimeles; Måns Söderbom & Finn Tarp (Hg.): *Manufacturing Transformation Comparative Studies of Industrial Development in Africa and Emerging Asia*. Oxford, S. 51-70 (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198776987.003.0003>).
- Anner, Mark (2015): *Stopping the Race to the Bottom. Challenges for Workers’ Rights in Supply Chains in Asia*. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): International Policy Analysis, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/12321.pdf>, letzter Aufruf: 2.11.2018.
- Azarhoushang, Behzad; Alessandro Bramucci; Hansjörg Herr & Bea Ruoff (2015): „Value Chains, Under-Development and Union Strategy“. In: *International Journal of Labour Research*, Bd. 7, Nr. 1-2, S. 153-175.
- Baah-Boateng, William (2015): „Unemployment in Ghana: A Cross Sectional Analysis from Demand and Supply Perspectives“. In: *African Journal of Economic and Management Studies*, Bd. 6, Nr. 4, S. 402-415 (<https://doi.org/10.1108/AJEMS-11-2014-0089>).
- Bloom, David E.; David Canning & Jaypee Sevilla (2003): *The Demographic Dividend. A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change*. Santa Monica, US-CA.
- Bloom, David E., & Jeffrey G. Williamson (1998): „Demographic Transitions and Economic Miracles in Emerging Asia“. In: *The World Bank Economic Review*, Bd. 12, Nr. 3, S. 419-455 (<https://doi.org/10.1093/wber/12.3.419>).
- Breman, Jan (2003): *The Laboring Poor in India. Patterns of Exploitation, Subordination and Exclusion*. Neu-Delhi.
- Breman, Jan (2013): *At Work in the Informal Economy of India. The Perspective from the Bottom up*. Neu-Delhi.
- Carrington, William J., & Enrica Detragiache (1998): *How Big Is the Brain Drain?* IMF Working Paper. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/wp98102.pdf>, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Chen, Chaoran (2016): *Technology Adoption, Capital Deepening, and International Productivity Differences*. University of Toronto 2016, http://www.econ.cuhk.edu.hk/econ/images/content/news_event/seminars/2016-2017-2nd-semester/chaoran_chen_jmp.pdf, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Chen, Guifu, & Shigeyuki Hamori (2014): „A Solution to the Migrant Labor Shortage and Rural Labor Surplus in China“. In: Chen, Guifu, & Shigeyuki Hamori (Hg.): *Rural Labor Migration, Discrimination, and the New Dual Labor Market in China*. Berlin & Heidelberg, S. 23-38 (https://doi.org/10.1007/978-3-642-41109-0_3).

- Dasgupta, Sukti, & Ajit Singh (2006): *Manufacturing, Services and Premature Deindustrialization in Developing Countries. A Kaldorian Analysis*. United Nations University Research Paper, <https://www.wider.unu.edu/sites/default/files/rp2006-49.pdf>, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Das, Dinesh, & Minakshee Pathak (2012): „The Growing Rural-Urban Disparity in India. Some Issues“. In: *International Journal of Advancements in Research & Technology*, Bd. 1, Nr. 5, S. 1-7.
- Diao, Xinshen; Margaret McMillan & Samuel Wangwe (2018): „Agricultural Labour Productivity and Industrialization. Lessons for Africa“. In: *Journal of African Economies*, Bd. 27, Nr. 1, S. 28-65 (<https://doi.org/10.1093/jae/ejx034>).
- Diao, Xinshen; Margaret McMillan & Dani Rodrik (2017): *The Recent Growth Boom in Developing Economies. A Structural-Change Perspective*. NBER Working Paper, <http://www.nber.org/papers/w23132>, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Easterly, William; Jozef Ritzan & Michael Woolcock (2006): *Social Cohesion, Institutions, and Growth*. Working Paper 94, Center for Global Development, Washington D.C.
- Fairtrade Foundation (2015): *Commodity briefing: Cotton*. <http://www.fairtrade.org.uk/~media/FairtradeUK/What%20is%20Fairtrade/Documents/Policy%20and%20Research%20documents/Product%20related%20documents/Cotton%20Commodity%20Briefing%202015.pdf>, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (2016): *Incorporating Decent Rural Employment in the Strategic Planning for Agricultural Development*. <http://www.fao.org/3/a-i5471e.pdf>, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- Headey, Derek D., & Thomas Jayne (2014): „Adaptation to Land Constraints. Is Africa different?“ In: *Food Policy*, Bd. 48, S. 18-33, <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2014.05.005>.
- Herr, Hansjörg, & Jan Prieue (2005): *The Macroeconomics of Development and Poverty Reduction. Strategies Beyond the Washington Consensus*. Baden-Baden.
- Hirst, Paul; Grahame Thompson & Simon Bromley (2009): *Globalization in Question*. Hoboken, US-NJ.
- Hotz-Hart, Beat; Daniel Schmuki & Patrick Dümmler (2006): *Volkswirtschaft der Schweiz. Aufbruch ins 21. Jahrhundert*. Zürich.
- ILO – International Labor Organization (1982): *General Report. 13th International Conference of Labour Statisticians*. Genf.
- ILO – International Labor Organization (1999): *Decent Work. Report of the Director-General*. <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc87/rep-i.htm>, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- ILO – International Labour Office (2017): *World Employment and Social Outlook. Trends 2017*. Genf.
- Inikori, Joseph (2003): „The struggle against the trans-Atlantic slave trade“. In: Diouf, Sylviane (Hg.): *Fighting the Slave Trade. West African Strategies*. Athens, US-OH, S. 170-198.
- Jenkins, Rhys (2016): „International Competitiveness in Manufacturing and the China effect“. In: Weiss, John, & Michael Tribe Michael (Hg.): *Routledge Handbook of Industry and Development*. London, S. 259-273.
- Jha, Praveen (2018): *India's Macroeconomic Policy Regime and Challenges of Employment. Some Reflections on the Manufacturing Sector*. ICDD Working Paper No. 20, Kassel.
- Kitching, Gavin N. (2001): *Seeking Social Justice through Globalization. Escaping a Nationalist Perspective*. Penn State University Park, US-PA.
- Lee, Ronald, & Andrew Mason (2006): „What Is the Demographic Dividend?“ In: *Finance and Development*, Bd. 43, Nr. 3, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2006/09/basics.htm>, letzter Aufruf: 2.11.2018.

- Losch, Bruno (2016): *Structural Transformation to boost Youth Labour Demand in Sub-Saharan Africa. The Role of Agriculture, Rural Areas and Territorial Development*. Employment Working Paper, http://www.ilo.org/employment/Whatwedo/Publications/working-papers/WCMS_533993/lang--en/index.htm, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Maddison, Angus (2001): *The World Economy. A Millennial Perspective*. Development Centre of the OECD, Paris.
- Marlow, Iain, & Vrishti Beniwal (2018): *Biggest Mobile-Phone Plant Masks Modi's 'Make in India' Struggle*. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-07-18/biggest-mobile-phone-plant-masks-modi-s-make-in-india-struggle>, letzter Aufruf: 24.10.2018.
- McCullough, Ellen B. (2015a): *Labor Productivity and Employment Gaps in Sub-Saharan Africa*. World Bank Policy Research Working Paper 7234.
- McCullough, Ellen B. (2015b): *Africa's Hidden Underemployment Sink*. <http://blogs.worldbank.org/african/print/africas-hidden-underemployment-sink>, letzter Aufruf: 24.10.2018.
- McMillan, Margaret, & Kenneth Hartgen (2014): *What is Driving the „African Growth Miracle“?* NBER Working Paper Series, <http://www.nber.org/papers/w20077>, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- Newman, Carol; John Page; John Rand; Abebe Shimeles; Måns Söderbom & Finn Tarp (2016): *Made in Africa. Learning to Compete in Industry*. Washington D.C.
- Nunn, Nathan (2008): „The Long-Term Effects of Africa's Slave Trades“. In: *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 123, Nr. 1, S. 139-176 (<https://doi.org/10.1162/qjec.2008.123.1.139>).
- Nunn, Nathan (2009): „The Importance of History for Economic Development“. In: *Annual Review of Economics*, Bd. 1, S. 65-92 (<https://doi.org/10.1146/annurev.economics.050708.143336>).
- Nunn, Nathan, & Leonard Wantchekon (2011): „The Slave Trade and the Origins of Mistrust in Africa“. In: *American Economic Review*, Bd. 101, Nr. 7, S. 3221-3252, <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.101.7.3221>, letzter Aufruf: 2.11.2018 (<https://doi.org/10.1257/aer.101.7.3221>).
- Obikili, Nonso (2016): „The Impact of the Slave Trade on Literacy in West Africa. Evidence from the Colonial Era“. In: *Journal of African Economies*, Bd. 25, Nr. 1, S. 1-27 (<https://doi.org/10.1093/jae/ejv018>).
- OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development (2008): *Compendium of Patent Statistics*. <https://www.oecd.org/sti/inno/37569377.pdf>, letzter Aufruf: 24.10.2018.
- Oxford Martin School & Citi (2016): *Technology at Work v2.0, The Future Is Not What It Used To Be*. http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/reports/Citi_GPS_Technology_Work_2.pdf, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- Pierce, Lamar, & Jason A. Snyder (2018): „The Historical Slave Trade and Firm Access to Finance in Africa“. In: *The Review of Financial Studies*, Bd. 31, Nr. 1, S. 142-174 (<https://doi.org/10.1093/rfs/hhx091>).
- Population Council (2013): „Productivity Growth in Global Agriculture“. In: *Population and Development Review*, Bd. 39, Nr. 2, S. 361-365.
- Riley, James C. (2005): „Estimates of regional and Global Life Expectancy, 1800-2001“. In: *Population and Development Review*, Bd. 31, Nr. 3, S. 537-543 (<https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2005.00083.x>).
- Rodrik, Dani (2013): „Unconditional Convergence and Manufacturing“. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Bd. 128, Nr. 1, S. 165-204 (<https://doi.org/10.1093/qje/qjs047>).
- Rodrik, Dani (2016): „Premature Deindustrialization“. In: *Journal of Economic Growth*, Bd. 21, Nr. 1, S. 1-33 (<https://doi.org/10.1007/s10887-015-9122-3>).
- Rodrik, Dani (2018): „An African Growth Miracle?“ In: *Journal of African Economies*, Bd. 27, Nr. 1, S. 10-27.
- Roser, Max (2016): *Fertility*. <http://ourworldindata.org/fertility/>, letzter Aufruf: 8.1.2018.

- Roser, Max (2017): *Life Expectancy*. <http://ourworldindata.org/life-expectancy/>, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- Roser, Max, & Esteban Ortiz-Ospina (2017): *World Population Growth*. <http://ourworldindata.org/world-population-growth/>, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- Roubaud, François, & Constance Torelli (2013): „Employment, Unemployment and Working Conditions in Urban Labor Markets of Sub-Saharan Africa. Main Stylized Facts“. In: de Vreyer, Philippe, & François Roubaud (Hg.): *Urban Labor Markets in Sub-Saharan Africa*. World Bank, Washington D.C., S. 37-79 (https://doi.org/10.1596/9780821397817_CH01).
- de Soto, Hernando (1989): *The Other Path. The Economic Answer to Terrorism*. New York, US-NY.
- Stalker, Peter (1994): *The Work of Strangers. A Survey of International Labor Migration*. Genf.
- Tanner, Arno (2005): „Brain Drain and Beyond. Returns and Remittances of Highly Skilled Migrants“. In: *Global Migration Perspectives*, Bd. 24, S. 1-13.
- Turner, Adair (2017): „The Dangers of Demographic Denial“. In: *Project Syndicate*, 29.7.2017, <http://www.project-syndicate.org/commentary/developing-countries-demographic-denial-by-adair-turner-2017-09>, letzter Aufruf: 8.1.2018.
- World Bank (2012): *World Development Report 2013. Jobs*. https://siteresources.worldbank.org/EXTNWDR2013/Resources/8258024-1320950747192/8260293-1322665883147/WDR_2013_Report.pdf, letzter Aufruf: 14.8.2018.
- World Bank (2018): *World Development Indicators. Employment by Sector. World Development Indicators*. <http://wdi.worldbank.org/table/2.3>, letzter Aufruf: 16.8.2018.
- Wood, Adrian, & Jörg Mayer (2009): *Has China De-Industrialised other Developing Countries*. <http://www.voxeu.org/article/has-china-de-industrialised-other-developing-countries>, letzter Aufruf: 8.1.2018.

Anschrift des Autors

Christoph Scherrer

scherrer@uni-kassel.de

Reinhart Köbler

Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung

Ja mach' nur einen Plan ...
Bertolt Brecht

Pläne sollen Raum und Zeit überschaubar und verfügbar machen. Planung ist auf Zeit bezogen und steht für die Reduktion, wenn nicht für die erhoffte Ausschaltung unvorhergesehener Entwicklungen, für Rationalität, Strategie und Zielstrebigkeit. Einen Plan zu haben, gilt als Vorbedingung des Erfolgs eines jeglichen Unterfangens. Umgangssprachlich haben diejenigen, die „keinen Plan davon“ haben, keine Ahnung. Oder um es mit dem derzeit wohl populärsten und zu Tode gerittenen Schatz an Metaphern zu sagen: Wer keinen Matchplan hat, geht ziellos ins Spiel und wird es nicht weit bringen. Wer planlos handelt, ist verwirrt und ohne Überblick. Anders gesagt, Planlosigkeit steht einer Rationalisierung auf klar definierte Zwecke als eines der Signen der Moderne diametral entgegen. Pläne und Planung finden sich daher zumindest in der modernen Welt überall, oder es wird jedenfalls behauptet, man habe und betreibe sie. Dabei geht es sehr allgemein gesagt um eine paradoxe Zielsetzung: Zukunft verfügbar zu machen, die mit ihr unweigerlich verbundenen Unsicherheiten wenn nicht auszuschalten, so doch einzugrenzen und möglichst zu kontrollieren. Man kann sagen, es geht um die Rationalisierung von Zukunft.

Des ungeachtet sind Plan und Planung nicht überall gut beleumundet. Das gilt vor allem für die „Planwirtschaft“. Dieser Begriff beruht auf der Vorstellung, dass Planung eine ganze Volkswirtschaft oder gar mehrere, miteinander eng verbundene Volkswirtschaften umfassen soll. „Plan“ erscheint in dieser Perspektive als Gegenbegriff zum „Markt“. Planwirtschaftliche Versuche gelten seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems weitgehend als diskreditiert, während „Marktwirtschaft“ vielerorts als unhintergebares „only game in town“ gepriesen wird. Gerade weil an diesem Anspruch Zweifel angebracht sind, aber auch angesichts eines erneuerten Interesses an Alternativen zu einer in existenzielle Krisen treibenden Wirtschafts- und Lebensweise

erscheint es sinnvoll, sich einige der Überlegungen zu vergegenwärtigen, die Konzepten einer geplanten Wirtschaft zugrunde liegen.

Die Tücken des Markts

Ausgangspunkt der Überlegungen zur gesellschaftlichen Planung dürfte das Misstrauen in Annahmen gewesen sein, die in der bürgerlichen Ökonomie mit der „unsichtbaren Hand“ bezeichnet wurden: in die Annahme, ohne bewusstes Eingreifen einer dem Markt äußeren Instanz würden die dort wirkenden Kräfte durch ihre eigene Dynamik dennoch ein Ergebnis herbeiführen, das allen zu Nutz und Frommen gereichen würde. Wenn alle nur konsequent ihre Eigeninteressen vertreten, werde am Ende Harmonie und Proportionalität herrschen. Wie sich bald – in den seit Beginn des 19. Jahrhunderts periodisch einsetzenden Wirtschaftskrisen – zeigen sollte, ist die Realität kapitalistischer Wirtschaftssysteme widersprüchlicher und komplexer. Das ändert nichts daran, dass sich die diesbezüglichen Vorstellungen des 18. Jahrhunderts, die sich vor allem mit den Namen Bernard de Mandeville und Adam Smith verbinden, nach wie vor folgenreicher Beliebtheit erfreuen.

Kommunistische Gegenentwürfe hatten gemeinsam, dass sie der Eigendynamik des Marktes misstrauten. Bei völligem Fehlen persönlichen Eigentums, wie es in vielen Utopien unterstellt und propagiert wurde, ist anderes auch schwer vorstellbar. Die nicht sehr langlebigen kommunistischen Siedlungen, die im 19. Jahrhundert vor allem in Nordamerika realisiert wurden, waren zudem räumlich und zahlenmäßig sehr begrenzt. Das Problem der gesellschaftlichen Koordination, um das es sowohl beim Markt als auch beim Plan im Kern geht, stellte sich daher allenfalls in abgeschwächter Form.

Der „wissenschaftliche Sozialismus“, den Friedrich Engels auf der Grundlage der von Karl Marx und ihm selbst erarbeiteten Einsichten vor allem in die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft propagierte, distanzierte sich eindeutig von den utopistischen Plänen und Experimenten; diese Abgrenzung war auch bereits im *Kommunistischen Manifest* (Marx & Engels 1977 [1848]) deutlich vollzogen worden. Marx hatte sich vehement gegen die Vorstellung gewandt, „Rezepte ... für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“ (1979 [1872]: 25), also die erstrebte Zukunft detailliert auszumalen. Dennoch zeigt eine Lektüre seiner zentralen Werke, in erster Linie der *Kapital*-Schriften, aber etwa auch der Analyse der Pariser Kommune von 1871 im *Bürgerkrieg in Frankreich* oder der *Kritik des Gothaer Programms* von 1875, das er klare Vorstellungen von einer Alternative zur Herrschaft des Kapitals hatte. Dabei ging es freilich um grundlegende

Verhältnisse, nicht um Einzelheiten, wie sie rund drei Jahrzehnte später der Sozialdemokrat und Statistiker Karl Ballod (Atlantico) ausmalte, der sich in seinem *Zukunftsstaat* (1898) auch um die Klavier-Produktion kümmerte. Ballod nahm freilich eine Sonderstellung ein.

Ein „Verein freier Menschen“

Marx bezog sich verschiedentlich auf aus der kapitalistischen Gegenwart als Gegenbild projizierte Verhältnisse eines „Vereins freier Menschen“ (Marx 1979 [1872]: 92), etwa im Kontext „de(s) rätselhafte(n) Charakter(s) des Arbeitsprodukts, sobald es Warenform annimmt“ und der daraus sich ergebenden Verkehren, durch die das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als „ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen“ erscheint (ebd.: 86). In der „planmäßige(n) Assoziation“ (Marx 1983 [1895]: 673) dagegen „streift“ die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, ... ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht“ (Marx 1979 [1872]: 94). Unter diesen Umständen erwartete Marx, dass die Verhältnisse „durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution“ blieben: „Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt“, und „die gesellschaftlich planmäßige Verteilung“ der Arbeitszeit „regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen“. Zugleich „dient die Arbeitszeit als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts“ (ebd.: 93). Für Marx ist dabei klar, dass es sich bei den so gekennzeichneten Verhältnissen um „gemeinsame, d. h. *unmittelbar* vergesellschaftete Arbeit“ handele (ebd.: 92; Hv. RK).

Man kann diesen Aussagen, die aus dem berühmten „Fetischkapitel“ zu Anfang des *Kapital* stammen, drei Grundthesen entnehmen, die folgenreich werden sollten: Zum einen sollte die Arbeit in der planmäßigen Assoziation unmittelbar vergesellschaftet sein, d.h. vor allem ohne Dazwischenkunft des Marktes, der in der kapitalistischen Wirtschaft die vereinzelt Privatarbeiten miteinander vermittelt und damit aus isolierten Produkten ein gesellschaftliches Gesamtprodukt entstehen lässt, das dann auch über den Markt verteilt wird. Dieser Prozess lässt sich nicht gut planen, weil sein Resultat aus vielen einzelnen Entscheidungen hervorgeht, die zudem einander widerstreitenden Interessen entspringen. Mandevilles Annahme einer dennoch spontan eintretenden Harmonie war ja durch die Krisenerfahrungen, die sich seit der

Veröffentlichung der Bienenfabel eingestellt hatten, ebenso widerlegt wie Adam Smiths Hoffnung auf eine „unsichtbare Hand“. Aus der Kritik am Markt ergibt sich daher zweitens die Vorstellung einer Planmäßigkeit auf der Grundlage der Ausschaltung und Überwindung der Marktmechanismen. Wenn die Vermittlung über den Warentausch, also den Markt, wegfällt, muss „gemeinsame Arbeit“ logischerweise „unmittelbar vergesellschaftet“ sein. Die zuvor eintretende Vermittlungsinstanz ist eliminiert. Dabei ist nicht zu verkennen, dass die wenig später zumal in der deutschen Soziologie verankerte Unterscheidung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ (Ferdinand Tönnies) bzw. „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ (Max Weber) hier als eine einheitliche Beziehung behandelt wird. Das ist kein Zufall, denn für Marx ist die auf Arbeitsteilung und Kooperation beruhende Arbeit immer gesellschaftlich, kann aber sehr unterschiedliche Formen annehmen, etwa in der kapitalistischen Fabrik unter dem Kommando des Unternehmers oder eben unter „gemeinsamen“, anders gesagt kommunistischen Verhältnissen im Zusammenschluss „freier Menschen“.

Unmittelbare Vergesellschaftung

Das Prinzip der unmittelbaren Vergesellschaftung hat sich dennoch als problematisch erwiesen. Zunächst einmal ist damit nichts ausgesagt über die Art und Weise, wie etwa über die genauen Proportionen der für bestimmte Produkte aufzuwendenden Arbeitszeit entschieden werden soll. Offen bleibt auch die Bestimmung des „individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit“ ebenso wie des „verzehrten Teils des Gemeinprodukts“. Diese Formulierungen verweisen auf Marx' vehemente Zurückweisung der seinerzeit sehr populären, in Deutschland vor allem von den Lassalleanern vertretenen Forderung nach dem „unverkürzten Arbeitsertrag“. Wie Marx in seinen *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* ausführlich darlegte (s. Marx 1973 [1875]: 18-21), ignoriert diese Forderung alle möglichen gesellschaftlichen Aufgaben, die als Abzüge vom gesellschaftlichen Produkt zu berücksichtigen sind, bevor an die Verteilung unter den Individuen gedacht werden kann. Die Instanz, die Marx für solche Entscheidungen im Auge hatte, war ehestens die „Kommune“, wie sie seiner Interpretation nach in Paris 1871 für kurze Zeit bestanden hatte und die er als „wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse“ verstand (Marx 1973 [1871]: 342).

Die Kommune beschränkte sich aufgrund ihrer historischen Existenzbedingungen von März bis Mai 1871 allein auf das von preußischen Truppen eingeschlossene Paris; Marx hob im Hinblick auf die nicht realisierte, ganz Frankreich umfassende Struktur hervor, dass die Kommune von unten nach

oben durch Delegation bis zur „Nationaldelegation in Paris“ (ebd.: 340) aufgebaut war; Vorrang sollte jedoch die „lokale Selbstregierung“ erhalten (ebd.: 341). Perspektivisch sollten die wenigen noch erforderlichen zentralen Funktionen „an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden“, die den „öffentliche(n) Dienst für Arbeiterlohn besorg(en)“ müssten (ebd.: 339). Die so verbleibenden „berechtigten Funktionen“ des Staates sollten „einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden“ (ebd.: 340). Die Dezentralisierung und deutliche Beschneidung des Staatsapparats würde gemeinsam mit der Abschaffung der Armee zugunsten einer Miliz die von den bürgerlichen Revolutionen versprochene „wohlfeile Regierung“ verwirklichen (ebd.: 341).

Dieses keineswegs unumstrittene Bild der Pariser Kommune wurde wirkungsmächtig, weil die Marxisten der folgenden Generationen wie Karl Kautsky im *Weg zur Macht* (1910) und vor allem Vladimir I. Lenin in *Staat und Revolution* (1972 [1917]) darin geradezu die Blaupause entweder zur revolutionären Umgestaltung oder aber zur Zerschlagung des bestehenden Staates erblickten. Freilich hatte Marx, stellt man einmal alle Probleme seiner Interpretation der Kommune und insbesondere von Lenins Wiederaufnahme der Thematik dahin, über die eigentliche Arbeitsweise der Kommune sehr wenig gesagt. Die Modalitäten der Entscheidungen, die sich angesichts der von ihm vier Jahre später in der Auseinandersetzung mit dem Gothaer Programm der SPD erörterten Fragen der Verteilung, aber auch der Organisierung der Produktion aufdrängten, blieben hier völlig ausgespart.

Als sich die Frage der Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaft 1917 mit der Errichtung der Sowjetmacht erstmals ernsthaft stellte, standen daher nicht allzu viele analytische oder sonst konzeptionelle Hilfsmittel zur Verfügung. Die Nachfolger und Epigonen von Marx hatten während des Bestehens der 1889 gegründeten Zweiten Internationale seine Theorie zur kanonischen Lehre umgedeutet (vgl. Kößler & Wienold 2018: 26ff). Dabei nahm die Interpretation der kapitalistischen Krisen in erster Linie als Disproportionalitätskrisen eine zentrale Stelle ein. Wenn die Krisen in erster Linie als Folge ungünstiger Proportionen der einzelnen Wirtschaftssektoren auftraten, so ließ sich dies ehestens durch ein planendes Eingreifen gegen die Anarchie des Marktes beheben. Vor allem Lenin machte gegenüber dem unorganisierten Marktgeschehen die Rationalität geltend, die im kapitalistischen Fabrikbetrieb herrsche. Gesteigert sah er dieses Bild der großen, rationalen Organisation in der damaligen deutschen Post und noch mehr in der deutschen Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkrieges. Er unterstellte dabei, diese großen, geradezu gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftseinheiten

seien zum einen klare Hinweise darauf, dass sich der privatwirtschaftliche Kapitalismus überlebt habe, zum andern stellten ihre Erfahrungen und Praktiken eben deshalb auch Verfahren und Methoden bereit, die über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus Gültigkeit besäßen und für ein sozialistisch/kommunistisches Projekt nutzbar zu machen seien. Dementsprechend bestimmte Lenin in *Staat und Revolution* die wirtschaftliche Organisation nach der bevorstehenden Revolution so, dass „alle Bürger“ zu „Arbeiter(n) und Angestellte(n) eines großen ‘Syndikats’, nämlich des ganzen Staates“ werden sollten (1972 [1917]: 484).

Zur Herausbildung der sowjetischen Planung

Lenins 1917 niedergelegte Vorstellung von dem Staat, wie er unmittelbar aus der Revolution hervorgehen sollte, war klar an der Marx’schen Analyse der Pariser Kommune orientiert. Dies verhinderte, zumal unter den Bedingungen des beginnenden Russischen Bürgerkrieges, nicht schnelle Zentralisierungsprozesse. So wurden die Fabrik- und Betriebskomitees frühzeitig entmachtet (vgl. Kößler 1989); die spätere „Arbeiteropposition“ scheiterte schnell. Der erste Anlauf nach dem Bürgerkrieg zu umfassender Planung war die Arbeit der Staatskommission zur Elektrifizierung Russlands (GOELRO). Wie Lenin (1982 [1921]) seinerzeit betonte, spielte dabei die Arbeit der *spec*, „bürgerlicher“ Spezialisten, eine zentrale Rolle. Lenin ging es um objektive, wissenschaftliche Expertise, die er scharf den aus seiner Sicht scholastischen Argumenten vieler kommunistischer Theoretiker gegenüberstellte. Damit unterstrich er einmal mehr seine Überzeugung, es gebe objektiv gültiges, technologisch anwendbares Wissen. Dieses Wissen, so die implizite Annahme, sei ebenso wie die sachlichen Produktivkräfte nicht entscheidend durch seinen kapitalistischen Entstehungszusammenhang bestimmt oder geprägt und lasse sich demnach ohne größere Schwierigkeiten aus seinen konstitutiven Zusammenhängen herauslösen. Seine Anwendung werde sogar effektiver, da es nun von den Fesseln der kapitalistischen Verhältnisse befreit sei. Die Träger dieses Wissens, die *spec*, mussten – häufig auch durch materielle Privilegien – überzeugt werden, dieses Wissen für die Planungsaufgaben der Sowjetmacht einzusetzen.

GOELRO stützte sich noch weitgehend auf eine Bestandsaufnahme und formulierte Vorgaben für die flächendeckende Elektrifizierung, jedoch auf kaum spezifische Zeitvorgaben. Das sollte sich in der Folge mit der Einrichtung der staatlichen Planungskommission *Gosplan* ändern. In der Folge entwickelte Gosplan konkrete Planungsmethoden, zu denen auch das Prinzip der Zusammenfassung der auf Jahresperioden ausgerichteten Planung in

Fünfjahrplänen gehörte. In der Sowjetunion war dies mit detaillierten Zielvorgaben und Kennziffern nicht etwa nur für Wachstumsraten, sondern für konkrete Produktmengen verbunden. Diese wurden jeweils auf die zeitlichen Abschnitte bezogen. Solche mittelfristigen Planungskonzepte erzielten – zumal nach den stark propagierten Erfolgen in der Sowjetunion – weit über die Sowjetunion hinaus große Resonanz. Sie wurden offenkundig weithin mit Rationalität und beschleunigter Expansion der Wirtschaftsleistung assoziiert. Nicht umsonst legten etwa die Nazis 1936 einen „Vierjahresplan“ auf, der in erster Linie der forcierten Aufrüstung diente und freilich die privatwirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Gesellschaftssystems nicht antastete und ungeachtet der Etablierung einer Kommandowirtschaft nicht eigentlich koordinierende Bedeutung erlangte (vgl. Neumann 1942: Teil II). Die Chance eines beschleunigten Wirtschaftswachstums mit dem zentral gesteuerten Aufbau vor allem der Schwerindustrie bestimmte die Aufnahme von Konzepten gesellschaftlicher Planung etwa in Indien nach der Unabhängigkeit. Fünfjahrpläne wurden und werden unter sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aufgestellt – die Bandbreite reicht über China bis Japan und Bhutan (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCnfjahresplan>, letzter Aufruf: 10.9.2018).

Das sowjetische Planungsmodell darf mit dem Anspruch einer umfassenden Planung zwar als Grundmodell dieser unterschiedlichen Konzepte gelten, war aber durch die zentrale staatliche Verfügung über die Produktionsmittel deutlich von Planungsformen unterschieden, die die Eigentumsverhältnisse unangetastet lassen. Allein der dem Anspruch nach umfassende Zugriff machte das Konzept einer allumfassenden Planung möglich.

Widersprüche umfassender Planung

Der erste Fünfjahrplan begann 1928 nicht zufällig mit der Einleitung der umfassenden Kollektivierung der Landwirtschaft und der Beendigung der seit 1921 verfolgten Neuen Ökonomischen Politik, mit der der Versuch verbunden war, zwar die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft zu kontrollieren, sonst aber Marktkräfte zu nutzen. Aus diesem Grund ist die ab 1928 verwirklichte Strategie auch öfters als Rückgriff auf Ansätze des bis 1921 praktizierten Kriegskommunismus bezeichnet worden. Unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der Währung und des Bürgerkriegs hatte die „unmittelbare Vergesellschaftung“ Züge vor allem gegen Bauern gerichteter gewaltsamer Requisitionskampagnen angenommen. Begrifflich galten Plan und Wertgesetz als Gegensätze. Die gewaltsame Durchsetzung staatlicher Vorgaben gilt sicher für die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Insgesamt aber wurde der Wert als Rechnungseinheit beibehalten mit dem Anspruch eines qualitativen Unterschieds, ja polaren Gegensatzes zu kapitalistischen Verhältnissen (s. Köbler & Wienold 2018: 31ff). Es ging dabei vor allem um genaue Buchführung und sparsamen Ressourceneinsatz, die ohne eine geeignete Rechnungseinheit schwer vorstellbar waren, sich allerdings im Verlauf der sowjetischen Planungspraxis bestenfalls als schwer realisierbar erwiesen.

Wesentliches Hindernis war die nach wie vor weitgehend praktizierte Planung in Naturalgrößen, was anders als von den Klassikern erwartet eine Planung in angemessenen Proportionen erschwerte. Darüber hinaus wirkte sich das Bestreben, durch Übererfüllung der Planungsvorgaben den „Aufbau des Sozialismus“ zu beschleunigen negativ auf die vorher anvisierten Proportionalitäten aus, die durch stärkeren Ausstoß in bestimmten Bereichen geradezu untergraben wurden. Eine systematisch geforderte Übererfüllung des Plans konnte zwar die Produktion punktuell steigern, konterkarierte aber die postulierte Rationalität. Demnach wurde dennoch der erste Fünfjahrplan in vier Jahren erfüllt. Die schnelle Industrialisierung ab 1928 hat zweifellos dazu beigetragen, dass die Sowjetunion am Ende dem Überfall Nazideutschlands widerstehen konnte; doch wird die Planmäßigkeit dieses Aufbaus häufig überschätzt. Ab Anfang der 1950er Jahre zeigten sich deutliche Dysfunktionen, insbesondere mit dem säkularen Übergewicht der Schwerindustrie, das allen planerischen Eingriffen bis zum Ende des Sowjetsystems widerstand. Versuche, Marktmechanismen kontrolliert einzuführen und die Arbeitenden stärker mit materiellen Anreizen zu motivieren, waren aufgrund des Verdachts, hier würden Warenverhältnisse neu belebt, umstritten, blieben letztlich aber erfolglos (vgl. auch Conert 1990).

Ein zentrales durch die sowjetische Erfahrung aufgeworfenes Problem betrifft die radikale Politisierung der Wirtschaft. Auch dies ist, zumindest unter den Bedingungen eines zentralisierten Planungs- und darüber hinaus auch Herrschaftssystems, Ausfluss des Versuchs einer unmittelbaren Vergesellschaftung der Produzierenden. Marx hatte noch stark den dezentralen Charakter der angestrebten Verhältnisse betont. Residuale übergreifende Koordinationsfunktionen sollten durch Delegation von unten nach oben wahrgenommen werden, wie dies später von den Rätekommunisten propagiert wurde, die aus der bolschewistisch dominierten Kommunistischen Internationale schnell ausgeschlossen wurden. Diese Konzepte sind bis heute nicht wirklich erprobt worden. Dagegen hat sich gezeigt, dass der Versuch zur betriebsmäßigen Umorganisation der gesamten Gesellschaft, wie Lenin dies gefordert hatte, nicht nur despotische Verhältnisse zumindest begünstigt, sondern auch Dysfunktionen hervorbringt, die sich aus so unterschiedlichen

Gründen ergeben wie den Schwierigkeiten der Planung in Naturaleinheiten, aber auch der Motivation der Produzierenden ebenso wie der von ihnen in der sowjetischen Realität bald scharf geschiedenen Verwaltungskader.

Zweifellos war das sowjetische Modell zutiefst der Moderne und dem Industrialismus verpflichtet. Der Versuch, eine *nichtkapitalistische* Industriestruktur und damit auch eine von kapitalistischen Verhältnissen divergierende Moderne zu schaffen, ist neben der Gegnerschaft der industriekapitalistisch geprägten Staaten auch an inneren Widersprüchen gescheitert, zu denen wesentlich die kurz angesprochenen Planungsinstrumente zählten.

Das Dilemma der Gegenwart

Lassen sich an historischen Erfahrungen Kriterien für das Mögliche sowie das Unmögliche gewinnen, so steht die sowjetische Erfahrung in erster Linie für Letzteres. Dies gilt insbesondere für die auch von Karl Marx an unmittelbare Vergesellschaftung geknüpften Hoffnungen. Die Frage muss vorerst offen bleiben, wie die Koordination komplexer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme gelingen kann, die die Lehren des Scheiterns des bolschewistischen Experiments ebenso ins Kalkül nimmt wie die offenkundig das Überleben der Menschheit gefährdenden Konsequenzen des noch gewaltigeren Experiments der kapitalistischen Moderne.

Damit ist eine doppelte Problematik beschrieben: Auch jene, die heute einsehen, dass die Grundstrukturen, die Produktions- und Lebensweisen der gegenwärtigen Gesellschaften zumindest mittelfristig unhaltbar sind, sehen sich kaum in der Lage, tragfähige Alternativen zu gewinnen. Solche Alternativen, oft gefasst als geradezu unvermeidliche Zukunftsperspektiven, besaßen seit spätestens dem beginnenden 19. Jahrhundert für die große Mehrheit der westlichen, bald auch globalen Linken einen sozialen Ort in der als wesenhaft revolutionär ausgezeichneten Arbeiterklasse. Seit 1917 besaßen solche Perspektiven, unabhängig davon, wie man das sowjetische Experiment bewertete, auch einen geographischen Ort – bald nach dem Zweiten Weltkrieg sogar mehrere, konkurrierende. China oder Cuba, zeitweise kamen beispielsweise auch Tanzania oder Moçambique hinzu. Alle diese Orte stehen heute nicht mehr zur Verfügung.

Da Realismus fast immer einen Schritt in die richtige Richtung darstellt, kann man dies als Weg zur Einsicht in die Notwendigkeit von Utopie im strengen Sinn begrüßen. Dennoch wird es schwerfallen, Menschen von der Notwendigkeit einer Veränderung zu überzeugen, wenn nur wenig darüber gesagt werden kann, wie es anders denn sein könnte. Deshalb ist das Wissen über das Unmögliche nur hilfreich, wenn sich Perspektiven des Möglichen

anschließen. Die Einsicht in die Unmöglichkeit einer unmittelbaren Vergesellschaftung durch den umfassenden Plan legt es daher nahe, über die andere Form der Koordination komplexer Gesellschaften erneut nachzudenken, den Markt. Hier sind nur Andeutungen möglich. Erinnerung sei an die Unterscheidung zwischen Marktgeschehen und Kapitalismus, die Fernand Braudel sowohl in seiner großen Sozialgeschichte des 16. bis 18. Jahrhunderts, als auch pointiert in *Die Dynamik des Kapitalismus* entwickelt hat: Das Geschehen auf dem Marktplatz ist nicht sofort gleichzusetzen mit dem Agieren von Großkonzernen. Diese wiederum operieren im Gegensatz zu neoliberalen Unterstellungen gerade nicht auf einem „freien“, sondern allenfalls auf einem extrem vermachteten Markt, auf dem gerade auch Informationen keineswegs allen, sondern nur wenigen Privilegierten zur Verfügung stehen. Diane Elson (1988) hat vor dem Hintergrund solcher Einsichten vor 30 Jahren für eine „Sozialisierung des Marktes“ plädiert, der institutionelle Voraussetzungen für eine egalitäre Beteiligung zugrunde liegen müssten. Die einst von Marx geforderte Transparenz wäre dann nicht durch eine direkte Vergesellschaftung zu erreichen, sondern durch Vorkehrungen zur Sozialisierung von Information und Wissen. Damit wäre keineswegs „der Markt“ rehabilitiert; es ginge vielmehr darum, dieses Konzept so zu dekonstruieren, dass die Machtverhältnisse sichtbar würden, die bestehende Märkte bestimmen. Die Frage wäre dann, ob sich eine mediatisierte Koordination jenseits dieser Machtverhältnisse herstellen ließe.

Literatur

- Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*. Münster.
- Elson, Diane (1988): „Market Socialism or Socialising the Market“. In: *New Left Review*, Bd. 1/172, S. 3-44.
- Kößler, Reinhart (1989): „Überstunden für die ‘Aurora’. Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917 zwischen Betriebsräson und Selbstbestimmung“. In: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Nr. 10, S. 15-40.
- Kößler, Reinhart, & Hanns Wienold (2018): „Der Wert in der Warengesellschaft. Gedankending oder Realabstraktion“. In: Bittlingmayer, Uwe; Alex Demirovic & Tatjana Freytag (Hg.): *Handbuch Kritische Theorie*. Heidelberg (https://doi.org/10.1007/978-3-658-12707-7_50-1).
- Lenin, Vladimir Iljitsch (1972 [1917]): „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“. In: *Lenin Werke (LW)*, Bd. 25, Berlin (DDR), S. 393-507.
- Lenin, Vladimir Iljitsch (1982 [1921]): „Über den einheitlichen Wirtschaftsplan“. In: *LW*, Bd. 32, Berlin (DDR), S. 132-141.
- Marx, Karl (1973 [1871]): „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation“. In: *MEW*, Bd. 17, Berlin (DDR), S. 313-365.

- Marx, Karl (1979 [1872]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Buch 1. Der Produktionsprozeß des Kapitals, 2. Aufl. (1867) = Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1973 [1875]): „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. In: *MEW*, Bd. 19, S. 15-23.
- Marx, Karl (1983 [1895]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. Buch III. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. = MEW, Bd. 25, Berlin (DDR).
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1977 [1848]): „Manifest der Kommunistischen Partei“. In: *MEW*, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Neumann, Franz (1942): *Behemoth. The structure and practice of National Socialism*. Toronto, CA-ON.

Anschrift des Autors:
Reinhart Kößler
r-koessler@gmx.de

Big Data

Big Data, die Auswertung großer Datenmengen durch immer schnellere Computer, ist das neueste Versprechen der Allwissenheit. Nutzer*innen dieser Technologie wird versprochen, dass sie nicht mehr mit Stichproben arbeiten müssen, sondern alles über alle sehen können. Händler*innen nutzen Big Data, um Interesse an Produkten vorherzusagen. Google zeigt die Suchergebnisse an, die die Person vor dem Bildschirm interessieren könnten. Und Geheimdienste versprechen Sicherheit vor Anschlägen, wenn sie nur den gesamten Verkehr im Internet belauschen könnten.

Die Technologie

Hinter Big Data stecken nicht nur schnellere Rechner und größere Speicher, sondern auch Fortschritte in Mathematik und Informatik, die viele Fragestellungen überhaupt für maschinelle Analysen zugänglich machen.

Während klassische Verfahren auf objektive Aussagen zielen, operieren moderne Analyseverfahren mit Ungewissheiten und nutzen subjektive Einschätzungen von Expert*innen. Datenanalyse wird zum automatisierbaren Lernprozess, in dem mehr Daten die Ungewissheit verkleinern, aber nicht zum Verschwinden bringen.

Traditionell waren Datenbestände voneinander isoliert. Banken wussten über Zahlungen, Supermarktketten über Einkäufe und Krankenkassen über Behandlungen. Das Zusammenführen dieser Daten wurde durch technische Schranken und semantische Unterschiede behindert. In der neuen Welt von Big Data machen Standards es leichter, bisher getrennte Datenbestände miteinander zu verknüpfen. Die Idee eines digitalen Zwillinges von Dingen und Menschen rückt technisch zunehmend in den Bereich des Möglichen.

Der neueste Trend sind cyber-physikalische Systeme, in denen Informationstechnologie mit Geräten in der realen Welt oft über weite Entfernungen verbunden ist. Eine zentrale Steuerung kann Daten mittels Sensoren sammeln und auf Gegenstände in der realen Welt einwirken. Beispielsweise kursieren Ideen, mittels vernetzter Fitnessarmbänder und anderer am Körper befestigter Sensoren Empfehlungen für ein individuelles Fitness-Programm zu geben. Es braucht wenig Fantasie, sich vorzustellen, dass Sanktionen oder Bonusprogramme von der Einhaltung dieser Vorgaben abhängig gemacht werden könnten.

Daten und Geschäft

Ein sichtbares Anwendungsgebiet von Big Data ist Werbung. In der Vergangenheit wurde sie auf Marktsegmente zugeschnitten, in die Menschen mittels Marktforschung eingeteilt wurden. Durch Big Data konnten die seit den 1990er Jahren wirkungsloser werdenden Instrumente des Massemarketings durch direkte Ansprache potenzieller Kund*innen ergänzt oder ersetzt werden.

Auch bei datenbasierter Werbung sind Fehler mit unerfreulichen Ergebnissen für die Werbetreibenden nicht selten. Wenn eine 16-jährige aufgrund eines geänderten Kaufverhaltens bei Pflegeprodukten von der Supermarktkette Werbung für Babywäsche bekommt, ist ein Anruf des empörten Vaters noch das kleinste Problem. Reputationsschäden, Aufwand für nutzlose Kontakte und Rückschläge im Kampf um das knappe Gut Aufmerksamkeit treiben Fehlerkosten in die Höhe.

Dies wird neben dem Sammeln von immer mehr Daten mit der Nutzung sozialwissenschaftlicher Methoden wie der Ethnographie und der Übernahme naturwissenschaftlicher Ansätze unter Begriffen wie „social physics“ beantwortet. Daneben werden immer ausgefeiltere Methoden zur Beobachtung von Menschen entwickelt, ermöglicht unter anderem durch zunehmende Kontrolle der Vermarkter über mit dem Internet verbundene Geräte ihrer Kund*innen wie Mobiltelefone, Notebooks oder Smart-TVs. Durch offene und verdeckte technische Mechanismen soll gewährleistet werden, dass Daten korrekt erhoben und zugeordnet werden.

Die so gewonnenen Daten sind auch Handelsware. Auf Basis von Daten individualisierte Werbung, Rohdaten zur Verbesserung von digitalen Zwillingen und vollständige Profile können käuflich erworben werden. Die Möglichkeit von Voraussagen mit einer für ein Geschäftsmodell ausreichenden Genauigkeit wird zur Entwicklung und Vermarktung von Dienstleistungen genutzt. Dies reicht vom vernetzten PKW, der vorsorglich einen Werkstatttermin vereinbart, über den digitalen Assistenten, der einen Tisch für ein Dinner zu zweit bestellt, bis hin zu Filterung von Nachrichten aufgrund vermuteter Vorlieben der Benutzer*innen.

Auch wenn der Anspruch erhoben wird, sich an den Menschen anzupassen, passen sich die Systeme in Wirklichkeit an den digitalen Zwilling und seine Präferenzen an. Vorhersagen und darauf aufbauende Interaktionen verändern die Wirklichkeit des Menschen und drängen sein Verhalten in die Richtung seines digitalen Zwillings. Als nächster Schritt folgt die Digitalisierung ganzer Gemeinschaften durch Projekte wie *Smart Home* und *Smart*

City und damit möglicherweise auch die Anpassung ganzer Gemeinschaften an ihre digitalen Abbilder.

Big Data und der Staat

Die Ordnung von Gesellschaften, um die zugewiesenen Aufgaben wie soziale Absicherung, Infrastruktur sowie innere und äußere Sicherheit überhaupt erledigen zu können, ist ein altes Arbeitsprinzip bürokratischer staatlicher Strukturen. Dabei wird auf zentrales, monopolisiertes Wissen und eine möglichst gute Sichtbarkeit aller Aspekte menschlichen Lebens gesetzt.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass staatliche Stellen auf den Zug „Big Data“ aufgesprungen sind. Ein naheliegendes Beispiel sind Planungen, z.B. die Auslegung von Verkehrsinfrastrukturen oder Stromleitungen. In der Entwicklungszusammenarbeit wird die Auswertung von Mobiltelefonnutzung oder Satellitenbildern erprobt, um festzustellen, wo Interventionen eine möglichst gute Zielerreichung ermöglichen. Die staatliche Vision von *Smart City* ist ein algorithmisch gesteuertes, zentral geplantes Lebensumfeld.

Der Gefahr, dass viele staatliche Interventionen zwar in bester Absicht geschehen, aber mangels Einbeziehung von Betroffenen und deren Wissen nicht zum Erfolg führen, versucht man wie in der Wirtschaft durch mehr und genauere Daten und Modelle Herr zu werden. Das Big Data innewohnende Versprechen der Sichtbarkeit aller Individuen bedeutet auch die Verlockung, nur mühevoll kontrollierbares, lokales Wissen und Mitgestaltungsansprüche von eigensinnigen Bürger*innen überflüssig zu machen.

Zu den eifrigsten Datensammlern gehören Sicherheitsbehörden. Aktivitäten in Mobilfunknetzen und sozialen Netzwerken sowie demographischen Daten sollen Orte von Verbrechen oder Unruhen voraussagen. In einer Reihe von US-Bundesstaaten ziehen Richter*innen maschinell erzeugte Profile von Angeklagten heran, um vorherzusagen, ob eine Wiederholungstat zu erwarten ist, und dies bei der Bestimmung des Strafmaßes zu berücksichtigen. Dass die Algorithmen dabei einen rassistischen Bias haben, ist nicht verwunderlich, da sie mit Vergangenheitsdaten kalibriert werden und somit nicht zuletzt die Vorurteile von Sicherheitsbehörden und Gerichten widerspiegeln. Hinzu kommt, dass alleine die Auswahl, welche Daten – z.B. Ethnizität oder Geschlecht – überhaupt analysiert werden, die Schlüsse des Algorithmus schon in eine Richtung lenkt.

Die in den Daten abgebildete Vergangenheit wird damit gleichzeitig zur Voraussage künftiger Ereignisse. Will man Veränderungen in Betracht ziehen, gibt es zwar gute Verfahren, bestehende Trends fortzuschreiben,

sprunghafte, chaotische Entwicklungen entziehen sich allerdings den Big-Data-Analysen.

Das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke machen mittlerweile einen großen Teil der medialen Öffentlichkeit aus. Sowohl Internet-Firmen als auch staatliche Stellen haben ein Interesse daran, dass als verbotene oder als schädlich angesehene Inhalte dort nicht mehr sichtbar sind. In von diesen Firmen und einigen autoritären Staaten aufgebauten Filtersystemen entscheiden „content moderators“ über durch Algorithmen gemachte Vorschläge, Inhalte zu löschen. Das Ergebnis dieser Entscheidung geht auch in die digitalen Zwillinge der Personen ein, die die Inhalte eingestellt haben. Die Nutzung sozialer Medien bei der Organisation sozialer Bewegungen etwa im arabischen Frühling oder beim Sturz von Blaise Compaoré in Burkina Faso im Jahr 2014 haben zu einem zunehmenden Interesse an derartigen Filtertechnologien bei autoritären Staaten speziell in Afrika geführt, wobei hier meist auf chinesische Beratung und Technologie zurückgegriffen wird.

Die Qualität der Modelle und damit letztlich die Bedeutung der genutzten Daten ist oft fragwürdig. Bei Sicherheitsapparaten wie Militär und Geheimdiensten scheint dies kein ernstzunehmendes Hindernis für die Verwendung dieser Technologie zu sein. Das Risiko schwerwiegender Konsequenzen für einzelne Menschen wird als vernachlässigbar gegenüber der Vermeidung schweren Unheils, etwa eines terroristischen Anschlags, angesehen. Im Zentrum der Strategie der USA im Kampf gegen den Terror stehen mit den Drohnen die ausführende Teile eines cyber-physikalischen Systems, dessen Zielauswahl zu einem guten Teil auf den weltumspannenden Datensammlungen der NSA basiert. Die beim Auswerten mit Big-Data-Verfahren zwangsläufigen Fehler haben dazu beigetragen, dass nicht nur Mitglieder der bekämpften Organisationen getötet, sondern auch Hochzeitsgesellschaften oder andere Unbeteiligte bombardiert wurden.

Folgen und Reaktionen

In der Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Technologie wird oft betont, dass Daten über ein Individuum unter dessen Verfügungsgewalt stehen sollten. Die konsequente Einhaltung des Prinzips, dass Staaten und Unternehmen nur über die für die Erledigung ihrer Aufgaben absolut notwendigen Daten verfügen dürfen, sollte helfen, für Menschen nachteilige Konsequenzen von Big Data zu verhindern. Je komplexer die in den Daten abgebildeten Beziehungen sind, desto schwieriger ist jedoch die Zuordnung zu einer Eigentümer*in. Zumindest ein Teil des Geflechtes an Daten

sollte daher als Gemeineigentum angesehen und allen Menschen verfügbar gemacht werden.

Darüber hinaus muss für Bürger*innen, Kund*innen, ... erkennbar sein, welche Daten über sie gesammelt werden. Dabei geht es nicht nur um Rohdaten, sondern auch um die Daten, die bei Analysen entstehen. Es muss auch nachvollziehbar sein, mit welchen Modellen gearbeitet wird, um Wissen zu gewinnen und Vorhersagen zu machen. Individuen werden aufgrund von Komplexität und großen Datenmengen eine solche Offenheit nicht immer für sich nutzen können. Jedoch ermöglicht die Transparenz des Big-Data-Dschungels externe Kontrolle, erleichtert die Reaktion auf Entscheidungen von Algorithmen und hilft, über Datenjournalismus und wissenschaftliche Analysen unabhängiges Wissen zu erzeugen.

Wenn schließlich Big-Data-basierte Algorithmen schwerwiegende Entscheidungen treffen, stellt sich die Frage, nach welchen ethischen Grundsätzen dies geschieht. Zwar ist in extremen Fällen wie vollautonomen Waffen ein Verbot denkbar. Für viele Alltagssituationen fehlen uns aber noch die Antworten, es sei denn, man akzeptiert, dass Alternativen anhand eines errechneten, oft monetären Werts beurteilt werden.

Erich Pawlik

Rezensionen

Eckart Conze: *Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 234 Seiten

Die Rede und auch das Reden von „Sicherheit“ beherrscht das politische Tagesgeschäft. Zugleich unterstreicht der Überblick, den der Marburger Historiker Eckart Conze vorgelegt hat, wie weit gefächert sich die Auseinandersetzung mit der Sicherheitsproblematik in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen darstellt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Sonderforschungsbereiche „Dynamiken der Sicherheit“ (Marburg/Gießen) sowie „Bedrohte Ordnungen“ (Tübingen) entfaltet Conze zum einen „Sicherheitsgeschichte“, nämlich die vielfältigen, im westlichen Europa mindestens seit der Frühen Neuzeit andauernden Auseinandersetzungen um die Bedeutungen von Sicherheit und die damit verknüpften Probleme. Auf diese Weise zeigt er unter anderem das „Sicherheitsdilemma“ auf, welches darin besteht, dass konkurrierende und konterkarierende Sicherheitsstrategien zu mehr Unsicherheit führen. Zum andern skizziert er immer wieder Möglichkeiten spezifisch historischer Forschung, die an unterschiedlichsten Stellen an die mit „Sicherheit“ verknüpften Diskussionszusammenhänge anschließen und in sie eingreifen könnte bzw. dies in zahlreichen Fällen bereits getan hat. Allerdings zeigt sich, dass insbesondere die deutsche Geschichtswissenschaft hierzu einen Paradigmenwechsel vollziehen musste, der nicht zuletzt den herkömmlichen Gegensatz zwischen Außen- und Innenpolitik und die Kontroversen um den Primat der einen oder anderen hinter sich lassen musste.

Conze erinnert daran, dass Bezüge auf Sicherheit eine zentrale Rolle in der klassischen bürgerlichen Staatstheorie, zumal bei Thomas Hobbes, aber auch in der Grundlegung etwa des Territorialitätsprinzips, in Deutschland aber auch in den Konzepten einer „Policey“ spielten, die bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein die Kameralistik geprägt haben. Die „innere“ Sicherheit wurde etwa im Kontext der Bismarck'schen Sozialreformen in enger Verbindung mit sozialen Sicherungssystemen gedacht, die revolutionären Eruptionen vorbeugen sollten. Parallel dazu steht die wichtige Dimension des Versicherungswesens, das nicht nur auf Diskurse des Risikos verweist, sondern auch im Kontext der von Conze später akzentuierten zentralen Position von Sicherheit und Unsicherheit in Konzepten der Moderne zu sehen ist. Hier sieht der Autor großen historischen Forschungsbedarf, erwähnt freilich nicht die Literatur zu *Friendly Societies* in Großbritannien und ferner zum Mutualismus oder das – allerdings nicht der Geschichtswissenschaft entstammende – sehr breit diskutierte Konzept der Entbettung (*disembedding*) von Karl Polanyi, das exakt an der Auflösung vormoderner Systeme der sozialen Absicherung ansetzt.

Stärker aktualitätsbezogen referiert Conze die Wendungen des Erweiterten Sicherheitsbegriffs, insbesondere das Aufkommen des Konzepts der *Human Security* nach dem Ende des Kalten Krieges und seine Fortführung in der *Responsibility to Protect* (R2P). Aus fachhistorischer Sicht ergeben sich mit der Lockerung des sehr engen Staatsbezugs, der dem in seinem Kern vor allem in den Internationalen Beziehungen wurzelnden Begriff der Sicherheit zu attestieren ist, interessante Perspektiven:

Insbesondere geht es um die Lockerung von staatlichem Gewaltmonopol und auch von Souveränität, ohne dass freilich die gleichfalls mit Konzepten der Moderne verknüpften Fragen der Menschenrechte zu vernachlässigen wären, die für R2P ja eine wesentliche Legitimierung bieten. Dennoch sei zu konstatieren, dass gegenüber den auf Georg Jellinek und Max Weber zurückgehenden Vorstellungen von einer festen Beziehung zwischen Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt sich nun „Epochengrenzen verflüssigen“ (68) und damit auch Fragen nach unterschiedlichen Sicherheitsregimen auf einer Vielzahl von Ebenen weit stärker in den Blick rücken.

Dabei sieht Conze Ansatzpunkte für eine Historische Sicherheitsforschung spezifisch in den Konzepten der Sicherheitskultur, wie sie besonders Christopher Daese entwickelt hat, weiter in der Debatte über Versicherheitlichung (*securitization*), die seit Mitte der 1990er Jahre in kritischer Absicht stärker kommunikationstheoretisch begründet von der Kopenhagener Schule, daneben aber auch von der Pariser Schule unter stärkerer Berücksichtigung nicht-diskursiver Praktiken geführt wird. Als weiteren wichtigen Ansatz nennt er die Diskussion von Sicherheitsdispositiven und Gouvernementalität im Anschluss an Foucault. Eine zentrale Rolle spielt bei allen diesen Zugängen die folgenreiche These von Carl Schmitt über die Bedeutung des Ausnahmezustands und seiner Bestimmung.

Weiter geht Conze „benachbarten Forschungsfeldern“ nach, wobei bereits bei der Untersuchung von „Risiko“ ebenso wie von „Vorbeugung und Prävention“ und auch „Bedrohung“ die Perspektive der Zukunft deutlich hervortritt, auf die diese Konzepte stärker noch als das ebenfalls angesprochene Begriffspaar „Vulnerabilität und Resilienz“ bezogen ist. Letzteres wird ausdrücklich im Kontext von „Themenfeldern“ behandelt, in denen „Raum und Zeit“ an erster Stelle stehen. Mit der „Versicherheitlichung unregierter Räume“ ist damit nicht allein „eine lange, weit in die Vormoderne zurückreichende Tradition“ angesprochen (128), sondern auch die „Idee der Zivilisierungsmission (*mission civilisatrice*) zu Rechtfertigungen von Intervention, Unterwerfung und Kolonisierung“ (129) – man vermisst hier freilich den Verweis auf R2P und den Diskurs über *failed states*. Es geht aber auch um Themen wie Kartographie und die Festlegung von Grenzen, endlich aber weitgehend im Anschluss an systemtheoretische Ansätze um die Schaffung „handhabbare(r) Komplexität“ (133), auch im Sinne von Planung und Steuerung. Das Thema „Sicherheit – Gemeinschaft – Identität“ behandelt Conze unter dem Gesichtspunkt der deutschen Erfahrung im 20. Jahrhundert, bemerkenswerterweise auch unter Verweis auf August Thalheimers Bonapartismus-Analyse zu Beginn der Nazi-Herrschaft. Daran schließt sich die spannende Skizze über „Sicherheitsgeschichte als Emotionsgeschichte“ an, die eben auf die Verunsicherung und entsprechende Sicherheitsbedürfnisse unter Deutschen nicht zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg eingeht. Als letztes Themenfeld nennt Conze „Sicherheit und Frieden“, wobei er freilich die auch in Westdeutschland ab den 1970er Jahren auch institutionell etablierte Friedensforschung nur streift.

Dies ist umso mehr zu bedauern, als der zentrale Kritikpunkt an diesem höchst lesenswerten und informativen Buch seine eurozentrische, ja häufig geradezu deutschlandzentrierte Perspektive ist – sowohl was die historischen Bezüge als auch über weite Strecken die Literatur betrifft. Conze selbst spricht die Problematik

abschließend an und bezeichnet die Füllung dieser Leerstelle als zentrales Forschungsdesiderat. Freilich hätte eine genauere Befassung mit Friedensforschung allein schon in Deutschland darüber aufklären können, dass hier durchaus schon mindestens wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Erinnerung sei zudem daran, dass sich Konzepte der Sicherheit, die die Fixierung auf Staatlichkeit und Militär hinter sich lassen, gerade hier als leistungsfähig erwiesen haben – in dieser Zeitschrift neben einer Vielzahl von Arbeiten zu hier angesprochenen Themen etwa Tilman Schiels grundlegender Beitrag „Alltag und Geborgenheit“ (Nr. 32, 1988), der im Kontext einer breiteren Bielefelder Debatte entstand. Ferner sei auf die mit Problemen materieller Sicherung, aber auch physischer Unsicherheit eng verknüpften Analysen zu Ethnizitätsdynamiken verwiesen, wie sie vor allem John Lonsdale anhand von Material aus Kenya vorgelegt hat. Vor diesem Hintergrund bleibt zu wünschen, dass die Welt in nicht allzu ferner Zukunft wirklich in jenen Bereichen des *mainstream* sozialwissenschaftlicher, einschließlich historischer Debatte ankommt, die sich mit so existenziellen Fragen wie dem breiten, mit „Sicherheit“ kodierten Themenspektrum befassen.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.07>

Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp 2017, 319 Seiten

Der vorliegende Band, der gleichzeitig in mehreren Sprachen erschienen ist, will viele Dinge auf einmal tun: eine kritische Zeitdiagnose formulieren, eine umfangreiche Debatte anstoßen und Auswege aus der gegenwärtigen Misere anbieten. „Wie sind wir in diese Situation geraten? Wo stehen wir in fünf, zehn oder zwanzig Jahren? Wie kann man die globale Regression stoppen oder wieder umkehren?“ (13), wird einleitend gefragt. Mit einer beeindruckenden Ansammlung prominenter Theoretiker_innen sowie effektiver Vermarktung sollen diese Fragen öffentlichkeitswirksam verhandelt werden (s. auch <http://www.diegrosseregression.de>). Zwar enthält der Band einige spannende Debatten über die Chancen und Probleme solidarischer Politik im Angesicht autoritärer und neoliberaler Regime und deren zunehmender Verquickung, die drei genannten Vorhaben scheitern jedoch größtenteils an ihrem eigenen Anspruch. Bezogen auf die Leitfragen lässt sich nach der Lektüre konstatieren, dass, *erstens*, nicht klar wird, was „diese Situation“ auszeichnet, vom allgegenwärtigen Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien und Bewegungen einmal abgesehen. Deswegen leistet der Band, *zweitens*, prognostisch weniger als erhofft und bleibt entsprechend, *drittens*, im Ungewissen, wie diese „globale“ Regression umzukehren sein könnte.

Die einzelnen Beiträge liefern zu den Möglichkeiten einer anderen, einer progressiven Politik verschiedene Einschätzungen, die versuchen, die Regression im Rekurs auf vergangene und vorzugswürdigere Zeiten zu überwinden. Der auf dem Cover symbolisch eingelegte Rückwärtsgang erhält damit eine beinahe ironische Doppelbedeutung. Zweifelsohne steckt die „liberale Weltordnung“ in der Krise.

Doch worin besteht diese Krise? Im Vorwort werden Stichworte genannt: Terrorismus, Flucht, Austerität – sowie sich ausdehnende Räume, „in denen es keine Staatlichkeit mehr gibt“ (7). Symptome dieses Rückfalls sind Rodrigo Roa Duterte, Recep Tayyip Erdoğan, Narendra Damodardas Modi, Donald Trump, aber auch der „Brexit“. Zwar werden Modi in Indien und Duterte in den Philippinen als Beispiele herangezogen (insbesondere in den interessanten Beiträgen von *Arjun Appadurai* und *Pankaj Mishra*), die Analyse bleibt jedoch auf die OECD-Welt fokussiert. In einem einigermaßen eurozentrischen Verfahren wird ein „Verfall“ demokratischer Normen innerhalb des Clubs der Industrieländer diagnostiziert, um ihn sogleich auf den Rest der Welt zu extrapolieren. Dabei wäre doch zu fragen, ob und inwiefern wir es überhaupt mit *einer* Krise zu tun haben. Beschreibt die Wahl Dutertes den gleichen Prozess der Ent-Zivilisierung wie die Entscheidung für den Brexit, und kann diese mit den gleichen Modellen erklärt werden wie jene, etwa mit erodierender Affektkontrolle (*Oliver Nachtwey*) oder mit nihilistischer Rebellion gegen Ordnung schlechthin (*Pankaj Mishra*)? Oder haftet der Vorstellung einer liberalen Weltordnung selbst mitsamt den damit assoziierten Vorstellungen von Rationalität und Fortschritt ein pathologischer Zug an, der in der Krisendiagnose des vorliegenden Werkes reifiziert wird?

Ihre Analysen führen die meisten Autor_innen zu einer Diagnose, die *Nancy Fraser* in ihrem hellsichtigen Beitrag als die natürliche Richtung einer Entwicklung zusammenfasst, die „vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus“ führt. Am Ursprung unserer regressiven Gegenwart liegen nicht nur die materiellen Verwerfungen einer neoliberalen Reformagenda, sondern ein politisches Bündnis von globalem Finanzkapitalismus mit der emanzipativen Agenda neuer sozialer Bewegungen und dem Milieu des liberalen Kosmopolitismus, das sich den Kampf gegen ethnische oder geschlechtliche Diskriminierungsformen und für eine meritokratische Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Fahnen geschrieben hat. Die Folge ist eine wirtschaftliche und soziale Ordnung, in der die Lebenswelten der alten Mittelklasse verheert sind und ein „progressiver Moralismus“ (83) diese Schichten auch kulturell entwertet. Die regressiven Phänomene beschreiben die Antwort derjenigen, die gegenüber einer Welt, „in der sich Universalismus und Kosmopolitismus in symbolisches und ökonomisches Kapital ummünzen ließen“ (113) – so *Eva Illouz* –, ihren Platz wieder einklagen und eben dazu eine zutiefst anti-egalitäre Politik des religiösen oder ethnischen Partikularismus befürworten. Die Diagnose führt hier zur Forderung einer Erneuerung der Linken, die glaubhaft die Interessen der Schlechtgestellten vertritt (vgl. *Robert Misik*). Nur auf diese Weise könne es gelingen, den rechtspopulistischen Einsätzen im Streit um Differenz und Gleichheit effektiv zu begegnen. Fraser ist indes eindeutig darin, dass ein solches Projekt auch bedeuten muss, den vorherrschenden Emanzipationsbegriff selbst neu zu fassen und um eine Politik des sozialen Ausgleichs zu ergänzen.

Auch *Wolfgang Streeck* attestiert einen „Kulturkampf besonderer Art“ (260), in dessen Zuge der in den Foren sozialer Medien eingeübte und an der Wahlurne zunehmend sichtbar gewordene Protest gegen die materiellen Folgeerscheinungen eines globalisierten Kapitalismus als unangemessen disqualifiziert wird. Und so

würdigt Streeck, dass die neo-protektionistischen Programmatiken von Theresa May und Donald Trump zumindest „die Politik ins Spiel zurück[holen]“ und „ihr die zu Globalisierungsverlierern gewordenen Mittel- und Unterschichten nachhaltig in Erinnerung“ bringen (270). Dass eine solche Diagnose einer doppelten Entwertung zu regressiven Kehrtwenden führen kann, demonstriert insbesondere der Beitrag von *Paul Mason*. Auch für ihn hängt eine neoliberale Formation des Sozialen notwendig mit den nationalistischen und xenophoben Einstellungen auf Seiten der Ausgeschlossenen zusammen. Nötig sei deswegen eine linke Politik, die sich einem narrativen Konflikt stellt, in dem dieser Zusammenhang seine Wirkung hat, ist doch der Erfolg des eigentlich fragilen Neoliberalismus genau der Umfang der Mittel, die aufgewendet wurden, um „Millionen von Menschen eine neue Erzählung aufzuzwingen“ (153). Dass aber auch diese andere Erzählung eine zwingende ist, führt Mason mit einer Rigorosität vor Augen, die nur als unsäglich (so auch Frieder Vogelmann in seiner Besprechung auf *Soziopolis*, <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/stichworte-zur-politischen-situation-der-zeit/>, letzter Aufruf, 1.6.2018) zu bezeichnen ist. So gehört zum Repertoire der Maßnahmen, dass „wir eine [...] Industriepolitik betreiben [müssen], die Industriearbeitsplätze in die nördliche Hemisphäre zurückbringt, gleichgültig, welche Auswirkungen dies auf das Wirtschaftswachstum in der südlichen Hemisphäre hat“ – schließlich seien die Effekte, die der propagierte „Globalisierungsstopp“ für den globalen Süden bedeutet, „eine nachrangige Frage für die Bevölkerung der Nordhalbkugel.“ (171f) „Wir“ leben in regressiven Zeiten – dies veranschaulicht der Band auf vielseitige Weise. Ebenso, dass über Auslöser, Beschreibung und Gegenstrategien Unklarheit herrscht. In den Beiträgen von Streeck und Mason hat das Rückfahrticket aus der Regression in den Container des Nationalen jedenfalls selbst eine regressive Note.

Felix Anderl, Laura Gorriahn & Johannes Haaf
<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.08>

Bettina Engels & Kristina Dietz (Hg.): *Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land*. London: Palgrave-Macmillan 2017, 273 Seiten (<https://doi.org/10.1057/978-1-137-58811-1>)

In Zeiten zunehmender Kämpfe um Land, insbesondere im Kontext von Bergbauprojekten und agro-industrieller Expansion, ist der vorliegende Sammelband ein wertvoller und zeitgemäßer Beitrag in der kritischen Extraktivismus-Literatur. Die Stärke des Bandes zeigt sich zum einen in dem weiten empirischen Spektrum, welches sich nicht nur auf klassische Bergbau-Fälle in Lateinamerika beschränkt, sondern auch agrarindustrielle Beispiele sowie die Regionen Subsahara-Afrika und Südostasien einschließt. Zum anderen knüpfen die Herausgeberinnen mit ihrem konzeptionellen Schwerpunkt an aktuelle kritische raumtheoretische Debatten in der Politischen Ökologie an.

Die Kernfrage, die sich als roter Faden durch das Buch zieht, befasst sich mit den soziopolitischen Implikationen von Ressourcenkämpfen sowie, umgekehrt, mit staatlichen und gesellschaftlichen Einflüssen auf eben diese. Alle Autorinnen und

Autoren bedienen sich kritischer Konzepte zum Staat, der nicht nur als strukturelles Gebilde verstanden wird, sondern als „unkämpftes Feld der Macht“ (10). Unter Bezugnahme auf anthropologische, politikwissenschaftliche und geografische Perspektiven werden Konflikte um extraktivistische Projekte als materielle und zugleich als Kämpfe um die politische Ordnung verstanden.

Das Buch bringt mehrheitlich empirische Artikel, die von einem gelungenen konzeptionellen Einleitungskapitel und einem pointierten Schlussbeitrag gerahmt werden. In der Einleitung definieren die Herausgeberinnen Kernbegriffe, zeichnen die neuen Akteurskonstellationen der jüngeren Expansionsbestrebungen sowie das transformative Potenzial anti-extraktivistischer Kämpfe nach. Sie zeigen zudem, dass extraktivistische Projekte auf der einen Seite aufgrund verschiedener Interpretationen von Territorialität, Souveränität, Gerechtigkeit, Partizipation und Entwicklungsdiskursen umkämpft sind. Auf der anderen Seite stoßen Minen und Plantagen Transformationsprozesse an, die sich auf (in-)formelle Institutionen und Normen auswirken, kulturelle Identitäten, soziale Beziehungen und Machtgefüge verändern sowie Erwartungen, Abhängigkeiten, neue Lebensrealitäten und politische Zugehörigkeiten schaffen (3).

Anschließend entwirft *Facundo Martín* einen raumtheoretischen Rahmen, um blinde Flecken und Verzerrungen in der bislang vor allem regional geführten Debatte aufzuzeigen. Er verdeutlicht, dass Extraktivismus nicht an einen Ort gebunden ist, sondern durch überlappende Territorialitäten charakterisiert ist (6). Unter Bezugnahme auf Henri Lefebvre, Michel Foucault und Giorgio Agamben diskutiert er die Produktion extraktiver Räume, heterotopen Extraktivismus und lokale Ausnahmezustände. Jedoch stehen die Konzepte mehr nebeneinander, wodurch der Beitrag eher deskriptiv gerät.

Mit Blick auf die kleinbäuerlichen Kämpfe um die Expansion von Palmölplantagen in Kolumbien bringt *Victoria Marin-Burgos* die Aspekte Zugang zu Land, Extraktivismus und Gerechtigkeit zusammen. Unter Verwendung eines multidimensionalen Gerechtigkeitsbegriffs zeigt sie die Auswirkungen territorialer Deprivation, auch wenn der analytische Teil etwas zu kurz gerät. Thematisch etwas aus der Reihe setzt sich *Davide Chinigòs* kritisch mit Gerechtigkeit und Zugang zu Land in Malawi auseinander. Anhand des von der Weltbank finanzierten Umsiedlungsprogramms zur Landumverteilung zeigt er die Grenzen marktorientierter Landreformen sowie deren negativen Externalitäten auf.

Die Diversität der Fallbeispiele kommt besonders bei den vier Beiträgen zum Goldbergbau zum Tragen. *Boris Verbrugge* untersucht die Implikationen für den philippinischen Staatsbildungsprozess und widerlegt die Annahme, dass die Expansion illegalen (Gold-)Bergbaus auf einen schwachen Staat hinweist. *Kristina Dietz* analysiert anhand nationaler Demokratisierungs- und lokaler Konsultationsprozesse, wie soziale Akteur*innen staatliche Behörden in Kolumbien herausfordern und politische Räume „in verschiedenen Größenordnungen“ (140) nutzen. *Bettina Engels* widmet sich ebenfalls den Effekten multi-skalarer Strategien. Sie zeigt, wie in Burkina Faso marginalisierte Akteur*innen mit limitierten politischen Möglichkeiten lokal und spontan Widerstand gegen industrielle Goldbergbauprojekte leisten – ohne

Unterstützung von den im urbanen Raum gut organisierten sozialen Bewegungen. *Gordon Crawford & Coleman Agyeyomah* erläutern, wie Korruption und Kooption in Ghana chinesischen Investoren Zugang zum Kleingoldbergbausektor verschaffen, der gesetzlich „für Ghanaer*innen reserviert ist“ (73). Ihr Beitrag hätte freilich von einer raumtheoretischen Einordnung profitiert. Etwas losgelöst vom konzeptionellen Rahmen sind die folgenden beiden Texte. *Stefan Peters* entwickelt aus seiner Kritik an der Ressourcenfluch-Theorie und gängigen Rentenökonomieansätzen ein innovatives Renten-Gesellschafts-Konzept. Damit untersucht er nicht nur institutionelle Veränderungen von Machtgefügen, sondern auch „lokale Transformationen von Klassenstrukturen, sozialen Beziehungen, Gewohnheiten und Konsummustern“ (57) im Rentenstaat Venezuela. Wie veränderte Rahmenbedingungen zu Beginn der 2000er Jahre unter der „pinken Welle“ in Argentinien und Brasilien die politischen Möglichkeiten kleinbäuerlicher Bewegungen eingeschränkt haben, zeigt *Renata Motta*. In den beiden Ländern wurden nicht nur die Forderungen der Bewegungen überhört, deren Mitglieder sahen sich zudem zunehmend mit Gewalt und Kriminalisierung vonseiten der linken Regierungen konfrontiert.

Schließlich diskutiert *Jonas Wolff* den Nexus von Demokratie, Territorialität und Widerstand gegen Extraktivismusprojekte und differenziert zwischen projektspezifischen Konflikten und Widerstand gegen das extraktivistische Entwicklungsmodell. Er verweist kritisch auf bestehende normative Annahmen im Forschungsfeld, den „Unterschied zwischen der kritischen Agency von ‘lokalen Akteur*innen’ und der kritischen Perspektive der Forscherin bzw. des Forschers“ (247).

Abschließend ist die Vielfalt des Bandes besonders positiv hervorzuheben, auch wenn mancher Beitrag etwas zu deskriptiv geraten ist. Dies wird jedoch durch den stets präsenten konzeptionellen Rahmen aufgefangen. Den Herausgeberinnen ist es zudem gelungen, die Beiträge zueinander sprechen zu lassen.

Anne Hennings

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.09>

Werner Ruf: *Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror*. Köln: PapyRossa 2016, 156 Seiten

Dieses Büchlein bietet eine fundierte Einordnung des Phänomens *Islamischer Staat* in den historischen Kontext geopolitischer Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Es beginnt mit dem Niedergang des Osmanischen Reiches, der durch die Durchsetzung des Freihandels und die Unterstützung von Nationalismen beschleunigt wurde, und leitet zur grundlegenden Neuaufteilung der Region im Ersten Weltkrieg in strategische und wirtschaftliche Interessengebiete des Westens über. Zentral hebt Werner Ruf die Konferenz von Sèvres (1916) heraus, die bis zum Syrienkrieg (seit 2012) die territoriale Ordnung der Region geprägt und bis heute ungelöste Probleme hinterlassen hat – den Palästina-Israel-Konflikt, die Kurdenfrage, das Scheitern eines (pan-)arabischen Staates. Säkulare Nationalstaaten wurden von den damaligen globalen Hegemonialmächten England und Frankreich als einzig denkbare Herrschafts-

form gesehen, die den divergierenden Zielsetzungen des „ethnisch-konfessionellen Flickenteppich(s)“ (19) gerecht werden konnten.

In den folgenden Jahrzehnten prägte die auf Kontrolle über die Ölquellen ausgerichtete Politik vor allem der USA die Machtverhältnisse in der Region, die mit der Vernichtung des Irak als regionalem Akteur nach der US-geführten Intervention 1990 in die sich aktuell zuspitzenden Polarisierung zwischen Saudi-Arabien und Iran mündete. Die Folgen der erneuten Intervention 2003 schufen die Grundlage für den Aufstieg des Islamischen Staates im Irak. Ruf geht gesondert auf die Entwicklung des politischen Islam und den Versuch, ihn zu unterdrücken, sowie auf den saudischen Export des Wahhabismus ein und erläutert dann den Aufstieg des politischen Islam im Kontext des sogenannten Arabischen Frühlings.

Anschließend entwickelt Ruf sein Hauptargument: Zurzeit werde die hundertjährige Ordnung des Nahen Ostens durch eine ethnisch-konfessionell geprägte Neuordnung ersetzt. Er weist nach, dass das Engagement zahlreicher Akteure, unter denen der Islamische Staat nur einer unter vielen Gewaltakteuren sei, die Herausbildung dieser Neuordnung befördert. Die Eingriffe des Westens wie Waffenlieferungen an dschihadistische Kampfgruppen und die Schwächung der schiitischen Achse trügen zu eben dieser Konfessionalisierung und Ethnisierung der regionalen Gesellschaft bei. Neben Syrien, der Türkei, dem Irak, dem Jemen, Saudi-Arabien und dem Iran entwickle sich auch Israel zu einem ethno-religiösen Staat. Ruf kritisiert scharf das verbreitete Narrativ, dass die Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten Hauptursache des anhaltenden Krieges in Syrien sei: Diese den öffentlichen Diskurs dominierende Deutung sei irreführend und geeignet, die machtpolitischen Gründe für das vielfach gewaltsame Engagement zu verschleiern.

Durch politisch-ökonomische Analysen der Interessen der wichtigsten Akteure vermittelt Ruf ein vertieftes Verständnis strategischer Entscheidungen, die den Krieg in Syrien zu einem anhaltenden und immer komplexeren regionalen Gewaltkonflikt, unter anderem unter Einbezug des Jemen, gemacht haben. Das Narrativ von Werner Ruf unterscheidet sich von den zahlreichen Veröffentlichungen über die Hintergründe der Gewalt im Nahen Osten durch eine konsequente politisch-ökonomische Interessenanalyse. Zu diesem Zweck bezieht Ruf systematisch Quellen ein, die die hinter den Kriegen in der MENA-Region stehenden Geschäfte und geostrategischen Wirtschaftsinteressen belegen. Insgesamt sei der arabische Raum als eine Arena einzuordnen, in der die neoliberale Globalisierung soziale Antagonismen verschärft habe, was im sogenannten Arabischen Frühling klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Entstehung einer dschihadistischen Internationalen, zu der auch der Islamische Staat gehört, sieht Ruf als Zeichen einer sich vertiefenden globalen gesellschaftlichen Spaltung.

Die Analyse endet mit der dritten Verhandlungsrunde von Genf 2015. Damit bietet das Buch eine gut aufgearbeitete Hintergrundanalyse für den Einbezug der dschihadistischen Gruppen und den Ausschluss der kurdischen Organisationen während der immer wieder scheiternden Friedensverhandlungen. Auch wenn die weiterhin wechselnden Konstellationen und Allianzen den Stand der Aufarbeitung des Buches in Teilen überholt haben, hat die systematische Aufzeichnung der großen Linien,

die hinter den Gewaltkonflikten in der Region stehen, nichts an Erklärungswert und Aktualität eingebüßt.

Einige wenige Aussagen sind veraltet (z.B. zur Macht privater Sicherheitsfirmen in Afghanistan) oder stellen Interessenlagen einseitig dar (z.B. das vermutete große Interesse der USA an den Ölquellen des Nahen Ostens, ohne auf Alternativen wie Fracking einzugehen). Es fehlt eine Analyse des Engagements Russlands, dessen sehr knapp dargelegte Interessen die spätere Rolle bei der Ausrichtung von Friedensverhandlungen nicht erklären können. Andererseits bestätigen neuere Entwicklungen wie die Isolierung Katars die im Buch historisch ausgeloteten Hegemoniebestrebungen Saudi-Arabiens, das sich damit eines starken Rivalen zu entledigen versucht. Der Kriegseintritt der Türkei unterstreicht die im Buch herausgearbeitete zentrale Bedeutung der Kurdenfrage in den derzeitigen Kämpfen. Beide Entwicklungen unterstützen die Argumentation des Buches in Bezug auf die fatale Rolle der Politik des Westens in diesem Kriegsgeschehen. Indem er unterschiedliche Kriegsparteien mit gegenläufigen Zielen gleichzeitig unterstützt, agiert der Westen kontraproduktiv und trägt so zum Scheitern der bisherigen Vermittlungsversuche bei.

Das Buch ist in einer lebendigen, auch für Laien gut lesbaren Sprache geschrieben. Dabei belegt Ruf dennoch alle zentralen Aussagen mit Quellen aus wissenschaftlichen und politischen Dokumenten, Hintergrundanalysen internationaler AutorInnen, Zeitungs- und Internetartikeln sowie eigenen Interviews mit Persönlichkeiten des Zeitgeschehens.

Elke Grawert

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.10>

Ulrich van der Heyden: *Der Dakar-Prozess. Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika*. Kiel: Solivagus 2018, 185 Seiten

Die Dakar-Konferenz 1987 gehörte mit Sicherheit zu den hoffnungsvollsten Ereignissen in der Endphase des Apartheidssystems in Südafrika, die von großer Gewalt, Unsicherheit der südafrikanischen Bevölkerung und zunehmender internationaler Isolation gekennzeichnet war. Mit internationaler Hilfe gelang es apartheidskritischen oder zumindest unter dem Druck der Ereignisse verhandlungswilligen Mitgliedern des politischen Establishments, Kontakt mit Mitgliedern der im Exil befindlichen ANC-Führung aufzunehmen und deren Delegation auf „neutralem Boden“ zu treffen. Diese Gespräche waren der bekannteste Versuch, eine diplomatische Annäherung zwischen den verhärteten Fronten zu erreichen.

Die prägnanteste These dieser Monographie findet sich schon im Titel: Van der Heyden geht davon aus, dass Dakar ein politisches Schlüsselereignis im Südafrika der 1980er Jahre war und einen „Prozess“ auslöste, der noch heute in Südafrika politisch positiv fortwirkt (vgl. 7). Diesen Gedanken entfaltet er in einer nicht konsistent chronologischen Gliederung.

Während die ersten drei Kapitel den Kontext der Dakar-Konferenz und den Forschungsstand darstellen, befassen sich die nächsten zwei Kapitel mit der Schilderung der Teilnehmer und des konkreten Konferenzablaufs. Hiernach entscheidet sich

der Autor für einen eingeschobenen Rückblick, der die Anbahnung der Gespräche behandelt, nur um sich in den darauffolgenden Kapiteln der Rolle Moskaus (achtes Kapitel) und „direkte[r] ausländische[r] Unterstützung der Dakar-Gespräche“ (neuntes Kapitel), hier im Wesentlichen mit der Rolle der BRD und der DDR, zuzuwenden. Das nächste Kapitel widmet sich wieder den „Ergebnisse[n] der Gespräche in Dakar“. Schließlich nimmt van der Heyden schlaglichtartig die Folgekonferenz in Leverkusen 1988 und das *Zimbabwe Institute for Southern Africa* in den Blick, um deren Rolle für den von ihm diagnostizierten „Dakar-Prozess“ zu erkunden. Intendierter Höhepunkt des Buches ist die „Edition von vier Dokumenten“, wie es im Inhaltsverzeichnis heißt. Es handelt sich hierbei um teils öffentliche Erklärungen (die *Dakar Declaration* und die Pressemitteilung der teilnehmenden Delegation aus dem *Institute for Democratic Alternatives in South Africa* [IDASA]), teils Mitschriften deutscher Beobachter.

Das Vorwort von Ian Liebenberg, Direktor des *Center for Military Studies* in Stellenbosch (Südafrika), gibt sich in der Einordnung der Dakar-Konferenz noch etwas zurückhaltender als van der Heyden: Dakar solle „nicht überbewertet werden“ (13); es „war [...] kein Allheilmittel. Es war lediglich ein kleiner Schritt in einem bestimmten politischen Kontext. Es war ein durchaus menschlicher Versuch [...]“ (15). Zugleich zeigt Liebenberg einen wesentlichen Schwachpunkt von van der Heydens These auf, nämlich, dass es schon vor Dakar Gespräche zwischen beiden Gruppen gegeben habe (12).

Einer allzu hohen Erwartungshaltung an die gerade mal etwas mehr als 100 Seiten umfassenden, reich bebilderten Ausführungen erteilt der Autor bereits im Literaturüberblickskapitel selbst eine Absage: Es „...sollte nach Ansicht des Verfassers nicht von Deutschland aus versucht werden, die[se] offensichtliche Lücke in der südafrikanischen Historiographie der neuesten Zeit zu schließen, sondern es sollen mit dieser Arbeit lediglich die Vorgeschichte und der Verlauf der Konferenz untersucht und deren Bedeutung in den historischen Kontext eingebettet und gewürdigt werden“ (38). Diese Bedeutung erkennt van der Heyden in den der Konferenz folgenden Gesprächen (ebd.). Dies stellt eine deutliche Abschwächung der Titelthese im Sinne Liebenbergs dar. Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen beiden Bedeutungen, d.h. Dakar als Meilenstein eines Dialogprozesses oder Dakar als bedeutender Teil des Transitionsprozesses („Anfang vom Ende der Apartheid“), im ganzen Buch nicht trennscharf gehandhabt. So fasst der Autor Dakar als Meilenstein der friedlichen Transition Südafrikas auf, während er gleichzeitig die Gespräche mit Mandela erwähnt, die schon lange vor der Konferenz begannen (77). Im „Fazit“ kehrt er schließlich zur Titelthese zurück und sagt dezidiert, dass die Dakar-Gespräche den Transitionsprozess im Apartheidssüdafrika „einleiteten“ (111).

Der Vorsatz „von außen“ auf die Geschehnisse zu blicken, wird rasch von dem Eindruck durchbrochen, es hier in erster Linie mit der Blickrichtung der afrikaanssprachigen Delegation zu tun zu haben, was der Auswahl der Quellen geschuldet sein mag. Da wird betont, wieviel Mut die Dakar-Gespräche von den beteiligten weißen Südafrikaner*innen erfordert hätten (46/86) und gleichzeitig verständnislos darauf geblickt, dass der Exil-ANC die Identität seiner Teilnehmenden erst kurz vor der

Konferenz mitteilte (58); Sicherheitsbedenken der Widerstandsbewegung werden in diesem Zusammenhang noch nicht einmal erwähnt. So gerät ihm Dakar im Wesentlichen doch zum von afrikaanssprachigen, weißen Südafrikaner*innen errungenen Meilenstein. Oftmals spielt neben der Auswahl der Quellen auch die Neigung des Autors, umfassende Zitate für sich sprechen zu lassen, diesem Eindruck vermutlich unbeabsichtigt in die Hände: In epischer Breite zitiert van der Heyden beispielsweise einen deutschen Beobachter, den Schriftsteller Hans Christoph Buch. Dieser glaubte in Dakar zu erkennen, dass der „Verbalradikalismus“ einiger ANC-Delegierter nur ihre „reale Ohnmacht gegenüber der Apartheid“ kompensiere, und er verglich den Widerstand gegen die Apartheid gar mit 1968 in Deutschland (64). Hier hätte man sich die kommentierende und korrigierende Hand des Autors gewünscht; anderenfalls entsteht so leicht der Eindruck, der politische Erfolg, durch Widerstand das politische Establishment überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen zu haben, solle subtil den Akteur*innen des ANC und anderen Aktivist*innen entzogen werden. Konsequenterweise wird diese Perspektive zu Ende geführt: Die Enttäuschung weißer Teilnehmer*innen von der Nachapartheidsregierung stellt der Autor schließlich auch fast sympathisierend dar (91f). Dies mündet in die Gleichsetzung der derzeitigen ANC-Regierung mit dem vorangegangenen Regime: „Statt der weißen Herren regiert nun genauso selbstherrlich eine Kaste vornehmlich Schwarzer das Land, welche sich selbst bereichert und die ehemals erhofften Veränderungen paralyisiert hat.“ (92)

Dieses Narrativ, welches van der Heyden entfaltet, steht anderen Analysen entgegen, welche bei Soweto oder Sharpeville den Scheitelpunkt des Apartheidssystems sehen. Während der Lektüre verstärkt sich so der Eindruck, dass die Aufwertung der Gespräche von Dakar das indirekte Ergebnis einer sehr gerichteten, keineswegs rein beobachtenden Perspektive ist, aus der van der Heyden die Vorgänge beleuchtet. Seine Betrachtung bleibt, gerade auch in Bezug auf die internationale Einbettung der Konferenz, schlaglichtartig und oberflächlich, der Schreibstil ausschweifend und wenig fokussiert. Es hilft nicht, dass der Text zudem von erläuternden Kästen durchbrochen wird, die grundsätzliche Begriffsdefinitionen und Erläuterungen zu Personen enthalten. Diese sind zudem ihrerseits problematisch, so etwa, wenn Afrikaans als „jüngste europäische Sprache“ (46) vorgestellt oder „Mischlinge“ als vertretbare deutsche Entsprechung des südafrikanischen Ausdrucks „Coloureds“ (56) bezeichnet wird.

Abgesehen vom zumindest umstrittenen Wortgebrauch wäre es hilfreich gewesen, hätte van der Heyden sich genauer mit der Zielgruppe seiner Ausführungen auseinandergesetzt. Für eine wissenschaftliche Darstellung wirkt die Monographie insgesamt zu wenig strukturiert und analytisch – für eine allgemeine Einführung für Fachfremde, worauf die Textkästen ja hinzuweisen scheinen, nicht umfassend und letztlich auch nicht sachlich genug.

Claudia Berger

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.11>

Leena Vastapuu: *Liberia's Women Veterans. War, Roles and Reintegration.* London: Zed Books 2018, 214 Seiten

Liberia hätte in vieler Hinsicht ein Musterstaat sein können – historisch und frauenpolitisch – doch die Lebensrealität junger Liberianerinnen ist davon weit entfernt. Wie sich der Nachkriegsalltag von ehemaligen Kämpferinnen gestaltet, illustriert die finnische Friedensforscherin Leena Vastapuu in der vorliegenden Publikation, die auf ihrer Dissertation an der Universität Turku und damit verbundenen Forschungsaufenthalten zwischen 2012 und 2014 beruht.

Um den biographischen Zugang der Autorin zu verstehen, der den Großteil des Buches ausmacht, sind auch in dieser Rezension einige historische und wirtschaftspolitische Kontexte zu erläutern, die im Vorwort sowie in der Einleitung kurz skizziert werden: Das kleine Land an der westafrikanischen Küste – reich gesegnet mit gutem Zugang zum Meer und Exportgütern wie umfangreichen Eisenerzvorkommen, wertvollen tropischen Hölzern, Kautschuk sowie etlichen Agrarprodukten für lokale und internationale Märkte – galt als ideales Siedlungsgebiet für befreite Sklavinnen und Sklaven. Es wurde bereits 1847 unabhängig und als „Land der Freien“ titulierte; als solches hätte es eine Erfolgsgeschichte schreiben können. Denn gerade die USA, die für die dortige Ansiedlung freigelassener Sklavinnen und Sklaven warben, pflegten intensive wirtschaftliche Beziehungen mit dem neuen Staat. Die politische Macht übernahmen so genannte Americo-Liberianer, Nachfahren der freigelassenen Sklavinnen und Sklaven. Allerdings ließen sie die Rohstoffe auf Kosten der lokalen, bereits seit Jahrtausenden dort siedelnden Bevölkerung ausbeuten. Deren politische Autoritäten erhielten auch keine gleichen Mitspracherechte.

1980 putschte sich General Samuel Doe, der einer kleinen Ethnie aus dem Landesinneren angehörte, an die Macht. Jedoch setzte auch er sich in diesem multi-ethnischen Land nicht für die verarmte, ausgebeutete und marginalisierte Landbevölkerung ein. Vielmehr kam seine Herrschaft nur wenigen Günstlingen aus seinem Herkunftsgebiet zu Gute, wie die Autorin ausführt. Doe kürzte sogar die bereits geringen Staatsausgaben für Bildung und Gesundheit, gleichzeitig ging er brutal gegen Kritiker vor.

Deshalb hatte der Warlord Charles Taylor ein leichtes Spiel, als er Ende Dezember 1989 einen Guerillakrieg anzettelte und diesen mit geraubten Diamanten aus dem Nachbarland Sierra Leone finanzierte. Mit einer kurzen Zwischenphase in den 1990er Jahren dauerte der Krieg bis 2003 an. Taylor ließ sich 1997 sogar zum Präsidenten wählen, während Milizen, die gegen ihn agitierten und untereinander konkurrierten, weiter mordeten. In allen Kampfgruppen bildeten Kindersoldatinnen und -soldaten die Mehrheit; viele wuchsen während der Kriegsjahre auf und kannten nur Gewalt als Mittel zur Existenzsicherung. Diese Strukturprobleme veranschaulicht das Buch detailliert. Ein mühsam ausgehandelter Friedensvertrag ebnete schließlich den Weg zu regulären Wahlen.

2005 kam Ellen Johnson Sirleaf als erste Präsidentin eines afrikanischen Staates an die Macht. Die erfahrende Finanzexpertin, die viele Jahre für die UN-Entwicklungsorganisation UNDP gearbeitet und sogar eine international vergleichende

Studie über Frauen in Kriegen durchgeführt hatte, galt für viele als Sinnbild für eine friedlichere und bessere Zukunft – insbesondere für Frauen und Mädchen. Auch die internationalen Geber setzten hohe Erwartungen in die mütterliche oder gar großmütterliche Präsidentin, die durch ihre beruflichen Erfahrungen die Geberlandschaft kannte. Zwar wurden unter ihrer bis Ende 2017 dauernden Präsidentschaft etliche Gesetzesnovellen und Rechtsreformen verabschiedet, die Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen sollten. Doch an der Umsetzung haperte es; das betraf auch die nationale Gender-Politik. Deshalb ist der Alltag zahlloser ehemaliger Kämpferinnen weiterhin von grassierender Armut, mangelndem Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum, zu Infrastruktur und Gesundheitseinrichtungen geprägt. Hinzu kommen Gewalt in Partnerschaften, psychische Probleme sowie Drogenkonsum. Diese Schwierigkeiten erläutert die Autorin sehr ausführlich an Einzelschicksalen.

Gemeinsam mit Forschungsassistentinnen vor Ort hat Vastapuu mit insgesamt 133 ehemaligen Kämpferinnen gesprochen. Hier hätte man sich eine Erläuterung der Auswahlkriterien gewünscht, nach denen die Autorin ihre Gesprächspartnerinnen ausgewählt hat. Auch die Aufteilung der Arbeit zwischen der Wissenschaftlerin und ihren liberianischen Assistentinnen hätte genauer erläutert werden können. Methodisch außergewöhnlich war das Vorgehen der Autorin: Sie hat an die ehemaligen Kombattantinnen einfache Kameras verteilt, damit diese selbst ihren Alltag fotografieren. Diese Fotos boten eine Grundlage zu Gesprächen über Selbstbilder, Überlebensstrategien, Probleme, Wünsche, soziale Beziehungen und Kriegserinnerungen. Diese Fotos sind im Buch zum Schutz der ehemaligen Kämpferinnen nicht veröffentlicht, sondern nur einzelne darauf bezugnehmende Skizzen der Künstlerin Emmi Nieminen.

Bei den so inszenierten Gesprächen wurde deutlich, dass es nach dem Krieg nur wenigen gelang, regelmäßig an Bildungsprogrammen teilzunehmen oder kontinuierlich im informellen Sektor zu arbeiten. Im Idealfall haben Familienmitglieder die kriegerischen Gewaltorgien überlebt. Diese unterstützten nun die jungen Frauen und ihre oft während der Kriegsjahre geborenen Kinder. Gesellschaftliche Stigmatisierung hielt einige ehemalige Kämpferinnen davon ab, in ihrem alten oder neuen sozialen Umfeld über den Krieg zu sprechen.

So boten die geliehenen Kameras ein Vehikel für Dialoge zwischen der Forscherin bzw. ihren Assistentinnen und den Ex-Kämpferinnen. Zu deren Schutz tauchen in dieser Publikation keine Fotos auf, nur einzelne darauf bezugnehmende Skizzen der Künstlerin Emmie Nieminen.

Die Vorkriegssituation und die persönlichen Motive zur Kriegsteilnahme werden im Buch kurz gestreift, anschließend wird die Aufgabenvielfalt im Krieg genauer beschrieben. Auch Überlebenstaktiken, wie eheähnliche Beziehungen zu Kommandanten, oder die eigenständige Übernahme des Kommandos von kleinen Guerillaeinheiten kommen zur Sprache. Die ehemaligen Kämpferinnen stellen sich in ihrer Kombattantenrolle dar, gelegentlich benennen sie auch die von ihnen ausgeübte oder angeordnete Gewalt. Zudem erwähnen sie sexualisierte Gewalt, die ihnen persönlich widerfahren ist. Vastapuu präsentiert ihre Gesprächspartnerinnen dennoch nicht als

Opfer, sondern als Akteurinnen mit situationsspezifischen Handlungsoptionen und -beschränkungen.

Großen Raum nehmen auch die Hindernisse zur Teilnahme an Entwaffnungs- und Reintegrationsprogrammen ein. Diese umfassten Falschinformationen, Machtkonflikte zwischen martialischen Kommandanten und untergeordneten Mädchen bzw. Frauen, mangelhafte Schätzungen hinsichtlich der Zahl der Kämpferinnen, fehlerhafte konzeptionelle Grundannahmen über die Aufgaben und die Mitwirkung von jungen Mädchen und Frauen in kämpfenden Einheiten. Auch an der finanziellen Ausstattung und organisatorischen Durchführung der Demobilisierungsprogramme bzw. Reintegrationsangebote haperte es.

Diese Detailkritik und die persönlichen Kriegserinnerungen der ehemaligen Kämpferinnen setzen ein hohes Maß an Vertrauen gegenüber der Autorin bzw. ihren Assistentinnen voraus. Die finnische Friedensforscherin reflektiert über die individuellen Berichte mit Bezug auf einige psychologische, friedenspolitische und postkoloniale Ansätze. Feministische Standpunkte spielen ebenfalls in ihre Analyse hinein. Eine breitere Debatte des Forschungsstands und damit verbundener Diskussionen wäre wünschenswert gewesen.

Auch die Frage nach der individuellen Verantwortung der ehemaligen Kämpferinnen für angeordnete und durchgeführte Kriegsverbrechen wird im Buch vermieden. So bleibt offen, ob man mit einer selektiven Orientierung auf aktive Kombattantinnen den jungen Frauen gerecht wird, die sehr widersprüchliche Kriegserfahrungen gemacht haben und unter Nachkriegstraumatisierungen leiden, zumal letztere möglicherweise nicht nur auf die erlittene, sondern auch selbst verübte Gewalt zurückzuführen sind. Zur Diskussion über solche Fragen und die weitere, friedens- und entwicklungspolitisch relevante Forschungskontroverse über junge Frauen und Mädchen in und nach Kriegen lädt dieses Buch gleichwohl ein.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.12>

Lila Chouli: *Le contre-pouvoir étudiant au Burkina Faso*.
Paris: Fondation Gabriel Péri 2018, 223 Seiten

Studierende stellen in vielen Staaten Subsahara-Afrikas eine bedeutende politische Kraft dar. Gerade in Staaten, in denen der industrielle Sektor relativ klein und infolge die organisierte Arbeiter*innen-Bewegung eher schwach ist, sind Bewegungen von Schüler*innen und Studierenden zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors allgemein und jenen im Bildungsbereich insbesondere, häufig zentrale Akteure in den Kämpfen für demokratische und soziale Rechte. Burkina Faso ist ein typisches Beispiel hierfür. Wie in vielen anderen Staaten auch zeichnet sich die Landschaft sozialer Kämpfe dort seit der formalen Unabhängigkeit 1960 durch eine starke Studierendenbewegung aus. Ihre politischen Ziele und Forderungen beschränken sich keinesfalls auf den Bildungsbereich, sondern waren und sind darüber hinaus auf das politische und ökonomische System gerichtet.

Lila Chouli zeichnet die Geschichte der burkinischen Studierendenbewegungen und ihrer zentralen Organisationen, der 1960 gegründeten *Union Générale des Etudiants Burkinabé* (UGEB – *Generalunion der burkinischen Studierenden*) bzw. ihrer Untergliederung an der Universität von Ouagadougou, der *Association nationale des étudiants burkinabé* (ANEB – *Nationale Burkinische Studierendenvereinigung*) nach. Die Autorin zeigt, wie sich die Bewegung mit den politischen Kämpfen im Land entwickelt hat, wie die organisierte Studierendenschaft in Opposition zu den Herrschenden im Staat gestanden hat und steht und deshalb mit Repressionen konfrontiert war und ist. Wie viele andere Bewegungen in Burkina Faso und in weiteren ehemaligen französischen Kolonien hat sich die burkinische Studierendenbewegung unter dem Einfluss der kommunistischen Partei und der ihr nahestehenden Organisationen Frankreichs entwickelt und ist marxistisch orientiert. In den internen Kämpfen der kommunistischen Gruppen in Burkina Faso setzte sich in den 1970er und 1980er Jahren die *Parti Communiste Révolutionnaire Voltaïque* (PCRVR – *kommunistische revolutionäre Partei Voltas*) durch, an deren Gründung im Jahr 1978 die Studierendenbewegung maßgeblich beteiligt war. Diejenigen Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen, die einer gemeinsamen politisch-ideologischen Linie folgen, sind in Burkina Faso eng vernetzt; personelle Überschneidungen zwischen der Studierenden-, Jugend-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung sind üblich. Dies zeigt auch Choulis Darstellung. Hand in Hand mit den anderen Organisationen war die organisierte Studierendenschaft maßgeblich an der Mobilisierung zu den Massenprotesten ab 2011 beteiligt, die im Oktober 2014 in den Sturz des langjährigen Präsidenten Blaise Compaoré (1987-2014) mündeten.

Hervorragend informiert auf der Grundlage umfassender Primärquellen verfolgt Chouli die intensiven Kämpfe der Studierenden in den 1990er Jahren, bei denen immer wieder Aktivist*innen verschwanden oder ermordet wurden. Der erste und wohl bekannteste Fall war die Ermordung von Dabo Boukary im Mai 1990. Bis heute fordern die UGEB und ANEB die Aufklärung der genauen Umstände seines Todes und die Verurteilung der Verantwortlichen. Obwohl die Studierendenbewegung seither viel erreicht hat – beispielsweise nach massiven Protesten 1996-1997 die Einführung des staatlichen Stipendiensystems „Aide FONER“ (*Fonds National pour l'Éducation et la Recherche – Nationaler Fond für Bildung und Forschung*) – sind die Forderungen bis heute weitgehend dieselben: Ausbau der staatlichen Studienförderung, Verbesserung der Qualität und Senkung der Kosten für Mensaverpflegung und Wohnmöglichkeiten auf dem Campus sowie der öffentlichen Verkehrsanbindung, Verbesserung der katastrophalen Raumsituation und Unterrichtsbedingungen, Gewährleistung der demokratischen Rechte für die studentischen Organisationen (Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit). Angesichts der nach wie vor für die allermeisten Studierenden katastrophalen Lebens- und Studienbedingungen ist dies kaum überraschend. Immer wieder richteten sich die Proteste auch gegen die Auswirkungen der von den internationalen Finanzinstitutionen vorangetriebenen „Strukturanpassungsmaßnahmen“, etwa gegen die Verdopplung der Höhe der Einschreibegebühren im Jahr 2002.

Neben zahlreichen Artikeln und nach *Chronique sur le mouvement social de 2011* (Tahin Party 2012) und *Boom minier au Burkina Faso* (Fondation Gabriel Péri 2014) ist der vorliegende Band Choulis drittes Buch über soziale Kämpfe in Burkina Faso. Zugleich ist es ihr letztes Werk: Die Autorin, 1977 in Nordfrankreich als Tochter franco-algerischer Eltern geboren, starb 2016. Die auf Initiative der französischen kommunistischen Partei (*Parti communiste français* – PCF) gegründete Stiftung *Fondation Gabriel-Péri*, ein linker *Think Tank*, hat das Buch posthum veröffentlicht. Chouli selbst konnte das Schlusswort nicht mehr schreiben. Dies hat *Laurent Ouedraogo* übernommen, der selbst seit vielen Jahren in der Studierenden- und Jugendbewegung und in der Koordination und Vernetzung der sozialen Kämpfe in Burkina Faso aktiv ist.

Es ist ein ganz besonderes Buch – nicht nur, weil es wohl keine zweite so sorgfältig recherchierte, detail- und kenntnisreiche Studie einer afrikanischen Studierendenbewegung gibt. Chouli kannte die sozialen Kämpfe in Burkina Faso wie kaum eine andere externe Beobachterin. Sie hat sich nie einseitig als Forscherin, Journalistin oder Aktivistin verstanden, sondern ihre Arbeit war zutiefst von der Überzeugung geprägt, dass es sich dabei nicht um voneinander zu trennende Tätigkeitsfelder handelt – und dass eine Selbstbezeichnung etwa als „activist scholar“, wie sie sich manch ein*e Wissenschaftler*in gern zuschreibt, entsprechend wenig Sinn macht.

Das Buch zeichnet sich durch eine präzise Analyse auf der Grundlage umfassender und tiefgehender Recherchen aus. Einmal mehr hat Chouli gezeigt, dass eine solche Analyse und eine klare Positionierung zusammengehören. So war die Vorstellung des Buchs an der Universität von Ouagadougou Ende April 2018, gemeinsam mit der wichtigsten burkinischen Menschenrechtsorganisation *Mouvement burkinabè des droits de l'Homme et des peuples* (MBDHP – *Burkinische Bewegung für Menschen- und Völkerrechte*) organisiert von UGEB, zugleich eine Hommage an eine außergewöhnliche, internationalistisch engagierte Autorin. Mit Lila Chouli haben die sozialen Bewegungen in Burkina Faso eine bedeutende solidarische Mitstreiterin verloren.

Bettina Engels

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.13>

Gabriele Beckmann: *Blinde Flecken der Entwicklungszusammenarbeit. Zur Kooperationspraxis lokaler Non-Profit-Organisationen in Bolivien.* Bielefeld: transcript 2016, 311 Seiten

Ausgangspunkt der Analyse im vorliegenden Buch ist die Praxis, welche die Autorin als Entwicklungshelferin in Bolivien sammelte und durch Forschungsphasen zwischen 2001 und 2010 vertiefte. Ihre reichen beruflichen Erfahrungen hat Gabriele Beckmann methodisch und analytisch durch qualitative Interviews, Gruppendiskussionen und Beobachtungen sowie eine Dokumentenanalyse aus einer organisations- und entwicklungssoziologischen Perspektive aufgearbeitet. Besonders interessiert sie sich für die Diskrepanzen zwischen entwicklungspolitischen Versprechen und der praktischen Umsetzung von entwicklungspolitischen Zielen. Es geht ihr darum,

zu verstehen, warum sich eine bestimmte Praxis in Organisationen durchgesetzt hat. Dafür untersucht sie sowohl die interne Handlungslogik der Organisationen als auch die externen Abhängigkeitsverhältnisse, welche aus dem Austausch der Organisationen mit ihrer Umwelt hervorgehen. Sie bietet somit eine detailreiche und theoretisch anspruchsvoll reflektierte Perspektive auf die Praxis von entwicklungspolitisch relevanten Akteuren in der ländlichen Provinz Velasco im ostbolivianischen Tiefland.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen all jene Organisationen, welche durch entwicklungspolitische Geber finanziell unterstützt werden. Dem Prinzip der Vielfalt folgend, liefert die Autorin einen Vergleich zwischen kleineren und größeren Organisationen, welche unterschiedlichen Organisationstypen entsprechen und in den Orten San Ignacio, San Miguel und San Rafael aktiv sind. Als Fallstudien wählt sie zwei lokale Frauenorganisationen (eine Vereinigung zur gegenseitigen Unterstützung des Hausbaus und eine von Töpferinnen), eine Quasi-Genossenschaft *Minga* und mehrere indigene Organisationen und Bürgerkomitees.

Beckmanns Analyse gliedert sich in einen theoretischen Teil, in welchem der analytisch anspruchsvolle Analyserahmen entwickelt wird. Dieser kombiniert drei unterschiedliche Perspektiven: *Erstens* untersucht die Autorin Organisationen als Systeme und analysiert in Anlehnung an Richard Scott deren Wirkung auf die Umwelt sowie den Einfluss der Umwelt auf Organisationen. Dabei konzentriert sie sich auf den Einfluss der Umwelt auf die soziale Ordnung, die beteiligten Mitglieder, die Ziele und Technologien (Strategien). *Zweitens* durchleuchtet sie Wissenskontingente (etwa alltagsweltliches, wissenschaftliches oder professionalisiertes Wissen) und die Handlungslogik in Organisationen. Mit diesem Blick gelingt es ihr, Organisationen nicht nur als Kollektive wahrzunehmen, sondern die individuelle Handlungspraxis und -motive der Mitarbeiter*innen in den Blick zu nehmen. Schließlich stellt sie *drittens* in historischer Perspektive die Verfestigung von Organisationsstrukturen und -praktiken dar. Die Kombination dieser Perspektiven erlaubt es, Organisationen auf der Handlungs- und Prozessebene und als Systeme entlang der sozialen Ordnung zu analysieren, Mitglieder und Beteiligte, Strategien, Technologien und Ziele zu betrachten. Mit diesem multidimensionalen Ansatz wirft Beckmann nicht allein einen komplexen Blick auf Organisationen, sondern schafft neue Ansätze, indem sie die gegenseitigen Einflüsse der vorgestellten Dimensionen miteinander verknüpft und diskutiert.

Vor dem Hintergrund dieser analytischen Perspektiven stellt die Autorin in drei Kapiteln ihre Fallstudien vor. Zuvor jedoch erläutert sie die Forschungsregion und die Organisationsgeschichte. Während sie die historisch koloniale und jesuitische Prägung detailreich erörtert, fällt die Darstellung der jüngeren Geschichte recht knapp aus. Deutlich wird hier, dass die Organisationen erst in den 1970er/80er Jahren entstanden und somit noch recht jung sind. Bei der Vorstellung der Fallstudien gelingt der Autorin, durch ihre detailreiche und dichte Beschreibung einen wertvollen und unverzichtbaren Einblick in die entwicklungspolitische Praxis und Strukturen zu geben. Ferner räumt sie durch den Vergleich der Organisationen mit vielen Vorannahmen der entwicklungspolitischen Praxis auf und widerspricht gängigen Annahmen: Beispielsweise arbeitet sie heraus, dass zahlreiche Organisationen

zwar mit Entwicklungshilfegebern interagieren, aber der Einfluss dieser Kooperation auf die alltägliche Praxis häufig nicht wesentlich ist, etwa bei der Vereinigung der Töpferinnen oder der Genossenschaft *Minga*. Zugleich gebe es nur eine lose Koppelung zwischen Struktur, Zielen und der tatsächlichen Organisationspraxis. Vielmehr prägten Werte und alltäglich verankerte Routinen die Organisation, beispielsweise bei der Vereinigung der Frauen zum Hausbau, deren Praxis durch den Arbeitstausch und kommunale Gemeinschaftsarbeit charakterisiert sei. Auf der Ebene der Systemkomponenten zeigt Beckmann unter anderem eine Diskrepanz in der sozialen Ordnung auf: Demzufolge entsprächen sich die formale und die faktische Ordnung in Organisationen nicht notwendigerweise. Diese Diskrepanz werde durch die entwicklungspolitische Praxis bzw. durch die Expertise entwicklungspolitischer Fachkräfte zugleich aufrechterhalten und verdeckt, wie im Falle der Genossenschaft *Minga*.

Beckmanns präzise Analyse legt also die „Blinden Flecken der Entwicklungszusammenarbeit“ offen. Sie macht deutlich, dass sich die entwicklungspolitischen Hoffnungen an lokale Organisationen als Träger des sozialen Wandels nicht immer verwirklichen. Welche Aspekte dabei eine Rolle spielen können und wie die entwicklungspolitische Praxis dieser Organisationen zu verstehen ist, kann Beckmann vor dem Hintergrund kontextspezifischer Aspekte durch gekonnte Argumentation erklären. Dieses kontextspezifische Wissen ist insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit wertvoll. Zugleich bietet sie über die Entwicklungspraxis hinaus spannende Ansätze zur weiteren Analyse von Organisationen im Globalen Süden.

Antje Daniel

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.14>

Efe Can Gürcan & Efe Peker: *Challenging Neoliberalism at Turkey's Gezi Park. From Private Discontent to Collective Class Action*. New York, US-NY: Palgrave-Macmillan 2015, 202 Seiten (<https://doi.org/10.1057/9781137469021>)

Die Gezi-Bewegung steht für den letzten großen Widerstand gegen die Regierung der türkischen *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (türk. AKP). In den Protesten ab Ende Mai 2013 wurden Hunderttausende politisch sozialisiert. Eine grundlegende Frage, die oft nicht genug Aufmerksamkeit erfährt, ist indes die Klassenbasiertheit dieses Bewegunungszyklus.

Das in Ko-Autorschaft verfasste Buch widmet sich dieser Frage und ist in sechs Kapitel gegliedert. Kapitel 1 enthält eine entschiedene Kritik an Ansätzen im Paradigma „Neuer Sozialer Bewegungen“ (NSB), die auf den Gezi-Widerstand Anwendung fanden. Kapitel 2 setzt sich mit der Behauptung auseinander, die Proteste seien von diffus beschriebenen „Mittelklassen“ (34) ausgegangen. Demgegenüber weisen die Autoren auf einen seit dem Putsch 1980 – in der Sicht der NSB-Schulen die historische Wasserscheide zwischen „alten“ und „neuen“ Bewegungen – voranschreitenden Prozess der „Proletarisierung“ (49) in der Türkei hin, der u.a. mit einem rasanten Anstieg privater Verschuldung (46f) einherging und Lebensläufe auch gut ausgebildeter Menschen prekär werden ließ. Unter Bezugnahme auf Nikos

Poulantzas und Erik Olin Wright stellen sie heraus, dass verschiedene, v.a. säkular orientierte Fraktionen der arbeitenden Klassen im Gezi-Widerstand zusammenfanden. Im Verhältnis zu traditioneller orientierten Fraktionen, die durch paternalistische Arbeitsbeziehungen und Regierungspolitiken, ein aufsteigendes konservatives Gewerkschaftswesen (53f) sowie das Wirken religiöser Wohltätigkeitsorganisationen in den historischen Block der AKP eingebunden wurden (51ff), seien diese in kulturell-ideologischer Hinsicht freier gewesen, Widerstand zu artikulieren. Die Proteste seien also als „Bündnis verschiedener lohnarbeitender Fraktionen“ (50) gegen neoliberale Entrechtung zu verstehen. Kapitel 3 analysiert Facetten der türk-eispezifischen Ausprägung des Neoliberalismus „mit islamischen Charakteristika“ (59f), zentral die Umsetzung von Megaprojekten mit ideologischer Ausrichtung. Die hier erwähnten institutionellen und legislativen Transformationen führen vor Augen, wie durchgreifend die neo-osmanische Politik der Regierung auch nach innen hin umgesetzt wird. Kapitel 4 behandelt organisatorisch-strategische Aspekte des Widerstands. Hier widersprechen die Autoren der Entgegensetzung von Spontaneität und politischer Führung. Letztere verstehen sie als kollektiv und zeigen, dass politische Führung und spontane Aktivität sich gegenseitig stärkten (111). Voraussetzung hierfür sei auch der Rückgriff auf Protesterfahrungen und Bündnisbildungen in den Jahren zuvor (86f et passim). Kapitel 5 wendet sich der Frage nach der Entwicklung politischen Bewusstseins im Protestkontext zu. Auf die unverhältnismäßige Polizeigewalt reagierten die Protestierenden mit „unverhältnismäßigem Verstand“ (117f) als Strategie „kognitiver Befreiung“ (114f). Durch Humor durchbrachen sie vielfältig Deutungsmuster und stellten gesellschaftliche Spaltungen in Frage. Die im Rückgriff auf Videospiele, popkulturelle Artefakte und hochkulturelle Poesie produzierten Kommentare zum Handeln der Regierung verliehen der Bewegung den Autoren zufolge auch eine hohe moralische Autorität (121f). Auf die Diffamierung als *çapulcu* (dt. Plünderer*in) durch Präsident Erdoğan reagierte die Bewegung, indem sie den Ausdruck ironisiert als Selbstbezeichnung übernahm; so drückte sie eine kollektive Identität (124) aus. Im abschließenden Kapitel 6 vertreten die Autoren die These, der mit heftiger Repression erdrückte Widerstand habe das Regime gleichwohl in die „Defensive“ (147) getrieben und eine „Pfadabhängigkeit“ (147) erzeugt, durch welche eine immer stärkere Zentralisierung der Macht und offene Repression notwendig geworden sei. Die „zwei getrennten kognitiven Universen“ der AKP-Anhänger*innen und der AKP-Gegner*innen hätten sich seit den Protesten noch weiter voneinander entfernt (157). Auf der oppositionellen Seite habe sich eine „Kultur der Massenmobilisierung“ „konsolidiert“ (ebd.), die auf „Repertoires“ (145) des Gezi-Widerstands zurückgreife. Das Regime habe dem nur einen „Wahlurnen-Reduktionismus“ (157, 159) entgegenzusetzen, demgemäß die eigene Mehrheit zur politischen Durchsetzung ausreiche. Der türkische Fall zeige, dass es einer „Unruhe stiftenden Macht“ (Frances Fox Piven) bedürfe, um demokratische Alternativen aufzuzeigen. Ein Index rundet die Publikation ab.

Die vertretenen Thesen sind für die Interpretation des Gezi-Widerstands höchst bedeutsam. Bedauerlich ist der recht oberflächliche Bezug auf alle geschlechterpolitischen Aspekte der Bewegung: v.a. feministische Ansätze erwähnt das Buch

nur subsumierend(135). So kommt es trotz vielfältiger Hinweise z.B. auf die Beteiligung von Frauen und die strategische Signifikanz des Widerspruchs zur patriarchalen Regierungspolitik (89 et passim) zu keiner Thesenbildung in diesem Bereich. Problematischer noch erscheint allerdings die Gangart des ersten Kapitels, mit dem die Autoren ihren Blick auf Bewegungsforschung begründen. Überblicksartig referieren sie Arbeiten von Alain Touraine, Alberto Melucci u.a. sowie deren Adaption in der Türkei. Den Ausdruck „Neue Linke“ verwenden sie synonym mit Linkliberalismus, NSB-Ansätzen und postmodernistischer Abkehr von Klasse als Analysezugang (13f, 18f). So erscheinen die kritisierten Intellektuellen in der Türkei mit ihren politischen Vergehen quasi diabolisch dem hegemonialen Projekt der AKP zugetan. Die Möglichkeit, auch nur einer der erwähnten politischen Prozesse, wie etwa die Ausrichtung des Verfassungsreferendums 2010, könnte politisch offene Fragen enthalten haben, liegt nicht im Blickfeld der Autoren. Zudem fehlt der Darstellung Erklärendes, beispielsweise Hinweise auf die Ambivalenz des Menschenrechts- und Zivilgesellschaftsdiskurses in der Türkei, und daraus folgende Fragen, etwa die, warum die Frage des EU-Beitritts auch in der Linken teils kontrovers diskutiert wurde. Dass die in Rede stehenden Intellektuellen und ihre Kritik selbst ein genuines Produkt der Türkischen Republik sind, könnte eine auch an Antonio Gramsci geschulte (24 et passim) Ausarbeitung erwähnen. Unterschiede in der politischen Ausrichtung und Integrität der Erwähnten lassen die Autoren im Sinne der o.e. Gleichsetzung unbeachtet. So reproduziert das Kapitel tendenziell Lagerbildungen und wirkt stellenweise so, als sei es gar einer – hier marxistisch gewandeten – Verschwörungstheorie verhaftet. Dies ist umso bedauerlicher, als die Forschung zu sozialen Bewegungen in der Türkei zu einem wesentlichen Teil von NSB-Ansätzen bestimmt ist und an einer differenzierten Auseinandersetzung mit deren Prämissen und Auslassungen immer bedarf. Ferner könnte angesichts des Umstandes, dass theoretisch informierte Arbeiten aus der Türkei ein internationales Publikum oft nur wenig erreichen, im Hinblick auf Wissenschaftsbeziehungen eine Verantwortung der Forschenden darin liegen, Zwischentöne oder türkischsprachige Arbeiten, die sich ebenfalls mit dem NSB-Paradigma auseinandersetzen, sichtbar zu machen. Dennoch stellt die Publikation aufgrund des Ansatzes und der Fülle empirischer Daten eine wichtige Intervention in die Auseinandersetzung um die Interpretation des Gezi-Widerstands dar.

Corinna Eleonore Trogisch

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.15>

Eingegangene Bücher

Brand, Ulrich, & Markus Wissen: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: oekom 2017, 224 S.

ISBN 9783865818430.

Gebauer, Thomas, & Ilija Trojanow: *Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise*. Frankfurt a.M.: S. Fischer 2018, 256 S.

ISBN 9783596701889.

- Khosravi, Shahram (Hg.): *After Deportation. Ethnographic Perspectives*. London: Palgrave-Macmillan 2017, xiii + 276 S.
ISBN 9783319572666.
- Kleist, Nauja, & Dorte Thorsen (Hg.): *Hope and Uncertainty in Contemporary African Migration*. Abingdon (Oxon): Routledge 2017 (= Routledge Studies in Anthropology), 200 S.
ISBN 9781138961210.
- MacLeod, Catriona, & Sarah Wood: *Locating Guyane*. Liverpool: Liverpool University Press 2018 (= Contemporary French and Francophone Cultures, Bd. 53), 248 S.
ISBN 9781786941114.
- Pigeaud, Fanny, & Ndong Samba Sylla: *L'arme invisible de la Françafrique. Une histoire du franc CFA*. Paris: La Découverte 2018, 234 S.
ISBN 9782348037399.
- Rivera Cusicanqui, Silvia: *Ch'ixinakax utxiwa. Eine Reflexion über Praktiken und Diskurse der Dekolonisierung*. Münster: Unrast 2018, 147 S.
ISBN 9783897712577.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Am fröhlichsten im Sturm: Feminismus*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vorstand 2018, 144 S.
ISSN 1869-0424
- Trzeciak, Miriam; Elisabeth Tuidier & Hanns Wienold (Hg.): *TRANSIT Mexiko. Migration, Gewalt, Menschenrechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2018, 325 S.
ISBN 9783896912961.

Summaries

Wolfgang Hein: Time and Space. Predictions of Capitalist Development and its Overcoming. While the Communist Manifesto is seen as a lucid prediction of capitalist globalisation, anti-capitalist revolutions have not followed its expectations. Capitalism has proven to be able to react very flexibly to the challenges produced by its own dynamics and to those posed by the Russian and Chinese Revolutions. The author postulates that the neglect of interactions between time and space (and related power structures) constitutes an important source of errors in predictions on the trajectory of capitalism. After summarising ways of predicting social and political change (including future studies and utopias), the role of predictions in global environmental politics is discussed, starting with a comprehensive study from the US Government (Global 2000). Highlighting the lack of transformative visions, the author turns to a critical analysis of capitalism, focusing on the relationship between the Communist Manifesto's vision and changes in revolutionary concepts and their failures. In his prediction on national revolutions, Marx underestimated the change in global spatial structures in the course of capitalist development, which led to a deepening of globalisation and to an arena of global politics. The theory of regulation has analysed a succession of specific phases of capitalist accumulation. In more recent times, however, this has been accompanied by the growing resilience of nation states, related to profits from uneven development, as a source of strengthening social compromises in the most advanced and powerful countries. Finally, mass migration undermines the principles of global capital mobility and national control of the mobility of labour (linked to sovereignty). While the political fragmentation of the globe contrasts with human rights norms and the fight against climate change, this fragmentation is strengthening many citizens' national identification in the Global North. The article concludes by discussing the difficulties of predicting the future of capitalism and concrete utopias of a post-capitalist society against the background of conflicts between a humanitarian and ecological globalism and the resilience of national egotisms in the Global North.

Georg Simonis: Climate Projection and Political Power – Approaching a Complex Relationship. At all levels of political action, climate governance is based on the knowledge resources of the Earth sciences. With the establishment of the international climate regime – from the Framework Convention to the Paris Agreement – Earth scientists have come to assume the dual role of scientific and political actors. The role of political actor is based on the Earth sciences' ability to project risks, formulate policy options, and assess policy action programs to avoid predicted risks. The first section of the paper deals with the quantitative growth of these new political actors and how they have succeeded in securing their political legitimacy. To ensure that climate impact research is understood and converted into avoidance and /or adaptive strategies, political translation is required. Using the example of the negotiations leading up to the Paris Agreement, the second section of the paper

suggests that an ideal alliance of transnational civil society and political actors paved the way for success (i.e. generation of problem awareness, identification of options for action, and legitimacy of political regulations). The third section of the paper outlines three examples which show the increasing power of climate experts: (1) interpretation and political framing of changing climate conditions, (2) assessing policy responses, and (3) climate research as an integral part of an EU system of transformative governance. The establishment of global climate governance leads to scientification, to a powerful scientific-technical expertocracy, and to the institutionalisation of a complex planning apparatus for the control of climate change.

Christoph Scherrer: Labour Oversupply. Challenges for the Sustainability Goal “Decent Work”. In many late industrialising countries the majority of persons leaving agriculture do not find alternative gainful employment. In fact, many of the late industrialisers are prematurely de-industrialising. Explanations for the lack of absorptive capacity found in industries and productive services range from over-regulated labour markets to globalisation. Through a comparison of the conditions informing early and late industrialising countries, the article highlights various factors which late industrialisers must contend with: demographic pressures, restrictions on migration, productivity differentials vis-à-vis the Global North and the few successful late industrialisers, and the constraints on the promotion of industry stemming from neoliberal globalisation. It also points to challenges for a state-led industrial policy stemming from the colonial heritage and a lack of societal trust.

Zu den Autorinnen und Autoren

Wolfgang Hein, Dr., ist apl. Professor im Ruhestand an der *Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* der *Universität Hamburg* und *Associate am GIGA. German of Global and Area Studies* mit dem Arbeitsschwerpunkt „Globalisierung und Gesundheit“.

Reinhart Köbler, Dr., war bis 2015 Direktor des *Arnold-Bergstraesser-Instituts* in Freiburg i.Br. und ist apl. Professor am *Seminar für Wissenschaftliche Politik* der *Albert-Ludwigs-Universität* in Freiburg i.Br. sowie *Visiting Professor* und *Research Associate am Institute of Reconciliation and Social Justice* der *University of the Free State* in Bloemfontein und Phuthaditjhaba, Südafrika.

Erich Pawlik ist Technologie- und Organisationsberater. Er hat im Management von IT-Dienstleistern und eines Risikokapital-Gebers gearbeitet und war für das Design einer Reihe informationstechnischer Systeme verantwortlich. Ferner ist er Lehrbeauftragter an der *Hochschule Furtwangen*. Aktuelle Arbeitsgebiete sind Technologie und Wissen in der globalen Entwicklung, Digitalisierung von Macht und Gewalt, Digital- und Wirtschaftsethik sowie modernes Management.

Christoph Scherrer, Dr., Volkswirt und Politologe, ist Professor für *Globalisierung & Politik* an der *Universität Kassel* und *Adjunct Professor* an der *Rutgers University*. Er ist geschäftsführender Direktor des *International Center for Development and Decent Work* und stellvertretender Sprecher der *Global Labour University*.

Georg Simonis, Dr., war bis 2008 Professor für das Lehrgebiet *Internationale Konflikte und Umweltpolitik* an der *Fern-Universität* in Hagen. Gegenwärtig arbeitet er als Gastprofessor für *Internationale Politik* an der *Universität Witten/Herdecke*. Sein Arbeitsschwerpunkt ist „Klimagovernance im Mehrebenensystem“.

Jahresregister

Inhaltsverzeichnis PERIPHERIE, 38. Jahrgang, 2018

149: *Buen vivir* – gut leben, aber wie

Artikel

- Ana Patricia Cubillo-Guevara, Julien Vanhulst, Antonio Luis Hidalgo-Capitán & Adrián Beling*: Die lateinamerikanischen Diskurse zu *buen vivir*. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.01>) 8
- Timmo Krüger*: Politische Strategien des *buen vivir*. Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.02>) 29
- Pedro Alarcón, Katherine Rocha & Simone Di Pietro*: Die Yasuni-ITT-Initiative zehn Jahre später. Entwicklung und Natur in Ecuador heute (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.03>) 55

Diskussion

- Reinhard Köbler*: *Buen vivir* – die leere Alternative? (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.04>) 74
- Anna-Lena Dießelmann & Andreas Hetzer*: Die Inferiorität des Anderen. Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.05>) 79

PERIPHERIE-Stichwort

- Ana E. Carballo, Adrián Beling & Julien Vanhulst*: *Buen vivir* (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.06>) 96
- Charlotte Schumann*: Indigenität (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.07>) 100

Rezensionen

- Yntiso Gebre, Itaru Ohta und Mototji Matsuda (Hg.): *African Virtues in the Pursuit of Conviviality. Exploring Local Solutions in Light of Global Prescriptions* (Jacqueline C. Krause) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.08>) 105
- Sarah Helen Sott: *Desartikulation statt Transitional Justice? Subalterne Perspektiven in der kolumbianischen Vergangenheitsbewältigung* (Anne Burkhardt) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.09>) 107
- Vilho Amukwaya Shigweda: *The Aftermath of the Cassinga Massacre. Survivors, Deniers and Injustices* (Reinhard Köbler) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.10>) 109
- Ernest Harsch: *Burkina Faso. A History of Power, Protest, and Revolution* (Bettina Engels) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.11>) 111
- Ingrid Palmery: *Gender, Sexuality and Migration in South Africa. Governing Morality* (Rita Schäfer) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.12>) 113
- Melanie Müller: *Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale Bewegungen. Das Fallbeispiel der Klimakonferenz in Südafrika* (Rita Schäfer) (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.13>) 115
- Daniel Plaatjies, Margaret Chitiga-Mabugu, Charles Hongoro, Thenjiwe Meyiwa, Muxe Nkondo & Francis Nyamnjoh (Hg.): *State of the Nation. South Africa 2016*:

<i>Who is in Charge? Mandates, Accountability and Contestations in South Africa</i> (Rita Schäfer) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.14)	117
Christoph Marx: Mugabe. <i>Ein afrikanischer Tyrann</i> (Reinhart Köbler) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.15).....	119
Georg Simonis (Hg.): <i>Handbuch Globale Klimapolitik</i> (Daniela Perbandt) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.16).....	122
Wolfgang Ischinger & Dirk Messner (Hg.): <i>Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik</i> (Jörg Kronauer) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.17)	124
Ulrich Luig: <i>Weltfriedensdienst e.V. – Geschichte einer Idee</i> (Theo Mutter) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.18).....	126
Kaveh Yazdani: <i>India, Modernity and the Great Divergence. Mysore and Gujarat (17th to 19th C.)</i> (Dietmar Rothermund) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.19).....	128

150/151: Jenseits des Entwicklungsdenkens

Zum Tod von Rainer Dombois (1943-2018).....	139
Die Welt verändern, damit sie bleibt. Zum Tod von Elmar Altvater (1938-2018)	141

Artikel

<i>Wolfram Schaffar & Aram Ziai: Reaktionäre Alternativen zur „Entwicklung“?</i> Zur Rehabilitierung der Post-Development-Konzepte in Thailand und im Iran (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.02).....	151
<i>Sally Matthews: Afrikanische Entwicklungsalternativen. Ubuntu und die Post-Development-Debatte</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.03)	178
<i>Leonhard Praeg: Epistemologien des Südens und das Gespenst des leeren Signifikanten</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.04)	198
<i>Felix Anderl: Entwicklung als Motiv für Herrschaft und Widerstand. Kohärenz und Fragmentierung während des Zivilgesellschaftsforums der Weltbankgruppe</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.05).....	219

Diskussion

<i>Wolfgang Sachs: Papst vs. UNO. Sustainable Development Goals und Laudato si': Abgesang auf das Entwicklungszeitalter?</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.06).....	245
<i>Devan Pillay: Alternativen zu „Entwicklung“. Antike Erbschaften, moderne Neuaufbrüche</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.07)	261
<i>Reinhart Köbler: Auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Entwicklung. Russische Dorfgemeinde, Gandhi und Fallstricke der Solidarität</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.08).....	273
<i>Maria De Eguia Huerta: Vida Tranquila. Alternativen zur Entwicklung am Beispiel des Gender-Mainstreaming in Bolivien</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.09).....	290
<i>Jill Philine Blau: Commoning und Wanderweidewirtschaft. Die Rechtler_innen im Oberallgäu</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.10).....	303
<i>Jochen Dallmer: Glück als Entwicklungsziel? Idee und Praxis des Bruttonationalglück</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.11).....	317

PERIPHERIE-Stichwort

<i>Aram Ziai: Post-Development</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.12)	327
<i>Ulrike Schultz: Subsistenzproduktion</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.13).....	331

<i>Matthias Schmelzer: Degrowth & Postwachstum</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.14).....	336
<i>Aram Ziai: Abwicklung des Nordens</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.15).....	340

Rezensionen

Gordon Crawford, Lena J. Kruckenberg, Nicholas Loubere & Rosemary Morgan (Hg.): <i>Understanding Global Development Research. Fieldwork Issues, Experiences and Reflections</i> (Bettina Engels) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.16).....	343
Michael Neocosmos: <i>Thinking Freedom in Africa. Toward a Theory of Emancipatory Politics</i> (Reinhard Kößler) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.17).....	344
Erik S. Reinert, Jayati Ghosh & Rainer Kattel (Hg.): <i>Handbook of Alternative Theories of Development</i> (Reinhard Kößler) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.18).....	347
Britta Becker, Maren Grimm & Jakob Krameritsch (Hg.): <i>Zum Beispiel BASF. Über Konzernmacht und Menschenrechte</i> (Reinhard Kößler) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.19).....	352
Multiwatch (Hg.): <i>Schwarzbuch Syngenta. Dem Basler Agromulti auf der Spur</i> (Peter Clausing) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.20).....	354
Reinhard Kößler & Henning Melber: <i>Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung</i> (Kaya de Wolff) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.21).....	356
Mechthild Exo: <i>Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan</i> (Bettina Barthel) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.22).....	359
Nikolai Huke: „Sie repräsentieren uns nicht.“ <i>Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien</i> (Olaf Tietje) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.23).....	361

152: Macht und Prognose

Artikel

<i>Wolfgang Hein: Zeit und Raum. Prognosen des globalen Wandels und der Überwindung des Kapitalismus</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.02).....	378
<i>Georg Simonis: Klimaprognose und politische Macht. Annäherung an ein komplexes Verhältnis</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.03).....	416
<i>Christoph Scherrer: Überzählige Arbeitskräfte. Die Herausforderung für das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige Arbeit“</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.04).....	450

Diskussion

<i>Reinhard Kößler: Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.05).....	472
--	-----

PERIPHERIE-Stichwort

<i>Erich Pawlik: Big Data</i> (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.06).....	483
--	-----

Rezensionen

Eckart Conze: <i>Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven</i> (Reinhard Kößler) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.07).....	488
---	-----

Heinrich Geiselberger (Hg.): <i>Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit</i> (Felix Anderl, Laura Gorriahn & Johannes Haaf) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.08).....	490
Bettina Engels & Kristina Dietz (Hg.): <i>Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land</i> (Anne Hennings) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.09).....	492
Werner Ruf: <i>Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror</i> (Elke Grawert) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.10).....	494
Ulrich van der Heyden: <i>Der Dakar-Prozess. Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika</i> (Claudia Berger) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.11).....	496
Leena Vastapu: <i>Liberia's Women Veterans. War, Roles and Reintegration</i> (Rita Schäfer) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.12).....	499
Lila Chouli: <i>Le contre-pouvoir étudiant au Burkina Faso</i> (Bettina Engels) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.13).....	501
Gabriele Beckmann: <i>Blinde Flecken der Entwicklungszusammenarbeit. Zur Kooperationspraxis lokaler Non-Profit-Organisationen in Bolivien</i> (Antje Daniel) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.14).....	503
Efe Can Gürcan & Efe Peker: <i>Challenging Neoliberalism at Class Action</i> (Corinna Eleonore Trogisch) (https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.15).....	505

Alphabetisch nach Autorinnen und Autoren (nur Artikel)

<i>Alarcón, Pedro; Katherine Rocha & Simone Di Pietro: Die Yasuní-ITT-Initiative zehn Jahre später. Entwicklung und Natur in Ecuador heute</i>	55
<i>Anderl, Felix: Entwicklung als Motiv für Herrschaft und Widerstand. Kohärenz und Fragmentierung während des Zivilgesellschaftsforums der Weltbankgruppe</i>	219
<i>Beling, Adrián; Ana E. Carballo & Julien Vanhulst: PERIPHERIE-Stichwort „Buen vivir“</i>	96
<i>Beling, Adrián; Ana Patricia Cubillo-Guevara; Julien Vanhulst & Antonio Luis Hidalgo-Capitán: Die lateinamerikanischen Diskurse zu buen vivir. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung</i>	8
<i>Blau, Jill Philine: Commoning und Wanderweidewirtschaft. Die Rechtler_innen im Oberallgäu</i>	303
<i>Carballo, Ana E.; Adrián Beling & Julien Vanhulst: PERIPHERIE-Stichwort „Buen vivir“</i>	96
<i>Cubillo-Guevara; Ana Patricia, Julien Vanhulst; Antonio Luis Hidalgo-Capitán & Adrián Beling: Die lateinamerikanischen Diskurse zu buen vivir. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung</i>	8
<i>Dallmer, Jochen: Glück als Entwicklungsziel? Idee und Praxis des Bruttonationalglück</i>	317
<i>De Eguía Huerta, María: Vida Tranquila. Alternativen zur Entwicklung am Beispiel des Gender-Mainstreaming in Bolivien</i>	290
<i>Di Pietro, Simone; Pedro Alarcón & Katherine Rocha: Die Yasuní-ITT-Initiative zehn Jahre später. Entwicklung und Natur in Ecuador heute</i>	55
<i>Dießelmann, Anna-Lena, & Andreas Hetzer: Die Inferiorität des Anderen. Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien</i>	79
<i>Hein, Wolfgang: Zeit und Raum: Prognosen des globalen Wandels und der Überwindung des Kapitalismus</i>	378
<i>Hetzer, Andreas, & Anna-Lena Dießelmann: Die Inferiorität des Anderen. Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien</i>	79
<i>Hidalgo-Capitán, Antonio Luis; Ana Patricia Cubillo-Guevara; Julien Vanhulst & Adrián Beling: Die lateinamerikanischen Diskurse zu buen vivir. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung</i>	8

<i>Kößler, Reinhart</i> : <i>Buen vivir</i> – die leere Alternative?	74
<i>Kößler, Reinhart</i> : Auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Entwicklung.	
Russische Dorfgemeinde, Gandhi und Fallstricke der Solidarität	273
<i>Kößler, Reinhart</i> : Versprechen und Fallstricke gesellschaftlicher Planung	472
<i>Krüger, Timmo</i> : Politische Strategien des <i>buen vivir</i> . Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodell	29
<i>Matthews, Sally</i> : Afrikanische Entwicklungsalternativen. Ubuntu und die Post-Development-Debatte	178
<i>Pawlik, Erich</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Big Data“	483
<i>Pillay, Devan</i> : Alternativen zu „Entwicklung“. Antike Erbschaften, moderne Neuaufbrüche	261
<i>Praeg, Leonhard</i> : Epistemologien des Südens und das Gespenst des leeren Signifikanten	198
<i>Rocha, Katherine; Pedro Alarcón & Simone Di Pietro</i> : Die Yasuni-ITT-Initiative zehn Jahre später. Entwicklung und Natur in Ecuador heute	55
<i>Sachs, Wolfgang</i> : Papst vs. UNO. <i>Sustainable Development Goals</i> und <i>Laudato si'</i> : Abgesang auf das Entwicklungszeitalter?	245
<i>Schaffar, Wolfram, & Aram Ziai</i> : Reaktionäre Alternativen zur „Entwicklung“? Zur Rehabilitierung der Post-Development-Konzepte in Thailand und im Iran	151
<i>Scherrer, Christoph</i> : Überzählige Arbeitskräfte. Die Herausforderung für das Nachhaltigkeitsziel „menschwürdige Arbeit“	450
<i>Schmelzer, Matthias</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Degrowth & Postwachstum“	336
<i>Schultz, Ulrike</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Subsistenzproduktion“	331
<i>Schumann, Charlotte</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Indigenität“	100
<i>Simonis, Georg</i> : Klimaprognose und politische Macht. Annäherung an ein komplexes Verhältnis	416
<i>Vanhulst, Julien; Ana E. Carballo & Adrián Beling</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Buen vivir“	96
<i>Vanhulst, Julien; Ana Patricia Cubillo-Guevara; Antonio Luis Hidalgo-Capitán & Adrián Beling</i> : Die lateinamerikanischen Diskurse zu <i>buen vivir</i> . Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung	8
<i>Ziai, Aram</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Post-Development“	327
<i>Ziai, Aram</i> : PERIPHERIE-Stichwort „Abwicklung des Nordens“	340
<i>Ziai, Aram, & Wolfram Schaffar</i> : Reaktionäre Alternativen zur „Entwicklung“? Zur Rehabilitierung der Post-Development-Konzepte in Thailand und im Iran	151

Zum Gelingen des 38. Jahrgangs dieser Zeitschrift haben durch ihre Gutachten beigetragen (nach Nachnamen in alphabetischer Reihenfolge): Frauke Banse, Alexandra Bechtum, Joachim Betz, Ulrich Brand, Frederick Caselitz, Franziska Dübgen, Cristina Espinosa, Thomas Fatheuer, Christoph Görg, Detlev Haude, Olaf Kaltmeier, Kai Koddenbrock, Rüdiger Korff, Johanna Leinius, Rirhandu Mageza-Barthel, Dorothea Melcher, Angela Oels, Regine Paul, Stefan Peters, Jürgen Rinderspacher, Rita Schäfer, Stefan Skupien, Ebrahim Towfigh, Friz (Miriam) Trzeciak, Hanns Wienold.